



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2018

Ignatov Vinueza

**Der Leviathan im 21.
Jahrhundert und die staatliche
Konstruktion der Demokratie.**

Masterarbeit bei
Prof. Dr. Karsten Fischer
2017

Leviathan (1651) Frontispiz

Quelle:

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Leviathan_by_Thomas_Hobbes.jpg

Wortwolke:
Grundgesetz

Wortwolke:
Ecuadorianische
Verfassung (2008)

Wortwolke:
Chilenische
Verfassung (1980)

Wortwolke:
Venezolanische
Verfassung (1999)

Wortwolke:
Kolumbianische
Verfassung (1991)

Wortwolken online
www.wordle.net
erstellt.

Quellen der Verfassungen:

- **Grundgesetz:**
<http://www.bundestag.de/grundgesetz>
- **Chilenische Verfassung:**
https://www.constituteproject.org/constitution/Chile_2015.pdf?lang=en
- **Kolumbianische Verfassung:**
https://www.constituteproject.org/constitution/Colombia_2005.pdf
- **Ecuadorianische Verfassung:**
<http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Ecuador/english08.html>
- **Venezolanische Verfassung:**
<http://www.venezuelaemb.or.kr/english/ConstitutionoftheBolivarianingles.pdf>

Danksagung:

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Arbeit unterstützt und motiviert haben.

Zuerst gebührt mein Dank Herrn Prof. Dr. Karsten Fischer, der meine Arbeit betreut und begutachtet hat, sowie auch seinem ganzen Team. Für die hilfreichen Anregungen und die konstruktive Kritik möchte ich mich herzlich bedanken.

Ebenfalls möchte ich mich bei Herrn Killian McGrath für die immense Hilfe beim Korrekturlesen und für seine Kommentare herzlich bedanken, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass diese Masterarbeit in der gegenwärtigen Form vorliegt.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle meiner Freundin, Frau Gabriela Schaffernicht, die mir mit viel Geduld, Interesse und Hilfsbereitschaft zur Seite (zum zweiten Mal!) stand. Für den emotionalen Rückhalt, die interessanten Ideen und die enorme Hilfe bin ich zutiefst dankbar.

Frau Daloha Rodríguez-Molina danke ich besonders für die große Hilfe und Bereitschaft und die tollen Ideen zum Beginn der Anfertigung dieser Arbeit. Ihre Ratschläge, Ideen und Antworten sind für mich von großer Bedeutung gewesen.

Ich bin bei Frau Prof. Dr. Katja Radon, Frau Lena Kurtz, Frau Luisa Merz, Frau Paola Ruttkowski, Frau Zully Rosadio, Frau Ellen Dapperger und allen anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Arbeits- und Umweltepidemiologie und NetTeaching“ des Instituts und Poliklinik für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin des Klinikums der Universität München für die ständige Unterstützung, die tollen Ideen und das rücksichtsvolle Verständnis zutiefst dankbar.

Frau Tuzienka Chenet Ugarte, Frau Milena Vucinic, Frau Sarah Espinosa, Herrn Patrick Steinberg, Frau Costanza Conforti, Herrn Joaquín Gutiérrez danke ich insbesondere für das nette und konstruktive Feedback im Laufe der Anfertigung dieser Arbeit.

Ein besonderer Dank gilt meiner „politischen“ Familie, die Familie Schaffernicht-Moreno, für ihre Hilfsbereitschaft und ihre Motivation, sowie auch für die interessanten Anregungen und Diskussionsmöglichkeiten.

Abschließend möchte ich mich bei meinen Eltern, meinen Großeltern, meiner Schwester und Tanten und meiner Großfamilie in Ecuador und Bulgarien für die ständige und bedingungslose Unterstützung bedanken, sowie auch bei dem ecuadorianischen Staat für die langjährige finanzielle Unterstützung.

¡Gracias! Danke! Thank you! Merci! Благодаря!

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Der Staat als Institution, Ordnung und Akteur	3
2.1. Konzeptualisierung des Staates als Analysegegenstand: Eine begriffsgeschichtliche Herausforderung für die Politikwissenschaft.....	3
2.2. Staat und Politik: Eine real- und ideengeschichtliche Rekonstruktion.....	9
2.2.1. Der Staat als inhärent historischer soziopolitischer Konstrukt.....	9
2.2.2. Der Staat als realgeschichtliches Konstrukt: Vom feudalen Ständestaat bis zum modernen demokratischen Wohlfahrtsstaat	10
2.2.3. Der Staat als ideengeschichtliche Überlegung	19
2.3. Der Staat als Funktionsstaat und seine Implikationen im 21. Jahrhundert.....	37
2.3.1. Staatsfunktionen, Staatsaufgaben und Staatstätigkeit	37
2.3.2. Rechts-, Sozial-, oder Polizeistaat?.....	41
2.4. Quo vadis Staat? Der Leistungsstaat in Zeiten der Globalisierung.....	44
3. Fragile Staatlichkeit, Staatszerfall und Staatsversagen	46
3.1. Fragile Staatlichkeit als Herausforderung für die Politikwissenschaft: Schwäche, Fragilität und Zerfall definieren.	46
3.2. Exkurs: Siegeszug des „modernen Staates“? Postkoloniale Kritik an der weltstaatlichen Ordnung und die diskursive Konstruktion fragiler Staatlichkeit.....	51
3.3. Warum scheitern Staaten?.....	55
4. (Fragile) Staatlichkeit und Demokratie	59
4.1. Wie misst man Demokratie und Staatlichkeit?	59
4.1.1. Kann man Demokratie messen? Freedom in the World und Polity IV als Demokratie-Indizes	60
4.1.2. Wie misst man (fragile) Staatlichkeit? Der Fragile State Index und der State Fragility Index im Vergleich	65
4.2. Die Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie: ein theoretischer Abriss.....	68
4.2.1. Die Gewährleistung der Sicherheit und das Gewaltmonopol als staatliche Voraussetzungen der Demokratie	69
4.2.2. Konstitutionalismus und Rechtsstaatlichkeit als Grundelemente der demokratischen Ordnung.....	70
4.3. Staatlichkeit und Demokratie: Eine statistische Analyse	72
4.3.1. Deskriptive und statistische Analyse	72
4.3.2. Ergebnisse & Diskussion	76
5. Staatlichkeit und Demokratie in Lateinamerika.....	82
5.1. Lateinamerika als Region der Ambivalenzen	82
5.2. „El Leviatán criollo“ (der kreolische Leviathan): Eigentümlichkeiten und Paradoxien lateinamerikanischer Staatlichkeit.....	84
5.2.1. Gleichzeitigkeiten und Herausforderungen lateinamerikanischer Staatenbildung: Die Erblasten der Kolonie, der Morbus Latinus und die Folgen der Unabhängigkeitskriege.	84
5.2.2. Der Caudillismus, der Präsidentialismus und die autokratische Tradition einer Region	87
5.2.3. „Orden y Progreso“: Modernisierung und Entwicklung als Motoren der staatlichen Ordnung zwischen Autoritarismus und Demokratie	88
5.2.4. (Fragile) Staatlichkeit und (defekte) Demokratie in Lateinamerika im 21. Jahrhundert: Eine Diagnose ..	92
6. Schlussfolgerungen, Fazit und Ausblick	97
7. Literaturverzeichnis	100
8. Anhang.....	109
9. Eigenständigkeitserklärung	128

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung des Staates in Europa	18
Tabelle 2: Funktionen des Leistungstaates	40
Tabelle 3: Entwicklung der Staatsaufgaben	41
Abbildung 1: <i>Das Kontinuum der Staatlichkeit</i>	49
Tabelle 4: Kernelemente empirischer Staatlichkeit.....	49
Tabelle 5: Gero Erdmanns <i>Apokalyptische Trias</i>	51
Tabelle 6: Bewertung der Demokratie nach dem Polity-IV Index.....	62
Tabellen 7 & 8: Logik der Konversion des Freedom House Indizes	64
Tabelle 9: Fragile Staatlichkeit nach dem <i>State Fragility Index</i>	66
Tabelle 10: Fragilitätsmessung nach dem <i>Fragile State Index</i>	67
Tabelle 11: Deskriptive Analyse: Indizes	73
Abbildung 2: Methodische und theoretische Konzeptualisierung	73
Tabelle 12: Korrelationskoeffizienten je nach Art der Variablen	74
Tabelle 13: Korrelationskoeffizienten zwischen abhängiger und unabhängiger Variablen.....	74
Tabelle 14: Modelle der einfachen linearen Regression	75
Tabelle 15: Modelle der logistischen Regression	76
Tabellen 16 – 19: Ergebnisse der Modellen 1-4	76
Abbildung 3: Staatlichkeit und Demokratie weltweit (2015)	77
Tabellen 20 & 21: Ergebnisse der logistischen Regression (Modelle 5 & 6).....	78
Tabelle 22: Predicted Probabilities	78
Abbildung 4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten eine <i>liberal</i> bzw. eine <i>electoral</i> Democracy nach dem Fragilitätsindex zu sein	79
Tabellen 23 & 24: Fragile Staatlichkeit und Demokratie nach Region und Organisation.....	80
Tabelle 25: Entwicklungstufen zum gewählten lateinamerikanischen Staat	90
Tabelle 26: Der lateinamerikanische Staat.....	92
Tabelle 27: Staatlichkeit und Demokratie in Lateinamerika	95

1. Einleitung

Es ist ein sehr ambitioniertes Vorhaben eine Arbeit gleich zwei den größten und zugleich meist diskutierten Konzepten der Politikwissenschaft zu widmen: dem Staat und der Demokratie. Die Politik und die Politikwissenschaft können ohne diese Elemente in der Form sowie wir sie heutzutage kennen nicht gefasst werden. Staat und Demokratie sind die Eckpfeiler jenes politischen Denkens schon seit Jahrhunderten. Sie begleiten als Konzepte die Entstehung und Entwicklung des Politischen als soziale Tatsache schon *bei den Griechen* (Meier 2011) und sind als wiederkehrende Elemente im Laufe der Geschichte des politischen Denkens (bei Hobbes' *Leviathan*, bei Rousseaus *Contrat social*, bei Locke, bei Weber, usw.) immer wieder ins Rampenlicht der Diskussion gerückt. Staat und Demokratie sind in ihrer *modernen* Auffassung nicht mehr voneinander zu trennen. Staat und Demokratie bedienen sich voneinander und gestalten auf diese Weise die politische Konstellation der Machtverhältnisse, -ausübung, -konflikte und -kontrolle, in der die Mehrheit der globalen Bevölkerung lebt.

Staatlichkeit und Demokratie stehen in einer interessanten wechselseitigen Beziehung zueinander. Staaten als politische Machtträger und als Organisationsform politischer Gewalt existieren auf der ganzen Welt. Die Staatlichkeit als Organisationsform der Gesellschaft und der politischen Machtausübung scheint nicht nur in Europa, sondern auch in sehr entfernten Regionen eine alternativlose politische und soziale Gestalt zu sein. Die politische Anerkennung dieser politischen Einheiten hängt von der Qualität ihrer Staatlichkeit und nicht von der Qualität ihrer Demokratie ab. Der Staat hat es geschafft sich als alleiniges politisches Konstrukt der sozialen und politischen Organisation durchzusetzen und hat somit gesiegt.

Im Kontrast zum Sieg der Staatlichkeit steht das *Versagen* der Staatlichkeit in Form von fragilen und gescheiterten Staaten als besondere Herausforderung für die Analyse des Konzepts der Staatlichkeit und dessen globale Expansion. Ein „*failed state*“ ist in diesem Zusammenhang ein Staat, der nicht (mehr) in der Lage ist seine intrinsischen Funktionen zu erfüllen (bspw. *Gewaltmonopol* über ein Gebiet und Volk, alleinige Quelle des Rechts, usw. (vgl. Weber 1972 [1919])). Die zentrale Frage diesbezüglich ist dann: Wie beeinflussen Episoden fragiler Staatlichkeit die Leistung und Qualität der Demokratie? „Failed states“ sind in diesem Zusammenhang ein guter Ausgangspunkt um die verflochtene Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie zu erläutern.

Lateinamerika liefert in diesem Hinblick ein sehr passendes Szenario für die Austragung dieser Fragen. Nach Angaben einerseits des *Freedom House Index* und andererseits des *Failed States Index* sind in der Region verschiedene Kombinationen der Ausprägungen der Staatlichkeit (schwach oder nicht) und Demokratie (frei oder nicht) zu finden. Somit liefert die Region mit ihrer Geschichte und ihrer politischen Atmosphäre eine sehr gute analytische Basis für die Austragung des Modells.

Die wichtigsten Fragen auf die ich in Rahmen dieser Arbeit eingehen will lauten: Wie lässt sich die Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie anhand von „zerfallenen Staaten“ beschreiben? Wie kommt es zur Situationen „fragiler Staatlichkeit“ und wie hat sich das Konzept des Staates im Laufe der Geschichte entwickelt? Sind fragile Staaten anfälliger für das Scheitern der Konsolidierung einer Demokratie?

Um diese Fragen beantworten zu können wird eine ausführliche theoretische Basis, die nicht nur die Konzepte der Staatlichkeit und der Demokratie im Hinblick auf einer staatlichen Organisation erklären sollen, sondern auch die Konzepte des „Staatszerfalls“ und „fragiler Staatlichkeit“ berücksichtigen. Seit wann ist der Staat intrinsisch mit dem Konzept von Demokratie verbunden? (Und was für einen Staat und was für eine Demokratie sind darunter zu verstehen?) Ausführlich sollen die verschiedenen Ausprägungen des Konzepts des Staates so wie *Rechtsstaat*, *Sozialstaat*, *moderner Staat*, usw. sowie auch die Rolle, die diese im Hinblick auf die Beziehung zwischen Demokratie und Staatlichkeit spielen beschrieben werden. Dieser ausführlich theoretische Teil wird dann mit einer empirischen Analyse Fragilitäts- und Demokratieindizes kontrastiert und kombiniert, indem der Zusammenhang zwischen Fragiler Staatlichkeit und Demokratie(Defiziten) statistisch gesucht wird. Die soziale, politische und historische Basis, die Lateinamerika in diesem Kontext als ein besonderer Ort der Austragung dieses Zusammenhanges liefert wird auch beschrieben und in Verbindung zu der Theorie gebracht.

Im ersten Teil wird der Staat als zentrale Institution, Ordnung und Akteur der Politik präsentiert. Zu dieser ausführlichen theoretischen Basis gehören nicht nur die Vorstellungen der begriffs-, real- und ideengeschichtlichen Entwicklungen bis zum *modernen Staat*, sondern auch die Diskussion über Staatsaufgaben und Staatsfunktionen und deren Implikationen im 21. Jh. Gefolgt wird der erste Teil von einer Beschreibung des Phänomens der Fragilen Staatlichkeit als Herausforderung im 21. Jh. Diskutiert werden nicht nur die Ursachen und Annäherungsweisen an dieses Phänomen, sondern auch sein unmittelbar diskursiver Charakter.

Im Kern dieser Arbeit wird der Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie sowohl theoretisch als auch empirisch ausführlich analysiert. Auf der Basis einer theoretischen Auseinandersetzung mit der Beziehung zwischen Demokratie und Staatlichkeit wird eine statistische Analyse durchgeführt, die diesen Zusammenhang anhand Demokratie- und Staatlichkeitsindizes veranschaulichen und plausibilisieren soll. Die Diskussion über den Einsatz von Demokratie- und Staatlichkeitsindizes ist für dieses Kapitel zentral. Erwartet werden Hinweise für einen starken Zusammenhang stabiler Staatlichkeit als notwendige Bedingung für die Konsolidierung einer demokratischen Ordnung.

Als exemplarisches Input wird Lateinamerika als Region in Hinsicht auf diesen Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie präsentiert. Dieses Beispiel soll sowohl die empirischen, als auch die theoretischen Überlegungen und Ergebnissen bezüglich der Beziehung zwischen einer stabilen staatlichen Ordnung und der Realisierbarkeit einer konsolidierten Demokratie bekräftigen. Die Fehlentwicklung einer staatlichen Ordnung in dieser Region soll zeigen wie die Realisierbarkeit einer Demokratie von u.a. Rechtsstaatlichkeit und Gewaltmonopol als konstitutive Elemente jenes Staates abhängt. Am Ende werden dann die wichtigsten Erkenntnisse der Arbeit nochmal zusammengefasst und in Form eines Ausblickes auf die Entwicklungen weltweit präsentiert.

Für diese Arbeit habe ich mich von Literatur aus mehreren Bereichen der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Staat, der Demokratie und vor allem mit der Beziehung zwischen beiden bedient. Von zentraler Bedeutung waren auf der einen Seite klassische Werke der Politikwissenschaft, wie u.a. Macchiavellis *Il Principe*, Hobbes *Leviathan*, Webers *Wirtschaft und*

Gesellschaft oder Jellinecks *Allgemeine Staatslehre* und dazugehörige Zweitliteratur, die eine ausführliche aber zugleich geschlossene Argumentation über die Rolle des Staates in der Politik ermöglicht haben. Auf der anderen Seite habe ich mich am meisten von Studien und Beiträgen der Transitionsforschung, Demokratieforschung, Forschung über fragiler Staatlichkeit, sowie auch von geschichtlichen und soziologischen Werken für die Beschreibung des Phänomens der fragilen Staatlichkeit, der Beziehung zwischen Demokratie und Staatlichkeit und Lateinamerika als Region bedient.

Der Themen- und Fragenumfang der Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie ist immens. Mit jeder Behauptung und mit jedem neuen Erkenntnis kommt ein neues Fragenspektrum zustande. Dies im Rahmen einer einzigen Arbeit zu behandeln ist unmöglich. Diese Arbeit konzentriert sich auf die Frage des Zusammenhanges zwischen Staatlichkeit und Demokratie mit einem bestimmten Set von theoretischen Elementen und empirischen Werkzeugen. Eine umfassende Behandlung der immensen Frage nach der Beziehung zwischen einer staatlichen Ordnung oder Unordnung und die Entwicklung und Aufrechterhaltung von demokratischen Elementen, Prozessen und Institutionen würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Die Erkenntnisse und Ergebnisse, die diese Arbeit generiert, plausibilisiert und diskutiert sind aber schon in der Lage das Thema als Ganzes zu adressieren und ein neues Licht auf dieser für die Politikwissenschaft zentrale Beziehung zu werfen.

2. Der Staat als Institution, Ordnung und Akteur

2.1. Konzeptualisierung des Staates als Analysegegenstand: Eine begriffsgeschichtliche Herausforderung für die Politikwissenschaft

*„Je voudrais qu'on fondât un prix, non de cinq cents francs, mais d'un million, avec couronnes, croix et rubans, en faveur de celui qui donnerait une bonne, simple et intelligible définition de ce mot : l'État.“*¹ (Frédéric Bastiat 1848)

Mit diesem Zitat vom französischen Ökonom und Politiker Frédéric Bastiat (1801 – 1850) will ich zum ersten Mal das Thema und Subjekt des ersten Teiles dieser Arbeit adressieren: Was ist unter dem Begriff des Staates zu verstehen? Analog zu anderen Konzepten und Begriffen in der Politikwissenschaft sowie Demokratie, Macht, Souveränität, Krieg, Frieden, u.a. besitzt das Konzept des „Staates“ je nach Epoche (Antike, Mittelalter, Neuzeit) und (Teil-)Disziplin (Völkerrecht, Soziologie, Internationale Beziehungen, Politische Theorie, Governance) unterschiedliche Prägungen und Definitionen. In diesem ersten Kapitel werden diese verschiedenen Konzeptionen und Verständnisse vom Begriff des Staates präsentiert und diskutiert mit Hinblick auf das ultimative Ziel eine möglichst passende Definition des Konzepts des Staates und der Staatlichkeit zu konstruieren um später diese bei der Diskussion um die fragile und gescheiterte Staatlichkeit einsetzen zu können. In diesem ersten Kapitel werden außerdem die wichtigsten konzeptuellen Bausteine und zentralen Elemente der ideengeschichtlichen Entwicklung des Staates erläutert, mit

¹ „Ich wünschte, dass man einen Preis stiftet — nicht fünfhundert Franc, sondern eine Million mit Siegerkranz und Verdienstkreuz am Bande für den, der eine gute, einfache und einsichtige Definition des Wortes gibt: Der Staat“. Originalzitat auf franz. aus Bastiat (1848): L'État. In: *Journal des Débats*, n° du 25 septembre 1848 (Online unter http://bastiat.org/fr/l_etat.html abrufbar; zuletzt am 24.04.2017). Deutsche Übersetzung unter <http://www.bastiat.de/bastiat/schriften/staat.html> abrufbar; zuletzt ebenfalls am 24.04.2017

dem Ziel den Staat als eine soziale und politische Gestalt konstruieren zu können um somit die fragile und gescheiterte Staatlichkeit verstehen zu können.

„L'ÉTAT! Qu'est-ce? Où est-il? que fait-il? Que devrait-il faire?“²“ (ebd.) fragt sich nun Bastiat weiter. Für Bastiat nimmt der Staat die Form einer „*geheimnisumwitterte Persönlichkeit [...] sicherlich die am meisten beanspruchte, gequälte, beschäftigte, beratene, angeklagte, angerufene und herausforderte auf der ganzen Welt*“ (ebd.). Es ist an dieser Stelle sehr beachtenswert, dass Bastiats fast 370 Jahre alte Auffassung an Aktualität wenig verloren hat. Der Staat und die Politik sind nach wie vor „*sicherlich [noch] die am meisten beanspruchte, gequälte, beschäftigte, beratene, angeklagte, angerufene und herausforderte Persönlichkeit auf der ganzen Welt*“ (ebd.). Dem Staat eine Definition zu geben, ist nicht nur eine politikwissenschaftliche Herausforderung aber gleichermaßen einer Aufgabe, die Soziologen³, Juristen, Wirtschafts-, und Geschichtswissenschaftler eingegangen sind. Der Staat ist zum facettenreichen Konzept geworden.

Der Staat gehört insofern zu den Begriffen, „*die wir ständig gebrauchen, von denen wir ungefähr wissen, was gemeint ist, die aber sehr schwer präzise zu definieren sind*“ (Benz 2008a: 1). Er ist aber in unserem Fall in der Politikwissenschaft nicht nur ein sehr umstrittener Begriff, sondern auch ein elementar-unerlässliches Konzept. Die Beziehung zwischen Individuen und Gesellschaft und Politik als Organisationsmechanismus und -ziel lässt sich ohne eine Vorstellungen davon was der Staat ist nicht durchblicken, die *Politikwissenschaft* als solche umso weniger: „*Politische Wissenschaft [im Sinne von Politikwissenschaft im heutigen Verständnis] ist grundsätzlich ohne eine ausdrückliche oder auch stillschweigend vorausgesetzte Staatslehre nicht möglich*“ (Heller 1934 zitiert nach ebd.: 1f.). Diese nicht gerade unumstrittene Vielfalt von konzeptionellen Annäherungen an den Staatsbegriff ist nicht für ihn exklusiv: andere Fachtermini sind auch davon betroffen. Diese ist eine zweischneidige Situation: Es besteht auf der einen Seite die Möglichkeit sich von allen Seiten und allen Konzepten zu bedienen und somit passend Begriffe artikulieren zu können, die in jeweils verschiedene Kontexte eingesetzt werden können. Davon profitiert sowohl die theoretische als auch die empirische Forschung, indem für beide ein eher breites Spektrum zur Verfügung steht. Auf der einen Seite werden sowohl innere als auch äußere Austauschprozesse beeinträchtigt, vor allem wenn kein Konsens darüber herrscht, was man (Politologen aber auch „Laien“) unter diesen Begriffen verstehen soll. Eine ausführliche und schlüssige Argumentation ist insofern unerlässlich, wenn man sich mit solchen Konzepten beschäftigt. Nicht nur um die gesamte Argumentation (besser) verstehen zu können, sondern auch im Hinblick auf eine verantwortungsvolle wissenschaftliche Arbeit und eine gleichermaßen verantwortungsvolle Öffentlichkeitsarbeit, die zu einem besseren und kritischen Verständnis von diesen Begriffen führt.

Woran liegt in unserem Beispiel die Schwierigkeit dem Staat eine Definition zu geben? Im Alltag scheint der Staat als Konzept verständlich zu sein, so Benz „*können wir uns im Alltag auch mit vagen Benennungen verständigen*“ (ebd.: 1). Jeder kennt den Staat, jeder hat eine Vorstellung darüber was er machen soll und jeder ist in der Lage es zu verlangen, sowie es Bastiat sehr ausgiebig in seiner

² „Der STAAT! Was ist das? Wo ist er? Was tut er? Was sollte er tun?“ (Deutsche Übersetzung unter <http://www.bastiat.de/bastiat/schriften/staat.html> abrufbar; zuletzt am 24.04.2017).

³ Im Folgenden ist die weibliche Form immer mitgedacht.

Abhandlung diskutiert hat (vgl. Bastiat 1848). Begriffe wie Staatsbürgerschaft, Staatsverschuldung, Verstaatlichung, Mitgliedstaat, Staatsgewalt sagen allen etwas und sind in der Öffentlichkeit alles andere als unbekannt (vgl. Benz 2008a). Auch in anderen Fächern fällt die Definition des Staates etwas leichter wie zum Beispiel bei den Juristen (Diskussion um die „Allgemeine Staatslehre“ und die juristische Definition des Staates folgen). Für Politologen, (politische) Soziologen und Politikphilosophen ist die Aufgabe den Staat zu definieren eine Herausforderung. Einige sind sogar der Meinung, dass *„den Staat zu definieren eine nahezu unlösbare Aufgabe [ist]“* (Boudun & Bourricaud 1992: 540 zitiert nach ebd.: 1). Für eine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Konzept des Staates ist allerdings eine kritisch-reflektierte, theoretisch-basierte und empirisch-prüfbare Annäherung an das Konzept des Staates unabdingbar. Die Politikwissenschaft zeigt sich durch eine notorische Mehrdeutigkeit des Konzeptes des Staates (vgl. ebd.) aus. Nach David Easton (1981: 306 zitiert nach ebd.: 1) verfügt die Politikwissenschaft über mehr als 140 unterschiedliche Definitionen vom Staat, *„die sich allerdings nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen“* (vgl. Anter 1995: 19-21 zitiert nach ebd.: 1). Es existiert allerdings ein Konsens darüber, wie eine politikwissenschaftliche Annäherung an den Staat aussehen soll: *„Everybody agrees that the modern state [...] is a rather baffling Phenomenon“* (Berki 1989: 12 zitiert nach Pierson 2004: 4). Die Beziehung zwischen Fach und Subjekt, in diesem Falle zwischen Politikwissenschaft und Staat besitzt hier einen besonderen Charakter:

„Ihr Gegenstand [der Politikwissenschaft] tangiert in vielem das Thema Staat. Wie auch immer wir Politik definieren [...], sie findet in erheblichen Umfang innerhalb des Staates statt, und dies trifft trotz der vielfach diskutierten Globalisierung und Privatisierung bzw. Vergesellschaftung von Politik auch heute noch zu.“ (Benz 2008a: 1).

Der Staat ist in diesem Sinne der Austragungsort des Politischen und die (moderne) Politikwissenschaft kann jenseits des Staates nicht begriffen werden (vgl. Heller 1934 zitiert nach ebd.: 1f). Die Geschichte der Politikwissenschaft steht in einer engeren Beziehung zum Staat: *„Wenn wir in der europäischen Wissenschaftsgeschichte auf jene Denker zurückblicken, die sich mit der politischen Dimension der gesellschaftlichen Leben befasst haben, stehen ihre Werke fast immer im engem Bezug zum Staat“* (ebd.: 2). Der Staat fungiert als Schnittstelle aller Wissensbereiche, die sich mit der Ordnung der Menschheit beschäftigen. Der Staat kann insofern auch aus einer juristisch-rechtlichen, soziologischen, philosophischen, geschichtlichen oder anthropologischen Sichtweise betrachtet werden. Die Politikwissenschaft kann aus einer solchen Perspektivenpluralität nur profitieren. Den Staat als ein rein politisches (oder politikwissenschaftliches) Konstrukt zu betrachten wäre an dieser Stelle nicht nur eine starke Einschränkung, sondern auch nahezu unmöglich, denn das politikwissenschaftliche Konzept von Staat bedient sich von den obengenannten Disziplinen in ihrem Versuch den Staat zu definieren.

Bisher wurde viel über den Staat geschrieben. Die entscheidende Frage hier ist: Was soll man unter Staat verstehen? Die unterschiedlichsten geschichtlichen Ereignisse prägen die verschiedenen Vorstellungen darüber was ein Staat ist und was er macht im Sinne einer *Verzweigung* der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Staat (ebd.: 3). Es sind in Laufe der Geschichte unterschiedliche Zweige der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Konzept des Staates entstanden. Die Durchsetzung der Vorstellung, dass *„die normative Seite des Staates (Staat als*

Rechtsordnung) von seiner empirischen Seite (*Staat als soziale Struktur*) getrennt betrachtet werden könne“ (ebd.) ist einschlägig gewesen. Daraus entwickelten sich eine eher juristisch-normative geprägte *allgemeine Staatslehre* und eine eher ökonomisch-empirische *Staatswissenschaft*. Politikwissenschaftliche Beschäftigungen mit dem Staat zählten eher zur Staatswissenschaft (ebd.). Eine „reine“ politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Konzept des Staates jenseits der Staatslehre und der Staatswissenschaft kam erst im 20. Jahrhundert zustande. Entscheidend ist hierfür die „*Emanzipation der Politikwissenschaft aus der juristisch geprägten Staatsrechtslehre*“ (ebd.: 4), wobei der Staat neu mit dem Begriff der Politik gekoppelt (aber auch entkoppelt) wurde. Vor allem in der Nachkriegszeit, als sich die Politikwissenschaft von der Staatslehre löste und sich als *Demokratiewissenschaft* vorstellte, wollte die Politikwissenschaft „mit dem Konzept des Staates und seinen – in der Geschichte der Staatswissenschaft bis in die Weimarer Zeit nicht zu leugnenden – autoritären Implikationen [...] nichts zu tun haben“ (vgl. Sontheimer 1963 zitiert nach ebd.). Der Staat als Konzept und Begriff wurde von der frisch etablierten Politikwissenschaft der Nachkriegszeit lange vermieden: „*Der Gegenstandsbereich der Disziplin wurde umschrieben mit Begriffen wie Verfassung, [...], Regierung oder Regierungssystem*“ (ebd.). Grund dafür ist einerseits die Abgrenzung zur alten Staatslehre, die den Juristen überlassen wurde und andererseits die Reaktion „auf die Tatsache, dass in modernen Gesellschaften Politik auch außerhalb des Staates stattfindet [...]“ (ebd.).

Eine politikwissenschaftliche Renaissance des Begriffes des Staates fand in den 1980er Jahren statt (vgl. ebd.) und wird seitdem häufig in politikwissenschaftlichen Arbeiten als Konzept verwendet. Eine solche Entwicklung scheint allerdings paradox zu sein, denn „in der Wirklichkeit scheint der Staat an Bedeutung zu verlieren. [...] Der Staat – so wird vielfach behauptet – habe an innerer Souveränität gegenüber der eigenen Wirtschaft sowie an äußerer Souveränität durch Einbindung in internationale Organisationen verloren“ (ebd.: 5). Es mag sich kontraintuitiv anhören, aber gerade Redewendungen wie „*Niedergang des Staates*“ (vgl. Creveld 1999 zitiert nach ebd.) oder „*Niedergang vom Staat*“ (Altmann 1998: 71-77 und Voigt 1993 zitiert nach ebd.) machen diese Renaissance möglich, denn erst durch diese Veränderungen und Wandel der Staat sichtbar wird:

„Insofern ist für das Verständnis der zeitgeschichtlichen Vorgänge unabdingbar, sich darüber Klarheit zu verschaffen, was der Staat ist oder von welchem Staat die Rede ist. Auch die Entstaatlichung ist eben nur mit der Kategorie des Staates zu beschreiben“ (ebd.: 6).

Viele (politische) Organisationsmerkmale des (modernen) Staates (als *politische Erfahrung*, *political experience* (D'Entreves 1967: 28)) existieren länger als das eigentliche Wort „*Staat*“. Die antiken Griechen definierten ihre *politische Erfahrung* unter dem teleologisch-geprägten Begriff der *polis* als der höchste Ausdruck des Gemeinwohls „that is, the embodiment of a moral value“ (vgl. ebd.). Für Ciceros *res publica* ist die Struktur dieser politischen Erfahrung in Form des *ius* zentraler als das Ziel. *Civitas* und *Regnum* charakterisieren die *political experience* im Mittelalter (vgl. ebd.).

Der Begriff des Staates ist ein *modernes Wort*, ein Neologismus, wenn man will (vgl. ebd.: 28 – 37). Eine kurze etymologische Analyse soll die Entstehung und Verbreitung dieses Begriffes erläutern. *Der Staat*, *el estado*, *the state*, *l'état*: Alle Philologen gehen davon aus, dass die entlegenste Provenienz dieses Ausdruckes das lateinische Wort „*Status*“ ist. Unter *Status* als neutraler Begriff

ist ein Zustand oder eine Existenzweise zu verstehen (vgl. ebd.: 30). Der lateinische *Status* entwickelte sich zweierlei: zum einen als die Beschreibung eines bestimmten sozialen und ökonomischen Verhältnisses „and hence a particular category or class of people“ (fr. z.B. *Tiers État*, dt. *Stand*) (ebd.: 31) und zum anderen als die Beschreibung der legalen Struktur einer bestimmten Gemeinschaft „what we should nowadays call its constitutional components“⁴ (ebd.). Es ist eine weitverbreite Meinung zwischen Politologen, dass der *Vater des Faches*, Niccolò Machiavelli zum ersten Mal den Begriff des Staates (*Stato*) für die Beschreibung einer sogenannten *politischen Erfahrung* einführte (ebd.: 30). Ist Machiavellis *lo stato* gleichzusetzen mit früheren (prä-staatlichen) Formen einer soziopolitischen Anstalt? Machiavellis Gebrauch vom Begriff „*Stato*“ ist, so D’Entreves, „oft willkürlich“ (ebd.). Machiavellis Schreibweise widerspiegelt nun die inkonsistente Entwicklung der Bedeutung des Begriffes „*Stato*“ (sei es entweder als Zustand, Stand oder halt Staat) (vgl. ebd.: 31). Allerdings führt Machiavelli ein Novum bei der Beschreibung dieser sozialen Tatsachen. Schon beim ersten Satz in seinem 500 Jahre alten Werk „*Der Fürst*“ (1513), „*Alle Staaten, alle Gewalten, die über die Menschen Herrschaft geübt oder noch üben, waren und sind entweder Republiken oder Fürstenthümer*“ (Machiavelli 1842 [1513]), weist der „*Florentinischer Secretair und Bürger*“ den neuen Charakter des Staates hin (vgl. D’Entreves 1967: 31f.). Für Machiavelli hat nun der Staat mit einer kollektiven Einheit zu tun, die unabhängig von Regierungssystem unverändert existiert (vgl. ebd.). Der Staat bricht mit der Dichotomie zwischen Republiken und Monarchien und setzt sich als Oberkategorie für jene gesellschaftliche und politische Einheit, die bestehen bleibt wobei dieses Bestehenbleiben an dieser Stelle von zentraler Bedeutung ist. Der Staat bildet insofern als Oberkategorie und Konzept ein Kontinuum zwischen den unterschiedlichen Formen von „*politischen Erfahrungen*“.

Die Rezeption des Begriffes des Staates ist in Europa und Nordamerika inkonsistent gewesen. In anderen Regionen musste *der Staat* gegen andere davor etablierten Konzepten für solche gesellschaftlichen Zusammenschlüsse kämpfen wie *die Republik* (wie bei *De la République* Bodins berühmtes Werk 1576) in Frankreich, *Realm* oder *Commonwealth* in England, oder *Government, the people, the nation* oder *the country* in den Kolonien in Nordamerika (vgl. ebd.: 30ff). Diese Inkonsistenz blieb bis zur Mitte des 19. Jahrhundert fortbestehen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann die Durchsetzung und Standardisierung *des Staates* (auf Deutsch), *de l’état, of the state* als politischer (und politikwissenschaftlicher) Begriff in Europa (vgl. ebd., Köbler 1991: 380).

Die Frage, ob es einen konzeptuellen Unterschied zwischen den Verständnissen vom Staat und Republik im 16. Jahrhundert, vom Staat und Land, vom Staat und Nation, oder sogar vom Staat und *polis, res publica, civita* oder *regnum* existiert ist an dieser Stelle nicht so relevant. Viel relevanter ist allerdings die Frage, ob dieser Unterschied einen Sinn ergibt:

„Let us admit at one that, if the use of this modern word should lead us to ignore the substantial differences which exist between the political structures of those periods and our own, to speak of the “State” in referring to the Greek polis, or to the res romana, or to the medieval communitas perfecta, would have to be condemned out of hand as an abuse of language. But this

⁴ *Ius publicum: quod ad statum rei romanae spectat.* (D’Entreves 1967: 31).

abuse vanishes [...] when the word "State" is accepted as brief, almost a shorthand, indication of what is common to these different experiences. This common element is the basic fact of organized force [...]." (D'Entreves 1967: 34).

Der Staat soll an dieser Stelle als einigendes Konzept verstanden werden und nicht als konkurrierendes. Wichtig ist nun, was diese *politischen Erfahrungen* und *Strukturen* verbindet, was diese gemeinsam haben, nicht inwiefern sie unterschiedlich sind.

Was haben solche politischen Erfahrungen und Strukturen dann gemeinsam? Dieser ist nun der erste Schritt bei der Suche nach unserer Definition vom Staat. Zwischen den unterschiedlichen Annäherungen an das Konzept des Staates lässt sich aber doch „*a cluster of characteristic ideas, institutions and practices around which many commentators isolate their working definitions of the modern state*“ (Pierson 2004: 2) identifizieren. Das ist genauso was wir in diesem ersten Teil suchen, eine *working definition*, eine Arbeitsdefinition für den Staat.

Es wurde schon darauf angedeutet, was diese Formen soziopolitischen Zusammenschlusses gemeinsam haben können. Das elementarste und essentiellste Merkmal des Staates ist, so Machiavelli und D'Entreves, „*that of being an organization endowed with the capacity of exerting and controlling the use of force over certain people and within a given territory*“ (D'Entreves 1967: 32). Der Staat ist nach dieser Auffassung ein organisiertes Wesen dotiert mit der Fähigkeit der Gewaltanwendung und diese Definition verbindet nun auch andere Formen *politischer Erfahrung* unter jenem selben Begriff. Bei der *Notion des Staates*, so D'Entreves, unabhängig davon wie unterschiedlich geprägt sie ist, kommt es immer auf die erfolgreiche Durchsetzung des Willen des Menschen in einem Zusammenhang von Befehl und Gehorsamkeit innerhalb eines sozialen Kontextes (ebd.: 34) an. Organisierte Gewalt, *organized force*, ist das erste zentrale Merkmal unserer Definition vom Konzept des Staates. Wie sich diese Gewalt unter einem Staat organisiert und was für eine Gewalt darunter zu verstehen ist, sind Fragen die im Laufe der Arbeit geantwortet werden (müssen) und die uns langsam zu unserem Ziel führen.

Der Begriff des Staates soll die politischen Erfahrungen und Strukturen verbinden, die (an dieser Stelle und als Oberbegriff) sich durch eine *organisierte Gewalt* auszeichnen. Dieser ist nun der erste Schritt bei der Konzeptualisierung eines Staatbegriffes, die in späteren Stadien einen plausiblen Überblick darüber liefern wird, was unter (modernen) Staat verstanden werden soll. Dieses erste Merkmal ist insofern wichtig, weil es uns schon mit nur zwei Worten eine klare Richtung zeigt. Mit organisiert ist nun ein unmittelbar sozialer Aspekt angesprochen. Mit organisiert ist ein Zusammenschluss oder eine Einheit von Menschen gemeint, die sich mit Hinblick auf ein Ziel (organisiert). Wie und warum sich Menschen unter dem Oberbegriff Staates organisieren ist eine zentrale Frage, auf die ich später nochmal eingehen werde. Organisierte Gewalt mag sich in diesem Zusammenhang sogar redundant anhören, weil Gewalt schon einen gewissen Grade sozialer Kohäsion und Organisation impliziert. In Gewalt (als *auctoritas*) ist schon eine soziale Struktur inbegriffen, die unmittelbar mit der (legitimen) Ausübung von Macht zu tun hat. An dieser Stelle werden nun die unterschiedlichen Formen (*polis, res publica, civita, regnum*) die ich vorhin angesprochen habe nochmal sichtbar. Die Unterschiede tauchen wieder ab, allerdings entdeckt man an dieser Stelle, das was für die politische Theorie von großer Interesse ist:

„These differences may be of a legal kind, of structure and distribution of power. They may be differences of values and ends, such as are of interest to political philosophers. But the first step in political theory is and remains the recognition of the fact that, in order to achieve those ends, in order to set up those structures, force has to be resorted to, and must be effective. The notion of the State, however different its versions, always comes back ultimately to the successful carrying through of man's will, to a relation of command and obedience in a social context.” (ebd.: 34).

Zusammenfassend am Ende dieses ersten Teilkapitel kann man sagen, dass der Staat ein zentrales Konzept für die Politikwissenschaft ist. Der Staat ist der Austragungsort des Politischen *par excellence*. Der Staat ist die konzeptuelle Bühne, auf der die verschiedenen Akteure der Politik ihre Rollen spielen. Insofern lässt sich der Staat nicht einfach definieren. Ich will den Staat am Ende dieses ersten Kapitels zuerst als eine Einheit definieren und zwar zweierlei: Eine Einheit nicht nur im Sinne eines Zusammenkommens von Menschen in einer besonderen Form sozialer Organisation, sondern auch im Sinne einer einheitlichen Oberkategorie für alle Formen *moderner politischer Erfahrung*. Der Staat taucht an dieser Stelle als ein einigendes Konzept, das die unterschiedlichen Formen politischer Organisation verbindet. Bei dem Staat geht es nicht mehr darum, wie sich diese verschiedenen Formen unterscheiden, sondern vielmehr was sie untereinander gemeinsam haben. Der Staat ist an dieser Stelle ein „*historisches, modernes und universelles Phänomen*“ und Konzept (vgl. Borja Cevallos 2007: 51). Diese Identifizierung der *organisierten Gewalt* als Merkmal des Staates ist nun ein erster kleiner Schritt in Richtung Definition des Staates. An dieser Stelle ist nun festzuhalten, dass das was unter (modernen) Staat verstanden wird, das Ergebnis eines modern-historisches und universelles Phänomens ist (vgl. ebd.). Die organisierte Gewalt ist nun ein erstes konzeptuell-konstitutives Element des modernen Staates. Für eine real- sowohl als auch eine ideengeschichtlich-konzeptuelle (Re-)Konstruktion des Staates sind weitere Bausteine nötig, die in den folgenden Kapiteln beschrieben werden und uns an eine Antwort auf die Frage was einen Staat ausmacht annähern werden.

2.2. Staat und Politik: Eine real- und ideengeschichtliche Rekonstruktion

2.2.1. Der Staat als inhärent historischer soziopolitischer Konstrukt

Dem Staat eine Definition zu geben ist, wie wir im vorherigen Kapitel gesehen haben, eine Herausforderung. Die begriffsgeschichtliche Entwicklung, die ich in den letzten Seiten beschrieben habe liefert die ersten Hinweise darauf, wie es zum Konzept des Staates gekommen ist, so wie wir es heutzutage kennen. Den Staat als eine Einheit und als eine Form organisierter Gewalt zu präsentieren ist nun die (breite) Basis auf der ich nun versuchen werde mithilfe einer Rekonstruktion der ideengeschichtlichen Entwicklung des Staates ihm als soziale und politische Gestalt, zentrale Elemente und Bausteine zu verleihen, die dann im Zuge der Debatte um fragile und gescheiterte Staatlichkeit diskutiert werden.

Wenn man von Staaten und prästaatlichen Formen politischer Organisation spricht, impliziert man automatisch, dass es irgendwann Staaten angefangen haben zu existieren und dadurch sie sich von prästaatlichen Strukturen unterscheiden können. In einem ersten Schritt haben wir festgestellt, dass organisierte Gewalt mit Staatlichkeit zu tun hat und, dass organisierte Gewalt das erste konstitutive Element jenes Staates ist. Heißt es dann das alle *politische Erfahrungen*, die über eine organisierte Gewaltstruktur verfügen und verfügten Staaten sind oder waren?

Um diese Frage beantworten zu können brauchen wir zunächst einige Prämissen: Was wir unter Staat verstehen ist das Ergebnis eines langen geschichtlichen Prozesses. Die Historizität des Staates ist ein fundamentales Element bei der Beschreibung jene staatliche Ordnung. Eine konzeptuelle Rekonstruktion des Staates ohne jene Rücksicht auf den unmittelbar historischen Charakter des Staates lässt sich schwer nachvollziehen. Eine begriffsgeschichtliche Rekonstruktion des Wortes „Staat“ liefert schon viele Hinweise darauf, wie der Staat als Begriff in Laufe der Geschichte zum Einsatz gekommen ist. Der Staat taucht nun nicht nur als Novum im Sprachgebrauch, sondern beschreibt ein ganz bestimmtes Phänomen. Die ideengeschichtliche (Re-)Konstruktion des Staates als soziales und politisches Phänomen vervollständigt die Konzeptualisierung, die für die weitere Analyse von zentraler Bedeutung ist.

Eine weitere Prämisse bezüglich des Staates ist die sehr enge Beziehung zwischen was man unter Staat versteht und die Funktionen, die ein solcher Staat ausübt oder ausüben soll. Die Definition des Staates, die wir suchen hängt von den Funktionen dieses Staates und wie sich diese Funktionen im Laufe der Geschichte entwickelt haben ab. Der Staat als Konzept und Phänomen hat insofern einen unmittelbar teleologischen Charakter.

Zuerst zur Historizität des Staates: „*Der Bedeutungswandel des Wortes Staat folgt die Entwicklung von politischen Herrschaftsformen*“ (Benz 2008a). Für die Definition, die wir im Rahmen dieser Arbeit suchen ist davon auszugehen, dass der Staat, der konstruiert wird als „*moderner Staat*“ zu verstehen ist. Der Staat ist in diesem Sinne ein *Phänomen der Moderne* (vgl. Benz 2008a; Jellinek 1914, 1914; Weber 1972 [1919]). Eine Beschreibung des Staates als Phänomen und Konzept mit Rücksicht auf seine Historizität kann nur dann erfolgen, „*wenn wir aus der Entstehungsgeschichte des modernen Staates dessen zentrale Merkmale ableiten*“ (Benz 2008a). Bei der hier skizzierten historischen Rekonstruktion des Staates ist nun die Tatsache wichtig, dass es sich dabei um die Beschreibung der Entwicklung des Staates als politisches Phänomen mit Ableitung der konstitutiven Merkmale handelt. Der Staat als Einheit und als eine Form organisierter Gewalt wurden schon im vorherigen Kapitel als konstitutive Merkmale eingeführt. Ziel dieses Kapitels ist nun die real- und ideengeschichtliche Konstruktion des politikwissenschaftlichen Konzeptes des Staates zu beschreiben.

Wir sind davon ausgegangen, dass der Staat ein Phänomen der Moderne sei. An dieser Stelle ist nun die Identifizierung eines Ausgangspunktes der ideengeschichtlichen Entwicklung nötig. Ab wann darf man, wenn man über *politischen Erfahrungen* spricht, den Begriff des Staates benutzen? Wo verläuft die Grenze zwischen staatlichen und prästaatlichen Formen politischer Organisation? Sind alle *political experiences* oder andere Formen der politischen Organisation Staaten? Arthur Benz' „*Der moderne Staat*“ soll uns wichtige Hinweise zur Beantwortung dieser Fragen liefern.

2.2.2. Der Staat als realgeschichtliches Konstrukt: Vom feudalen Ständestaat bis zum modernen demokratischen Wohlfahrtsstaat.

An dieser Stelle ist Arthur Benz' Versuch die Historizität des Staates zu rekonstruieren von zentraler Bedeutung. Benz definiert den Staat als „*Form rationaler, nach unpersönlichen und kontrollierbaren Regeln ausgeübter Herrschaft*“ (ebd. 11). Der Staat steht in Benz' Verständnis für „*eine Konzentration von Macht in einer rationalen, d.h. unpersönlichen, auf sachliche*

Rechtfertigungsgründe gestützte Organisation“ (ebd.: 37) und somit unterscheidet er den Staat von anderen Formen sozialer Organisation im (ideen-)geschichtlichen und funktionalen Sinne. Zu einer solchen Auffassung des Konzepts des Staates zu gelangen, identifiziert Benz eine Entwicklung der Vorstellung des Staates und der Aufgaben und Funktionen dieses Staates im Laufe der Geschichte.

Für Benz ist dieser Staat nur in seiner *modernen* Form sichtbar. Benz analysiert in diesem Sinne keine Entstehung des Staates als solche, sondern vielmehr die Entwicklung des modernen Staates als ein inhärent historisches soziales Phänomen. Hierbei geht es darum „*aus einer Darstellung der Genese seine [die vom Staat] grundlegenden Merkmale zu identifizieren*“ (ebd.: 12).

Wenn man vom ‚*modernen Staat*‘ spricht, macht man automatisch eine Abgrenzung zu ‚nicht-modernen‘ Formen der Staatlichkeit. ‚Nicht-modernen‘ Formen der Staatlichkeit verfügen geringermaßen über Elemente moderner Staatlichkeit, werden aber von anderen Elementen unterminiert oder koexistieren in dieser Konstellation zusammen mit anderen Elementen, die mit der Staatlichkeit in Benz‘ Verständnis nicht (oder gar nicht) kompatibel sind. Zu diesen ‚nicht-modernen‘ oder ‚traditionellen‘ Herrschaftsformen zählen so Benz Stämme und Reiche. Nicht ausreichend für den Staatscharakter solcher politischer Erfahrungen sei die Tatsache, dass „*in beiden Fällen Herrschaftsbefugnisse und -mittel der völligen privaten Verfügung der Herrschenden [unterlagen], deren Macht daher als Erbe übertragen und durch religiöse Mythen legitimiert würde*“ (ebd.: 12). Bei der politischen Erfahrung im antiken Griechenland (Polis) handele es sich mehr um eine Gemeinschaft, wobei „*eine Ausdehnung der demokratischen Organisation auf größere Territorien nicht möglich [war]*“ (ebd.). Eine solche Grenzziehung zwischen was als modernen Staat betrachtet werden kann und was nicht nur nicht-modern, sondern auch nichtstaatlich ist, ist keine einfache Angelegenheit: „*The criteria according to which states in the early period are defined are generally less exacting than those applied to the state of modernity*“ (Pierson 2004: 30). Einige solche prä-modernen Formen der Staatlichkeit oder „*rudimentäre Formen der politischen Organisation*“ (Bernauer, Jahn & Kuhn 2009: 35), behielten die Fähigkeit in diesen Gebieten zu regieren, trotz des Mangels einer gewissen Gewaltsamkeit und eines Territoriums (vgl. Pierson 2004: 31). Es wäre sogar ein Fehler so Christopher Morris, den heutigen *modernen* Staat mit den griechischen *Poleis* und dem römischen *Civitas* einfach so zu vergleichen: „*They are some structural resemblances, but significant differences. Although certain features of the polis and of Roman Law were adapted to late medieval and early modern governance, the Greek Poleis and the Empire had disappeared by the time modern states were emerging*“ (Morris 2009: 196). Die Idee eines geschichtlichen Kontinuums der Staaten wird an dieser Stelle verworfen. Es heißt allerdings nicht, dass die Ideen der antiken Griechen oder Römer die ideengeschichtliche Entwicklung zum modernen Staat nicht beeinflusst haben. Wie ich in einem späteren Kapitel erklären werden, werden einiger dieser Ideen in Form der „*Wiedergeburt antiker Staatskunst*“ in der Renaissance wiederaufgenommen und weiterentwickelt (vgl. Voigt 2015: 3ff).

Für Benz ist der Staat nicht nur im philosophischen Sinne modern, sondern ebenfalls im geschichtlichen Sinne. Der moderne Staat ist das Produkt einer langjährigen politischen Entwicklung. Der (moderne) Staat ist nicht aus heiterem Himmel gekommen: „*States have not been an omnipresent form of human organization. Even upon the most expansive definition, the majority of people through most of human history have not lived in states*“ (Pierson 2004: 10). Es ist nicht

willkürlich zu behaupten, dass eine große Mehrheit der Weltbevölkerung über die Jahre gar nicht innerhalb eines Staates gelebt hat. Denn genau dieser Gedanke prägt den Begriff des Staates sehr stark: In unserer *modernen* Gesellschaft existiert nichts außerhalb des Staates. Man kann sich schwer vorstellen, wie ein Leben jenseits eines Staates existieren kann. Von unserer Geburt bis zur Tode sind wir im 21. Jahrhundert intrinsisch mit einem Staat verbunden: „*From the mandatory certification of our birth [...] to the compulsory registration of our death, we tend to feel that the state is always with us*“ (ebd.: 4). Wenn wir einen Staat (territorialmäßig) verlassen, dann betreten wir einen anderen. Der Staat ist insofern ein universelles und ein universalistisches Phänomen: Einerseits ist es universalistisch, weil die (politisch-juristischen) Existenz und deren Bedingungen außerhalb dieses Konstrukts nicht nur nicht gewährleistet werden, sondern gar nicht gewährleistet werden können. Normen, wie z.B. die Menschenrechte, können außerhalb jener staatlichen Ordnung nicht bindend gewährleistet werden⁵, weil diese nur in einer gewissen staatlichen Ordnung operieren können. Der Staat ist auch universell, weil es sich keine weitere Form politischer Organisation solchermaßen weltweit finden lässt. Der Staat ist nicht nur politisch unentbehrlich, sondern auch politisch universell. Wie lässt sich nun den Siegeszug des Staates erklären? Auf diese Frage und diese Gedanken werde ich später nochmal zurückgreifen.

Für Benz beginnt nun die geschichtliche Entwicklung zum modernen Staat „*um das Jahr 1000*“, wobei man „*erst im 16. Jahrhundert [...] von der Existenz eines Staates in diesem Sinne sprechen [kann]*“ (Benz 2008a). Maßgeblich für die Entwicklung zum modernen Staat hat nun die *feudale Herrschaftsordnung* Europas im 11. Jahrhundert beigetragen, so Benz (vgl. 2008: 13ff.). Wie ich schon vorher erwähnt habe, ignoriert Benz ältere politische Phänomene nicht, sondern argumentiert, dass diese feudale Herrschaftsordnung eine erste entscheidende Entwicklungsstufe ⁶darstellt, weil seitdem ein Kontinuum sichtbar ist. Der Dualismus zwischen weltlicher und religiöser Herrschaft im Mittelalter, „*legitimiert durch die Lehre der Zwei Reiche, die schon im 4. Jahrhundert von Aurelio Augustinus formuliert wurde*“ hat die Bedingungen und Basis der Entwicklung der politischen Idee des Staates geschaffen (vgl. ebd.:13). Die Abhängigkeit der Legitimität und Exekutivmacht der *weltlichen Herrschaften* von der Kirche und wiederum die Position der Kirche in dieser Machtkonstellation sind für Benz die Katalysatoren staatlich-stiftender politischer Prozessen:

„*In den Auseinandersetzungen mit der Kirche und den lange anhaltenden Konflikten zwischen Ständen und Konfessionen stellte sich die Institution des Staates als Lösung heraus, eine Form der Herrschaft, die unabhängig von religiöser Legitimation und persönlichen Interessen der Herrschenden funktionieren konnte und zugleich über ein größeres Territorium ausdehnbar war*“ (Creveld 1999: 74 zitiert nach ebd.: 13).

In einer solchen Konstellation der feudalen Herrschaftsordnung ist, so Benz, keine Staatlichkeit gegeben: „*Es gab im Mittelalter [...] keine formale Institutionalisierung der Herrschaft, kein Gewaltmonopol, keine organisierte Verwaltung, kein gesetztes Recht, keine Souveränität über ein Gebiet*“ (ebd.: 15). Der spätere „*Ständestaat*“ als „*Spätform der Feudalordnung*“ (ebd.: 16) und bei Weber als „*Form des Übergangs zum modernen Staat*“ (Weber 1976: 637 zitiert nach ebd.: 16)

⁵ Es ist eine andere Frage warum solche Rechte trotz existierender staatliche Organisation eventuell nicht eingehalten werden.

⁶ Benz spricht von einem Machtvakuum zwischen römischen und karolingischen Reich, indem die Bedingungen der Entwicklung zum Staat gegeben waren (vgl. Benz 2008a: 13ff.).

unterscheidet sich von der ursprünglichen Form des Feudalismus durch die Entstehung von Korporationen als „organisierte Zusammenschlüsse gesellschaftlicher Gruppen zu ‚Ständen‘, die in Versammlungen repräsentiert waren“ und eine gewissen Institutionalisierung von Herrschaft in Form einer „schrittweisen Ersetzung der personengebundenen Herrschaft durch eine auf formaler Organisation beruhende Herrschaftsordnung“, die durch die Rezeption des Römischen Rechts und die inhärente Trennung von Amt und Person vorausgesetzt wurde (ebd.: 16f.). Der Gedanke, „dass politische Herrschaft etwas Abstraktes, Unpersönliches ist, eine Idee, die ursprünglich aus der römischen Republik stammt“ (Finer 1997: 662 zitiert nach ebd.: 17) findet im Spätmittelalter eine erneute Rezeption. Dieser Gedanke ermöglichte nun eine Institutionalisierung der Herrschaft, „d.h. sie wurde gefestigt auf Dauer gestellt“ (ebd.: 17) und die Institutionalisierung der Herrschaft ermöglichte wiederum eine gewisse ‚funktionale Differenzierung‘ der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Es herrschte allerdings eine ständige Spannung zwischen den unterschiedlichen Machtinhabern innerhalb dieser Konstellation. Die Beziehung zwischen Kaisern, Königen, Fürsten, Ständen, Kirche, Adligen, usw. „hing wesentlich von der Persönlichkeit des jeweiligen Herrschers, seiner Hausmacht, seinen Ressourcen und seinen Beziehungen zu den Ständen“ (ebd.: 18) ab. Die angebliche Gewaltenteilung war ‚prekär‘ (vgl. ebd.: 18). Frieden zu sichern war unter solchen Umständen eine schwierige Aufgabe und „die Kriege zwischen dem 14. und 17. Jahrhundert machten offenkundig, wie wenig der ‚Ständestaat‘ seine Aufgaben erfüllen konnte“ (ebd.: 18). Die ‚Lösung‘ für die Problemen dieser Epoche „bot im Prinzip die Konzentration der Herrschaftsbefugnisse im modernen Staat“ (ebd. 18).

Es mag sich kontraintuitiv anhören, aber der Staat im Absolutismus gilt als Wegbereiter unseres modernen demokratischen Wohlfahrtsstaates. Wie der Begriff es schon andeutet bezeichnet der Absolutismus „eine Epoche, die durch Prozesse der Zentralisierung und Konzentration von Macht bei Monarchen gekennzeichnet war“ (vgl. Hinrichs 1986 zitiert nach ebd.: 19). Die absolute Macht gehörte einer einzigen Figur. Im Absolutismus wurde der König zum „alleinigen Gesetzgeber und Schiedsrichter über die anderen Gewalten“ (ebd.: 15) und schwächte somit andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die in früheren Stadien (sowie die Kirche in der Ständegesellschaft als „einige stärker zentralisierte Herrschaftsorganisation“ oder gar als „Parallelorganisation zur weltlichen Herrschaft“ (ebd.: 15ff)) galten. Die Entwicklung des Absolutismus in Kontinentaleuropa in der frühen Neuzeit ist unmittelbar mit dem Begriff und der Lehre der Souveränität zu verknüpfen.

Der Machtverlust der Kirche, kulminierend in der Reformation ist nach Benz ein entscheidender Faktor für die daraus folgende Machtkonzentration⁷ (vgl. ebd.: 20). Diese Machtkonzentration und die Durchsetzung der Idee der Souveränität ermöglichten wiederum die Entwicklung eines ursprünglichen Gewaltmonopols (Für Max Weber das entscheidende Kriterium jener Staatlichkeit (vgl. ebd.; Weber 1972 [1919])). Die Machtkonzentration ermöglicht in der Konstellation eines Gewaltmonopols die Übernahme von wesentlichen Herrschaftsmitteln (Militär, nicht ausgereifte Bürokratie, u.a.), die Übernahme der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse (Merkantilismus, Versorgungsaufgaben, u.a.) und die Regulierung sozialer Problemen (Armenrecht, Armenfürsorge, u.a.) (vgl. Benz 2008a: 20f.). Die Konsolidierung des Staates als *Territorialstaat* und die daraus

⁷ Benz bezeichnet den Protestantismus als „Motor der Herausbildung des Territorialstaates“ (Benz 2008a: 23).

folgende Ausweitung des Gebietes als Territorium ist an dieser Stelle entscheidend: „*Der moderne Staat ist [an erster Stelle] ein Territorialstaat, dessen Souveränität sich auf ein genau abgegrenztes Gebiet bezieht und dessen Binnenstruktur ebenfalls durch eine territoriale Gliederung geprägt ist*“ (ebd.: 21).

Die Erfahrungen des *Dreißigjährigen Krieges* in Kontinentaleuropa und der resultierende *Westfälische Frieden* (1648) ergänzten den Begriff der Souveränität nach außen. Etabliert wurden nicht nur die Vorläuferideen des modernen Völkerrechts, sondern es wurde ein internationales Staatensystem konsolidiert, das die Staaten und ihre „Staatsräson“ zum ersten Mal als solchen anerkannte (vgl. ebd.). „*Die ‚Staatsräson‘, d.h. die Sicherung der Integrität des Territoriums, der Schutz von Angehörigen des Staates und die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, galt als legitimes Motiv der Außenpolitik*“ (ebd.). Ich würde sogar sagen, nicht nur der Außenpolitik, sondern der Politik im Allgemeinen.

Dem Staat im Absolutismus fehlten allerdings zentralen Elemente des modernen Staates, nicht weil dieser Staat kein Staat wäre, sondern vielmehr, weil er nicht modern war (vgl. ebd.: 22). Die Willkürlichkeit der Ausübung der Herrschaftspraxis im Sinne einer überwiegend persönlich-motivierten Interessenverfolgung und die fehlende Kontrolle, sowie die mangelnde Legitimation der absoluten Herrschaft (vor allem bei den Beziehungen zwischen Staatsgewalt und Staatsvolk in Jellineks Worten, aber auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im Sinne des Anspruches einer weltlichen und einer religiösen Herrschaft, der allerdings nach Luthers Zwei-Welten-Lehre überflüssig geworden ist (vgl. ebd.: 22f)) sind an dieser Stelle, so Benz, zwei nicht-modernen Elemente des Staates im Absolutismus (vgl. ebd.: 22f.).

Benz identifiziert an dieser Stelle zwei Zweige der Staatsbildung in Kontinentaleuropa des 15. und 16. Jahrhunderts: eine „*dezentralisierte Staatsbildung und konsoziative Herrschaftsordnungen*“ (vgl. ebd.: 23). Ein Schnappschuss der politischen Landkarte Europas liefert uns schon die wichtigsten Hinweise dafür was Benz darunter versteht: „*In der Zeit, als sich im Norden, Westen und Südwesten Europas [...] der souveräne, zentralisierte Territorialstaat bildete, war Mitteleuropa in kleine Herrschaftsgebiete zersplittert, die lediglich durch Bündnisse zusammengehalten wurden*“ (ebd.). Die Herrschaftsformen Mitteleuropas, dazugehören vor allem die *Confoederatio Helvetica*, das Deutsche Reich, die Stadtrepubliken Italiens, u.a. „*zeichneten sich durch eine Mischung aus ständischer Gewaltenteilung und föderativer Vereinigung aus, die man auch mit dem Begriff der konsozialen Herrschaft bezeichnen hat*“ (ebd.: 24). Damit ist keine Oberkategorie gemeint, die die erheblichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Figuren übersieht, sondern vielmehr verbergt sich dahinter ein Versuch diese abweichenden Strukturen vom Modell des entstehenden Territorialstaates zu charakterisieren (vgl. ebd.). Die Versuche dieses Phänomen zu beschreiben sind einige Jahrhunderte vor unserer Zeit zurückzuführen. Eine der wichtigsten Vertreter ist Johannes Althusius (1557-1638) gewesen. Er stellte sich gegen Bodins Souveränitätslehre und beschäftigte sich mit diesen Gemeinschaften als Subjekte einer politischen Theorie:

„*Althusius entwarf die Konzeption einer politischen Ordnung, die auf genossenschaftlichen und ständischen Strukturen sowie auf kleinen Gebietseinheiten wie Gemeinden, Städten oder Ländern beruhte. Mit der Vorstellung, dass die politische Ordnung, die sich aus Gemeinschaften und Korporationen, also nicht aus Individuen zusammensetzt, war seine politische Theorie noch von der Idee der antiken Polis und ständischen Konzepten durchgedrungen*“ (ebd.).

Die Idee einer ‚geteilten Souveränität‘, die sich hinter den Ideen des alternativen Modells der konsozialen Föderation gegenüber den ‚souveränen, zentralisierten, Territorialstaat‘ als Lösung der Problemen einer konfessionell-gespaltene Europa wurde „durch ein Staatsverständnis verdrängt, nach dem der Staat eine Einheit von Gebiet, Volk, institutionalisierter Staatsgewalt ist“ (ebd.: 25). Tatsache ist, dass aus beiden Formen der Herrschaftsordnung, die absolutistische und die konsoziative, sich eine neue Gestalt des modernen Staates entwickelt, die beide Herrschaftsordnungen auflöste⁸.

Die Konfliktlinien in Europa des 16. und 17. Jahrhunderts prägten in einem besonderen Maße die Entwicklung zum modernen Staat. Die Hinterfragung der ‚traditionellen‘ Legitimation der Herrschaftsordnung im Absolutismus⁹, die in verschiedene Bürgerkriege und Revolutionen im 16. und 17. Jahrhundert mündete, inspirierte eine entscheidende Entwicklung in Richtung ‚Moderne‘ und ‚Moderner Staatlichkeit‘ (vgl. ebd.). Es entstand der Bedarf einer neuen *Herrschaftsbegründung*, die sowohl das Individuum als solche als auch die Gesellschaft als Ganze ansprechen könnte. An dieser Stelle treffen die ersten vertragstheoretischen Überlegungen des Staates ein. *Der Vertrag* gilt an dieser Stelle als „der rationale Entstehungsgrund des Staates“ (Kersting 1994 zitiert nach ebd.: 25). An dieser Stelle kommt eine interessante Vermischung der realgeschichtlichen Entwicklung zum modernen Staat und der ideengeschichtliche Konstruktion des Konzeptes des Staates als politisch-theoretische Auseinandersetzung zustande. Die Herrschaftsordnungen nach dem Absolutismus müssten „auf dem Prinzip beruhen, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft aus eigenen Interessen einer staatlichen Ordnung zustimmen“ (vgl. ebd.:25). Der Staat konnte sich nicht mehr auf einer ‚traditionellen Legitimation‘ stützen. Die Existenz des Staates wird mit der Vernunft des Menschen rechtfertigt, die sich an dieser Stelle als die Konstruktion eines herrschaftsrechtfertigungsfähigen Gesellschaftsvertrags zeigt (vgl. ebd.: 24ff). Die Aufklärung unter Kants Forderung „Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ hat maßgeblich zur Konstruktion des liberalen Verfassungsstaates beigetragen, indem „das eigentliche Ziel der Aufklärung jedoch darin (bestand), die unbeschränkte Herrschaft des Monarchen zu überwinden und die Souveränität vom Willen des Staatsvolkes abzuleiten“ (ebd.: 26). Jean Jacques Rousseau, (Thomas Hobbes), John Locke, trugen mit ihren Überlegungen maßgeblich bei der Konzeptualisierung und der Konstruktion des liberalen Verfassungsstaates¹⁰ bei. Der Kerngedanke dieser Form von Staatlichkeit war nun „das freie und mit natürlichen Rechten begabte Individuum, dessen Schutz vorrangiges Ziel der Staatsgewalt sein sollte“ (ebd.).

Eine Verwirklichung des liberalen Verfassungsstaates fand in Europa während der Französischen Revolution (1789) statt¹¹. Der Prozess des Aufbaus eines liberalen Verfassungsstaates in Europa

⁸ An dieser Stelle ist es anzumerken, dass der Föderativen Staat im modernen Sinne (oder der Bundestaat) „nicht als unmittelbare Verwirklichung der Konzeptionen von Althusius [...] verstanden werden [sollen]“ (Benz 2008a: 25). Der Bundestaat ist an erster Linie ein moderner Staat, bei dem Auseinandersetzungen das Prozess der Staatsbildung beeinflusst haben (vgl. ebd.).

⁹ Also eine Aufklärung im Sinne der „Kritik an transzendenten Begründungen bestehender Ordnungen und an der ‚traditionalen Legitimität‘ von Herrschaft“ (Benz 2008a: 25).

¹⁰ Eine ausführlichere Abhandlung ideengeschichtlicher Elemente der Konstruktion des modernen Staates folgt im nächsten Kapitel.

¹¹ Dreizehn Jahre zuvor erklärten die Kolonien im Nordamerika ihre Unabhängigkeit von der britischen Krone. Dabei folgten diese auch die Postulate einer liberalen Verfassungsstaatlichkeit.

stellte sich als eine längere Entwicklung heraus „in der sich Phasen der Revolution und Reform mit solchen der Restauration abwechselten“ (ebd.: 29). Es setzen sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts folgende Elemente liberaler Staatlichkeit durch: Die Einführung einer Verfassung, „die Regeln über Herrschaftsausübung enthalten“ und somit die Willkürlichkeit der Herrschaft im Absolutismus annullierte „und fundamentale Rechte der Bürger gewährleisten sollte“ als primordiale Funktion der Staatsgewalt (ebd.); die Ersetzung der traditionellen Legitimation der Herrschaftsordnung durch die Abhängigkeit der Legitimation der Herrschaft „von der Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen“ durch das Postulat der (Volks-)Souveränität (ebd.); Die Begrenzung der Staatsgewalt zum Schutz der Rechte und der Freiheit der Individuen, sowie die Machtbegrenzung durch Formen der Gewaltenteilung (vgl. ebd.); die Etablierung der Handlungsform des Verfassungsstaates innerhalb eines *formalen Rechts* nach Kants Konzeptualisierung des Staates als „die Vereinigung einer Menge von Menschen und Rechtsgesetzen“ (Kant (1983) [1797]: § 45, 431 zitiert nach ebd.: 29) (Rechts- und Gesetzmäßigkeit) und die zunehmende Wichtigkeit des Parlaments als Gesetzgebungsorgan im Vergleich zur Herrschaft der Regierung (vgl. ebd.).

Die Postulate des politischen Liberalismus dieser Epoche: „Die Freiheit der Bürger sollte durch die Beschränkungen staatlicher Eingriffe gesichert werden“ und „die Idee der Gleichheit aller Individuen“ (ebd.) wurden zu universellen Forderungen. Daraus entstanden vorerst zwei entscheidende Schwierigkeiten bei der Legitimation einer liberalstaatlichen Ordnung. Auf der einen Seite:

„[...] konnte zwar die liberale Staatstheorie die Existenz eines Staates rechtfertigen, sie bot aber keinen überzeugenden Gründen dafür, warum sich die breite Masse der Bevölkerung an politischen Prozessen beteiligen sollte und warum die einzelnen Bürger auch Entscheidungen, die zu ihren Lasten gingen akzeptieren sollten.“ (ebd.)

Auf der anderen Seite entstand einen nicht-mehr-zu-ignorierenden Abstand zwischen „der Realität der sozialen Verhältnisse in der Industriegesellschaft“ und der Gleichheitsidee (oder sogar Gleichheitsideale) (vgl. ebd.) in Form u.a. der *sozialen Frage*. Sozialpolitische Maßnahmen (in Rahmen des größeren Themas der Sozialpolitik und vor allem des Sozialstaates) und nationalstaatliche Entwicklungen fungierten an dieser Stelle als plausible Lösungsansätze, so Benz: „Sozialpolitik und Nationalstaat waren deshalb eng mit der Entwicklung des liberalen Verfassungsstaates verbunden“ (ebd.). Zum Beginn des 19. Jahrhunderts gewannen einerseits die soziale Frage und andererseits nationalistische politische Bewegungen an Bedeutung und Einfluss.

Der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts wird von Benz als ein „Produkt der Modernisierung“ betrachtet (vgl. ebd.: 31). Die Nation als Zusammenfassung aller politischen Bevölkerungsgruppen integriert alle politisch-handelnde Klassen, Gruppen und Staatsbürger im politischen Prozess und im politischen System. Die Nation basiert auf die Idee „soziokulturelle oder politische begründete Gemeinschaft eines Volkes“ und taucht als

„ein geistiges Konstrukt, die Selbstbeschreibung eines Volkes, das sich als Erfahrungs-, Erinnerungs-, und Lebensgemeinschaft versteht; sie beinhaltet Überzeugungen, Loyalitäten und Solidaritätsbeziehungen, die in einer gemeinsamen Geschichte, einer gemeinsamen Kultur oder einen gemeinsamen Herkunft gründen“ (Gellner 1995 zitiert nach ebd.).

Dieser integrative Charakter des Nationalstaates „brings larger and larger sectors of the masses into the system“ (Rokkan 1999: 131f zitiert nach ebd.: 31) und verkürzte somit den Abstand zwischen

den früheren politischen Eliten und die Bevölkerung im Allgemeinen und stifte dabei ein Identitätsbildungsprozess innerhalb dieser *Nation* mit einer gewissen auswärtigen Wirkung durch Differenzierung (vgl. ebd.: 32). Dabei wurden die soziokulturellen Merkmale (Sprache, Religion, usw.) und die geographische Konsolidierung dieser Gruppen berücksichtigt.

Der Staat in der Industrialisierung benötigte eine neue Legitimation, denn die traditionelle Legitimation der Herrschaftsordnungen im Absolutismus hatte keine Anhaltspunkte mehr: „*Der Staat der industriellen Massenzivilisation bedurfte einer Legitimation, die alle übrigen massenwirksamen Ideologien überwölbte, sie einband und zugleich dem Staat die Zustimmung seiner Bürger sicherte: Diese Legitimation war die Idee der Nation*“ (Schulze 1995: 168 zitiert nach ebd.).

Dabei wird nicht nur der Staat als Konzept in dieser Konstellation gesichert, sondern fungiert als „*Voraussetzung des Demokratisierungsprozesses*“ (ebd.: 32). Die Bürger als *Staatsbürger* im politischen Prozess zu integrieren, „*die in kollektiven Entscheidungen ihr Schicksaal selbst bestimmen*“ (ebd.) war nur mit der Idee der Nation als „*eine Körperschaft von Gesellschaften, die unter einem gemeinschaftlichen Gesetz leben und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung repräsentiert werden*“ in Abbé Sieyès Worten (nach Möller 1989: 53 zitiert nach ebd.) denkbar. Der Gedanke der Nation und vor allem das Zugehörigkeitsgefühl, das diese Idee vermittelt ermöglichte diese Einbeziehung von breiteren Sektoren der Gesellschaft als Objekte und Subjekte im politischen Prozess, im Gegensatz zu den politischen Eliten im Absolutismus. Die *integrative und legitimatorische Bedeutung* des Nationalstaates nach innen, wird an dieser Stelle zu der Abgrenzung nach Außen kontrastiert (vgl. ebd.). Territoriale Grenzen bekamen dabei einen neuen Charakter.

Staat und Nation sind zwei unterschiedliche Konzepte, die aber in Staatstheorien des 19. Jahrhunderts „*zu einer Einheit verschmelzen*“ (ebd.). Dabei muss man an dieser Stelle präzisieren, dass zwischen beide Konzepten sich doch Unterschiede finden lassen. Eine Nation ist „*ein vorwiegend-ethnisches und -anthropologisches Konzept, das eine Gruppe von Menschen beschreiben soll, denen natürliche Verbindungen einigen*“ (Borja Cevallos 2007: 48). Der Staat taucht als rechtlich-juristische und politische Struktur aufbauend auf der Nation, oder mit anderen Worten: „*Der Staat ist das organische und politische Gewand der Nation. Er ist die politisch-organisierte Nation. [...]. Die Nation ist daher die menschliche und historische ‚ab inmemoriabili‘ Basis auf der sich der Staat als Gestell fußt*“ (vgl. ebd.).

Die Entwicklungen zum liberalen Verfassungs- und Nationalstaat im 18. und 19. Jahrhundert prägten die Realgeschichte des Staates nachhaltig: „*Die sich im Lauf des 19. Jahrhunderts durchsetzende Demokratisierung [...] führte in letzter Konsequenz zur Expansion von Politik und Staatstätigkeit, die in den Wohlfahrtstaat des 20. Jahrhunderts mündeten*“ (Benz 2008a). Die Industrialisierung und die damit verbundenen Formen sozialer Ungleichheit entwickelte sich zu sozialen Problemen und Krisen, die von der Gesellschaft und dem Staat als solche anerkannt wurden (vgl. ebd.). An dieser Stelle wird der *demokratischer Wohlfahrtstaat* geboren, als „*Prozess der zunehmenden Inklusion von Gesellschaftsmitgliedern [insbesondere früher benachteiligte Gruppen], der Ausdehnung von Bürgerrechten [wie Partizipationsrechten] und der Expansion von Staatsaufgaben [u.a. „Daseinsvorsorge“]*“ (ebd.: 35). Ein demokratischer Wohlfahrtstaat wird von Benz als letzte Stufe der Entwicklung zum modernen Staat als „*a state in which organized power is deliberatively used*

in an effort to modify the play of market forces“ (Briggs 1961: 228 zitiert nach ebd.: 36). Der Staat übernimmt nun die Steuerung nicht nur der Politik als solche sondern auch *„die Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung“* (ebd.). Damit verändert sich die Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat: *„Der Staat wird zu einer die Gesellschaft gestaltenden Institution“* (ebd.).

An dieser Stelle wird es nun sichtbar geworden inwiefern die realgeschichtliche Entwicklung des Staates und die Übernahme von Funktionen und Prozessen zusammenhängt. Der Staat hat sich entwickelt (realgeschichtlich betrachtet) indem er neue Funktionen sich bemächtigt hat, im Sinne eines ständigen Modernisierungsprozesses gekennzeichnet durch Rationalisierung, Organisation, Integration und funktionale Differenzierung: *„Alle diese Aspekte finden wir im Begriff des modernen Staates wieder“* (ebd.: 37). Die Entwicklung des modernen Staates spiegelt die Modernisierung wider.

Folgende Tabelle soll Benz *Entwicklung des Staates in Europa* zusammenfassen:

Tabelle 1: Entwicklung des Staates in Europa¹²

Entwicklungsstufe	Primäre Ziele	Neue Institutionen
Machtkonzentration Vom Feudalismus zum Staat im Absolutismus	<ul style="list-style-type: none"> • Konzentration der Staatsgewalt in einem Gebiet • Friedenssicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • Ständeversammlungen • Stehende Heere • Verwaltung • Einheitliches Recht • Einheitliches Geld • Einheitliche Gerichtsbarkeit
Soziale Integration	Liberaler Verfassungsstaat	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament als Gesetzgebungsorgan • Verfassung • Gewaltenteilung (horizontal und/oder vertikal) • Grundrechte
	Nationalstaat	<ul style="list-style-type: none"> • Integration aller Bürger • Gleichheit der Bürger • Allgemeine Schulpflicht • Wehrpflicht
Institutionelle Differenzierung	Demokratischer Wohlfahrtsstaat	<ul style="list-style-type: none"> • Partizipation der Bürger • Gewährleistung sozialer Rechte • Allgemeines Wahlrecht • Politische Parteien und Verbände • Sozialversicherung und Transferleistungen

Was ist nun der Staat aus einer realgeschichtlichen Perspektive? Der moderne Staat ist an erster Stelle ein *Territorialstaat*; *„seine Macht erstreckt sich auf ein Gebiet, indem ausschließlich er die oberste Gewalt auszuüben befugt ist und indem er in formaler Hinsicht keinen Einflüssen von außen unterworfen ist“* (ebd.: 38.). Der moderne Staat konstituiert sich als eine *Staatsbürgernation* im Sinne einer *„Zusammenfassung der Bürger seines Gebietes“* (ebd.). Er ist zugleich *„organisierte*

¹² Tabelle aus Benz (2008a): 39 übernommen

Entscheidungs- und Wirkungseinheit einer Gesellschaft“ (Heller [1934] (1983): 259 zitiert nach ebd.) und verfügt als „*Minimalkompetenz über die Berechtigung zur Gesetzgebung und zur legitimen Ausübung von Zwang*“ (im Sinne eines legitimen Gewaltmonopols nach Weber) (ebd.). Der moderne Staat basiert auf einer Verfassung, „*die seinem Handeln die rechtliche Grundlage verleiht*“ (ebd.). Der moderne Staat operiert nach einem demokratischen Prinzip und führt somit „*den in demokratischen Verfahren bestimmten Willen des Volkes durch eine Regierungs- und Verwaltungsorganisation*“ aus in Form bürokratischer Arbeit (ebd.).

An dieser Stelle wird nun auch deutlich, dass zwischen dem sozialen Konstrukt des Staates und der Idee der Demokratie eine intrinsische Beziehung entsteht. Bei entscheidenden Entwicklungsstufen zum modernen Staat sind charakteristische Merkmale eines *Demokratisierungsprozesses* sichtbar. Eine klare Grenze zwischen rein-staatlichen Elementen (wie zum Beispiel Territorialität) und rein-demokratischen Merkmalen (wie Repräsentativität, Rechtsstaatlichkeit, usw.) lässt sich anhand Benz' Beschreibung der realgeschichtlichen Entwicklung des modernen Staates schwer ziehen. Das Ziel dieser Arbeit ist nicht den Staat und die Demokratie als zwei separate Gegenstände in der Konstellation der Politikwissenschaften zu präsentieren, sondern vielmehr zu schauen, wie sich beide Konzepte in ihrer Entwicklung und Beschreibung gegenseitig bedienen und gegenseitig konstruieren. Einige Seiten davor habe ich die Idee erwähnt, dass nichts außerhalb des Staates existiert. Mit dem Konzept von Demokratie wäre dieser Gedanke analog in dem Sinne, dass die moderne Demokratie sich vom Konzept des Staates nicht komplett befreien kann und wiederum kann der Staat, seine Entwicklung und seine Funktionen, außerhalb jener Entwicklung von demokratischen Prozessen und Strukturen nicht beschrieben werden. Insofern kann man an dieser Stelle festhalten, dass die geschichtliche Entwicklung des Staates stark von der Entwicklung demokratischer Ideen profitiert hat und umgekehrt. Der moderne Staat ist intrinsisch demokratisch, weil jede alternative Entwicklung jenseits von Demokratisierungsprozessen nicht in der Lage ist, einen modernen Staat (im Benz' Sinne) zu konstruieren.

Ziel dieses Kapitels war die realgeschichtliche (im Kontrast zur folgenden ideengeschichtlichen) Entwicklung des Staates in Europa zu präsentieren. Arthur Benz' *Moderner Staat* zeigt in einer deutlichen Art und Weise die wichtigsten Entwicklungsstufen dieser über Jahrhunderte gestreckte Geschichte, vom feudalen Herrschaftsordnungen zum modernen demokratischen Wohlfahrtsstaat. An dieser Stelle ist das Bild des Staates als soziales und politisches Konstrukt, aber auch als intrinsisch-demokratische Gestalt klarer geworden. Im folgenden Kapitel soll mithilfe einer ideengeschichtlichen Beschreibung des Staates einerseits als umfassende politische Gestalt und andererseits in Zusammenhang mit der unmittelbaren Beziehung zur Demokratie charakterisiert werden.

2.2.3. Der Staat als ideengeschichtliche Überlegung

Eine Beschreibung der Geschichte des Staates wäre ohne Rücksicht auf die Ideengeschichte dieses Konzeptes unvollständig. Eine realgeschichtliche Rekonstruktion des Staates, wie ausführlich im vorherigen Kapitel durchgeführt wurde, liefert nun eine konkrete Grundlage auf der ich die Begriffe und Konzepte, die ich so rücksichtslos und ohne weiteres verwendet habe, nun ausführlich beschreiben will. Ziel dieses Kapitels ist den schon mittels einer realgeschichtlichen Beschreibung

konstruierten Staat im unmittelbaren Anbetracht einer umfassenden Beschreibung ihn mit einem deutlichen Spektrum von Elementen, Funktionen und Merkmalen auszustatten, . Früher erwähnten Konzepten wie Legitimität, Souveränität, Verfassung, usw. werden in diesem Kapitel im Zusammenhang mit der ideengeschichtlichen Rekonstruktion des Staates gebracht und somit als zentrale theoretische Überlegungen zum Konzept und Begriff des Staates präsentiert. In diesem Kapitel werden die wichtigsten politisch-philosophischen Auseinandersetzungen mit dem Konzept des Staates vorgestellt. Dazu gehören Abhandlungen von Machiavelli, Hobbes, Locke, Bodin, Rousseau, Weber und Jellineck u.a., die den Staat als Idee und Begriff der Politik wie wir ihn kennen nicht nur stark geprägt sondern in dieser Form gebracht haben. Ziel dieses Kapitels ist dann einerseits die Beiträge dieser Denker zur Konstruktion des modernen Verständnis eines Staates zu präsentieren und andererseits wichtige Konzepte im Zusammenhang zu bringen (sowie legitimes Gewaltmonopol, Territorialität, Souveränität, Verfassungsrecht, nicht-personale Herrschaft, Bürokratie, Gewalt, Legitimität, Staatsbürgerschaft, usw. (Pierson 2004: 6).

Eine realgeschichtliche Rekonstruktion von einem Konzept wie der Staat muss zwingend mit Rücksicht auf der ideengeschichtlichen Entwicklung erfolgen, so Benz: *„Wenn wir aber davon ausgehen, dass die Staatsentwicklung auch durch die Ideengeschichte geprägt ist, dann macht es durch auch Sinn, die Unterschiede der Entwicklungsstufen herauszustellen“* (Benz 2008a: 34). Die Ideengeschichte des Staates muss insofern auch als eine Entwicklung betrachtet werden, die in unmittelbarer Nähe zur realgeschichtlichen Ereignissen steht. In diesem Kapitel werden nun die Schnittstellen zwischen einerseits eine real- und ideengeschichtliche Entwicklung zum modernen Staat und andererseits zwischen Staatlichkeit und Demokratie sichtbar.

Wir gehen an dieser Stelle davon aus, dass *„der Staat als spezifische institutionelle Form der modernen Herrschaft in einer langen Geschichte, als Ergebnis von politischen Machtkämpfen sowie theoretischen Diskursen über die jeweiligen Probleme der Gesellschaften und der Herrschaftsordnungen [entstand]“* (Benz 2008b). Im Rahmen dieser real- und ideengeschichtlichen Entwicklung hat der Staat in seiner modernen Form eine Gesamtheit von Konzepten, Merkmalen und Funktionen gesammelt.

Ideengeschichtlich betrachtet stehen *Politik* und *Staat* in einer sehr engen Beziehung. Man könnte sogar sagen, dass zwischen beiden Konzepten eine untrennbare Beziehung existiert. Politik bezeichnet *„im klassischen (aus dem griechischen »polis« abgeleiteten) Sinne [...] Staatskunst, das Öffentliche bzw. das, was alle Bürger betrifft und verpflichtet, im weiteren Sinne das Handeln des Staates und das Handeln in staatlichen Angelegenheiten“* (Schubert & Klein 2016: 236f.). Die Politik setzt die Existenz des Staates im Voraus und dies seitdem sie als menschliche Handlungsform theoretisiert wird¹³ (Schmitt [1932]). Carl Schmitt beschäftigte sich auch mit der staatlichen Voraussetzung der Politik und stellte dies als eine besondere Problematik dar. *„Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus“* (ebd.) schrieb Schmitt am Anfang seiner Abhandlung *„Der Begriff des Politischen“* (1932) und problematisiert somit den Teufelskreis der Politik und des Staates. Schmitt kritisiert die Tatsache, dass das Politische und der Staat einen *„unbefriedigende[n] Zirkel“* (ebd. 22) eingehen, indem das Politische fast exklusiv mit

¹³ Siehe Carl Schmitts *Der Begriff des Politischen* (1932) S. 20.

selbstverständlich-gemachten staatlichen Elementen und Funktionen zusammengebracht wird: „Daher kommen sie mit ihrer Bezugnahme auf den Staat oder das Staatliche aus, solange der Staat und die staatlichen Einrichtungen als etwas Selbstverständliches und Festes vorausgesetzt werden können“ (ebd.: 23). In dieser Hinsicht versucht Schmitt das Politische von der Selbstverständlichkeit des Staates zu lösen um das Spektrum der Politik in Form eines *totalen Staates* zu erweitern und somit die Politik von *Neutralisierung*, *Entpolitisierung* und folglich *Desinteresse* zu schützen: „in ihm ist infolgedessen alles wenigstens der Möglichkeit nach politisch, und die Bezugnahme auf den Staat ist nicht mehr imstande, ein spezifisches Unterscheidungsmerkmal des ‚Politischen‘ zu begründen“ (ebd.: 24). An dieser Stelle wird diese unmittelbare Beziehung zwischen Staat und Politik sichtbar: Auf der einen Seite ist der Staat etwas unmittelbar Politisches, denn er basiert auf unmittelbar-politischen Elementen, wie Souveränität, Repräsentativität, Legalität und Legitimität, Macht und Herrschaft, u.a. und auf der anderen Seite die Politik etwas unmittelbar Staatliches enthält, im Sinne von Politik als Staatskunst und die Fähigkeit und Funktion der Politik Mechanismen des Lebens im Staat zu bestimmen und zu steuern. Der Staat steht als soziale Gebilde und politisches Kollektive im Mittelpunkt der Politik. Entscheidend ist, dass das was unter „Staat“ verstanden wird sich im Laufe der Geschichte an real- und ideengeschichtliche Entwicklungen angepasst hat: „Verändert hat sich natürlich das Gebilde bzw. das politische Kollektive, um das es hier dabei geht: Statt mit der politischen Gemeinschaft der Bürger Athens hat es beispielsweise Max Weber zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit einer modernen Massengesellschaft und einem bürokratischen ‚Anstaltsstaat‘ zu tun“ (Schwaabe 2010a) .

Der Staat ist „der wichtigste Bezugsrahmen politischen Handelns“ (Bernauer, Jahn & Kuhn 2009: 35) und insofern ein zentrales Thema in der politischen Ideengeschichte. Wie wir schon im vergangenen Kapitel diskutiert haben, wurde der Staat als Konzept zum ersten Mal in der Form und im Zusammenhang davon, was heutzutage als Staat gilt in Europa im 16. Jahrhundert thematisiert.

Niccolò Machiavelli (1469 – 1527) als Vordenker des modernen Staates

An erster Stelle sind die Schriften vom „*Florentinischer Secretair und Bürger*“ (vgl. D'Entrevies 1967: 31f) Niccolò Machiavelli von zentraler Bedeutung. Nicht zufälligerweise ist Machiavelli als *Vater der Politikwissenschaft* dafür bekannt, dass er der erste war, der nicht nur das Wort „Staat“ (*Stato*) für dieses Konstrukt benutzt hat, sondern den Staat seinen modernen Charakter verliehen hatte (vgl. ebd.). Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass ich frühere Überlegungen darüber was ein Staat ist und wie er aufgebaut werden soll nicht übersehe. Ich gehe davon aus, dass in der Renaissance viele Theorien des antiken Griechenlands und der römischen Zeitalter mit einem neuen Impuls aufgenommen wurden. Die Renaissance gilt als „*Wiedergeburt antiker Staatskunst*“: *Überkommenes Denken wird beiseitegeschoben; unter Rückgriff auf die Vorbilder der Antike tritt jetzt ein neues Denken zutage, das mehr ist, als bloße Modererscheinung. Es ist vielmehr eine wahre Wiedergeburt*“ (Voigt 2015: 3). Das christliche Menschenbild verliert an Bedeutung und Aufmerksamkeit, aber das Interesse an Handlungsmotiven, Leidenschaften des Menschen steigt. „*Es ist die Zeit des anthropologischen Realismus*“ (ebd.). Die ideengeschichtliche Entwicklung des modernen Staates fängt als Kontinuum in Europa im 15. und frühen 16. Jahrhundert an. Seit diesem Zeitpunkt ist man in der Lage zu behaupten, dass der Staat nicht nur als solche angefangen zu existieren hat, sondern vielmehr ununterbrochen das Spektrum des politischen Handels geprägt hat.

Die Ideen Niccolò Machiavellis bezüglich Staat, Herrschaft und Macht ermöglichen die ideengeschichtliche und theoretische Konstruktion davon, was wir heutzutage als Staat kennen.

Es macht Sinn die ideengeschichtliche Entwicklung zum modernen Staat dort und dann anzufangen, wo sich „*der erste moderne Staat der Welt*“ befindet, und zwar in Florenz des 15. Und früh 16. Jahrhunderts (vgl. ebd.: 5). Machiavelli spielt an dieser Stelle die Rolle des „*ersten Protagonisten des modernen Staates*“ (vgl. Reinhardt et al 2005 zitiert nach ebd.: 5). Machiavelli befindet sich als Protagonist dieser Geschichte „*an der Schwelle vom Mittelalter zur frühen Neuzeit*“ (Münkler 2005: 51). Über viele Jahre als Staatsbeamter in der Republik Florenz sammelte Machiavelli die politische Erfahrung, die ihm ermöglichte sich mit Fragen über Politik, Republik, Staat und Sicherheit in Form seiner Schriften, einerseits *Der Fürst* (*Il Principe*) (1513; 1532) und andererseits „*Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio*“ (1513;1531) zu beschäftigen. Machiavelli brach mit seinen Schriften, insbesondere an dieser Stelle mit „*dem Fürst*“ die Tradition des Fürstenspiegels¹⁴ im Mittelalter, indem er sich in ähnlicher Form aber mit eher radikaleren Ideen mit politischen Fragen auseinandersetzte (vgl. Münkler 2005: 57; Nitschke 1997: 298). Dezidiert radikal ist die sog. „*Zuspitzung auf das Prinzip der Macht*“ (vgl. Nitschke 1997: 298). „*Alle Staaten und Gewalten, welche Herrschaft über die Menschen gehabt haben und noch haben, sind Republiken oder Fürstenthümer*“ (Machiavelli 1842 [1513]). Mit diesem Gedanken fängt Machiavelli seine Auseinandersetzung mit Macht und Machtausübung in einem modernen Staat. Machiavelli beschäftigt sich in *Il Principe* mit Herrschern, die durch Glück und glückliche Umstände an die Macht gekommen sind oder besser diese Herrschaft neu erworben haben (*fortuna*) im Vergleich zu erstens Republiken im Gegensatz zu Alleinherrschaften, zweitens ererbte Herrschaft im Gegensatz zu erworbener Herrschaft und drittens Herrschaft, die durch *virtù* oder Tüchtigkeit erworben wurden im Gegensatz zu Herrschaft, die durch *fortuna* zustande gekommen ist (vgl. Münkler 2005). Die gewonnene Herrschaft und deren Erhalt stehen nun im Mittelpunkt dieser frühen politischen Auseinandersetzung mit Herrschaftsordnungen in der Frühneuzeit.

Durch die erstmalige Beschreibung des Staates (*lo stato*) als eine Oberkategorie aller Herrschaftsordnungen der Epoche (Republiken und Fürstentümer) verleiht Machiavelli dem Staat eine neue Relevanz. Zentral an dieser Stelle ist die Tatsache, dass durch diese Beschreibung des Staates als ein vom Herrschaftssystem unabhängiges Wesen und implizierte unveränderbare Existenz sich ein zentrales Charakteristikum der *machiavellistischen*¹⁵ Philosophie versteckt. Es ist es natürlich anzumerken, dass der Staat, den wir suchen nicht direkt mit Machiavellis Konzept vom Staat vergleichbar ist. Machiavellis *lo stato* kommt in Zusammenhang mit der schon im ersten Kapitel erwähnte Aufrechterhaltung und Bestehenbleiben eines Status Quo. In Machiavellis Schriften kommt *lo stato* immer im unmittelbaren Zusammenhang zur Aufrechterhaltung einer Herrschaftsordnung nach der Formel „*mantenere lo stato*“. Mit *lo stato* ist nun „*die politische Selbsterhaltung, die persönliche Machtposition des Herrschers gemeint*“ (Schwaabe 2010a). Der Staat wird auf der Idee reduziert, dass ein Herrscher in Rahmen seiner Herrschaftsordnung sich in

¹⁴ Fürstenspiegel als „*Schrift, in der anhand von [idealisierten] Lebensbildern und in Grundsätzen und Regeln für das Verhalten das Musterbild eines Fürsten aufgestellt wird*“ (<http://www.duden.de/rechtschreibung/Fuerstenspiegel>)

¹⁵ Ich reduziere hiermit nicht das politische Denken Machiavellis zu der Formel „*Der Zweck heiligt die Mittel*“, die zu Unrecht Machiavellis Abhandlungen stark dezimiert.

dieser Position aufrechterhalten muss. Die Selbsterhaltung des Staates „mit egal welchen Mitteln stellt das zentrale Gebot in Machiavellis politischer Theorie“ (ebd.: 122), wobei es in Machiavellis Schriften sich meistens um „eine Analyse der geeigneten Mittel für die Erreichung dieses Zweckes“ (Münkler 1995: 284 zitiert nach ebd.: 124) handelt. Der Staat muss nun dafür sorgen, dass er in einer gewissen Form aufrechterhalten bleibt¹⁶. Dafür stehen ihm nach Machiavellis Auffassung alle Mittel zur Verfügung. Eine solche Argumentation ist nur dann möglich, wenn es eine Grenze zwischen, dass was die Politik macht und dass was sie machen *soll* gezogen wird. Bei Machiavelli findet zum ersten Mal eine Trennung zwischen Politik und Moral statt. Bei Machiavelli geht es lediglich nicht um die „moralische Perfektion des Fürsten, sondern um seine ‚Handlungsmächtigkeit‘“ (vgl. Kerstings 1998b zitiert nach ebd.: 114) um einen bestimmten Status aufrechtzuerhalten. Machiavellis politische Welt „ist von einem dezidierten Realismus getragen, der alle Fragen nach dem Guten, Gerechten und Wünschbaren konsequent verabschiedet“ (ebd.: 104). Machiavellis anthropologischer Realismus (vgl. Voigt 2015) oder Pessimismus (Schwaabe 2010a) spielen hierbei eine zentrale Rolle.

Dass Machiavelli als Begründer der politischen Theorie der Neuzeit gilt ist nicht unumstritten. Es wird verzweifelt, dass er mit seinem Realismus empirisch-historischer Natur die Basis einer Wissenschaft (wie die Politikwissenschaft) liefern kann (vgl. ebd.: 104). Der Konkurrent wäre Thomas Hobbes (1588-1679) mit seiner Staatsphilosophie mit Anspruch auf eine exakte Wissenschaft (vgl. ebd.). Dabei gilt: „Hält man die Methode für das Wichtigste, dann ist Hobbes der erste politische Denker der Neuzeit. Würdigt man den Bruch in der Zielsetzung, dann erhält Machiavelli den Vortritt“ (Ottmann 2006: 11 zitiert nach ebd.).

Thomas Hobbes‘ (1588 – 1679) *Leviathan*

Thomas Hobbes‘ Verständnis vom Staat ist für diese Arbeit von zentraler Bedeutung. Machiavellis *lo stato* (kann man zugespitzt sagen) ist in Vergleich zu Hobbes *Leviathan* sehr prä-modern. Der *Leviathan* ist an dieser Stelle die Monstrosität, die den Staat als ein solches Konstrukt ins Rampenlicht rückt. Genauso wie bei Machiavelli spielte die Lebenserfahrung des englischen Philosophen Thomas Hobbes eine zentrale Rolle: Der Englische Bürgerkrieg (1642 – 1651) prägte Hobbes Leben und Werk nachhaltig. In diesem Kontext erlebte Hobbes den „*bellum omnium contra omnes*“ (Krieg aller gegen alle) aus erster Hand; ein Gedanke der für seine Staatsphilosophie eine zentrale Rolle spielt und in seinen Schriften einen wichtigen Platz erhalten hat. *De Cive*¹⁷ (1642) und *Leviathan, Or the Matter, Forme, and Power Of A Common-Wealth Ecclesiasticall And Civill* (1651) sind für diese Arbeit unerlässliche Texte. Um Hobbes Staatsphilosophie zu verstehen ist es nötig Hobbes Menschenbild zu beschreiben. Für Hobbes gilt „*homo homini lupus*“ (Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf). Menschen sind für ihn nicht nur an erster Stelle Individuen, sondern Menschen besitzen auch eine Wolfsnatur. Der *Naturzustand* des Menschen ist Krieg. Menschen agieren auch mit einer gewissen Rationale, wobei die eigene Sicherheit, die eigene Interessen und der Schutz des eigenen Lebens an erster Stelle stehen. Menschen sind dennoch bewusst, dass Leben und Sicherheit in einem vorpolitischen Naturzustand nicht gewährleistet werden können: „*Die größte Freiheit*

¹⁶ Das Konzept der Staatsräson ist an dieser Stelle ausschlaggebend (vgl. Schwaabe 2010a: 122ff.).

¹⁷ *Elementorum Philosophiae sectio tertia, De Cive*

schlägt um in die größte Existenzgefährdung“ (Weiss 1997b). Menschen brauchen zum Schutz des Lebens und zur eigenen Sicherheit eine allgemeine und für alle geltende übergeordnete Instanz.

Die Lösung der ständigen *Furcht und Misstrauen* zwischen Menschen im vorpolitischen Naturzustand bietet der prototypische Staat, der nur kontraktualistisch zustande kommen kann. *„Es ist der politische Vertrag, in welchen dem die Souveränität eines Einzelnen oder auch einer Gruppe durch die (erzwungene oder Selbst-) Unterwerfung der übrigen Bürger geschaffen wird“* (ebd.). Der Vertrag entsteht zwischen allen Menschen *„aus gegenseitiger Furcht“* mit dem einzigen Ziel das Leben und die Sicherheit der Menschen zu schützen. *„Sicherheit auf Dauer ist einzig im Staat zu gewährleisten“* (Weiss 1997a: 202). Menschen geben insofern einen Teil seiner von Natur aus gegebenen *Freiheit* und das *Recht auf alles* (Hobbes & Waas 2009: Kapitel 14) auf und sichern somit eine kollektive Sicherheit und Lebenserhaltung:

„Hierin liegt das Wesen des Staates, der [...] eine Person ist, bei der sich jeder Einzelne einer großen Menge durch gegenseitigen Vertrag eines jeden mit jedem zum Autor ihrer Handlungen gemacht hat, zu den Zweck, dass sie die Stärke und Hilfsmittel aller so, wie sie es für zweckmäßig hält, für den Frieden und die gemeinsame Verteidigung einsetzt. Wer diese Person verkörpert, wir souverän genannt und besitzt, wie man sagt, höchste Gewalt und jeder andere daneben ist sein Untertan“ (ebd.: Kapitel 17).

Hobbes Vertragstheorie ist doppelter Natur:

„Er ist einerseits ein Unterwerfungsvertrag. Alle sich zum Staat Vereinigenden müssen auf ihre ursprüngliche Freiheit verzichten ohne sich irgendwelche Rechte zu reservieren. Andererseits ist aber der Hobbessche Gesellschaftsvertrag ein Ermächtigungsvertrag. Durch ihn autorisieren die Untertanen den Herrscher nämlich auch, alle Rechtsbefehle zu erteilen, die zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens erforderlich und geeignet sind“ (Thiele 2014: 30).

Revolutionär ist an dieser Stelle der Gedanke, dass

„Hobbes den Staat als ein vom Menschen geschaffenes Artefakt beschreibt und als seinen Zweck eine bestimmte Funktion (Schutz und Verteidigung) bestimmt, erweist sich Vergesellschaftung nicht mehr als ein in der Natur des Menschen eingeschriebenes Ziel, sondern als ein Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zweckes“ (Schwaabe 2010a).

Die Fixierung Hobbes an dem Menschen als Individuum verleiht seiner Staatsphilosophie ein zweites revolutionäres Moment. Die Legitimation (in Vergleich z.B. an Machiavellis Herrschaftsordnung) geht vom Individuum aus. Die staatliche Gemeinschaft kann sich nicht mehr selbstlegitimieren. Die Legitimation hängt direkt von den Individuen ab, die einen Gesellschaftsvertrag eingegangen sind. Eine direkte politische Implikation dieses Gedankens ist das Notwendigkeitsargument:

„Zwar hängt die Legitimität politischer Herrschaft nun prinzipiell am Individuum. Das ganze Argument zielt aber darauf ab, diesem Individuum klar zu machen, dass der Staat und sein Zwangsapparat absolut notwendig sind, und vor allem dass die Untertanen diesem Staat zu einem ebenso absoluten Gehorsam verpflichtet sind“ (ebd.)

Eine weitere Implikation und unmittelbare Folge ist nun die theoretische Begründung absoluter Souveränität: *„Die Logik politischer Herrschaft - Schutz für die Bürger durch eine zum Gehorsam zwingende staatliche Macht – ist für Hobbes nur durch absolute Souveränität aufrechtzuerhalten“* (Weiss 1997a: 203). Da der Vertrag zwischen den Menschen und nicht zwischen Menschen und Staat entsteht, genießt der Staat eine absolute Souveränität: *„Den Vertrag haben die Menschen untereinander geschlossen, der Leviathan ist lediglich Vertragsbegünstigter, aber nicht Vertragspartner, und folglich kann er den Vertrag gar nicht brechen. Von Seiten der Untertanen ist*

dieser Vertrag hingegen noch nicht einmal kündbar“ (Schwaabe 2010a). Der Staat ist somit mit einer absoluten Machtfülle gestattet. Die Figur des Leviathans als biblischer Ungeheuer wird somit vervollständigt: „*Auf Erden ist seinesgleichen niemand; er ist gemacht, ohne Furcht zu sein. Er verachtet alles, was hoch ist, er ist König über alle Kinder des Stolzes*“ (Hobbes & Waas 2009: Kapitel 28). Im Gegensatz zum Leviathan präsentiert Hobbes einen anderen biblischen Ungeheuer, den *Behemoth* als Symbol des Bürgerkrieges als Inkrafttreten des Chaos im Naturzustand.

Wer den Leviathan verkörpert, sei es eine einzige Person oder eine Versammlung ist für Hobbes an dieser Stelle nicht zentral. Der Leviathan verkörpert an sich schon alle Gewalt: „*Ihm ist alles erlaubt, und nichts kann ihm Grenzen setzen. Kein Richter steht über oder auch nur neben ihm. Er ist alles in einer Person [...]. Der Leviathan ist für alles zuständig, was im Politischen zu regeln ist*“ (Schwaabe 2010a). Der Staat ist der absolute Souverän.

Der Leviathan wird von Hobbes als „*sterblicher Gott*“ (Hobbes & Waas 2009: Kapitel 17) dargestellt. Warum denn sterblich, wenn ihm alles erlaubt ist und über Macht ohne Grenzen verfügt? Wenn der Leviathan nun nicht mehr in der Lage ist, seine ursprüngliche Funktion auszuüben und ihn der Bürgerkrieg als Behemot ersetzt, dann stirbt er:

„Die Verpflichtungen der Untertanen gegen den Souverän dauert nur so lange, wie er sie auf Grund seiner Macht schützen kann, und nicht länger. Denn das natürliche Recht der Menschen, sich selbst zu schützen, wenn niemand anderes dazu in der Lage ist, kann durch keinen Vertrag aufgegeben werden. Die Souveränität ist die Seele des Staates, von der die Glieder keinen Bewegungstrieb empfangen können, wenn sie einmal den Körper verlassen hat. Der Zweck des Gehorsams ist Schutz“ (ebd.: Kapitel 21).

Thomas Hobbes begründet durch neue wissenschaftliche und philosophische Ansprüche die Staatsphilosophie der Neuzeit. „*Als Erster könne er die wahren Ursachen des Staates wissenschaftlich, nämlich „more geometrico“ begründen*“ (Schwaabe 2010a). Hobbes versucht allerdings mit seinem politischen Denken eine absolutistische Herrschaftsordnung zu legitimieren. Hobbes politische Philosophie liefert „*das merkwürdige Bild einer radikal-individualistischen Begründung absoluter Macht, einer Legitimierung des Staatsabsolutismus durch die vertragliche Selbstbindung der Individuen*“ (Kersting 2007: 221 zitiert nach ebd.: 148). Der Staat existiert als zwangsläufige Folge der Furcht und Unsicherheit der Menschen im Naturzustand in Form einer absoluten Unterwerfung und Abgabe von Freiheit zugunsten einem schützenden Souveränen. Von einem Rechtsstaat, von Gewaltenteilung, von Demokratie und Liberalismus ist bei Hobbes nie die Rede (vgl. Schwaabe 2010a; Thiele 2014; Weiss 1997a).

John Locke (1632 – 1704) als Vorläufer des Liberalismus

John Lockes politische Philosophie wird oft in Zusammenhang mit Hobbes‘ in Verbindung gebracht, obwohl es markante Unterschiede gibt. Gemeinsam haben beide Philosophen nicht nur ihre englische Herkunft, sondern auch, dass ihr politisches Denken von historischen Ereignissen geprägt wurde, im Falle Lockes ist die *Glorious Revolution* (1689) von zentraler Bedeutung. Bei den Theorien von Hobbes und Locke handelt es sich grundsätzlich um *vertragstheoretische* Überlegungen, mit entscheidenden Differenzen. Uns interessiert an dieser Stelle die *Zweite Abhandlung* der *Two Treatises of Government* (1689) am meisten.

Lockes politisches Denken ist an einer bestimmten Stelle zentral und entgegengesetzt zu Hobbes Staat im Absolutismus in Form des Leviathans. Lockes politisches Denken ist dezidiert antiabsolutistisch und somit „gezielt gegen die Lösung des Leviathans“ (Schwaabe 2010a). Dass Menschen sich in einer solchen Art und Weise einigen und ihre Freiheit zugunsten eines absoluten Souveräns abgeben ist für ihn nicht plausibel. Ein Grund dafür ist Lockes Menschenbild: Menschen besitzen grundsätzlich und an erster Stelle nicht eine Wolfnatur, Menschen sind im Prinzip und von Natur aus frei. Menschen sind an erster Stelle unabhängige, für sich existierende Individuen (vgl. Euchner 1997: 281). Im Lockes Naturrecht herrscht kein Krieg, sondern ein „Zustand vollkommener Freiheit, innerhalb der Grenzen des Gesetzes der Natur ihre Handlungen so zu regeln und über ihren Besitz und ihre Persönlichkeit so zu verfügen, wie es ihnen am besten erscheint“ (Schwaabe 2010a). Menschen verfügen insofern von Natur aus an bestimmten Grundrechten auf „Lives, Liberties and Estates“, auf Leben, Freiheit und Besitz¹⁸“ (ebd.: 155). Da diese Rechte auch im Naturzustand existieren, sind diese von allen zu beachten, nicht nur für sich selbst, sondern für alle: „Hier herrscht ein natürliches Gesetz, das für alle verbindlich ist, niemand soll einem Anderen, an seinem Leben, seiner Gesundheit, seiner Freiheit oder seinem Besitz Schaden zufügen“ (Locke 1977: 6 in Voigt 2015: 11). Das Konzept des Staates mag an dieser Stelle überflüssig sein, den wozu soll einen Staat aufgebaut werden, wenn alle Menschen schon in einem Naturzustand Sicherheit und Freiheit genießen? „Die Freiheit des Naturzustandes erweist sich auch bei Hobbes als prekär, der Naturzustand ist, bei aller Freiheit und voll von Furcht und ständiger Gefahr“ (Schwaabe 2010a: 157). Das Thema der Selbstjustiz zeigt sich trotz legitime Vollstreckung doch als problematisch. Eine gewisse Herrschaftsordnung als „abgeleitetes Phänomen, das nur dann legitim ist, wenn es auf den Willensakten der ihr unterworfenen Menschen beruht“ (Euchner 1997: 281) ist nötig. Menschen einigen sich und bilden eine Gesellschaft die eine politische und soziale Gestalt einsetzt, die die Funktion nicht nur Leben und Person zu schützen hat, sondern auch in der Lage ist Rechte, Freiheit und Besitz zu gewährleisten:

„Die einzige Möglichkeit, mit der jemand diese natürliche Freiheit aufgibt und die Fesseln bürgerlicher Gesellschaft anlegt, liegt in der Übereinkunft mit anderen, sich zusammenzuschließen und eine Gemeinschaft zu vereinigen, mit dem Ziel eines behaglichen, sicheren und friedlichen Miteinanderlebens, in dem sicheren Genuss ihres Eigentums und in größerer Sicherheit gegenüber allen, die nicht zu dieser Gemeinschaft gehören“ (Locke & Euchner 1998 II: 95 zitiert nach Schwaabe 2010a)

Dadurch, dass diese Gestalt auch Rechte schützen soll ist sie im Vergleich zum Leviathan nicht absolut mächtig. Bei Locke ist es entscheidend, dass es im engeren Sinne nicht der Souverän ist, der regiert, sondern die Gesetze. Die bürgerliche Freiheit die in Rahmen dieses Zusammenkommens besteht „gerade dort, wo Gesetze auf legitime Weise zustande kommen und Freiheit allererst ermöglichen“ (ebd.: 159) ist ein zentraler Gedanke für die Entwicklung zum liberalen Verfassungs- und Rechtsstaat (vgl. ebd.: 160). Damit wird die Willkür und Machtmissbrauchspotentiale im absolutistischen Denke beseitigt.

Der Staat, der von einer solchen Gesellschaft eingesetzt wird, hat die einzige Funktion Leben, Freiheit und Vermögen zu schützen: „Alle staatliche Macht darf zu keinem anderen Ziel führen als

¹⁸ Bei Locke auch ein Novum. Es handelt sich im Vergleich zu Hobbes nicht nur um den Schutz von Person und Leben sondern auch um den Schutz des Besitzes und des Vermögens.

zum Frieden, zur Sicherheit und zum öffentlichen Wohl des Volkes“ (Locke & Euchner 1998 II: 131 nach ebd. 159). Dabei ist nur das eine wichtig: „*Salud populi suprema lex*“ (Das Wohl des Volkes ist das höchste Gesetz).

Ein anderer wichtiger Unterschied zu Hobbes ist, dass Locke der Entstehung eines Staats die Existenz einer Gesellschaft (*pactum associationis*) voraussetzt (vgl. ebd.: 159). Das Volk und die Gesellschaft sind keine Untertanen per se, sondern entsteht zwangsläufig eine auf Vertrauen basierte Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat (vgl. ebd.). Eine effektive Verhinderung von Machtwillkür und Machtmissbrauch ist nur dann möglich, wenn Gewalten getrennt ausgeübt werden: „*Denn wenn diejenigen, die die Gesetze erlassen haben, sie auch anwenden könnten, so bestehe die Gefahr, dass sie dies in eigenem Interesse tun*“ (Euchner 1997: 284). Locke ist insofern auch revolutionär, weil er in Vergleich zu Hobbes absolutistische und untrennbare Machtfülle im Leviathan, das Prinzip der Gewaltenteilung einführt, indem die Legislative eine übergeordnete Rolle als „*supreme power*“ und legitime Repräsentantin des Volkswillens gerne annehmen darf (vgl. Schwaabe 2010a). Locke ist als Befürworter des Parlamentarismus im Kontext der *Glorious Revolution* als antiabsolutistische Revolution bekannt (vgl. ebd.: 151). Die Exekutive ist für die Durchsetzung und Anwendung des Gesetzes zuständig (vgl. ebd.: 160). Solange eine absolute Machtfülle verhindert wird, „*die mit bürgerlicher Gesellschaft unverträglich ist und überhaupt keinerlei Form von bürgerlicher Regierung sein kann*“ (Locke & Euchner 1998 II: 90 nach ebd.: 160) ist jede Regierungs- und Herrschaftskombination valide.

Anders als bei Hobbes ist die Tatsache, dass zwischen Gesellschaft (Regierten) und Staat (Regierung) eine Vertrauensbeziehung herrscht. Die Regierung ist somit Vertragspartnerin, anders als beim Leviathan. Eine direkte Implikation dieser Tatsache ist, dass die Regierung dann im Falle eines Vertragsbruches hinsichtlich der Vertrauensbeziehung zwischen beiden Kontrahenten rechenschaftspflichtig ist: „*Es bleibt den Volk dennoch die höchste Gewalt, die Legislative abzuberufen oder zu ändern, wenn es der Ansicht ist, dass die Legislative dem in sie gesetzten Vertrauen zuwiderhandelt*“ (ebd.: 161). Das Volk besitzt neben dem Recht auf Leben, Sicherheit und Vermögen nun auch ein Widerstandsrecht, ein „*right of resisting*“ (vgl. ebd.: 160). In dem Fall eines Vertrauensbruches seitens der Regierung „*so bedeutet das dem Volke gegenüber die Erklärung des Kriegszustandes*“ (Locke & Euchner 1998 II: 131 nach ebd.: 161). Es kehrt der Kriegszustand zurück und dadurch kommt eine *Rebellion* als „*Gebrauch von Gewalt ohne Recht*“ zustande (ebd.). Das Widerstandsrecht wird zum gewaltsamen Widerstandsrecht: „*Locke räumt dem Volk das Recht ein, sich gegen eine absolut gewordene staatliche Herrschaft und politische Willkür zu verteidigen*“ (ebd.). Eine Tyrannei (im Sinne eines rechtslosen Herrschers als Rebell (vgl. ebd.)) kann dadurch beseitigt werden¹⁹.

Der Locksche Staat ist der Vorläufer des liberalen Staates. Der Staat ist „*Richter auf Erden*“ im Vergleich zum menschlichen Naturzustand, wo „*jeder in eigener Sache der einzige Richter ist*“. Der Staat anders als bei Hobbes ist nicht nur zum Schutz von Person und Leben zuständig, sondern auch für die Aufrechterhaltung der von Natur aus dem Menschen verliehenen Freiheit zuständig. Menschen geben ihre Freiheit nicht vollständig aus, sondern umformen sie in einer *bürgerlichen*

¹⁹ Ich musste an dieser Stelle immer an Venezuela als ein solches Fall denken.

Freiheit, die zur *Staatsräson* wird. Menschen können insofern Rechte gegenüber des Staates genießen. Dadurch, dass zwischen Gesellschaft und Staat eine grundsätzliche Vertrauensbeziehung besteht, ist der Staat dazu verpflichtet diese umgehend zu respektieren. Letztendlich regieren im Lockschen Staat keine Personen, sondern Gesetze. Der Locksche Staat ist auch mit anderen Mitteln zur Verhinderung eines absolutistischen Charakters ausgestattet, wie u.a. eine Gewaltenteilung.

Jean Bodins (1529 – 1596) Souveränitätsprinzip

An dieser Stelle merke ich, dass der Begriff der Souveränität ziemlich oft vorkommt und ich noch keine Definition geliefert habe. Für den Souveränitätsbegriff ist Jean Bodins (1529 – 1589) Denken von zentraler Bedeutung. Der französische Parlamentsjurist Bodin gilt als „*Verkünder der Souveränität*“ (Voigt 2015: 7).

Bodin beschäftigt sich in Prinzip mit einer Begründung der absoluten Herrschaft des 16. Jahrhunderts in Frankreich. Er definiert zunächst den Staat „*durch die dem Recht gemäß geführte, mit souveräner Gewalt ausgestattete Regierung einer Vielzahl von Familien und dessen, was ihnen gemeinsam ist*“ (Bodin & Niedhart 2005: 8) Dabei muss dieser Staat einerseits von einem Herrscher regiert werden, der die *summa potestas* und *maiestas* (die allumfassende Macht und höchste Befehlsgewalt) verkörpert. Dabei ist der Herrscher Souverän: „*Unter der Souveränität ist dem Staat eigene, absolute und zeitlich unbegrenzte Gewalt zu verstehen*“ (Bodin 1981 zitiert nach Voigt 2015: 7) Dabei „*garantiert der Monarch zugleich die Existenz und Bestand des Staates*“ (ebd.). Die Souveränität bei Bodin erkennt allerdings zumindest zwei höhere Instanzen an: *des loies divines et naturelles*, also die göttlichen und natürlichen Gesetze. Der Souverän darf auf keinen Fall „*die Grenzen der Naturgesetze und des Gesetzes Gottes [...] überschreiten*“ (Bodin 1981: 235 zitiert nach ebd.). Sowie bei Locke der Fall ist: „*Verletzt der Souverän diese Grundsätze, dürfen die Untertanen ihm die Gehorsam verweigern*“ (ebd.: 7f.).

Souveränität ist an dieser Stelle zweierlei zu verstehen. Auf der einen Seite beinhaltet sie die Idee (als innere Souveränität), dass der Souverän (in diesem Falle der Staat) als *summa potestas* und *summa maiestas* die absolute Macht gegenüber seinen Untertanen besitzt. Die Untertanen können (sobald der Souverän sich an natürlichen und göttlichen Regeln haltet) nichts mehr machen als gehorchen. Es existiert keine direkte übergeordnete Instanz. „*Souveränität, d.h. das ausschließliche Recht zur Letztentscheidung ist danach eine unverzichtbare Voraussetzung des Staates*“ (ebd.). Auf der anderen Seite und als unmittelbare Implikation der inneren Souveränität steht die Idee der äußeren Souveränität, im Sinne, dass der Staat als Souverän, auch in Beziehung zu anderen Staaten, keine übergeordnete Instanz kennt. Der Staat ist sowie innerhalb als auch außerhalb der Grenzen seiner Herrschaft *souverän*. Die Westfälische Ordnung nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618 – 1648) befestigt die Souveränität der Staaten als grundsätzliches Element jene Staatlichkeit: „*Der neuzeitliche Staat ist ohne diese grundlegende Kategorie nicht denkbar*“ (Salzborn und Voigt 2010 zitiert nach ebd.: 7).

Bei Bodin und Hobbes ist es deutlich, dass der Staat die allmächtige Souveränität verkörpert. Bei Locke hängt diese von der Vertrauensbeziehung zwischen Gesellschaft und Staat ab, wobei er noch als die allerhöchste Instanz bleibt. Eine interessante kritische (und moderne) Wende dieser

staatsphilosophischen Überlegungen wird vom französischen Philosoph Jean-Jacques Rousseau geleistet.

Jean-Jacques Rousseaus (1712 – 1778) Contrat Social und Volonté Générale

Für uns ist an dieser Stelle Jean-Jacques Rousseaus (1712 – 1778) Konzept von *Contrat Social* von zentraler Bedeutung. Rousseaus Gesellschaftsvertrag ist von anderen kontraktualistischen Ideen der Neuzeit allerdings dezidiert unterschiedlich. Dies hängt an erster Stelle damit zusammen, dass Rousseaus Menschenbild auch radikal unterschiedlich zum beispielsweise Hobbes' oder Lockes ist. Rousseau argumentiert in seinem „*Discours sur l'Origine et les Fondements de l'Inégalité parmi les Hommes*“ (1755), dass frühere Staatstheorien auf einer verzerrten Basis aufgebaut wurden, indem sie den Naturzustand der Menschen völlig verkehrt angenommen haben: „*Sie haben aus diesem Naturzustand argumentativ hergeleitet, was sie zuvor aus dem bürgerlichen Zustand in ihn hinein projiziert hatte*“ (Schwaabe 2010b). Rousseau versucht den eigentlichen Naturzustand des Menschen „*wie es aus den Händen der Natur hat hervorgehen müssen*“, also vor dem Eintritt jener „*künstlichen Fähigkeiten*“ zu beschreiben, indem er eine klare Grenze zwischen dem „*homme naturel*“ und dem „*homme civilisé*“ zieht (vgl. Rousseau & Meier 1990: 79 zitiert nach ebd.: 16). Dabei ist das Bild des Menschen im eigentlichen Naturzustand nicht, wie z.B. bei Hobbes, von einem anthropologischen Pessimismus geprägt. Ganz im Gegenteil: „*Der Naturmensch erscheint nicht als defiziente Vorstufe des zivilisierten Menschen, und dieser nicht in als Krönung einer in der Natur des Menschen angelegte Entwicklung*“ (ebd.). Das Unglück des Menschen kann nur im Zuge der Entfaltung von Vernunft und Kultur in Form eines „*homme civilisé*“ beschrieben werden (vgl. ebd.). Der Naturmensch ist durch Freiheit (*indépendance*) und Selbstliebe (*amour de soi même*) gekennzeichnet. Naturmenschen sind keine individuellen Wölfe, sie sind an erster Stelle *Mitmenschen*. Dieser Naturmensch entwickelt sich im Zuge des *Zivilisationsprozesses* zum „*homme civilisé*“. Selbstliebe wird zur Eigenliebe (*amour-propre*) und Eitelkeit und Neid werden erst in diesem Kontext geschaffen. Eigentum wird allerdings als Ursprung jenes Übels des „*homme civilisé*“ betrachtet: „*Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und es sich einfallen ließ zu sagen: dies ist mein und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft*“ (Rousseau & Meier 1990: 173 in ebd.: 17). Erst an dieser Stelle wird der Mensch zur Wolf, nach dem Eintritt der Zivilisation und des Eigentums. Anders als bei Hobbes ist, dass dieser Kriegszustand „*nicht mehr der Zustand der ursprünglichen Natürlichkeit, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklung*“ (ebd.: 18) ist. Rousseau kritisiert sehr stark die Idee eines Gesellschaftsvertrages (wie bei Hobbes), der auf Basis eines falschen Bildes des Naturzustandes zementiert und dadurch „*durch das natürliche Gesetz autorisiert*“ worden ist (vgl. ebd.: 19), denn ein solcher Gesellschaftsvertrag kann nur Vorläufer einer despotischen und skrupellosen Herrschaftsordnung sein (ebd.: 18).

Im Mittelpunkt Rousseaus politischer Philosophie steht der sog. *Contrat Social*. Rousseau versucht mit seiner Idee eines Gesellschaftsvertrages eine widersprüchliche Frage zu beantworten: Wie soll die von Natur aus den Menschen verliehene Freiheit in Form eines Vertrages gewährleistet werden? Denn jede vertragliche Übereinkunft impliziert eine Freiheitsentäußerung, eine Gesellschaftsordnung ist allerdings für die Gewährleistung jener Form von Freiheit unabdingbar: „*Die Gesellschaftsordnung ist ein heiliges Recht, das die Grundlage aller anderer Rechte ist. Diese*

Ordnung entspricht aber nicht die Natur. Sie ist durch Vereinbarungen begründet“ (Rousseau & Schmidts 1977: I zitiert nach ebd.: 21). Wie ist es dann möglich sowas zu konstruieren?

„Es muss eine Gesellschaftsform gefunden werden, die mit der gesamten gemeinsamen Kraft aller Mitglieder die Person und die Habe eines jeden einzelnen Mitglieds verteidigt und beschützt; in der jeder einzelne, mit allen verbündet, nur sich selbst gehorcht und so frei bleibt wie zuvor. Das ist das Grundproblem, das der Gesellschaftsvertrag löst“ (Rousseau & Schmidts 1977 I zitiert nach ebd.).

Es mag sehr sehr kontraintuitiv anhören, vor allem wenn wir uns mit Rousseau mit einem der wichtigsten Denker des Liberalismus beschäftigen, aber Rousseau argumentiert, dass die Erhaltung der Freiheit nur in einem totalen Staat gewährleistet werden kann (vgl. ebd.). Dabei ist es aber zu erwähnen, dass es sich natürlich nicht um eine absolute Herrschaft im Sinne Hobbes' *Leviathan* handelt, sondern eine entscheidende Form von Staatlichkeit im Liberalismus. Es handelt es sich schon um eine absolute Gemeinschaft, die aber dezidiert nicht absolutistisch ist (vgl. Voigt 2015: 19). Dabei ist die Leitidee, *„dass der Vertrag keinen Verzicht auf Freiheit, sondern im Gegenteil deren Garantie enthalten müsse“* (ebd.). Die Freiheit des Menschen wird durch eine *„aliénation totale“* oder *totale Selbstentäußerung* dem Staat übergeben. Herrschaft wird zwar ausgeübt, sie wird aber von allen, die diese neue *„Moral- und Kollektivkörper“* als neue Einheit gleichzeitig anerkennt. Dadurch wird aus dem (nicht mehr zentrale) Menschen als Individuen *„Bürger“* (*„Citoyens“*). Individuen sind als *„Teilhaber der Souveränität“* gleichzeitig Untertanen (*„sujets“*) und Bürger (Schwaabe 2010b). *„Der Einzelne ist Souverän und Untertan zugleich, er gehorcht nur sich selbst“* (vgl. Kersting 2003 zitiert auch Voigt 2015: 19).

Rousseaus Staat:

„kann, individuell gefasst, als ein organisierter, lebender Körper betrachtet werden, der dem des Menschen ähnelt. Die souveräne Macht stellt den Kopf dar; die Gesetze und die Gebräuche sind das Hirn, der Ursprung der Nerven und der Sitz der Erkenntniskraft, des Willens und der Sinne; Richter und Staatsbeamte sind seine Organe, der Handel, die Gewerbe und die Landwirtschaft sind der Mund und der Magen, die für den gemeinsamen Lebensunterhalt sorgen; die öffentlichen Finanzen sind das Blut, das eine weise Ökonomie, indem sie die Funktionen des Herzens wahrnimmt, durch den ganzen Körper sendet, um die Nahrung und Lebenskraft zu verteilen; die Staatsbürger sind der Körper und die Glieder, die die Maschine in Bewegung setzen und am Leben erhalten und arbeiten lassen und die man an keiner Stelle verletzen könnte, ohne dass die schmerzhaft empfundene Empfindung sogleich zum Gehirn gelangte, wenn das Tier sich im Zustand der Gesundheit befindet. (Rousseau 1998: 165ff in ebd.)

Beim Rousseaus Gesellschaftsvertrag handelt es sich vor allem um *„ein Symbol der politischen Selbstermächtigung des Volkes“* (Schwaabe 2010b). Des Volkes, weil für Rousseau nicht mehr der Einzelne im Mittelpunkt steht, sondern das Kollektive aller Menschen in einem Volk vereinigt. Die (bürgerliche) Freiheit ist nur im Gemeinwesen realisierbar, denn wer *„als Teil der des Volksganzen dessen Gesetzen folgt, dann folgt er ja, so Rousseau seinen eigenen Gesetzen“* (ebd.: 24). Die Souveränität als Konzept wird hiermit zur Volkssouveränität: *„Das Volk, das den Gesetzen unterworfen ist, muss ihr Urheber sein“* (Rousseau & Schmidts 1977: II,2 nach ebd.). Der Regierung oder dem Staat wird die absolute Souveränität entzogen, dabei soll eine Regierung nicht *„mit dem Souverän verwechselt werden“*, sie ist lediglich nur *„dessen Diener“* (Rousseau & Schmidts 1977: III, 1 nach ebd.). Das Volk ist der absolute Souverän und der Wille des Volkes ist unteilbar und unbegrenzt. Dabei ist diese für den Prozess der Gesetzgebung nicht nur unabdingbar, sondern sogar allein verantwortlich. Die Gesetzgebung soll sich nicht auf Individuen beziehen, sondern das

Gemeinwesen repräsentieren und adressieren: „Wenn das ganze Volk über das ganze Volk beschließt, sieht es nur sich selbst. [...]. Dann ist der Gegenstand, über den man beschließt, genauso allgemein wie der Wille, der beschließt. Diesen Akt nenne ich ein Gesetz“ (Rousseau & Schmidts 1977: II, 6 nach ebd.). Gesetze, die nicht vom Volk als legitime Äußerung seines Willen verabschiedet werden sind keine Gesetze: „Jedes Gesetz, das das Volk nicht selbst bestätigt hat, ist null und nichtig: es ist kein Gesetz“ (Rousseau & Schmidts 1977: III,5 in ebd.: 26).

Wie soll denn ein Volk, das aus womöglich Millionen Individuen besteht, rechtswirksame Gesetze entlassen? Dabei ist was Rousseau als *volonté générale* oder Gemeinwillen von zentraler Bedeutung. Diese *volonté générale* entsteht erst, „wenn durch einen dialektischen Klärungsprozess das Allgemeine aus den ‚*volonté particulières*‘ (Sonderinteresse der Einzelnen) herausgefiltert wird“ (ebd.) Dabei ist der Gemeinwille die einzige legitime „Quelle der Gesetze und Richtschnur für Recht und Unrecht“ (Voigt 2015: 20). Wie ist dann dieser Gemeinwille politisch umsetzbar? Da der Gemeinwille ausschließlich und ausdrücklich dem Volk überlassen ist, ist das Gemeinwesen für die Gesetzgebung verantwortlich. Eine eigentliche Demokratie (als Herrschaft und Regierung durch alle) bemerkt Rousseau „habe es nicht gegeben und wird es wohl auch nie geben können“ (Schwaabe 2010b). Kein Parlament und keine absolute Herrschaft wird in der Lage sein den Gemeinwillen vollständig zu verkörpern: „Man bräuchte Götter, um den Menschen Gesetze zu geben“ (Rousseau & Schmidts 1977: II, 7 nach ebd.: 28). Dies wäre im Rahmen eines „sehr kleinen Staates“ mittels direkt-demokratische Prozesse praktikabel (vgl. ebd.: 25).

Diese liberale Theorie trifft nun auch auf ihre Grenzen. Denn eine solche „totalitäre Volksgemeinschaft“, der keine Grund-, Minderheits- und Menschenrechte voraussetzt darf nach dem Gemeinwillen alles anstellen. „Nur eine Grenze ist diesem totalen Zugriff gesetzt: der Souverän ,kann den Untertanen keinen Zwang auferlegen, der der Gemeinschaft nichts nützt“ (ebd.: 27).

Joseph Emmanuel Sieyès (1748 – 1836)

Rousseaus Denken wird in Rahmen der Französischen Revolution (1789) von zentraler Bedeutung. Der Priester und Vorreiter der Französischen Revolution (1789) Joseph Emmanuel (Abbés) Sieyès (1748 – 1836) entwickelt aus der Volkssouveränitätslehre Rousseaus seine Auffassung einer möglichen Repräsentation des volkssouveränen Gemeinwillens im Sinne Rousseaus. Sieyès plädiert für eine repräsentative Demokratie und argumentiert, dass diese im Einklang mit der Idee der ungeteilten Volkssouveränität durchführbar und zweckmäßig ist: „denn wir wissen alle, dass in einer Gesellschaft nur eine politische Gewalt, die Gewalt der politischen Vereinigung existiert und das alle Gewalten und politischen Funktionen Stellvertretung des vereinigten Volkswillens sind“ (Thiele 2014: 75). Wenn es sich um Staaten mit einer eher größeren Bevölkerung handelt, wird das (Selbst-)Regieren durch direkt demokratische Prozesse immer ein schwieriger Mechanismus sein. Sieyès Schrift „*Qu'est-ce que le Tiers état?*“ (Was ist der Dritte Stand?; 1789) wird an dieser Stelle wichtig, denn hier „unterscheidet Sieyès den ‚*pouvoir constituant*‘ (die verfassungsgebende Gewalt) und den *pouvoir constitué* (die verfasste Gewalt)“ (Möller 2004:14). Die Gesellschaft „kann nur noch unter Schwierigkeiten ihren gemeinschaftlichen Willen ausüben. Deshalb vertrauen sie einigen aus ihrer Mitte die Befugnisse an, die nötig sind, um für die öffentlichen Bedürfnisse zu sorgen“ (ebd.). Dabei handelt es sich um die stellvertretende Repräsentation des gemeinschaftlichen Willens. Um

sicherzustellen, dass diese Stellvertretung nicht willkürlich oder nach eigenen Interessen *regiert* muss die Gesellschaft „*ihr eine Organisation und Verfahrensregeln geben, durch welche sie für die Gemeinschaft handeln kann*“ (ebd.: 15). Dieses Normenkorpus ist nun was wir unter *Verfassung* verstehen.

„*So besteht die Körperschaft der Repräsentanten, der die gesetzgebende Gewalt oder die Ausübung des Gemeinwillens anvertraut ist, nur in der Daseinsform, welchen die Nation ihr geben wollte. Sie ist nichts ohne ihre verfassende Regeln: nur durch diese handelt sie, läßt sie sich lenken und befiehlt sie*“ (Sieyès 1789: 179 zitiert nach ebd.: 15)

Dabei ist es wichtig, dass es nicht nur um die Organisation der politischen Verwaltung gehen kann, sondern vielmehr die Idee, „*dass die übertragene Staatsgewalt ihren Auftraggebern niemals schaden kann*“ (ebd.: 15). Das Volk ist und bleibt das *pouvoir constituant* (verfassungsgebende Gewalt). Das Volk verabschiedet eine Verfassung als die Regeln und Normen, die jene politische Vertretung des Gemeinwillens verwalten soll und diese Verfassung schafft dann Staatsorgane (oder auch Verfassungsorgane) als *pouvoir constitué* (vgl. ebd.). „*In jedem ihrer Teile ist die Verfassung nicht das Werk der verfassten Gewalt, sondern der verfassungsgebenden Gewalt. Keinerlei Art von übertragener Gewalt kann an den Bedingungen ihrer Übertragung etwas ändern*“ (Sieyès 1789: 180 in ebd.: 15).

Damit stellt Sieyès klar, „*dass nur die Regierung, nicht aber das Volk an die Verfassung gebunden sei*“ (Voigt 2015: 20). Das Volk steht als *pouvoir constituant* über der Verfassung „*und ist nur an das Naturrecht unterworfen*“ (Möller 2004: 15).

Rousseaus Wende zur Volkssouveränität verleiht dem Konzept des Staates nun einen besonders modernen Charakter. Abbé Sieyès' Unterscheidung zwischen *pouvoir constituant* und *pouvoir constitué* ist für moderne verfassungsrechtliche Abhandlungen von zentraler Bedeutung. Immanuel Kant erweitert im Zuge der Aufklärung diese Auffassung des Staates und setzt somit die Richtung in der der moderne Staat fortgefahren werden soll.

Immanuel Kants (1724 – 1804) Vernunftstaat

Mit Kants Auffassung von Recht wird vorerst „*die Grundfrage seiner Anthropologie, was der Mensch ,als freihandelndes Wesen‘ aus sich machen ,kann und soll‘, wie auch das aufklärerische Ziel der Verwirklichung der Vernunft in der Welt*“ vollendet (Schwaabe 2010b) (SchwaabeÉ. Ich werde mich nicht all so umfassend mit Kants Philosophie im Zuge der Aufklärung beschäftigen, sondern nur mit wesentlichen Merkmalen seiner Staatsphilosophie. Dabei gehe ich davon aus, dass „*die Staatsauffassung des Königsbergers Philosophen von der Aufklärung geprägt ist, die er als den ,Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit‘ definiert*“ (Voigt 2015: 21).

Für Kant ist das Recht im Zusammenhang mit den Prämissen der abendländischen Aufklärung und seines *Grundgesetz der reinen praktischen Vernunft* (Schwaabe 2010b) formuliert als „*Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne*“ (Kant WA Band VII: 140, A54 zitiert nach ebd.) für das vernünftige Zusammenleben von Menschen notwendig (vgl. ebd.: 52).

Dabei entfaltet sich das Recht aus seiner eigenen Logik: „*Recht ist die Einschränkung der Freiheit eines jeden auf die Bedingung ihrer Zusammenstimmung mit der Freiheit von jedermann, in so fern*

diese nach einem allgemeinen Gesetz möglich ist“ (Kant nach Nusser 1997: 249). Die Einführung einer staatsbürgerlichen Verfassung ist für Kant schon ein (Fort-)Schritt in der richtigen Richtung.

Das Ziel und Zweck einer Verfassung, die durch den *pouvoir constituant* zustande kommt ist „*das Recht der Menschen unter öffentlichen Zwangsgesetzen, durch welche jedem das Seine bestimmt und gegen jedes anderen Eingriff gesichert werden kann“* (vgl. Schwaabe 2010b: 52). Nur durch Recht, als Garant der „*Vereinbarkeit der vielen Freiheiten“*, ist das Zusammenleben von Individuen mit Berücksichtigung auf die „*äußere Freiheit, Beliebiges unabhängig von der Willkür anderer zu tun“* (ebd.). möglich. Dadurch das Recht aus der Logik der Vernunft ableitbar ist, findet eine Trennung zwischen *Gemeinwillen* und Recht statt. Die Souveränität und der Gemeinwillen sind dem Recht unterworfen.

Der Staat ist insofern die Verkörperung des Rechts, wobei Recht über Politik steht: „*Alle Politik muss ‚ihre Knie‘ vor dem Recht ‚beugen‘*“ (ebd.: 53). Der Staat ist, so Kant:

„die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen. Sofern diese als Gesetze a priori notwendig, d. i. aus Begriffen des äußeren Rechts überhaupt von selbst folgend sind, ist seine Form die Form eines Staats überhaupt, d. i. der Staat in der Idee, wie er nach Rechtsprinzipien sein soll, welcher jeder wirklichen Vereinigung zu einem gemeinen Wesen (also im Innern) zur Richtschnur dient“ (Kant 1945: 135 in Voigt 2015: 21).

Dabei ist der Staat hingegen „*kein Instrument des menschlichen Interesses, das technisch notwendig ist, um übergreifende wichtige Ziele zu verwirklichen, welche die Menschen allein und auf sich gestellt nicht erreichen können“* (ebd.). Der Staat verbürgert so Kant: „*das Recht welches das oberste Prinzip ist, von welchem alle Maximen, die ein gemeines Wesen betreffen, ausgehen müssen, und das durch kein anderes eingeschränkt wird“* (Kant WA Band XI: 154 nach Schwaabe 2010b).

Der aus der Vernunft stammende Rechtsstaat ist an dieser Stelle für diese Arbeit von zentraler Bedeutung. Der Rechtsstaat ist für das Verständnis moderner Staatlichkeit nicht nur wichtig, sondern ein grundlegendes und unerlässliches Element des modernen Staates. Die Existenz einer echten modernen Staatlichkeit beginnt mit der Trennung der Willkürlichkeit von der Herrschaftsordnung. Kants Staat impliziert die Annahme, dass „*jeder Herrscher seine Macht nur so ausüben darf, als ob die einer vertraglichen Vereinbarung entstammen würde“* ((Voigt 2015) und diese Annahme ermöglicht die Entfaltung und Weiterentwicklung zum modernen Staates im 20. Jahrhunderts.

Max Weber (1864 – 1920) als Gründer moderner rationaler Staatlichkeit

Max Weber ist für jene Annäherung an das Konzept des Staates und der Staatlichkeit unentbehrlich. Mit Webers politischen und soziologischen Auffassungen darüber was man sich unter Herrschaft, Macht, Politik und Staat vorstellen soll, wird ein Rationalisierungsprozess in den Sozialwissenschaften vollendet. Für Weber steht die Rationalisierung im Vordergrund:

„Unser europäisch-amerikanische Gesellschafts- und Wirtschaftsleben ist in einer spezifischen Art und in einem spezifischen Sinn ‚rationalisiert‘. Diese Rationalisierung zu erklären und die ihr entsprechenden Begriffe zu bilden, ist daher einer der Hauptaufgaben unserer Disziplinen“ (Schwaabe 2010b)

Max Weber verleiht den Sozialwissenschaften den *werturteilsfreien* Charakter, der diese Wissenschaften heutzutage als solche ausmacht. Für Weber geht es schlicht und ergreifend nicht mehr nach seinem Postulat der Werturteilsfreiheit darum, „*was eine objektiv gute oder gerechte*

Herrschaftsform ausmachen würde“ (ebd.: 108), sondern vielmehr darum Politik, Herrschaft, Macht und Staat nach dem „*politischen ,Sein‘, der politischen Wirklichkeit*“ zu beschreiben (vgl. ebd.). Für Weber ist insofern die Politikwissenschaft eine „*Wirklichkeitswissenschaft*“ und als solche soll sie „*die uns umgebende Wirklichkeit des Lebens, in welches wir hineingestellt sind, in ihrer Eigenart verstehen*“ und folglich erklären können. (ebd.; Weber 1988: 170 nach ebd.). Dabei verhilft sich die Politikwissenschaft von *Idealtypen* als „*Konstrukte, die durch gedankliche Steigerung bestimmter Elemente der Wirklichkeit gewonnen*“ (Weber 1988: 190 in ebd.) haben. Dabei ist es nun wichtig, dass die normative Wertung politikwissenschaftlicher oder soziologischer Arbeit den einzelnen Individuen überlassen wird (vgl. ebd.: 109). Was Weber mit seinen Annäherungen an solche Termini versucht ist diese so *objektiv* und werturteilsfrei wie möglich zu definieren. Dabei kommen die obengenannten Idealtypen zum Einsatz, denn sie können den Weg für solche Erklärung freimachen.

Webers Werke „*Wirtschaft und Gesellschaft*“ (1913) und „*Politik als Beruf*“ (1919) wahre Mammutwerke für die Sozialwissenschaften sind an dieser Stelle zentral. Für Weber stehen die Begriffe der Macht, Herrschaft und Disziplin konzeptuell sehr nah aneinander. Im Zuge des Weberschen Rationalismus ist seine Definition und Typologie von Herrschaft bekannt und zugleich zentral. Herrschaft soll heißen „*die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden*“ (Weber 1972 [1919]). Dabei leitet Weber die Typologie der Herrschaft aus dem „*Kriterium der Legitimitätsgeltung*“ nach der soziologischen Frage: „*Warum halten Herrschaftunterworfenen die betreffende Herrschaftsform als Legitim?*“ (Schwaabe 2010b: 109). Es kommen drei *idealtypischer* Formen *legitimer Herrschaft* in Frage: eine *legale Herrschaft* auf der Basis klare und rationale Gesetze, die diese Herrschaft als solche konstituiert; eine meistens vererbbar *traditionelle Herrschaft*, deren Legitimation von „*der Heiligkeit von jeher geltender Traditionen*“ abhängt (Weber 1922: Kapitel 3 zitiert nach Kaesler 1997: 525); und eine *charismatische Herrschaft* „*auf der außeralltäglichen Hingabe an die Heiligkeit oder die Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie offenbarten oder geschaffenen Ordnungen ruhen*“ (Weber 1922: Kapitel 3 nach ebd.). Dabei wertet Weber keine der drei Formen auf oder ab noch ist die Rede von Demokratie anwesend (vgl. Schwaabe 2010b).

Für Weber hat Politik intrinsisch mit Macht und Kampf zu tun. Dabei meint er mit Macht „*jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht*“ (Weber 1972 [1919]: 28). Politik ist für Weber das „*Streben um Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung*“ (Weber & Dahrendorf 2012: 506f.).

Webers Definition des Staates ist vielleicht die bekannteste und meist-zitierte politikwissenschaftliche konzeptuelle Auseinandersetzung mit dem Staat. Dabei handelt es sich um eine Definition, die Weber nicht nach seinen konstitutiven Merkmalen wie Herrschaft direkt ableitet, sondern ist diese Definition eine Antwort auf die Frage nach dem Zweck des Staates und seinen *Mitteln* (vgl. (Schwaabe 2010b)). Dabei bezieht sich Weber auch direkt auf den *modernen Staat*.

Der Staat ist für Weber an erster Stelle „*ein auf das Mittel der legitimen (das heißt: als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen*“ (Weber 1972 [1919]). Dabei handelt es sich allerdings um eine eher breitere Definition, die auch

andere Instanzen beinhalten kann, die durch Herrschaftsverhältnisse von Menschen über Menschen beschrieben werden können. Ihm ist diese Problematik bewusst und liefert mit der Konkretisierung und Abgrenzung dieser Definition das zentrale Element moderner Staatlichkeit.

Dabei wird den Staat als „*ein politischer Anstaltsbetrieb, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt*“ (ebd. : 29). Das legitime Gewaltmonopol ist das Kronjuwel der konstitutiven Merkmale moderner Staatlichkeit. Weber identifiziert mit seiner Definition das grundlegende Element der Staaten der Epoche, das für nicht nur alle Staaten, sondern vielmehr für Staat und Staatlichkeit als Konzepte von zentraler Bedeutung ist. Dabei handelt es sich nicht um eine *bloße* Herrschaftsordnung, sondern um eine ganz bestimmte Art und Weise der Herrschaftsausübung. Ein Staat kommt nur dann zustande, wenn innerhalb eines Gebietes nur ein Akteur für sich alleine die legitime Ausübung von *physischer* Gewalt in Anspruch nehmen kann.

„*Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das »Gebiet«, gehört zum Merkmal, das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich mit Erfolg beansprucht*“ (ebd.).

Dabei werden allen Individuen und anderen politischen Verbänden das Recht für physische Gewalt entzogen: „*er gilt als alleinige Quelle des »Rechts« auf Gewaltsamkeit*“ (ebd.). Weber identifiziert Gewalt als eine staatenbildende Kraft: „*Jeder Staat wird auf Gewalt gegründet*“ analog zu Tillys Bemerkung „*war made the state, and the state made war*“ (Tilly 1975: 42). Dabei ist es an dieser Stelle von zentraler Bedeutung, dass Gewalt nicht das einzige Mittel des Staates ist, sondern „*das ihm (und nur ihm!) spezifische*“ ebd.. Die Monopolisierung der Gewalt ist für Weber das entscheidende Kriterium moderne Staaten. Dabei „*kam Weber aufgrund seiner historischen Studien zu dem Schluss, dass dies das einzige Kriterium sei, dass allen staatlichen Formationen gemeinsam sei*“ (Anter 2005: 127). Für Weber rückte insofern die Historizität des Staates in Vordergrund, weil der Staat in diesem Sinne ein „*exakter historischer Begriff*“ der Neuzeit ist. „*Die Geschichte des modernen Staates war für ihn die Geschichte einer umfassenden Monopolisierung, die sich in der Gewaltausübung genauso vollzog wie in der Verwaltung, Rechtsprechung und Rechtsetzung*“ (ebd.: 127). Diese Zentralisierung des Staates erfolgt insofern im Zuge einer rein bürokratischen Entwicklung, indem die Zentralinstanz die Gewalt von anderen Instanzen übernahm. Vertragstheoretische Überlegungen sind für ihn eine „*reine Fiktion*“ ebd..

Diese Definition ist für diese Arbeit von zentralster Bedeutung. Die Definition von fragiler Staatlichkeit, die wir im nächsten Kapitel suchen werden, hängt intrinsisch mit der Weberschen Definition vom Staat zusammen. Die konzeptuelle Annäherung als Minimaldefinition ermöglicht die Identifizierung und Beschreibung eines „*failed states*“, weil das legitime Gewaltmonopol keine hinreichende, sondern eine absolut notwendige Bedingung von stabiler Staatlichkeit ist. Stabile Staatlichkeit ist in Ländern mit einer konkurrierenden Parallelordnung mit Anspruch auf das legitime Gewaltmonopol gar nicht haltbar. Per Definition wäre das Verlust des legitimen Gewaltmonopols sogar Ausschlusskriterium jener staatlichen Ordnung.

Das legitime Gewaltmonopol ist an dieser Stelle eine rein sozialwissenschaftliche Annäherung an das Konzept des Staates. Staatlichkeit ist im 21. Jahrhunderts auch eine Frage des Rechts. Als letzter

Input dieses ersten Teils werde ich nun eine juristische Beschreibung des Staates präsentieren, die sich mit den (völker-)rechtlichen grundlegenden Elementen eines Staates beschäftigt.

Georg Jellineks (1851 – 1911) *Allgemeine Staatslehre*

Von dem deutsch-österreichischen Staatsrechtler George Jellinek stammen mit seiner Theoretisierung des Konzeptes des Staates die sehr berühmten *Zwei-Seiten-Theorie* und die *Drei-Elementen-Lehre* des Staates und der Staatlichkeit.

Mit der *Zwei-Seiten-Theorie* des Staates ist eine interessante Annäherung an den Staat gemeint, die nicht nur eine juristische Erklärung und Beschreibung des Konzeptes des Staates sucht, sondern vielmehr versucht Jellinek einer solchen Beschreibung in Zusammenhang mit grundlegenden sozialen Aspekten zu erklären.

Dabei verhilft sich Jellinek mit der Darstellung der *Zwei-Seiten-Theorie* als eine Symphonie. Diese Symphonie als musikalisches Phänomen und Werk besteht einerseits aus einer physikalischen Realität in Form von „*Luftschwingungen erzeugte Tonempfindung*“ (Kersten 2015: 62) aber auch aus einer „*ästhetischen Realität als Kunstwerk*“ ebd.. Jellinek überträgt diese Idee auf den Staat, der nun aus einer rechtlichen und einer sozialen Realität besteht. Der Staat so Jellinek verfügt, genauso wie die Symphonie aus Natur und Kunst besteht, „*über eine soziale und rechtliche Seite*“ (ebd.). Diese Ambivalenz der Seiten des Staates soll dazu dienen, das *Sein* und das *Sollen* innerhalb eines Begriffes des Staates zu *einigen*, indem es die Möglichkeit besteht auf der sozialen Seite des Seins „*die gesellschaftliche und politische Begründung von Herrschaft und Staatlichkeit zu analysieren*“ (Häberle, Kilian & Wolff 2015) und auf der anderen juristischen Seite des Sollens die Begründung der Rechtsdogmatik innerhalb jenes Begriffes des Staates zu identifizieren, wobei man beide Seiten nicht als komplett voneinander separate Instanzen betrachten soll, sondern „*eine Vermittlung der beiden Seiten – von Sein und Sollen* -, gesucht wird, als eine „*Selbstbindungslehre [...] von Faktizität und Normativität*“ und wiederum von Rechtfertigungs- und Zwecklehre des Staates (Kersten 2015).

Jellinek beschreibt im Dritten Buch seiner *Allgemeinen Staatslehre* „*den juristischen Staatsbegriff in der Drei-Elementen-Lehre*“ (ebd.: 65). Die Rede vom Staat kann nur dann existieren, wenn die Wirkungseinheit eines Staatsgebietes (als Territorium):

„*Alle staatliche Entwicklung und alle Tätigkeit des entwickelten Staates kann nur aufgrund räumlicher Entfaltung stattfinden. Während Körperschaften sonst raumlos sind, bedarf der Staat zu seiner Existenz der räumlichen Ausdehnung. Nur diese räumliche Ausdehnung seiner Herrschaft und die mit ihr verbundene Ausschließlichkeit gewähren ihm die Möglichkeit vollkommener Zweckerfüllung*“ (Jellinek 1914: 395f.),

eines Staatsvolkes:

„*Die dem Staate zugehörige Menschen, bilden in ihrer Gesamtheit das Staatsvolk*“ (ebd.: 406). Dabei wird das Volk einerseits als „*Subjekt der Staatsgewalt*“ beschrieben, indem „*Die Zugehörigkeit des einzelnen (Individuum) zum Volke sich [...] in dem Dasein einer vom Staate anerkannte Sphäre des öffentlichen Rechts äußert*“. (Das) Volk in seiner subjektiven Qualität (ist) die Gesamtheit der Staatsgenossen, [...] die rechtlichen Ansprüche an die Staatsgewalt haben. Das subjektive öffentliche Recht ist die Grundlage des korporativen Charakters des Staates“ (ebd.: 406). Andererseits ist das Volk auch Subjekt der Gewalt als „*Gesamtheit der Untertanen im Gegensatz zu den Herrschenden*“ (ebd.)

und letztens eine Staatsgewalt als Herrschaftsgewalt:

„Herrschaftsgewalt [...] ist unwiderstehliche Gewalt. Herrschen heißt unbedingt befehlen und Erfüllungszwang üben können. Jeder Macht kann sich der Unterworfene entziehen, nur der Herrschaftsmacht nicht. [...] Herrschen ist das Kriterium, das die Staatsgewalt von allen anderen Gewalten unterscheidet.“ (Jellinek 1921: 427ff). Diese Staatsgewalt ist allerdings dem Recht unterworfen als Subjekt des Staatsrechts: *„Alles Staatsrecht ist Lehre von Staatsgewalt, ihren Organen, ihre Funktionen, ihre Grenzen, ihren Rechten, ihren Pflichten“* (ebd.: 433).

Hier ist es wichtig zu erwähnen, dass die Drei-Elementen des Staates nach Jellinek *„sich nämlich gegenseitig bedingen, und es ist daher nur hypothetisch möglich, eines von ihnen zu isolieren, da jedes das andere zur Voraussetzung hat“* (Kersten 2015: 66). Dabei sind die drei Elementen notwendige Bedingung für jeden Staat. Die Drei-Elementen-Lehre prägt vor allem gängige Definitionen in völkerrechtlichen und öffentlichen Debatten über Staat und Staatlichkeit.

Mit dieser sehr ausführlichen Beschreibung der begriffs-, real- und ideengeschichtlichen Entwicklung zum modernen Staat habe ich versucht eine breite aber feste theoretische Basis für die Konstruktion einer Definition von Staat und Staatlichkeit zu setzen. Der moderne Staat und die Definition, die ich vorschlagen werde bedienen sich vom langen Prozess der geschichtlichen und theoretischen Entwicklung der Staatlichkeit als soziales und politisches Konzept. Der moderne Staat entsteht dann, wenn die Kriterien und Merkmale der Staatlichkeit, die ich in vorherigen Kapiteln vorgestellt habe in einer gewissen Konstellation zusammenkommen. Dabei spielen Konzepte wie Souveränität, Verfassung, Legitimität und Herrschaft eine zentrale Rolle, denn die moderne Auffassung des Staates nicht nur grundlegend konstituieren, sondern auch für dieses Verständnis notwendige Bedingungen sind.

Ziel des Kapitels ist allerdings eine gängige Definition des Konzepts des Staates zu konstruieren, die uns dann später an das Phänomen prekärer, fragiler und gescheiterte Staatlichkeit annähern soll. In den vorherigen Seiten habe ich nun ausführlich erklärt wie sich der Staat, sowie wir ihn heutzutage kennen, real-, begrifflich-, und ideengeschichtlich entwickelt hat. Dabei ist es klargeworden, dass der Staat ein inhärentes Produkt der Geschichte ist, das in Laufe der Zeit immer wieder und je nach sozialem und politischem Kontext neu definiert und konstituiert wurde. Warum findet eine solche Entwicklung statt? Weil dem Staat als oberste politische Kategorie immer mehr Funktionen und Aufgaben zugeschrieben wurden. Mehr dazu im folgenden Kapitel.

2.3. Der Staat als Funktionsstaat und seine Implikationen im 21. Jahrhundert

2.3.1. Staatsfunktionen, Staatsaufgaben und Staatstätigkeit

Eine Beschreibung des modernen Staates im 21. Jahrhundert wäre ohne jegliche Erwähnung der Funktionen, Aufgaben und Tätigkeiten des Staates unvollständig. Dabei handelt es sich nicht mehr um die Frage, was einen Staat in Sinne von fundamentalen Elementen ausmacht, sondern um die Frage was ein Staat macht aber auch machen soll, wofür er zuständig ist und welche Leistungen er in Rahmen seiner „Staatlichkeit“ erbringen muss. Ich gehe davon aus, dass die *„Staatsformlehre und die philosophischen Begründungen zur Rechtfertigung staatlich organisierter Herrschaft nichts anderes als Diskurse darüber waren, welche Institutionenordnung eine gute und gerechte Ausübung von Herrschaft garantieren kann“* (Benz 2008a: 215). In dieser Hinsicht behaupte ich, dass die

geschichtliche Entwicklung zum modernen Staat ein kumulativer Prozess ist, im Rahmen dessen der Staat an Funktionen, Aufgaben und Tätigkeitsfeldern gewonnen (aber auch verloren) hat. *„Staatsfunktionen sind aus historischen Prozessen der Institutionenentwicklung, der sie beeinflussenden Ideengeschichte [...] wie den realen politischen Prozessen abzuleiten sind“* (ebd.: 123f.).

So Arthur Benz:

„Was den Staat von anderen gesellschaftlichen Einrichtungen zudem unterscheidet, sind die ihm zugewiesenen Funktionen und die spezifischen Kompetenzen, die erforderlich sind, um diese Funktionen zu erfüllen (Staatsgewalt). Als Merkmale der Institution Staat gehören Staatsfunktionen und Staatsgewalt zusammen“ (ebd.: 122).

Staatsfunktionen und ihre Erfüllung sind nicht nur der Grund der Existenz des Staates, sie legitimieren dessen Existenz und die Staatsgewalt (vgl. ebd.: 123). Die Funktionen werden *„dem Staat durch die Gesellschaft zugeschrieben.“* Dabei handelt es sich an erster Stelle um Leistungserwartungen an den staatlichen Institutionen (ebd.).

An erster Stelle kommen zwei grundlegende Funktionen in Frage, die den Staat als soziale und politische Herrschaftsordnung legitimieren. Auf der einen Seite steht *„der Schutz des Gebietes und des Staatsvolkes gegen Bedrohungen von außen“* (ebd.: 124) als elementarstes Merkmal der Staatlichkeit. Dies wird erst durch die *„Effektivierung des Militärs“* (ebd.) in traditionellen Staaten und später durch die Entwicklung des Völkerrechts und internationale Regime nach dem Westfälischen Frieden im 17. Jahrhundert. *„Diplomatie, Kooperation mit anderen Staaten, Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit und an friedenerhaltenden Maßnahmen sind umso wichtiger geworden, als mit der zunehmenden Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“* (ebd.). Kombiniert mit der Schutzfunktion nach außen kommen auf der anderen Seite die *„Friedenssicherung im Innern“* in Frage. Dabei handelt es sich nicht nur um den Schutz des Lebens und der Person (sowie bei Hobbes), sondern auch um die Sicherung der Freiheit und Rechte der Staatsbürger. Der Staat als *Rechtsstaat* ist an dieser Stelle von zentraler Bedeutung. *„Friedenssicherung in einer freiheitlichen Gesellschaft beruht folglich auf der Streitschlichtung durch Gesetzgebung und auf der Durchsetzung von Gesetzen“* (ebd.). Beide Funktionen sind seit Anfang der Entwicklung zum modernen Staat grundlegende und maßgebende Elemente dieser Entwicklung gewesen. Beide Funktionen sind als solche für moderne Staatlichkeit noch elementar. Dabei *„hat sich im Lauf der Geschichte lediglich die Art und Weise der Funktionserfüllung verändert“* (ebd.).

Im Zuge der Entwicklungen zum modernen europäischen demokratischen Wohlfahrtsstaat hat der Staat an Funktionen (und Erwartung gewonnen). *„Sie [die Funktionen] sind an bestimmte Gesellschaftsformationen und an vorherrschende Problemdefinitionen und Staatsverständnisse gebunden, die sich im Lauf der Zeit veränderten und die zwischen Ländern variierten“* (vgl. Kaufmann 2003 in ebd.). Wie viele und welche neuen Funktionen der Staat übernommen hat ist ein umstrittenes Thema und hängt nicht nur von der (politikwissenschaftlichen) Perspektive, sondern auch von der Region und der politischen und sozialen Gegebenheiten des jeweiligen Staates. In dieser Hinsicht existiert ein breites Spektrum von Staatsfunktionen, vom Minimalstaat, der sich ausschließlich um den Schutz des Lebens, der Freiheit und das Eigentum der Staatsbürger kümmern

soll (wie Robert Nozicks 1976 in ebd.) bis zum totalen Staat. Es gilt: „*Betrachtet man die reale Entwicklung, so ist es unbestritten, dass der Staat in Rahmen der modernen Gesellschaft Funktionen erfüllen muss, die über die reine Schutz- und Friedensgewährleistung hinausgehen*“ (ebd.). Dabei spielen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur die entscheidenden Rollen.

In Hinsicht auf folgendes Kapitel ist es sinnvoll sich hier schon die Frage zu stellen, welche Funktionen ein Staat erfüllen muss um als stabil, nicht gefährdet oder nicht gescheitert zu gelten. Um diese Frage beantworten zu können, muss man mit einigen Annahmen rechnen, die nicht nur klar definieren welche Elemente eines Staates in Frage kommen könnten (wie Souveränitätsprinzip, legitimes Gewaltmonopol, usw.) sondern für welche Funktionen der Staat verantwortlich ist. Letzteres ist ein wichtiger Punkt dieser Arbeit, denn es in Hinsicht auf das Thema der fragilen Staatlichkeit kein Konsens darüber existiert, welche konkrete Funktionen ein Staat erfüllen muss. Dabei bezweifle ich natürlich nicht, dass Schutz- und Friedensgewährleistung grundlegende und konstitutive Elemente jene Staatlichkeit sind, sondern hinterfrage die zusätzlichen Funktionen die dem Staat im Zusammenhang mit Wirtschaft und Gesellschaft zugeschrieben wurden. Dabei gehe ich davon aus, dass es zwangsläufig ein Model der Staatlichkeit existieren muss, das als Muster für stabile und fragile Staatlichkeit gilt. Welche Staaten dienen an dieser Stelle als Vorbilder oder Idealtypen? Diese Frage werde ich nochmal bei der Diskussion um die Indizes wiederaufnehmen.

Benz identifiziert *ökonomische, soziale und kulturelle* Funktionen des Staates, die neben den Schutz- und Friedensgewährleistungsfunktionen grundlegende Elemente moderner Staatlichkeit sind (vgl. ebd.: 125ff.). In Hinsicht auf die ökonomische Funktionen geht Benz davon aus, dass „*die Modernisierung des Staates aber im Zusammenhang mit der Ausbildung der kapitalistischen Marktwirtschaft verlief*“ (ebd.: 125). An dieser Stelle wird nun einer der zuvor angesprochenen umstrittenen Punkte bezüglich der Zuschreibung von staatlichen Funktionen deutlich. Dabei ist z.B. die Debatte um den Neoliberalismus bekannt. Wie viel Einfluss soll der Staat in der Wirtschaft des Landes haben? Ich werde diese Frage nicht vertiefen, sondern wollte nur die Problematik der Staatsfunktionenzuschreibung ansprechen. Benz argumentiert, dass „*Marktwirtschaft als Voraussetzung einer freiheitlichen Staatsordnung gilt, was inzwischen selbst postmarxistische Theoretiker anerkennen*“ (vgl. Jessop 2004 in ebd.). Der Staat fungiert an dieser Stelle als Koordinator: „*Man kann ihn als einen Mechanismus verstehen, der Handlungen der Produzenten und Konsumenten koordiniert*“ (ebd.). Dabei sind das Eigentumsrecht, die Geldpolitik und die wirtschaftliche Ordnungspolitik die wichtigsten Funktionen des Staates (ebd.). Mit sozialen Funktionen sind die Funktionen gemeint, die *soziale Rechte* garantieren und sich um *soziale Gerechtigkeit bemühen* (vgl. ebd.: 126). Damit sind einerseits „*die Ansprüche auf eine menschenwürdige Existenz [...], welche die Verwirklichung der Freiheit für alle Bürger ermöglichen sollen*“ sowie andererseits die „*Maßstäbe einer erwünschten Verteilung von materiellen oder immateriellen Werten (gemeint)*“ (ebd.). Diese Funktionen wurden dem Staat im Zuge der Industrialisierung und der sozialen Frage zugeschrieben, allerdings „*übernahm (der Staat) erst spät die Verantwortung für die Bekämpfung sozialer Problemen mittels eigener Leistung*“ (ebd.: 127). Mit kulturellen Funktionen sind einerseits die Gewährleistung allgemeiner (aber auch universitärer) Bildung und die Förderung der Wissenschaft in Form der *Grundlagenforschung* (vgl. ebd.: 128). Es ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass die Diskussion um Staatsfunktionen auf idealtypische

Überlegungen basiert. Diese Beschreibung soll die idealtypischen Funktionen eines Staates präsentieren. Es hängt aber von der Konfiguration und dem Kontext in dem sich ein jeweiliger Staat befindet ab, welche Aufgaben und Funktionen ausgeübt werden. Die hier skizzierten Funktionen entsprechen was Benz als Minimalfunktionen vorschlägt (ebd.).

Der Staat ist insofern aktiv und lebendig. Er ist keine bloße Regulierungs- oder Kontrollinstitution, sondern vielmehr ein aktiver *Leistungsstaat* (vgl. ebd.). Folgende Tabelle soll die Funktionen des Leistungsstaates nach Benz nun zusammenfassen.

Tabelle 2: Funktionen des Leistungsstaates²⁰

Überleben der Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz nach außen • Friedenssicherung im Innern • Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen
Ökonomische Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Eigentumsordnung • Geldwesen • Marktordnung
Soziale Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung sozialer Rechte • Soziale Gerechtigkeit
Kulturelle Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung allgemeiner Bildung für alle Bürger • Förderung der Grundlagenforschung

Welche Form hat der Staat im 21. Jahrhundert? Ist er ein Rechtsstaat, oder/und ein Sozialstaat, oder/und ein Wohlfahrtsstaat? An dieser Stelle ist es nun wichtig, dass der moderne Staat im 21. Jahrhundert ein Leistungsstaat ist. Der Begriff Leistungsstaat impliziert „*keinen bestimmten Inhalt der Leistungen*“ (ebd.) sondern umfasst alle Funktionsbereiche. „*Der moderne Staat ist Wohlfahrts- oder Sozialstaat, er ist aber auch Kulturstaat, Friedenstaat und Umweltstaat.*“ (ebd.: 129).

Mit Staatsaufgaben sind alle „*vom Staat konkret übernommenen Zuständigkeiten*“ gemeint (ebd.: 216). Der Unterschied zwischen Staatstätigkeiten und Staatsfunktionen liegt daran, dass die Staatsfunktionen „*die Erwartungen an die Leistung des Staates, welche die Existenz des Staates rechtfertigen, sind Aufgaben die konkreten Tätigkeitsfelder, die ein Staat erfüllt [...]*“ (ebd.: 216). Die Staatsaufgaben ermöglichen nun eine alternative Definition des Staates „*im Hinblick auf seine Leistungen für die Gesellschaft*“ (ebd.). Dem Staat wurde in Laufe seiner Entwicklung Aufgaben im Zusammenhang mit seinen Funktionen zugeschrieben. In Zusammenhang mit der These der Aufgabenexpansion des Staates steht Adolf Wagners „*Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit*“ (ebd.: 225). Mit eindrucklichen Belegen für die Expansion der Staatstätigkeit lässt sich dieses Gesetz bis Mitte der 1970er Jahre bestätigen (vgl. ebd.: 226). Im Zuge der Entwicklung des Staates als Verwaltungsinstitution und Anstaltsbetriebes, der Deregulierung im liberalen Staat des 19. Jahrhunderts und der sozialstrukturellen Veränderungen im 20. Jahrhundert haben sich die Staatstätigkeiten enorm verändert. Die Staatstätigkeiten lassen sich an drei Kompetenzachsen beschreiben: Regulierung, Förderung, und Leistung und Produktion. Folgende Tabelle soll die

²⁰ Tabelle aus Benz (2008a): 127 übernommen.

wichtigsten Staatsaufgaben je nach Kompetenzkategorie (Regulierung, Förderung, und Leistung und Produktion) zusammenfassen.

Tabelle 3: Entwicklung der Staatsaufgaben²¹

	Regulierung	Förderung	Leistung, Produktion
Staat im Absolutismus	Umfassende Regulierung des öffentlichen und privaten Lebens durch Policey-verordnungen	Merkantilistische Wirtschaftspolitik	Landesverteidigung und innere Sicherheit, Manufakturen, Forstwirtschaft, Transportwesen
Liberaler Verfassungsstaat	Deregulierung im privaten Bereich, Gewerbefreiheit. Regulierung; privater Produktion, Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz	Förderung von Gewerbe und Industrie, Zollpolitik	Übernahme von großtechnischen Infrastrukturaufgaben
Demokratischer Wohlfahrtsstaat	Marktregulierung, Raumordnung und Städtebau, Umweltschutz, Verbraucherschutz, Technikregulierung	Beschäftigungsförderung, regionale und sektorale Wirtschaftspolitik, Technologie und Forschungsförderung	Öffentliche Versorgungswirtschaft; Sozialversicherung und soziale Dienste; Bildungs- und Kulturpolitik

Welche Funktionen und Aufgaben muss dann der Leistungsstaat erfüllen um seine Staatlichkeit zu bewahren? Und wie sollen diese ausgeführt werden? In Hinsicht auf diese Frage entwickelten sich unterschiedliche Auffassungen des Staates mit unterschiedlichen Schwerpunkten, die maßgeblich dazu beigetragen haben, den Staat so aufzubauen, wie wir ihn heutzutage kennen. Wir kennen den Staat als Rechtsstaat, als Sozialstaat, als Polizeistaat, als Wohlfahrtsstaat usw. Im nächsten Kapitel werde ich mich mit dem Staat und seinen Ausprägungen beschäftigen, weil in diesen Formen der Staatlichkeit sich bestimmte zentrale Aspekte identifizieren lassen.

2.3.2. Rechts-, Sozial-, oder Polizeistaat?

Der Staat hat sich in Laufe der Geschichte nicht nur als soziale und politische Gestalt, sondern auch in Hinsicht auf seine Funktionen und Aufgaben als Erwartung und Vorstellung *diskursiv* entwickelt (vgl. Kaufmann 1991). Dabei lassen sich Staatsaufgaben nicht staats-theoretisch ableiten, „sondern die Entscheidung hierüber ist grundsätzlich eine Angelegenheit politischer Prozesse geworden“ (ebd.: 9). Staatsaufgaben sind nun das, was „Parlament und Regierung in einem rechtmäßigen Verfahren an Programmen auf den Weg bringen“ (ebd.). Hier spielen nicht nur politische Richtungen als Ideologien eine wichtige Rolle, sondern sind die unterschiedliche „zeitliche Schwerpunkte bestimmter Problemstellungen“ von zentraler Bedeutung (ebd.). Staatsaufgaben und -funktionen sind nicht nur grundlegende Elemente der Staatlichkeit sondern auch konstitutiv-legitimierende: „Staatsaufgaben werden dabei aus den Staatszwecken abgeleitet bzw. durch sie

²¹ Tabelle aus ebd.: 233 übernommen.

legitimiert“ (ebd.). Im Laufe der Entwicklung der Staatsaufgaben sind Diskurse über Staaten entstanden, die sich mit dem Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft an Stelle ganz bestimmter Gegebenheiten beschäftigt haben. Dabei stehen die bestimmten Staatsaufgaben im Zentrum der Beschreibung dieses Staates. Ich werde mich mit diesem Kapitel mit vier solchen Diskursen beschäftigen, die Franz-Xaver Kaufmann (1991) als solche identifiziert hat: der Polizei-, der Rechts-, der Sozial-, und der Steuerungsstaat.

Der Polizeistaat

Der Polizeistaat ist als diskursives Element während der ersten Phase der europäischen Staatsentwicklung entstanden. Diese Zeit *„beinhaltet die Konstituierung des Staatswesens selbst als Konsolidierung der autonomen Herrschaft über ein abgegrenztes Territorium“* (ebd.: 10). Dabei diente der Diskurs der Staatsaufgaben (Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung) der *„Legitimation staatlicher Herrschaft“* (ebd.). Mit Polizei (oder polizey) sind einerseits die Aufgabengebiete des Staates als *Policies* und andererseits *„die Form ihrer verwaltungsmäßigen [...] ‚polizeilichen‘ Implementation“* gemeint (ebd.). Begründet wird dann der Diskurs des Polizeistaates durch den *Programmbegriff* der ‚Sicherheit‘. Der Polizeistaat als erste Stufe der diskursiven Entwicklung zum modernen Staat hat als einzige Aufgabe die Gewährleistung der äußeren und inneren Sicherheit.

Der Rechtsstaat

Der Rechtsstaat ist ein grundlegendes Moment und Begriff der Entwicklung zum modernen Staat. Der Begriff des Rechtsstaates *„postuliert eine formale Bedingung legitimer Staatsgewalt: Jede Zwangsausübung kann nur durch oder aufgrund von Gesetzen erfolgen“* (Benz 2008a: 134). Dabei wird das Auslöser-Problem des Rechtsstaates als zweites diskursives Moment angesprochen: die Willkürlichkeit der persönlichen Herrschaft. Der Polizeistaat existiert nach dem Motto der Sicherheit. Im Namen der Sicherheit ist dem Leviathan alles erlaubt. Der Rechtsstaat entsteht im Zuge der Aufklärung und des Liberalismus mit dem Ziel *„das Problem der Kontrolle staatlicher Macht“* (Kaufmann 1991: 12) zu lösen. Damit findet eine *„Begrenzung der Staatsgewalt [...] durch die Festlegung, dass sie der Verwirklichung der individuellen Freiheit und der menschenwürdigen Behandlung der Bürger dient“* (Benz 2008a: 134) statt. Das angesprochene Problem der Kontrolle staatlicher Macht wird *„durch die Trennung und wechselseitige Kontrolle staatlicher Teilgewalten gelöst“* (Kaufmann 1991: 12). Die Staatsaufgabe des Rechtsstaates beinhaltet nicht nur die Gewährleistung der Sicherheit sondern auch noch dazu *„besteht den liberalen Diskursen zufolge darin, die Freiheit und Berechenbarkeit der bürgerlichen Verkehrsbeziehungen zu gewährleisten“* (ebd.). Im Rechtsstaat regieren keine Personen, sondern Gesetze. Der politische Prozess ist ein Ausdruck der Verfassung und der darin enthaltenen Gesetze. Rechtsstaatlichkeit als Diskurs und als Mechanismus ist ein fester und grundlegender Bestandteil der Staatlichkeit.

Rechtsstaatlichkeit ist für uns an dieser Stelle aber noch mehr. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur ein grundlegendes Element der Staatlichkeit als Konzept, sondern auch der Demokratie.

„Das Rechtsstaatsprinzip ist in der internationalen Politik zu einer fundamentalen Norm zur Beurteilung der Legitimität von Herrschaftsausübung in Staaten geworden. [...]. Das in diesem Diskurs sich bildende Verständnis von Rechtsstaatlichkeit verlangt im Kern, dass alle staatliche

Gewalt durch demokratisch legitimierte Gesetze und durch Prinzipien der Menschenrechte beschränkt wird. Strukturelle Voraussetzungen der Verwirklichung dieses Prinzips sind die (geschriebene oder ungeschriebene) Verfassungen der Demokratie“ (Benz 2008a: 135).

Es kann keinen modernen Staat ohne das Prinzip der *rule of law* aber auch keine Demokratie existieren. Dabei ist eine besondere Form des Rechtsstaates besonders wichtig: der Verfassungsstaat. Dabei ist die Verfassung 1) „eine entscheidende Existenzgrundlage eines Staates“ 2) „die verfassungsgebende Gewalt obliegt dem Volk“ und 3) „die Verfassung organisiert die Staatsgewalt und regelt die Beziehungen zwischen ihr und den Bürgern bzw. der Gesellschaft“ (ebd.).

Ein demokratischer Staat setzt dem Verfassungs- und Rechtsstaat voraus:

„Zwischen Verfassungsstaatlichkeit im modernen Sinn und demokratischer Staatsform besteht aber ein unmittelbarer Zusammenhang: Liegt die verfassungsgebende Gewalt beim Volk und wird sie auch entsprechend den in diesem Begriff enthaltene Regeln ausgeübt, so ist alles andere als eine demokratische Staatsform kaum begründbar.“ (ebd.)

Damit will ich natürlich nicht sagen, dass alle moderne Staaten Demokratien sind. Auch nicht, dass alle Staaten mit Verfassungen Demokratien sind. Der Rechtsstaat ist an dieser Stelle die erste und entscheidende Schnittstelle zwischen Staatlichkeit und Demokratie. Die Entwicklung einer Demokratie setzt klare Regeln voraus, die nur im Rahmen eines Rechtsstaates gewährleistet werden können.

Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat

Der Sozialstaat entstand als „der Gedanke einer staatlichen induzierten Sozialform“ im Zuge einer „Reformulierung des Staatsverständnisses im Laufe des 20. Jahrhunderts“ (Kaufmann 1991:14). Dabei ging es um den Einfluss des Staates mit „Gesetzen und Maßnahmen, um die Folgeproblemen der Industrialisierung und Verstädterung unter Kontrolle zu halten“ (ebd.: 15). Es handelt sich um eine Erweiterung der Rechte der Staatsbürger als „Gewährleistung der sozialen Voraussetzung der Realisierung grundrechtlicher Freiheit“ (vgl. Böckenförde 1976: 238 in ebd.: 16). Grundlegend unterschiedlich zum Rechtsstaat ist der Sozialstaat, indem die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft neu geordnet werden musste.

„Der Staat kann nun nicht mehr als bloßer Garant einer grundsätzlich privatrechtlich geordneten und insoweit von ihm getrennten ‚Gesellschaft‘ fungieren, sondern seine Maßnahmen sind ihrem Sinn nach auf die Beeinflussung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet, allerdings nicht mehr in dem umfassenden Sinne, den der alte Obrigkeitsstaat beanspruchte“ (ebd.: 17).

Der Sozialstaat ist ein aktiver Staat im Vergleich zum Rechtsstaat. Durch die Gesetzgebung wird aktiv Einfluss in die Gesellschaft ausgeübt, die sich in Form einer *Eingriffsverwaltung* zeigt. „Die Unterscheidung von ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘ wird dadurch zu einem allzu schlichten Denkmodell, ohne dass allerdings die damit gemeinte Differenz grundsätzlich aufgehoben würde“ (ebd.: 19).

Der Steuerungsstaat

Der Steuerungsstaat ist der letzte sich immer noch transformierende Diskurs moderner Staatlichkeit. Kaufmann identifiziert folgende neue Problematiken, die die Staatsaufgaben und Diskurse des Staates stark beeinflussen: 1) Umweltschutz: „Dem Staat wird in diesem Zusammenhang zugemutet, das Verhalten von Individuen und Wirtschaftsorganisationen so zu beeinflussen, dass der notwendige

Schutz der Umwelt und die Existenzgrundlagen künftiger Generationen gewährleistet werde“ (ebd.: 20); 2) Der Präventionsstaat, der sich nicht mehr nur um die Überwältigung von schon stattgefundenen Schäden kümmern soll, sondern vielmehr „der Entstehung von Schäden durch die Intervention im Bereich der Gefahrenquellen oder -ursachen vorbeugen“ soll (ebd.); 3) die Erosionsthese der Staatsaufgaben, die besagt, dass staatliches Handeln immer wieder mit „unerwünschten Nebenfolgen oder mangelnder Effektivität“ rechnen muss (ebd.: 21) und zuletzt die Folgen der Globalisierung für den Staat und für die staatlichen Aufgaben in einer Konstellation des Souveränitätsverlustes (ebd.).

Der Steuerungsstaat als diese letzte Stufe ist nicht mehr nur für die Einhaltung des Rechts oder für die Gewährleistung individualisierbarer Wohlfahrt der Bürger, sondern im 21. Jahrhundert vielmehr für die „Gewährleistung des unschädlichen Zusammenspiels der Eigendynamik verschiedener sozialer Systeme“ (ebd.: 24). Damit ist ein neues Verständnis vom Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, „nicht mehr als ein Gegebenes, sondern als ein reflexiv stets erneut durch politische Entscheidungen zu Gestaltendes“ (ebd.) etabliert. Somit werden nichtstaatliche Akteure und politische Prozesse einbezogen.

Der Steuerungsstaat setzt den Sozialstaat voraus, der Sozialstaat den Rechtsstaat und der Rechtsstaat den Polizeistaat. Der moderne Staat verkörpert die ganze Entwicklung des Staates als deren Produkt: „Der moderne Staat ist Wohlfahrts- oder Sozialstaat, er ist aber auch Kulturstaat, Friedenstaat und Umweltstaat. Er schützt nicht nur die Freiheit seiner Bürger. Sondern ermöglicht durch seine Leistung auch deren freie Selbstbestimmung“ (Benz 2008a: 129).

2.4. Quo vadis Staat? Der Leistungsstaat in Zeiten der Globalisierung

„Die Geschichte des modernen Staates ist die Geschichte der Zähmung des Leviathans – durch Menschenrechte und Vernunftrecht, durch Gesetzesstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsstaatlichkeit, durch Gerechtigkeit, Gewaltenteilung und Demokratie (Kersting 2000: 278 in Voigt 2015)

Der moderne Staat im 21. Jahrhundert lässt sich sehr gut mit dem Begriff des Leistungsstaates zusammenfassen. „Der Begriff Leistungsstaat hat gegenüber dem Begriff Sozialstaat oder Wohlfahrtstaat den Vorteil, dass er keinen bestimmten Inhalt der Leistungen impliziert, zudem sich auch nicht auf bestimmte Funktionsbereiche (nämlich die wirtschaftlichen und sozialen Funktionen erstreckt“ (Benz 2008a).

Der moderne Leistungsstaat im 21. Jahrhundert wird ständig vor neuen Herausforderungen und Problemen gestellt. Der Staat als soziales und politisches Konstrukt

„scheint an Bedeutung zu verlieren. Die Globalisierung der Ökonomie, die Internationalisierung bzw. Europäisierung der Politik, die Überlastung wohlfahrtstaatlicher Verteilungspolitik, die Grenzen hoheitlich-hierarchischer Steuerung in der funktional differenzierten Gesellschaft sowie die Diskrepanz zwischen dem Legitimationsbedarf und den Leistungen des demokratischen Staates werden dafür verantwortlich gemacht“ (ebd.: 5).

Dabei spielt die Entgrenzung, nicht nur im Sinne territorialer Grenzen sondern vielmehr als „Grenze der Freiheitssicherung [...]: Die Grenzen der Freiheit der einen gegenüber der der anderen zu ziehen

und festlegen, damit Freiheit für alle möglich wird, bedarf einer Autorität, [...], einer Instanz, die die Befugnis hat, vorangegangener Diskussion [...] verbindliche Entscheidungen zu treffen (Böckenförde 1997: 54 in Voigt 2015: 41) im globalisierten Welt die zentrale Rolle. Der moderne Leistungsstaat stößt an seine Grenzen in Zeiten deregulierter Kapital- und Gütermärkte, des Internets, und Transnationalisierung (vgl. ebd.: 41f). Die grundlegenden Elemente des Staates, seine Souveränität, sein Gewaltmonopol, sein Territorium, werden von solchen Prozessen im Rahmen der sog. Globalisierung beeinflusst. Neue Akteure treten auf die Bühne der globalen Politik. Nicht nur mit internationalen oder supranationalen Organisationen als solche, sondern auch mit wirtschaftlichen und politischen Interessenverbänden muss der Staat die Bühne der Politik teilen. Der Staat, der in den letzten fünf Jahrhunderten zahlreiche Veränderungen und Metamorphosen durchlebt hat „hat keineswegs aufgehört zu existieren“ (ebd.: 45). Es geht vielmehr um die Frage, nicht nur welche Rolle der Staat im internationalen System spielen soll, sondern auch Anspruch auf welche Aufgaben und Obrigkeiten der Staat verkörpern kann.

Mit diesem ersten Teil der Arbeit habe ich nun versucht den Staat als historisches, soziales und politisches Phänomen zu konstruieren. Der moderne Staat ist nun das Ergebnis eines langen geschichtlichen und intellektuellen Prozesses. Dabei sind folgende Merkmale für die Definition des Staates grundlegend²²:

- „Der moderne Staat ist Territorialstaat, seine Macht erstreckt sich auf ein Gebiet, in dem ausschließlich er die oberste Gewalt auszuüben befugt ist und in dem er in formaler Hinsicht keinen Einflüssen von außen unterworfen ist.
- Der Staat ist die Zusammenfassung der Bürger seines Gebietes, die sich als Staatsvolk bzw. politische Nation (*Staatsbürgernation*) konstituieren.
- Der Staat ist *organisierte Entscheidungs- und Wirkungseinheit* (Heller [1934] 1983: 259 nach Benz: 2008a) einer Gesellschaft, er verfügt – als Mindestkompetenz – über die Berechtigung zur Gesetzgebung und zur legitimen Ausübung von Zwang (*Gewaltmonopol*, Weber [1921] 1976: 29 nach Benz 2008a), hat darüber hinaus aber auch die Aufgabe zur Bereitstellung von - wie auch immer im politischen Prozess definierten – öffentlichen Gütern und Leistungen.
- Die institutionelle Grundlage des Staates bildet die *Verfassung*, die seinem Handeln die rechtliche Grundlage verleiht.
- Die politische Struktur des modernen Staates ist die Demokratie: Entscheidungen der Staatsorgane müssen auf den Willen des vereinigten Volkes zurückgeführt werden.
- Zur Tätigkeit des Staates gehört es, den in demokratischen Verfahren bestimmten Willen des Volkes durch die Regierungs- und Verwaltungsorganisation auszuführen, die sich aus dem Verwaltungstab der absoluten Monarchie entwickelte. Die aus Berechenbarkeit und Kontrollierbarkeit angelegte Form der Organisation ist die Bürokratie“

²² Aus Benz 2008a: 38 übernommen

3. Fragile Staatlichkeit, Staatszerfall und Staatsversagen

3.1. Fragile Staatlichkeit als Herausforderung für die Politikwissenschaft: Schwäche, Fragilität und Zerfall definieren.

Fragile Staatlichkeit als Themengebiet politikwissenschaftlicher Analysen hat sich hauptsächlich im Laufe der letzten 25 Jahren entwickelt und etabliert. Damit wird eine neuartige Problematik angesprochen, die sich unmittelbar mit dem Staat einerseits als Herrschaftsordnung im Innern und andererseits als Akteur im internationalen System nach Außen beschäftigt. Wie fragile Staatlichkeit als Phänomen definiert wird, hängt nicht nur davon ab was man als staatlichen Idealtypus beschreibt, sondern vielmehr vom Ort der Austragung des Problems, heißt im Innern oder nach außen.

Die Frage inwieweit das Phänomen fragiler Staatlichkeit neu für die Politikwissenschaft ist, ist an dieser Stelle interessant. Thematisiert wurde die Problematik „*zerfallener Staatlichkeit*“ als „*failed states*“ zum ersten Mal 1992 von Gerald B. Helman und Steven R. Ratner in *Foreign Policy* unter dem Titel: *Saving Failed States*. Dabei ging es um die Beschreibung von „*failed nation-states*“ als „*utterly incapable of sustaining itself as a member of the international community*“ (Helman & Ratner 1992: 3). Es handelt sich für Helman und Ratner um ein „*disturbing new phenomenon*“ und „*a new – and in many ways different – challenge*“ (ebd.: 3). Es muss was unternommen werden: „*The massive abuses of human rights [...] are distressing enough, but the need to help those states is made more critical by the evidence that their problems tend to spread*“ (ebd.). Die Art und Weise wie eine Intervention an dieser Stelle gerechtfertigt wird (weil es halt wie eine Krankheit ansteckbar ist) ist sehr interessant. Helman und Ratner sehen in diesem neuen Phänomen eine Gefährdung der internationalen Ordnung und dabei prognostizieren sie die Entwicklung der gescheiterten Staaten in der 1990er, 2000er und 2010er Jahren:

„*Failing states promise to become a familiar facet of international life. They will necessarily exact heavy tolls on their own people and on all countries. Even if the international community were to continue its current ad hoc approach, it would find itself facing mounting costs – for peacekeeping troops, humanitarian aid, and coping with refugees*“ (ebd.: 20).

Helman und Ratners *Saving Failed State* ist ein erster Versuch der vorher nirgends gesehene Entwicklungen in Jugoslawien, Ruanda, Haiti, Liberia, Kongo, Sierra Leone und Afghanistan (vgl. Ehrenreich Brooks 2005: 1161) auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Eine sehr wichtige Leistung von Helman und Ratner mit der Beschreibung von *gescheiterten Staaten* ist die Identifizierung dieses Phänomens als eine gemeinsame Problematik. Was haben denn in der 1990er Jahren die Länder im Süd-Sahara Afrika und Kolumbien, mit Afghanistan und Iraq zehn Jahre später, und mit Syrien, Mexiko und Venezuela heutzutage gemeinsam? „*Sind das alles unverbundene Phänomene ohne Zusammenhang? Oder gar ausschließlich Auswüchse regionaler Probleme? Die Antwort hierauf lautet »Nein«! Es gibt vergleichbare Ursachen dafür, dass Staaten weltweit immer anfälliger werden für strukturelle Fragilität und innerstaatliche Gewalt*“ (Hirschmann 2016: 13).

Ist aber das Phänomen der fragilen Staatlichkeit ernsthaft so neu? Oder entsteht er (diskursiv) weil es diagnostiziert werden kann? Fragile Staatlichkeit kann nur dann existieren, wenn Staatlichkeit vorhanden ist. Und damit ist moderne Staatlichkeit gemeint, also zählen die Bürgerkriege in Europa des 16. und 17. Jahrhunderts nicht zur Episoden schwacher oder zerbrechlicher Staatlichkeit, schlicht und ergreifend, weil es damals noch keine moderne Staatlichkeit (wie ausführlich im Kapitel 1 beschrieben wurde) vorhanden war. Warum ist dann fragile Staatlichkeit erst nach dem Ende des Kalten Krieges ins

Rampenlicht politikwissenschaftlicher Analysen gerückt? Nach dem Kalten Krieg, so Hirschmann „scheint eine Renaissance der Vormoderne eingesetzt zu haben, in der weltweit staatliche Strukturen geschwächt und territoriale Grenzen aufgeweicht wurden“ (ebd.: 14). Die Staatlichkeit als Herrschaftsordnung erodiert in zunehmender Weise vielerorts rund um unseren Planeten. Dabei haben „neue interstaatliche Konflikttypen seit den 1990er-Jahren die alten Konfliktmuster des Kalten Krieges abgelöst. Begriffe wie »Kriege geringer Intensität«, »kleine Kriege«, oder »neue Kriege« haben sich etabliert“ (ebd.: 15). Das Ende der bipolaren Ordnung des Staatensystems „machte plötzlich auch das Ende bzw. einen radikalen Funktionswandel traditioneller Staatlichkeit“ (ebd.: 16) möglich. Insbesondere trifft dieses Phänomen Staaten, wo die Entwicklung einer staatlichen Ordnung und die Errichtung staatlicher Institutionen kein endogenes Prozess gewesen ist, sondern von außen durchgeführt wurde: „When the Cold War ended, some of these ‚states‘ simply reverted, more or less messily and painfully and visibly, into whatever it was that they had always been; in others, new and often even more lethal modes of social organization emerged“ (Ehrenreich Brooks 2005: 1174).

Fragile Staatlichkeit ist insofern ein Problem des 20. und 21. Jahrhunderts. Fragile Staatlichkeit kann nur dann entstehen, wenn die schon vorher anwesende Staatlichkeit aus den Fugen gerät²³. Da Staatlichkeit ein Idealtypus entspricht, ist jene Form sowie von Staatlichkeit als auch von fragiler Staatlichkeit in ihrem Ursprung und Ausprägung unterschiedlich. Wie sieht denn ein Staat als Idealtypus aus, der für die Forschung fragiler Staatlichkeit in Frage kommen könnte?

Daniel Lambach, fragile Staatlichkeit-Experte, geht davon aus, dass eine „Definition von Staatskollaps nur auf Grundlage einer Theorie des Staates erfolgen kann“ (Lambach, Johais & Bayer 2016: 19). Dabei identifiziert er zwei verschiedene Idealtypen von Staatlichkeit, die von der Forschung häufig verwendet werden, um Idealtypen zu konstruieren. Diese Idealtypen wurden aus der ideengeschichtliche Entwicklung zum modernen Staat abgeleitet und beruhen auf unterschiedliche Funktionen und Grundelemente staatlicher Ordnung. Auf der einen Seite wird der Idealtypus des Staates mit dem *Weberschen Staat* (als institutioneller Idealtypus) begründet: „der idealtypische Staat Webers zeichnet sich dadurch aus, dass er ein legitimes Monopol über die Gewaltmittel besitzt, mit dem er Anordnungen seiner Leitung sowie seines Verwaltungsstabs innerhalb eines bestimmten Territoriums durchsetzt“ (vgl. Weber 1972: 29 nach Lambach & Bethke 2012: 8). Dabei geht es hauptsächlich darum, die Definition des Staates als alleinige Herrschaftsordnung innerhalb eines Gebietes festzulegen und dadurch zu verzichten den Staat durch „Angaben des Zweckes seines Verbandhandels zu definieren“ (Weber 1972 [1919]) in Lambach, Johais & Bayer 2016: 20). Fragile Staatlichkeit wäre dann für diese Staatsauffassung jene Episode, die sich durch Verlust des legitimen Gewaltmonopols innerhalb eines Territoriums auszeichnet. Auf der anderen Seite steht „eine liberale, auf John Locke aufbauende Ansatz der Staat über genau diese Funktionen, Ziele und Leistungen (zu definieren), die Weber als Definitionsmerkmal kategorisch ablehnt“ (Lambach & Bethke 2012: 8) (funktionelle Idealtypus). Dabei geht es vielmehr darum, denn Staat anhand von Funktionen und Leistung zu definieren, und

²³ Egal welcher Form von Staatlichkeit. Die Annahme dass „most so-called failed states were never really states in the first place“ (Ehrenreich Brooks 2005: 1167) kann an dieser Stelle irreführend sein. Sobald ein Staat die Minimaldefinitionen und -funktionen in Anspruch nehmen kann und auch als Akteur im internationalen System anerkannt wird sowie es die Konvention von Montevideo bestimmt, ist in Hinsicht auf fragiler Staatlichkeit von Bedeutung.

dementsprechend fragile Staatlichkeit als die Unfähigkeit eines Staates diese Funktionen und Leistung richtig oder überhaupt erfüllen zu können:

„Danach ist der Zweck des Staates die Bereitstellung von öffentlichen Gütern wie Sicherheit, Gerechtigkeit, oder den Schutz von Eigentumsrechten und der öffentlichen Gesundheit. Je nach der genauen Definition können auch Wohlfahrtsfunktionen wie der Zugang zu Bildung, Sozialleistung, Partizipationsmöglichkeiten und Rechtstaatlichkeit zu den Kernfunktionen des Staates“ (Lambach, Johais & Bayer 2016: 20)

Beide Ansätze liefern unterschiedlichen Perspektiven auf einem selben Phänomen. Dabei sind beide Positionen nicht nur in der Annäherung an das Konzept des Staates unterschiedlich, sondern vielmehr in der Austragung und den Implikationen solcher Sichtweisen voneinander entfernt. Vor allem der zweite Idealtypus zeigt sich aus mehreren Gründen problematischer. Denn eine Definition des Staates gemäß was er machen soll, enthält notwendigerweise eine normative Position, im Gegensatz zu der ursprünglich positiv ausgedachten Weberschen Annäherung. *„Dabei orientieren sich viele Definitionen am OECD-Modell von Staatlichkeit, das von den Realitäten im Globalen Süden noch weiter entfernt ist, als der [...] Webersche Idealtyp“* (ebd.: 20). Die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistung ist in diesem Zusammenhang eine heikle Frage, weil sie nicht unbedingt vom Staat als *Anstaltsbetrieb* abhängig ist, sondern auch von anderen Faktoren abhängen.

Besonders kritisch für das Konzept des Staates ist die definitorische Zuschreibung von Partizipationsmöglichkeiten und Rechtstaatlichkeit. Lambach argumentiert, dass es zu einem sog. *Demokratie-bias* kommt, wenn Ansätze der Rechtstaatlichkeit und Partizipation zu Definitionselementen von Staatlichkeit gemacht werden. Staatlichkeit und Demokratie werden an dieser Stelle entkoppelt. Staatlichkeit kann als politisches Phänomen unabhängig von demokratie-typischen Elementen konstruiert werden. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn der Staat auf Basis der Weberschen Definition aufgebaut wird (vgl. ebd.). Dieser Gedanke und theoretische Entkopplung ist für diese Arbeit zentral. Es geht nicht mehr darum, inwieweit eine staatliche Ordnung als Rahmenbedingung für die Entwicklung einer demokratischen Ordnung notwendig ist, sondern vielmehr um die Frage wie der Staat als Gewaltmonopolist in der Lage ist ein demokratisches System aufzubauen. Bei der ausführlichen Beschreibung der Entwicklung des Staates im ersten Teil der Arbeit ist deutlich geworden, dass ab einem bestimmten Moment Staatlichkeit und Demokratie nicht mehr als zwei getrennte Entwicklungen betrachtet werden konnten. Die Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit hat maßgeblich dazu beigetragen, beide politischen Phänomene zu koppeln oder verschmelzen. Die Forschung und vor allem das Phänomen fragiler Staatlichkeit ermöglichen an dieser Stelle diese Kopplung zu lockern und zwischen beide Instanzen eine kleine Distanz zu schaffen. Und genau diese Distanz und zugleich Verbindung ist Gegenstand dieser Arbeit. Für die Beschreibung von Episoden fragiler Staatlichkeit werden beide Ansätze berücksichtigt, der Schwerpunkt wird allerdings eher auf einer institutionellen Perspektive gelegt.

Fragile Staatlichkeit kann nur dann in Funktion der Entfernung zum Idealtypus beschrieben werden (vgl. Hirschmann 2016; Lambach 2012; Lambach & Bethke 2012). Dabei handelt es sich um ein sog. *Kontinuum von Staatlichkeit*: An einem Ende ist der Idealtypus des konsolidierten Staates zu finden und an dem anderen der komplett kollabierte und zerfallene Staat. Fragile Staatlichkeit ist in Hinsicht auf diesem *Kontinuum* ein Oberbegriff. Unter der Kategorie von fragiler Staatlichkeit fallen alle Episoden, Fällen und Instanzen, die sich grundlegend vom Idealtypus der Staatlichkeit entfernen. Unter der

Kategorie der fragilen Staatlichkeit existieren je nach Entfernung dieser Episoden vom Idealtypus unterschiedlichen *Typen und Phasen von Staatlichkeit*.

Abbildung 1. Das Kontinuum der Staatlichkeit



Aus Lambach 2012: 7; Lambach, Johais & Bayer 2016: 13; Hirschmann 2016: 26

Man kann sich für die Festlegung eines Idealtypus von einer Minimal- oder einer Maximaldefinition der Staatlichkeit bedienen. „Dabei werden die im Forschungsfeld verwendeten Attribute des Konzeptes hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Extension (Zahl der Fälle, auf die ein Konzept angewandt werden kann) und Intension (Zahl der Attribute, anhand derer man die Fälle unterscheidet) analysiert“ (Bethke 2012). Bethke präsentiert die Kernelemente empirischer Staatlichkeit nach der Logik der Minimal- oder Maximaldefinition wie folgt:

Tabelle 4: Kernelemente empirischer Staatlichkeit²⁴

	Minimaldefinition	Maximaldefinition
Attribute	<ul style="list-style-type: none"> • Territorium • Bevölkerung • Gewaltmonopol 	<ul style="list-style-type: none"> • Territorium • Bevölkerung • Gewaltmonopol • Abgabemonopol • Rechtsetzungsmonopol • Legitimität
Funktionen	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von Sicherheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von Sicherheit • Steuererhebung • Bereitstellung öffentl. Güter • Gesetzgebung • Rechtsprechung • Rechtsdurchsetzung

Diese Kernelemente empirischer Staatlichkeit entsprechen den Merkmalen, Funktionen und Eigenschaften des Staates im Sinne seiner real- und ideengeschichtlichen Entwicklung. Die Tabelle spiegelt die ganze Argumentation des ersten Kapitels wider und ermöglicht somit die Verbindung zur zweiten thematischen Einheit.

²⁴ Übernommen aus Bethke 2012: 22

Lambach definiert insofern den Idealtypus des Staates

*„als eine Institution, die innerhalb eines bestimmten **Territoriums** und über die dort lebende **Bevölkerung die Monopole der Rechtsetzung, Gewaltkontrolle und Besteuerung** ausübt. Ein Verwaltungsapparat und politische Organe zur kollektiven Entscheidungsfindung sind der organisationale Ausdruck dieser Institution. Sie wird durch Symbole und soziale Praktiken repräsentiert, die die Identifikation der Bürger mit der politischen Ordnung und die Handlungsorientierung daran bedingen“* (Lambach, Johais & Bayer 2016: 22).

Fragile Staatlichkeit hat demzufolge unmittelbar mit dem Verlust nicht nur des Gewaltmonopols, sondern auch des Rechtsetzungs- und Besteuerungsmonopols zu tun. Fragile Staatlichkeit kommt dann zustande, wenn diese politische Gebilde nicht mehr in der Lage ist für sich alleine die Rechtsprechung, die Gewaltausübung und Besteuerung in Anspruch zu nehmen und ist insofern mehr als eine Minimaldefinition.

An dieser Stelle muss man sich zwangsläufig die Frage stellen: Was wird denn fragil? Nach Jellinek besteht der Staat ja aus einem Staatsvolk, einem Staatsgebiet und einer Staatsgewalt. *„Denn das Staatsvolk und Staatsgebiet selbst in einem fragilen System in der Regel erhalten bleiben [...], ist letztlich nur die Staatsgewalt als Indikator für Staatszerfallsprozesse geeignet“* (Hirschmann 2016: 21). Es geht dann um die zentrale Gewalt des Staates als Herrschaftsordnung und vor allem um die Beziehung zwischen dieser Gewalt und dem Volk und Gebiet.

Was ist aber ganz konkret mit fragiler Staatlichkeit gemeint? Wann sind Staaten fragil? In der Literatur lässt sich weder ein Konsens noch eine einheitliche Definition davon identifizieren, was Staatlichkeit fragil macht. Fragile Staatlichkeit konkurriert gegen andere ähnliche Begriffe wie Staatszerfall, Staatsschwäche, Staatsversagen und Staatskollaps, und vielerorts werden diese als Synonyme verwendet. Dabei ist zu beachten, dass der Fragilitätsbegriff *„gleich mehrere Vorteile gegenüber den Alternativen bietet“* (Lambach, Johais & Bayer 2016: 12). Mit fragiler Staatlichkeit ist *„eindeutig einen Zustand beschrieben“* und keinen Prozess der Verschlechterung gemeint, dabei ist Fragilität *„politisch unverfänglicher“* und *„neutral“* (ebd.). Fragile Staatlichkeit integriert *„die zwar schwachen, aber zumindest noch teilweise funktionsfähigen Staaten ebenso wie die kriegsgeschüttelten, zerfallenen Staaten“* (ebd.).

Das Phänomen fragiler Staatlichkeit ist aber nicht nur eine Gefährdung oder eine *„Herausforderung internationaler Politik“* (Hirschmann 2016). Fragiler Staatlichkeit gefährdet an erster Stelle (per Definition) die innere Stabilität eines Staates. Mit fragiler Staatlichkeit ist an dieser Stelle grob *„Die Unfähigkeit eines Staates, innerhalb seine Grenzen als der Souverän aufzutreten, der er laut der politischen Theorie sein soll“* (Lambach & Bethke 2012) gemeint. Die Souveränität, sowie im Innern als auch nach außen, ist ein grundlegendes Element der Staatlichkeit. Die Hinterfragung der einheitlichen Rolle des Staates als Souverän innerhalb und außerhalb seiner Grenzen, die für die Staatlichkeit seit der Errichtung des Staatensystem nach dem Westfälischen Frieden elementar ist, ist ein grundlegendes Element und allgemeine Ursache fragiler Staatlichkeit.

Hinsichtlich des Kontinuums von Staatlichkeit ist davon auszugehen, dass *„der Begriff der fragilen Staatlichkeit ein Sammelbegriff für eine Bandbreite an Konzepten ist, die für die Erfassung von institutionellen oder funktionellen Defiziten von Staat abzielen“* (Lambach, Johais & Bayer 2016: 17). Es ist aber wichtig die verschiedenen Einzelphasen zu unterscheiden. An dieser Stelle ist Gero Erdmanns

„apokalyptische Trias“ (Erdmann 2003) von zentraler Bedeutung. Damit ist die Typologisierung unterschiedlicher Episoden und Phasen innerhalb der Kategorie fragiler Staatlichkeit gemeint.

Tabelle 5: Gero Erdmanns Apokalyptische Trias²⁵

Stadium	Beschreibung
1. Staatsversagen	<ul style="list-style-type: none"> • Erfasst strukturelle Handlungs- und Leistungsdefizite des Staates, ohne dass sein Gewaltmonopol oder seine Souveränität über Staatsgebiet und Staatsvolk eingeschränkt wäre. • Beinhaltet etwa den Zusammenbruch des Gesundheits- und des Bildungswesens, allgemein administrative Implementationsprobleme verbunden mit allgegenwärtiger Korruption, etc.
2. Staatsverfall	<ul style="list-style-type: none"> • Bedeutet die territoriale Einschränkung des Gewaltmonopols und administrativer Leistungen des Staates, ohne dass aber die Staatlichkeit selbst offen infrage gestellt werden würde. • Entwicklung einer „Parastaatlichkeit“ in der nicht staatliche Institutionen einen Teil der staatlichen Souveränitätsrechte oder staatlichen Kernleistungen übernommen haben, ohne den Staat völlig zu verdrängen oder ihr offen in Frage zu stellen.
3. Staatszerfall	<ul style="list-style-type: none"> • Erfasst den völligen Zusammenbruch der staatlichen Autorität.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Phänomen der fragilen Staatlichkeit vorkommt, wenn Staaten einerseits grundlegende Elemente verlieren (Gewaltmonopol, Souveränitätsanspruch, usw.) und andererseits und infolgedessen nicht mehr in der Lage sind elementare Funktionen auszuüben oder zu erfüllen. Für jene Analyse fragiler Staaten ist entweder eine institutionelle oder funktionale Perspektive erforderlich, die sich aus dem Idealtypus des Staates konstruieren lässt. Für diese Arbeit kommen beide Perspektiven in Frage, wobei der Schwerpunkt eher auf einer institutionellen Sichtweise gelegt wird.

3.2. Exkurs: Siegeszug des „modernen Staates“? Postkoloniale Kritik an der weltstaatlichen Ordnung und die diskursive Konstruktion fragiler Staatlichkeit

Ich habe diese Arbeit mit der Annahme angefangen, dass der Staat ein sowohl universales als auch ein universalistisches politisches Phänomen ist. Damit ist ein Siegeszug des Staates als politisches Model weltweit impliziert. Denn wie sonst lässt sich erklären, dass die Staatlichkeit es geschafft hat, sich als primäre und elementare politische Struktur durchzusetzen. Staaten als politische Einheiten, als politische Akteure und als politische Gebilde sind nicht nur in Europa anwesend. Die internationale Staatengemeinschaft besteht ja aus fast 200 *unabhängigen* Staaten. Alle diese Staaten verfügen über analoge politische und rechtliche Bestandteile: einen rechtlichen Korpus, der die Existenz dieses Gebildes regelt; eine ausführende Gewalt (meistens in Form einer Regierung), eine Gemeinschaft als

²⁵ Erdmann 2003: 271f. und Hirschmann 2016: 25

Bürgerschaft, ein Territorium, auf dem der Gewaltanspruch der zentralen Verwaltung besteht; eine Hymne, eine Flagge und ein Wappen; eine Fußballmannschaft; usw. Globale Politik wäre ohne diesen *common ground* nicht denkbar.

Warum ist der moderne europäische Staat der Idealtypus jener staatlichen Ordnung? Und warum sind Staaten weltweit in einer ähnlichen Form zu finden?

Es gibt unterschiedliche Antworten auf diese Frage. Einige behaupten, dass der Staat sich als einzige Lösung einer Reihe von gesellschaftlichen Problemen präsentierte: *„Der Siegeszug des Staates als Organisationsmodell politischer Herrschaft hat ganz offenbar damit zu tun, dass er sich als Ordnungsmodell angesichts anders kaum lösbarer Probleme und Konflikte als rettende oder alternativlose Lösung anbot bzw. auch weiterhin anbietet“* (Schuppert 2010: 14). Diese Position erklärt warum der Staat in einem ganz besonderen europäischen Kontext überhaupt in der Lage war, sich so zu entwickeln wie er es getan hat. Der Staat als Lösung zu präsentieren rekapituliert wichtige Stellen des ersten Kapitels dieser Arbeit, denn der Prozess der Entwicklung zum modernen Staat ist nichts mehr als ein dialektischer Prozess der Problemidentifizierung und Lösungsentwicklung gewesen. Dies erklärt aber nicht, warum im außereuropäischen Raum sich der Staat als einzige politische Herrschaftsordnung durchgesetzt hat.

Ich muss an dieser Stelle davon ausgehen, dass die Entwicklung zum modernen Staat ein (fast²⁶) ausschließlich europäisches politisches Erlebnis gewesen ist. Der moderne Staat hat sich in einem bestimmten historischen, sozialen, politischen, kulturellen, intellektuellen und ökonomischen Kontext in Europa zwischen dem 15. und dem 19./20. Jahrhundert in Europa entwickelt. *„Europa hat den Staat erfunden“* (Reinhard 2002: 15) und nicht nur erfunden, sondern Europa hat ihm seine Position als alternativlose Herrschaftsordnung weltweit verliehen. Dabei spielen u.a. die Moderne als identitätsstiftenden Prozess eine zentrale Rolle: *„Modernity emerged not just at a particular time but also in a distinctive place – i.e. Europe – and it was essentially through the complex diffusion of the European development that modernity became a truly global phenomenon“* (Pierson 2004: 29).

Zwei Mechanismen sind für die Verbreitung des europäischen Modells des Staates in die neuzeitliche Welt verantwortlich: Auf der einen Seite zwang die Etablierung eines Staatensystems nach dem Westfälischen Frieden (1648) die Errichtung und Konfiguration des souveränen Staates als Herrschaftsordnung in Europa. Die daraus entstandene Idee eines prototypischen Völkerrechts *„legt die Existenz von Staaten als Subjekten einer internationalen Ordnung zugrunde“* (Benz 2008a). Nur nach einer solchen Logik ist der zweite Mechanismus denkbar: *„Zum andere trug die Kolonialherrschaft der führenden europäischen Staaten dazu bei, dass das europäische Modell des modernen Staates auf außereuropäische Gesellschaften übertragen wurde. Dies traf dort aber auf mehr oder weniger günstige Bedingungen“* (ebd.).

Der staatliche Ordnung der Kolonialherrschaft zeigt sich besonders gefährdet: *„der weltweite «Export» des europäischen Staates durch den Kolonialismus hat so problematische Ergebnisse gezeitigt, dass*

²⁶ Die Beiträge der *Founding Fathers* der US-Amerikanischen Verfassung sind im Zusammenhang mit der Entwicklung zum liberalen Verfassungsstaat von zentraler Bedeutung. Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine autochthone parallele Entwicklung zum Staat in Europa sondern um ihre Anpassung und Umsetzung.

dieser Staat inzwischen als weltgeschichtliche Ausnahme und nicht mehr als Regel gilt“ (Reinhard 2002: 15).

Die rasanten Entwicklungen bezüglich Kolonialherrschaft im 17. bis 19. Jahrhundert *„spread the European type of state to other continents [...], albeit in a cut-down version“* (Garner, Ferdinand & Lawson 2012). Grenzen wurden gezogen, Macht wurde institutionalisiert, Herrschaft wurde errichtet. Der Staat wurde als alternativlose Ordnung verdrängt: *„Denn im Grunde ist das Konstrukt des Staates ein europäisches, das aufgrund der realen politischen Machtverhältnisse einen weltweiten Siegeszug erlebte, ohne dabei die Eignung für andere Kulturen und Regionen zu prüfen“* (Hirschmann 2016: 12).

Nach den Unabhängigkeitskämpfen

„the former colonies took over these state apparatuses and also the institutions that they have established. Whether it was the former Spanish colonies in Latin America during the nineteenth century, or the former British, French, German and Italian colonies in the twentieth century, the newly independent states largely adopted the same basic attributes of rule, the same apparatus of institutions, even though they also in other respects usually expressed a forthrightly anti-imperialist ideology“ (Garner, Ferdinand & Lawson 2012).

Da die staatlichen Strukturen dieser Staaten nicht als Produkt einer geschichtlichen und sozialen Entwicklung entstanden sind, wirken sie als künstliche Gegenstände. In Vergleich zu westeuropäischen Staaten, wo diese Staatlichkeit aus der Geschichte herangewachsen ist, ist die Staatlichkeit in ehemaligen Kolonien als eine aufgezwungene politische Struktur instabil: *„Derartige »künstliche Staaten« nach dem Willen Dritter gehen nicht nur häufig Hand in Hand mit undemokratischen Strukturen, sondern sind vor allem äußerst fragile Gebilde“* (Hirschmann 2016: 12). Dabei *„brechen geschaffene Staatsgebilde und Strukturen in sich zusammen und machen Platz für neue Akteure, die nicht in den bisherigen Ordnungsmustern und Grenzen denken und handeln“* (ebd.: 13).

Hiermit wird nicht nur den Ursprung jeglicher Episoden fragiler Staatlichkeit thematisiert, sondern vielmehr die postkoloniale Kritik an der Eignung dieses europäischen Modells des Staates angesprochen. Kann man eigentlich in einer Welt voller Episoden fragiler Staatlichkeit vom *„Siegeszug des Staates“* sprechen? Damit bezweifle ich nicht die Alternativlosigkeit dieses staatlichen Modells. Der Staat ist, vor allem bezüglich seiner Rolle als Akteur im internationalen System, unersetzlich. Ich kann mir keine Alternative ausdenken, die nicht mit denselben oder sogar mit noch größeren Problemen konfrontiert werden könnte.

Es gilt allerdings:

„Outside of Europe, the state has hardly been kinder or gentler, and it has certainly been less ‚successful‘ as state success is traditionally evaluated. The successful nation-states of Europe spawned imitator states around the globe, and in a few places (including, of course, the United States), this model “took”. In many places, it did not. In most of the places (much of Africa, much of central and south Asia, parts of the Americas), the state was never more than a semifictional overlay of institutions that masked the continuance or development of other more protean forms of social organization“ (Ehrenreich Brooks 2005: 1174).

Staatlichkeit als ein universales Element politischer Organisation zu definieren ist im Prinzip richtig, man soll allerdings die Gegebenheiten jeder Region in Betracht nehmen, besonders wenn es sich um gescheiterte oder zerfallene Staatlichkeit handelt.

In unmittelbaren Zusammenhang mit dem Verständnis des Staates als eine westliche und europäische Konstruktion und seiner postkolonialen Kritik entsteht eine postkoloniale Kritik am Konzept der fragilen Staatlichkeit als eine diskursive Konstruktion und eine politische Narrative. Im Grunde genommen handelt es sich dabei um die Theoretisierung auf der einen Seite von einem „*erfolgreichen Staat*“ mit Ursprung im „*europäischen Universalismus*“ (vgl. Thiessen 2015: 131) und einem „*gescheiterten Staat*“ auf der anderen. Der Idealtypus des erfolgreichen europäischen Staates, basiert auf dem Weberschen Idealtypus „*has become the model for all other modern states*“ (ebd.). Die postkoloniale Kritik am Konzept der fragilen Staatlichkeit geht hauptsächlich davon aus, dass es sich dabei um eine „*state-centric, ahistorical and decontextualized*“ Leistung handelt: „*States are merely identified not by what they are, but what they are not, namely succesfull in comparison to Western states*“ (ebd.: 133). Der Staat als eine politische Struktur wird insofern stark *normativiert*: „*Western governments [...] have adopted the notion of failed states to label and rank a number of development countries facing violence and conflict, political instability, severe poverty, and other threats to security and development*“ (ebd.: 130). Das Konzept der fragilen Staatlichkeit geht ja davon aus, dass es zu einer solchen Situation kommt, wenn ein Staat seine grundlegenden Elemente verliert oder elementare Aufgaben nicht erfüllen kann. Dabei sind solche Staaten nicht nur „*anders*“ sondern „*abnormal in the pejorative sense*“ (ebd.: 131). Ich will damit nicht die Staatlichkeit als politisches Phänomen relativieren, sondern vielmehr zeigen, dass das Konzept der fragilen Staatlichkeit mit einem in meisten Fällen ahistorisches, eurozentriertes und stark normatives Konzept von Staatlichkeit operiert. Dabei wird ignoriert, dass „*the European model of state development was able to evolve and consolidate in the nearly four hundred years following the Treaty of Westphalia in 1648*“ (ebd.). Dabei handelte es sich um einen meistens endogenen Entwicklungsprozess mit einer rein (real- und ideen-) geschichtlichen Logik. Man kann nicht sagen, dass dies der Fall in Afrika oder Lateinamerika ist. Staatlichkeit als politische und soziale Struktur wurde im Rahmen kolonialpolitische Prozesse (exogen) errichtet. Mir ist bewusst, dass auf die ein oder andere Weise (staatliche) Grenzen immer künstliche und konstruierte Elemente sind. Dabei unterscheiden sich Grenzen in Europa grundlegend in ihrer Künstlichkeit von Grenzen in Afrika oder Lateinamerika.

„*Grenzen sind nicht zu denken ohne zumindest den Entwurf oder die Funktion eines Territorialstaates, der ausreichend starke Institutionen hat, um innerhalb seiner Grenzen das Gewaltmonopol auszuüben und Finanzhoheit und Interventionsmacht zu besitzen. Grenzen sind an politische Autorität gebunden, die sie ausfüllen können. Insofern sind sie so wichtig wie die Autorität selbst und damit historisch an die Entwicklung dieser Autorität gebunden*“ (Bley 1997: 31 in Hirschmann 2016: 31).

Insofern ist die künstliche Grenzziehung und die exogene Errichtung staatlicher Strukturen und Autorität im Rahmen der postkolonialen Kritik analog: „*Given this, African states, failed and non-failed alike, are compared with a model of statehood that is based upon strictly European values, customs, practices, organizations and structures*“ (Hill 2005: 148 nach Thiessen 2015: 131).

Nach dieser Auffassung handelt es sich bei der Beschreibung und der Definition von fragilen Staaten letztendlich um eine ahistorische und dekontextualisierte diskursive Konstruktion. Der Diskurs der fragilen Staatlichkeit profitiert von 1) „*the enormous proliferation of (apparently self-evident) descriptive terminology*“ (Jones 2008: 184 in ebd.: 132); 2) Fragile Staatlichkeit wird als überwiegend intern verursachtes Problem beschrieben. Staaten sind, natürlich unabhängig von exogenen Anreizen und Interventionen und genauso unabhängig von seiner eigenen geschichtlichen Entwicklung, nicht in

der Lage seine Staatlichkeit aufrechtzuerhalten und 3) Fragile Staatlichkeit zu beschreiben ist eine rein-relationale Leistung. Sie ergibt sich nur aus dem Vergleich nicht nur zum Idealtypus, sondern zu anderen Formen fragiler Staatlichkeit (vgl. Jones 2008: 184 in ebd.: 132f.). Die Beschreibung von fragiler Staatlichkeit „*as the consequence of domestic weakness*“ ermöglicht für Beth Thiessen die Legitimierung von Interventionen: „*The current discourse of state failure, with its hierarchical categories of weak, fragile, failed and collapsed, aids in legitimizing intervention by identifying lack, inferiority and incapacity*“ (ebd.: 133). Der Diskurs fragiler Staatlichkeit ist für Thiessen hoch-subjektiv und dadurch ermöglicht er eine praktisch willkürliche Zuschreibung Elemente fragiler Staatlichkeit. „*In a globalized world, it would be wrong to assume the factors causing political instability and extreme poverty in so-called failed states are confined to their national boundaries. The failed state discourse as it currently stands disregards the fact that many different pathways to failure exist: socio-cultural build-up, colonial legacies and regional dynamics, among other factors all matter to varying degree*“ (ebd.: 136). Dabei spielt das Konzept von *Entwicklung* (als *Development*) eine zentrale Rolle, denn fragile Staatlichkeit wird oft durch die Brillen der Entwicklungsforschung betrachtet und dementsprechend als die Abwesenheit jene Entwicklung definiert (vgl. (Wolff 2011)). Nach dieser Logik ist es dann nachvollziehbar, warum sich die OECD-Staaten als Idealtypus einer funktionierenden staatlichen Ordnung etabliert haben und von vielen theoretischen Arbeiten als Maßstab verwendet werden: „*The crucial trend in most of these definitions seems to be that, more than ever before, scholars and practitioners of development have established a clear link between development and security*“ (ebd.).

Was kann uns von einer solchen Willkür retten? Der Einsatz von empirischen Daten und Indizes? „*The use of indices and rankings constitutes a mode of representing an apparently-neutral comparative analysis of the capacity to govern and risk of failure*“ (Thiessen 2015: 131). Es hängt ja nicht von den Indizes oder Rankings ab, sondern vielmehr davon, was man eigentlich damit messen will und wie man die Operationalisierung und Analyse theoretisch begründen kann (mehr dazu im Kapitel 3).

Diese postkoloniale Kritik ist für diese Arbeit insofern interessant, weil sie einen Perspektivwandel bezüglich Staatlichkeit und fragiler Staatlichkeit als globale Phänomene ermöglicht. Insbesondere wenn wir uns später mit Lateinamerika als Ort der Austragung der theoretischen Argumente beschäftigen werden.

3.3. Warum scheitern Staaten?

Wie kommt es zu Episoden fragiler Staatlichkeit? Wie kommt es zu Situationen, in denen Staaten den Anspruch auf grundlegende Elemente und elementare Funktionen verlieren?

Die Ursachenforschung fragiler Staatlichkeit hat sich seit der Etablierung dieser Problematik als Thema der Politikwissenschaft stetig entwickelt. In den letzten 20 Jahren wurden nicht nur viele Beiträge mit dieser Thematik veröffentlicht und diskutiert, es wurden auch Forschungsgruppen (wie die FG: Staatskollaps der Universität Duisburg-Essen 2011-2014 s. Lambach, Johais & Bayer 2016) und Taskforces (wie die State Failure/Political Instability Task Force (SFTF/PITF 1994-gegenwärtig aktiv) zum Zweck der Ursachenforschung fragiler Staatlichkeit gegründet.

Es existieren an erster Stelle zwei Hauptkategorien von Faktoren fragiler Staatlichkeit, externe und interne Faktoren. Mit internen Faktoren, sind die internen Bedingungen und die internen politischen,

sozialen, wirtschaftlichen, geschichtlichen und kulturellen Konfigurationen eines jeweiligen Staates, die zu Situationen fragiler Staatlichkeit führen können gemeint. Externe Faktoren sind dann, exogene Anreize, seien sie aus der unmittelbaren Nachbarschaft, aus der Region oder wo auch immer, die die Stabilität des Staates negativ beeinflussen können.

Nach Lambach (2012) lassen sich vier Bündel von Hypothesen in Rahmen einer Ursachenforschung fragiler Staatlichkeit identifizieren. Dabei wird nicht fragile Staatlichkeit als Kontinuum betrachtet, sondern *„beleuchten diese Beiträge teils unterschiedliche Ausschnitte des Fragilitätsspektrum“* (Lambach & Bethke 2012: 13). Für Lambach kommen vier Kategorien von Faktoren in Frage: 1) Politische Faktoren, 2) Wirtschaftliche Faktoren, 3) Sozialstrukturelle und kulturelle Faktoren und 4) Internationale und regionale Faktoren (ebd.). Die ersten drei fallen innerhalb der Hauptkategorie der inneren Faktoren und die vierte innerhalb der zweiten. Lambach rekapituliert die wichtigsten Hypothesen und Elementen bezüglich der Faktoren fragiler Staatlichkeit wie folgt:

Politische Faktoren

Die Ursachenforschung hat sich, so Lambach, am meisten mit der Erforschung politischer Faktoren fragiler Staatlichkeit beschäftigt. Dabei werden *„insbesondere spezifische Formen politischer Steuerung als Ursachen von Staatszerfall diskutiert“* (ebd.: 16). Dazu zählt als primär Faktor die *„schlechte politische Führung“* (Hirschmann 2016: 28) im Sinne der Errichtung (neo-)patrimonialen, klientelistischen und korrupten Strukturen und *„Praktiken des Regimes bzw. der Regierung“* (Hirschmann 2016: 28; Lambach & Bethke 2012: 16f). Dadurch, dass diese Konzepte (Neopatrimonialismus, Klientelismus und Korruption) *„stark überlappen und nur schwer zu beobachten bzw. zu messen sind“* ist eine separate Erforschung schwierig, es *„wird zumeist versucht noch konkretere Verfallsdynamiken“* in Zusammenhang mit diesen Konzepten zu identifizieren (vgl. Lambach & Bethke 2012: 17).

Eine *„gezielte Demontage staatlicher Institutionen“* (ebd.) mit dem Ziel des Machterhalts ist dezidiert ein Faktor geschwächter Staatlichkeit. Wenn eine solche Regierung *„über keine ausreichende Basis in der Bevölkerung verfügt, versucht sie, alternative Machtzentren wie die Armee, die Polizei oder die Verwaltung entweder zu kontrollieren oder zu zerstören“* (vgl. Englehart 2007: 148; Migdal 1998 in ebd.).

Eine *„Eskalation von Machtkämpfen“* kann, so Lambach (2009), zur Fragmentierung des politischen Systems führen (ebd.: 20), indem der Anspruch auf Kontrolle über den Staat nicht einheitlich betrachtet wird. Das Gewaltmonopol wird dadurch stark beeinträchtigt (vgl. ebd.: 20).

Eine sehr interessante Überlegung, die für diese Arbeit von zentraler Bedeutung ist, ist nun der Ansatz, dass es einen Zusammenhang zwischen Regimetyp und fragile Staatlichkeit existiert. Die politischen Dynamiken in autokratischen Systemen (neopatrimoniale Herrschaftspraktiken, personenbezogener Herrschaftsstyl, usw.) können zur Legitimationsverlust führen. Infolgedessen gilt, *„dass die Fundamente der Staatlichkeit während jahrelanger autokratischer Herrschaftsausübung erodieren“* (Mehler 1996: 205 in ebd.: 21). Impliziert wird, *„dass demokratische Staaten stabiler sind als Autokratien“* (ebd.), indem Elemente wie demokratische Partizipation eine stabilisierende Funktion ausüben können.

Wirtschaftliche Faktoren

Die wirtschaftliche Leistung eines Staates im Sinne der staatlichen Verwaltung und Kontrolle der Wirtschaft kann entscheidend für die Stabilität eines Staates sein, sowie auch starke Implikationen haben.

„Armut bzw. geringes Einkommen, wirtschaftlicher Niedergang, bewaffnete Konflikte und Präsenz bewaffneter Gruppen, natürlicher Ressourcenreichtum (Verteilungsgerechtigkeit, »Ressourcenfluch«) oder fehlender natürlicher Ressourcenreichtum [...]“ (Hirschmann 2016: 29) usw., sind wirtschaftliche Faktoren fragiler Staatlichkeit.

Lambach unterscheidet Ressourcenfaktoren von rentenökonomischen Faktoren. Beim ersteren geht es hauptsächlich darum, *„wenn eine soziale Gruppe erfolgreich versucht, die wichtigsten Ressourcen (d.h. vor allem Rohstoffen) des Staates unter eigene Kontrolle zu bringen und hierdurch andere Teile der Bevölkerung soweit ausschließt [...], gerät das fragile Gleichgewicht vieler Entwicklungsländer aus der Balance“* (Büttner 2004: 2f in Lambach & Bethke 2012: 22). Beim zweiten ist eine Rentenökonomie ein Faktor fragiler Staatlichkeit, wenn solche *„auf Renten basierte Systemen durch den Rückgang von Einnahmen in eine tiefe Krise gerät“* (ebd.: 23). Ein prominentes Beispiel ist der sog. *Ressourcenfluch*:

„Über den Einfluss von Ressourceneinnahmen auf die Stabilität eines politischen Systems gibt es entgegengesetzte Erwartungen. Einerseits besagt das Argument des Ressourcenfluchs, dass ressourcenreiche Staaten schlechtere Entwicklungserfolge und höhere Gewaltrisiken aufweisen als weniger reichhaltig ausgestattete Gesellschaften. Andererseits verweisen Basedau and Lay (2009) zurecht darauf, dass dieser Zusammenhang lediglich in relativ armen Ländern wie Angola, Nigeria oder Venezuela zu existieren scheint – Östaaten mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen wie Norwegen, Kuwait, Saudi-Arabien und Brunei sind dagegen sehr stabil“ (ebd.)

Sozialstrukturelle und kulturelle Faktoren

Die gesellschaftliche Zusammensetzung der Bevölkerung eines jeweiligen Staates ist für die Stabilität staatlicher Strukturen von zentraler Bedeutung. Dabei spielt die ethnische Komposition eine wichtige Rolle:

„Viele Forscher gehen davon aus, dass die multiethnische Zusammensetzung einer Gesellschaft das Konfliktrisiko erhöht und die Steuerungskapazitäten schwacher Staaten überfordert [...]. Dies wird in der Regel als Folge des Kolonialismus gesehen, der durch die zum Teil willkürliche Grenzziehung die Existenz von Staaten mit multiplen Ethnien erst verursacht hatte“ (ebd.: 24).

Es geht hierbei nicht nur um die multiethnische Zusammensetzung einer Gesellschaft als Gefährdung der staatlichen Stabilität per se, sondern vielmehr um die politische Implikationen die eine solche multiethnische Komposition in politischen Prozessen und Strukturen (Minderheitsherrschaft, u.a.) (vgl. ebd.: 24) haben könnte.

Andere demographischen Faktoren, wie Bevölkerungsdichte, Urbanisierung und Anteil von Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung (*youth bulge* vgl. Schneckener 2006 in ebd.: 23) könnten auch die Stabilität der staatlichen Ordnung beeinflussen. Genauso wie bei der ethnischen Komposition geht es hierbei darum nicht, dass diese sozialstrukturelle Merkmale die Stabilität gefährden, sondern welche Rolle diese in der Politik spielen.

Die Art und Weise wie staatliche Institutionen von der Gesellschaft als solche betrachtet und infolgedessen anerkannt werden ist entscheidend, vor allem in postkolonialen²⁷ Staaten. Dabei lautet die Hypothese, „*dass dort die politischen Institutionen nicht ausreichend in der Gesellschaft verankert sind bzw. dass diese Gesellschaften keine ausreichend langen Erfahrungen mit zentralstaatlicher Herrschaft besäßen*“ (ebd.:24). Die Präexistenz von „*vorkolonialer politics*“ könnte „*einen wichtigen stabilisierenden Faktor für postkoloniale Staaten*“ darstellen (ebd.).

Internationale und regionale Faktoren

Zuletzt thematisiert Lambach die Faktoren, „*die außerhalb des betroffenen Staates liegen*“ (ebd.). Dabei geht er davon aus, dass diese im Vergleich zu internen Faktoren „*eher selten*“ thematisiert werden.

Nachbarschaft spielt als unmittelbarer Außenraum eine zentrale Rolle. Dabei gehen viele Beiträge davon aus, „*dass regionale Instabilität bzw. Bürgerkriege im regionalen Umfeld spill-over Effekte erzeugen, d. h. dass sich politische Krisen und Konflikte in Nachbarstaaten sich negativ auf die Stabilität eines Staates auswirken*“ (ebd.).

Lambach thematisiert auch die Problematik des Kolonialismus und der Dekolonisierung als Faktoren fragiler Staatlichkeit. Dabei argumentiert er, dass „*im Zuge der Dekolonisierungswelle der Nachkriegszeit die Frage nach der Funktionstüchtigkeit neuer Staaten überdeckt worden durch die Forderung nach Recht auf Selbstbestimmung sei*“ (ebd.: 25). Dadurch, dass diese Staaten nicht in Funktion seiner eigenen staatlicher Leistungsfähigkeit, sondern ausschließlich völkerrechtlich ihre Anerkennung erworben haben, hat keine eigentliche Fortentwicklung staatlicher Institutionen stattgefunden (ebd.). Postkoloniale Staaten, wie ich schon bei der postkolonialen Kritik erwähnt habe, haben es nicht geschafft „*den Staat als unabhängige Institution zu etablieren*“ (ebd.), so eine weitere Hypothese.

Das Ende des Kalten Krieges als Ansatzpunkt fragiler Staatlichkeit wird demnächst angesprochen. Dadurch, dass „*nun die finanzielle, militärische und politische Unterstützung der Großmächte wegfiel, brachen die zuvor künstlich am Leben gehaltene Staaten reihenweise zusammen*“ (ebd.: 26). Viele Staaten, vor allem in Afrika, sahen ihre staatliche Stabilität nach dem Ende des Kalten Krieges bedroht und viele wurden tatsächlich davon direkt betroffen.

Zuletzt wird die Globalisierung als Faktor fragiler Staatlichkeit angesprochen. Dabei geht es hauptsächlich um die Unfähigkeit einzelner Staaten sich strukturell an globalisierungsbedingten politischen, sozialen und vor allem wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Nicht nur das Auftreten neuer transnationalen, privaten und vor allem nicht-staatlichen Akteure spielt eine destabilisierende Rolle, sondern auch die zunehmende politische und wirtschaftliche Verflechtung im internationalen System, wirtschaftliche Konkurrenz und neue Formen des Austauschs und Mobilität kommen in Frage (vgl. ebd.: 26f.).

Für die Betrachtung des Phänomens der fragilen Staatlichkeit in Lateinamerika kommen viele dieser Faktoren in Frage, Diese Mischung von Fragilitätsfaktoren in dieser Konstellation lässt sich allerdings als *Fehlentwicklung* zusammenfassen. Dabei geht es hauptsächlich darum, dass die Entwicklung der staatlichen Strukturen in Laufe der Geschichte von Brüchen oder Defiziten dermaßen beeinträchtigt

²⁷ Begriffsverwendung irreführend.

wurde, dass das Produkt dieser Entwicklung Mangel bei z.B. der Ausübung und Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols oder der Etablierung von einer rechtsstaatlichen Ordnung aufweist. Eine grundlegende Annäherung zur Fehlentwicklung als Ursache fragiler Staatlichkeit wird im letzten Kapitel präsentiert.

Fragile Staatlichkeit ist kein monokausales Phänomen. Fragilität ist nicht nur nicht multikausal, sondern vielmehr multidimensional: „*Die Ursachen von Staatsschwäche und -zerfall werden oft als selbst- und gegenseitig verstärkend beschrieben, wobei die [schon erwähnten] Faktoren sowohl die Gründe, als auch die Charakteristika von Fragilität beschreiben*“ (Hirschmann 2016: 28). Fragile Staatlichkeit ist insofern nicht nur als das, was Staaten nicht haben oder nicht machen zu beschreiben. Fragile Staatlichkeit ist ein komplexes Phänomen, das sowohl endogene Faktoren, meistens eine Verflechtung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen als auch exogene Faktoren involviert. Dabei spielt nicht nur die politische und soziale Lage eines Staates die zentrale Rolle, sondern beeinflussen Faktoren wie Geschichte, ethnische und religiöse Komposition, Nachbarschaft und internationale Intervention maßgeblich die Stabilität dieser Staaten.

4. (Fragile) Staatlichkeit und Demokratie

4.1. Wie misst man Demokratie und Staatlichkeit?

Wie wir schon in den letzten Seiten gesehen haben ist es keine einfache Aufgabe Phänomene und Konzepte wie Staatlichkeit, fragile oder stabile, eindeutig zu definieren und dabei nicht nur alle Elemente, sondern auch alle Positionen zu berücksichtigen. Konzepte zu operationalisieren, nämlich sie in Zahlen *vereinfacht* zu präsentieren geht noch sogar einen Schritt weiter, denn eine Operationalisierung kann nur nach einer sehr konkreten Festlegung von Messungen, Parametern und Daten erfolgen. Eine solche Operationalisierung ist auch nur dann möglich, wenn die einzelnen *Definientia* so deutlich beschrieben werden, dass man in der Lage ist diese mittels Fragen und Operationalisierungen zu messen.

Die Operationalisierung von sozialwissenschaftlichen Konzepten und Begriffen ist insofern eine komplizierte, aber zugleich wichtige Leistung der empirischen Politikwissenschaft. Die Tatsache, dass es eine Vielfalt von Verständnissen und Definitionen existiert macht diese Aufgabe noch komplizierter. Eine solche Operationalisierung unterscheidet sich maßgeblich von einer theoretischen Definition des zu messenden Phänomens, muss aber zwangsläufig von der Theorie profitiert haben. Die einzige zulässige Basis empirischer Indizes ist eine fundierte theoretische Erklärung der Indikatoren und Parametern.

Ziel dieser Arbeit ist den Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie zu erläutern. Es wird angenommen, dass ein demokratisches System von der staatlichen Ordnung und Stabilität eines Staates als politische und gesellschaftliche Rahmenbedingung intrinsisch abhängt. Um diese These zu überprüfen sind zwei Arten von Indizes nötig: Auf der einen Seite brauchen wir einen Index, der das Phänomen der Staatlichkeit bzw. der fragilen Staatlichkeit messen kann und auf der anderen Seite einen Demokratie-Index. Es wurden vier Indizes gewählt, die für die Beschreibung dieses Zusammenhanges in Frage gekommen sind. Für die Vermessung der Staatlichkeit wurden den *Fragile State Index* des *Fund for Peace* (Fund for Peace 2017a) und den *State Fragility Index* des *Center for Systemic Peace* (Marshall & Elzinga-Marshall, Gabrielle 2015) verwendet. Für die Vermessung der Demokratie kam der *Freedom in the World Index* der non-profit Organisation *Freedom House* (Freedom House 2017)

und der *Polity IV – Annual Time Series* (Marshall, Gurr & Jaggers 2016a) in Frage. Demnächst werde ich mich mit der Frage beschäftigen, wie man überhaupt dazu kommen kann Demokratie und Staatlichkeit zu messen und in Zusammenhang mit diesen Überlegungen werde ich die Indizes in Detail beschreiben.

4.1.1. Kann man Demokratie messen? Freedom in the World und Polity IV als Demokratie-Indizes

Die Demokratiemessung zeigt sich an dieser Stelle als eine besonders schwierige und vor allem polemische Leistung. Dies hängt nicht nur von der Vielfalt der Demokratietheorien und -verständnissen, sondern in besonderen Maße von der Macht der Demokratie ab, sich als normative Instanz weltweit durchzusetzen (vgl. Schmidt 2008). „*Das am weitesten verbreitete politische Ordnungssystem unserer Zeit wird oft als größte Denkrevolution des 20. Jahrhunderts uns als eines der Hauptverdienteste dieser Epoche angesehen*“ (Amartya Sen 1999: 3 in Calaminus 2007: 92f.).

Eine *Demokratie* gibt es nach dieser Logik nicht. Ganz im Gegenteil, „*Demokratie ist ein sehr weites Feld. Es gibt nicht nur eine Definition von Demokratie, sondern unterschiedliche, teilweise konkurrierende und sich auch widersprechende Demokratiezugänge*“ (Campbell & Barth 2009: 211). Es existieren unterschiedliche empirische Annäherungsweisen an das Demokratiekonzept, die sich nicht nur in Laufe der Geschichte, sondern vielmehr im Zuge der Entwicklung demokratietheoretischer Überlegungen entwickelt haben. Im Zentrum dieser Überlegung stehen die Fragen was man eigentlich definieren will und was man damit messen möchte. Manfred Schmidt argumentiert, dass die zentrale Leistung von Demokratie-Indizes aus einem Verständnis von Demokratie als *Staatsverfassung* abgeleitet wird. Mit Demokratiemessung ist an dieser Stelle hauptsächlich die (vergleichende Messung) des Demokratiegehalts von Staatsverfassungen gemeint „*unter Einschluss von Verfassungsnormen und Verfassungswirklichkeit*“ (Schmidt 2008). Es haben sich in Laufe der Geschichte der empirischen Politikwissenschaft viele Mechanismen und Kriterien für die Messung des Demokratiegehalts einer Staatsverfassung entwickelt. Dazu gehören vor allem „*die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen*“ (vgl. Rose 2000 in ebd.: 370) und „*Indikatoren der Polyarchie*“ nach Dahl (vgl. Coppedge 1995 in ebd.) als Vorreiter der Demokratiemessung. Robert Dahls Beitrag ist nicht nur für die Demokratieforschung von zentraler Bedeutung, sondern für empirische Versuche die Demokratie zu operationalisieren unerlässlich. Dabei sind viele einig, dass „*die theoretische Basis nahezu aller Verfahren sich aus den Theorien Robert Dahls und seinem Konzept der Polyarchy ableiten lässt*“ (Calaminus 2007; vgl. auch Campbell & Barth 2009; Munck & Verkuilen 2002). Dahls Polyarchie-Model hat den Vorteil sich einfach operationalisieren zu lassen, „*denn fundamental ist die Zentrierung auf die Durchführung von Wahlen als wichtigster Demokratieindikator*“ (Calaminus 2007: 93). Dadurch dass Demokratie bzw. Polyarchie nach Dahl auf „*Wettbewerb*“ (*contestation or competition*) und „*Recht auf Partizipation*“ (*participation or inclusion*) basieren (Dahl 2007 [1971]), wird das Demokratieverständnis und die Erfassung von empirischen Daten vereinfacht (vgl. Calaminus 2007: 86,93; Munck & Verkuilen 2002: 9).

Im Zuge komplexer Demokratietheorien und -verständnisse zeigten sich Demokratiemessungen, die auf Minimaldefinitionen basierten, als wären nicht mehr in der Lage, das *immense* Konzept demokratisches Regierens vollständig abzudecken. Die Rolle und Beziehung der Exekutive innerhalb eines politischen Systems gegenüber anderen Verfassungsorganen als „*Pfeiler der modernen konstitutionellen*

Demokratie“ (Schmidt 2008: 378) wird exemplarisch an dieser Stelle als einer solchen neuen Problematik diskutiert. In Zusammenhang mit der Diskussion nach der Verwendung von Minimal- bzw. Maximaldefinitionen für die Operationalisierung von Demokratie hat sich das Konzept der „Wahldemokratie“ oder „*electoral democracy*“ etabliert. Damit wird Demokratie lediglich ausschließlich auf „*die regelmäßige Durchführung von Wahlen*“ reduziert (vgl. Campbell & Barth 2009: 210). Dabei handelt es sich allerdings um eine Mindestanforderung von Demokratie, ein zentrales Element, aber ein unvollständiges Maß.

Ähnlich wie bei der Beschreibung von Staatlichkeit kommt hier auch eine Art *Kontinuum* in Frage. Auf der einen Seite steht der Idealtypus der Demokratie und auf der anderen die Abwesenheit von Demokratie (Autokratie, Oligarchie, Totalitarismus, Diktatur, was man sich so unter Abwesenheit von Demokratie vorstellen kann). Inzwischen existiert allerdings eine Vielfalt (und Menge) von Systemen, die weder (voll?) demokratisch, noch total demokratielos sind. „*Die Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie hat sich gefüllt. Dutzende politikwissenschaftlicher Theorien befassen sich mit ihr, versuchen durch unterschiedliche Attribute – defekt, façade, illiberal, delegative, electoral, etc.- die verschiedenen Defizite von Demokratie zu beschreiben*“ (Calaminus 2007: 91). Nach dieser Logik operieren auch Demokratie-Indizes (und Staatlichkeits-Indizes zugleich): Die Entfernung zum Idealtypus ist der Maßstab jener Operationalisierung.

Welche Elemente fließen in die Definition von Demokratie mit rein? Diese Frage wird anhand der Diskussion über die Anwendung einerseits des *Freedom in the World* – Index und des *Polity IV*- Index als Maßstäbe der Bewertung der Demokratie weltweit erläutert.

Polity IV

Der *Polity IV-Index* hat sich unter Politikwissenschaftler im Laufe der letzten 25 Jahren als Demokratieskala durchgehend etabliert. Das *Polity-Project* hat sich seit 1975 unter Aufsicht des US-Amerikanischen Politologen Ted R. Gurr mit der empirischen Erfassung der „*authority characteristics of state in the world system for purposes of comparative, quantitative analysis*“ (Marshall, Gurr & Jaggers 2016b: 1) beschäftigt. Dabei sind „*polities*“ die eigentlichen Untersuchungsgegenstände. Mit „*polity*“ ist „*a political or governmental organization; a society or institution with an organized government; state; body politic*“ gemeint (ebd.). Die Forscher, die die theoretische Rahmung des *Polity IV-Index* entwickelt haben interessieren sich hauptsächlich für „*authority patterns [...] as a set of asymmetric relations among hierarchically ordered members of a social unit that involves the direction of the unit*“ (ebd.).

Wie misst dann der *Polity IV-Index* die Demokratie? Demokratie wird wie folgt definiert:

„Eine reife und intern kohärente Demokratie [...] kann operationell als ein politisches System definiert werden, in dem (a) die politische Beteiligung von vollem Umfang wettbewerblich organisiert ist, (b) die Rekrutierung der politischen Führung durch freie, offene Wahlen erfolgt und (c) die Exekutive in institutioneller Hinsicht substantiell gezügelt wird“ (Schmidt 2008: 378).

Das interessante und entscheidende am *Polity-Index* ist, dass es sich dabei nicht nur um eine *Demokratiemessung* als alleinige Indikator handelt. Zusätzlich zu der Messung des Demokratiegrades eines Regimes, wird auch der *Autokratiegrad* des Regimes gemessen. Dabei wird eine Autokratie durch „*nicht wettweberbliche oder unterdrückte politische Beteiligung, undemokratische Rekrutierung der politischen Führung und institutionell wenig begrenzter Spielraum der Exekutive*“ (ebd.)

gekennzeichnet. Die *Polity*-Skala entspricht dementsprechend nicht nur den Grad der Demokratisierung eines Regimes, sie berücksichtigt auch autokratische Merkmale. Die Demokratie- und Autokratie-Skala reichen von 0 bis zehn: „*Im Fall der Demokratieskala steht ,0‘ für Fehlen demokratischer Elemente und ,10‘ für eine entwickelte Demokratie*“. Analoges gilt für die Autokratieskala“ (ebd.: 379). Der eigentliche *Polity*-Index ergibt sich aus der Subtraktion der Autokratiewerte von der Demokratieskala und reicht von +10 bis -10. Eine tabellarische Beschreibung der Polity IV-Indikatoren und eine Karte der Polity-IV Werte weltweit befinden sich im Anhang 1.

Tabelle 6: Bewertung der Demokratie nach dem Polity-Index²⁸

Punkte	Bezeichnung
10	Full democracy
6 – 9	Democracy
1 – 5	Open Anocracy ²⁹
-5 – 0	Closed Anocracy
-10 – -6	Autocracy

Der Polity-Index kann nicht nur als eine „*Pionierarbeit*“ beschrieben werden, sondern zugleich auch als eine Mammutleistung, da diese Messungen sich nicht nur auf gegenwärtige Strukturen und Situationen beziehen, sondern sie auch Daten, „*die bis weit ins 19. Jahrhundert reichen*“ erfassen: „*Wie kaum andere zuvor haben sie den Weg für die vergleichende Erkundung der Regimestrukturen, ihrer Voraussetzung und ihrer Folgen frei gemacht*“ (ebd.). Sie haben aber auch eine Menge Kritikpunkte gesammelt. Dazu zählen folgende Aspekte: „*Die Indikatoren messen die Verfassungswirklichkeit und die Realisierung politischer Rechte unzureichend. Und dort, wo sie die Verfassung messen, haben sie ein Schiefelage zugunsten des US-amerikanischen Regierungssystems*“ (ebd.: 380f.). Im Mittelpunkt des Polity-Indizes steht die Macht der Exekutive und deren Begrenzung, eine traditionelle US-Amerikanische Annäherung an die Demokratie. „*Sie ist exekutivlastig*“ (ebd.:381). Ein weiterer kritisierte Mangel ist die stärkere Berücksichtigung der politischen Beteiligung auch in Dahls Sinne der „Participation“: „*This omission is a particularly grave problem for the Polity-Index [...] because the scope of this data set reaches back to 1800, this omission results in the glossing over a key feature of the experience with democratization [...]: the gradual expansion of the right to vote*“ (Munck & Verkuilen 2002: 11).

Freedom in the World (Freedom House Index)

Eine der meistzitierten, sowie in Fachliteratur als auch in öffentlichen Beiträgen, und berühmtesten „*Demokratieindizes*“ misst überraschenderweise kein (im engeren Sinne theoretisch-basiertes) politisches Verständnis von Demokratie. Zumindest nicht direkt. Der Index „*Freedom in the World*“ des US-Amerikanischen Think Tanks „*Freedom House*“ gilt als „*wichtigste Referenzmodell*“ unter den Demokratieindizes. Wie ist sowas möglich?

²⁸ Aus Marshall und Cole (2014): 23.

²⁹ „mixed, or incoherent, authority regimes“: Keinen Anspruch auf Demokratie (<http://www.systemicpeace.org/polityproject.html> zuletzt am 31.05.2017)

Ausgangspunkt dieser Frage ist das Konzept der *liberalen Demokratie*, die die Basis des Demokratieverständnisses des *Freedom House Index* entspricht. Dabei handelt es sich um „ein politisches System, in dem das Volk seine entscheidungsbefugten Führungen frei aus miteinander konkurrierenden Gruppen und Individuen, die nicht von der Regierung bestimmt wurden, auswählt“ (Freedom House 1999: 546 in Schmidt 2008: 382). Dabei geht es hauptsächlich um die Freiheit der jeweiligen Individuen, im Sinne einerseits von *politischen Rechten* und andererseits von *bürgerlichen Freiheiten*. Beim Freedom House Index geht es dementsprechend darum „den Stand der Demokratie und der Freiheit in allen souveränen Staaten Gegenwart im jährlichen Abstand systematisch zu erfassen [...]“ (ebd.).

„Die zentrale Dimension von Demokratie und Demokratiemessung ist für Freedom House die Freiheit“ (Campbell & Barth 2009: 214). Dabei betrachtet Freedom House die Demokratie aus einem anderen Blickwinkel: „Freedom House will die Qualität der politischen Regime und der Rechtsordnungen aus dem Blickwinkel der Verfassungswirklichkeit der Beteiligungsrechte und Schutzansprüche des Staatsbürgers erfassen, nicht aus dem der formalen Staatstrukturen“ (Schmidt 2008: 382). Freedom House erwähnt nicht die Machtansprüche und -begrenzung der Exekutive oder die Art und Weise wie Staatshäupter an die Macht kommen. Bei Freedom House geht es lediglich um die Freiheit: Freiheit zu wählen, Freiheit gewählt zu werden, Freiheit sich zu versammeln, Freiheit zu protestieren, Freiheit sich je nach Ethnie, Kultur oder Tradition zu entwickeln, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Glaubensfreiheit, usw. Was hat sowas mit Demokratie zu tun?

Freiheit ist der Kern der Demokratie im Sinne einer *liberalen Demokratie* (oder die europäische und nordamerikanische Tradition des liberaldemokratischen Verfassungsstaates (vgl. ebd.)). Dementsprechend kann eine Demokratie nur dann existieren, wenn Freiheit vor allen anderen Instanzen gewährleistet werden kann, so Freedom House. Dabei gilt: „Implizit ließe sich für Freedom House argumentieren: Je höher die Freiheitsbewertung für ein Land, desto größer die Chancen für eine fortgeschrittene Demokratiequalität [...] ein Mehr an Freiheit (kann) grundsätzlich auch als ein Mehr an Demokratiequalität verstanden werden“ (Campbell & Barth 2009: 217).

„Freiheit wird dabei gleichberechtigt mit ‚political rights‘ (politischen Rechten) und ‚civil liberties‘ (bürgerlichen Freiheiten) gemessen“ (ebd.). Dabei basiert die Methodologie auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO: „Freedom in the World is based on the premise that these standards apply to all countries and territories, irrespective of geographical location, ethnic or religious composition, or level of economic development“ (Freedom House 2016).

Daten werden durch Fragenkatalogen (27 Leitfragen und mehrere hundert Operationalisierungsfragen) erhoben, die in Unterkategorien organisiert sind. Die Hauptkategorien sind *political rights* und *civil liberties*. Eine ausführliche Beschreibung der Indikatoren und Fragen und eine Karte der FH-Werte weltweit befinden sich im Anhang.

Die Leitfragen sind in konkreteren und spezifischeren Operationalisierungsfragen unterteilt. Aus der Summe der jeweiligen Unterkategorien und Hauptkategorien (Political Rights & Civil Liberties) wird eine aggregierte Skala (0-100) gebildet. Die Position auf der Skala vermittelt dann der Anzahl der Punkte des Ratings, „die jeweils von 1 bis 7 reichen. ‚1‘ steht für volle Rechte und ‚7‘ für gänzlich Fehlen

dieser Rechte. Mitunter werden beide Indizes getrennt ausgewertet, bisweilen werden sie zu einem Freiheitsindex addiert.“ (Schmidt 2008: 381).

Tabelle 7 & 8: Logik der Konversion des Freedom-House-Indizes³⁰

Total Scores	PR Rating
Political Rights	
36-40	1
30-35	2
24-29	3
18-23	4
12-17	5
6-11	6
0-5 (theoretisch bis -4 möglich)	7
Civil Liberties	
53-60	1
44-52	2
35-43	3
26-34	4
17-25	5
8-16	6
0-7	7

Freedom Rating (Combined Average of the PR and CL Ratings)	Freedom Status
1.0 – 2.5	Free
3.0 – 5.0	Partially Free
5.5 – 7.0	Not free

Frei ist für den Freedom in the World Index zugleich *liberale Demokratie*. Eine liberale Demokratie ist als eine vollständige Demokratie zu verstehen.

„Liberale Demokratien haben als Hauptkennzeichen nicht nur die Partizipation, die freie Willensbildung und die Wahl und Abwahl der politischen Führung durch das Volk oder dessen Vertreter. Sie zeichnen sich überdies durch einen substantiellen Bestand an Bürgerfreiheiten“ (ebd.: 384).

Es gibt aber auch eine andere Art unvollständiger *Demokratie*. Freedom House unterscheidet zwischen einer liberalen und einer „*electoral democracy*“ als „*Wahldemokratie*“. In einer Wahldemokratie „verkürzt sich Demokratie auf Partizipation, einigermaßen freien Willensbildung und lediglich faire Wahlen, sowie Wahl und (seltener) Abwahl der Regierenden durch das Volk“ (ebd.: 385). Kodiert wird sie als „*minimum standards for political rights*“ wie folgt:

„According to the methodology, an electoral democracy designation requires a score of 7 or better in the Electoral Process subcategory and an overall political rights score of 20 or better“ (Freedom House 2016).

Der Freedom-House-Index „spiegelt einen weit gefassten, tief in das Rechts- und Verfassungsstaatliche hineinreichenden Demokratiebegriff wider“ (Schmidt 2008). Es werden nicht nur Partizipations- und Repräsentationsrechte berücksichtigt, sondern vielmehr die Entwicklung und Qualität einer freiheitlichen Gesellschaft. Der Freedom-House-Index hat aber auch in den letzten Jahren Kritik gesammelt. Nicht nur das Demokratieverständnis als zu nahe am Governance-Begriff (Calaminus 2007) wird kritisiert, sondern auch die Einbeziehung von

³⁰ Aus Freedom House (2016)

„socioeconomic rights, freedom from gross socioeconomic inequalities, property rights and freedom from war“ (Munck & Verkuilen 2002: 9) als Attribute einer Demokratie wurden in Frage gestellt.

4.1.2. Wie misst man (fragile) Staatlichkeit? Der Fragile State Index und der State Fragility Index im Vergleich

Analog zur empirischen Beschreibung der Demokratie, erfolgt die empirische Beschreibung und Messung der Staatlichkeit bzw. fragilen Staatlichkeit in Rahmen dieser Arbeit nach der Logik des *Kontinuums der Staatlichkeit* (Lambach 2012: 7; Lambach, Johais & Bayer 2016: 13; Hirschmann 2016: 26). Gemessen wird die Entfernung eines Staates vom Idealtypus der Staatlichkeit (vgl. Bethke 2012: 20). Was man sich unter Idealtypus vorstellen kann, hängt von der theoretischen Basis und den zugeschriebenen Elementen und Funktionen ab. Diese Operationalisierung ist analog zur Demokratiemessung eine komplizierte Aufgabe. Denn eine richtig-funktionierende Staatlichkeit hat sich als normativer Standpunkt jener staatlichen Ordnung etabliert. Eine solche Annäherung ist insofern nicht nur polemisch, sondern methodologisch herausfordernd.

Im Rahmen der empirischen Analyse enthalten in dieser Arbeit wird nicht konkret mit Staatlichkeit operiert, sondern mit fragiler Staatlichkeit als logisches Gegenstück. Uns interessiert die Entfernung der jeweiligen Beobachtungen vom Idealtypus des Staates. Die Betrachtung und Analyse dieser Entfernung ermöglicht die Bewertung der Beziehung zwischen Demokratie und Staatlichkeit, in diesem Sinne strenggenommen, zwischen Demokratie und fragiler Staatlichkeit.

Empirisch gesehen, lässt sich Staatlichkeit, je nach theoretisch-basierter Definition, in Funktion und Abhängigkeit der An- und Abwesenheit von konstitutiven Elementen und Funktionen beschreiben. Es wurden zwei Indizes für die empirische Arbeit berücksichtigt. Auf der einen Seite der *Fragile State Index* des *Fund for Peace* (Fund for Peace 2017a) und auf der anderen Seite der *State Fragility Index* des *Center for Systemic Peace* (Marshall & Elzinga-Marshall, Gabrielle 2015).

Es lassen sich grundlegende Gemeinsamkeiten identifizieren: „*Alle Indizes beziehen sich [...] auf das Gewaltmonopol als primäres Element von Staatlichkeit. Auch die Fähigkeit der Rechtsetzung, die Bereitstellung öffentlicher Güter und die Legitimität staatlicher Herrschaft werden von den Projekten als Kernelemente definiert*“ (Bethke 2012: 24). Fragile Staatlichkeit wird nicht als ein monokausales Phänomen betrachtet, denn beide Indizes berücksichtigen eine Vielfalt von Indikatoren und Faktoren für die Beschreibung fragiler Staatlichkeit: „*Alle Projekte (verfolgen) einen multidimensionalen Ansatz, wobei sie die Attribute des Konzepts in Funktionsbereiche staatlicher Herrschaft übersetzen. Fragile Staatlichkeit wird abgebildet, indem Kerndimensionen festgelegt werden, in denen die Performanz eines Staates gemessen werden soll. Die Dimensionen sind [...] Projekten Politik, Sicherheit, Ökonomie und Soziales*“ (ebd.: 25). Somit entsprechen die Indikatoren dieser Indizes die Faktoren fragiler Staatlichkeit, die im vorherigen Kapitel beschrieben wurden. Im Folgenden werden die wichtigsten Elemente und Merkmale beider Indizes präsentiert.

State Fragility Index (Marshall; Goldstone: Center for Systemic Peace).

Der *State Fragility Index* (SFI) wird wie der Polity-Index vom *Center for Systemic Peace* zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um ein von Monty Marshall, Jack Goldston und Benjamin Cole entwickeltes Model zur Messung fragiler Staatlichkeit weltweit. Für den SFI gilt Folgendes:

„A country's fragility is closely associated with its states capacity to manage conflict; make and implement public policy; and deliver essential services and its systemic resilience in maintaining system coherence, cohesion and the quality of life; responding effectively to challenges and crises; and sustaining progressive development“ (Marshall & Elzinga-Marshall 2015: 7)

Das Model basiert auf der Annahme, dass Staatlichkeit auf zwei grundlegende Elemente beruht: *Effectiveness* und *Legitimacy*. Dabei werden *Effectiveness* und *Legitimacy* als Kernelement in unterschiedlichen Ausprägungen gemessen: Sicherheit (*Security Indicators*), Politik (*political indicators*), Wirtschaft (*Economic Indicators*) und Gesellschaft (*Social Indicators*). Eine Übersicht der Dimensionen und Indikatoren und eine Karte befinden sich im Anhang 3.

Die *Effectiveness* und *Legitimacy* Indikatoren der jeweiligen Dimensionen (*Security*, *Political*, *Economic* und *Social*) werden zu jeweils einem *Effectiveness* und einem *Legitimacy Score* aufsummiert. Wiederrum ergibt sich aus der Summe der *Effectiveness* und *Legitimacy Scores* den *State Fragility Index* in Form einer Skala (0 – 25), wobei „0“ für ein hohes Maß an Stabilität und Qualität der Staatlichkeit („no fragility“) und „25“ für eine instabile Lage („*extreme fragility*“) stehen.

Tabelle 9: Fragile Staatlichkeit nach dem *State Fragility Index*³¹

Punkte	Grad der Fragilität
20 – 25	Extreme
16 – 19	High
12 – 15	Serious
8 – 11	Moderate
4 – 7	Low
0 – 3	Little or no

Dabei gelten Staaten die zwischen Null und drei Punkten aufweisen als „stabil“. Ab drei Punkten beginnt die Entfaltung des Spektrums fragiler Staatlichkeit.

Fragile State Index (*Fund for Peace*)

Der *Fragile State Index* (FSI) ist „das prominenteste Beispiel“ einer quantitativen Annäherung an das Konzept der fragilen Staatlichkeit (vgl. Bethke 2012: 20). Dabei handelt es sich strenggenommen um einen „einen annual ranking of 178 countries based on the different pressures they face that impact their levels of fragility“ (Fund for Peace 2017b). Es werden eine Vielzahl von Dimensionen und Indikatoren in Rahmen des sog. *Conflict Assessment System Tool* (CAST) berücksichtigt. Daten werden jährlich vom *Fund for Peace* as „independent, nonpartisan, non-profit, research and educational organization, that works to prevent violent conflict and promote sustainable security“ zur Verfügung gestellt. In Rahmen des FSI und CAST stehen Konflikte, Konfliktursachen und Konfliktüberwältigung im Mittelpunkt der Analyse fragiler Staatlichkeit. Daten werden mittels qualitative und quantitative Verfahren mit dem Ziel „to have early warning and effective policy response“ (ebd.) erhoben. Es

³¹ Aus Marshall, Elzinga-Marshall & Gabrielle (2015)

kommen insgesamt 12 „*conflict subindicators*“ in Frage, die einen Schnappschuss der Lage des jeweiligen Staates diesbezüglich liefern soll. Diese Subindikatoren messen den Grad des Risikos fragiler Staatlichkeit in einer Skala (1 – 10). Dabei gilt „1“ als „low risk“ und „10“ als „high risk“: „*the lower the score, the better*“ (ebd.) Eine tabellarische Beschreibung der jeweiligen Indikatoren und Fragen und eine graphische Darstellung der Verteilung sind im Anhang 4 zu finden.

Die Summe der zwölf Indikatoren liefert den *Fragile State Index* (0-120), wobei „0“ für ein geringes Risiko und „120“ für ein extrem hohes Risiko fragiler Staatlichkeit stehen. Dabei gilt folgende Tabelle:

Tabelle 10: Fragilitätsmessung nach dem Fragile State Index³²

Punkte	Grad der Fragilität/Warnung
10 – 29.99	Sustainable
30 – 59.99	Stable
60 – 89.99	Warning
90 – 120	Alert

Von fragiler Staatlichkeit ist hier ab einem Wert von 60 die Rede. Dabei unterscheidet sich der FSI vom SFI maßgeblich: Beim SFI entspricht auf der Skala (0 – 25) jede Beobachtung über drei schon eine Episode fragiler Staatlichkeit. Für den SFI ist eine kleine Abweichung schon ein Faktor fragiler Staatlichkeit. Dies hängt unmittelbar damit zusammen, dass der SFI im Vergleich zum FSI von einer eher minimalistischen Definition des staatlichen Idealtypus ausgeht. Eine kleine Abweichung in Zusammenhang mit *Effectiveness* oder *Legitimacy* ist schon ein Schritt in Richtung instabile Staatlichkeit. Der FSI auf der anderen Seite verfügt über eine sehr breite Definition des Staates. Damit sind nicht nur die Grundelemente der staatlichen Ordnung gemeint, sondern auch eine Reihe von Funktionen und Aufgaben, die eher einer Maximaldefinition des Staates entsprechen. Die Grenze zwischen stabiler und fragiler Staatlichkeit verläuft genau in die Mitte der Skala. Dies ermöglicht eine bessere Betrachtung beider Phänomenen, sowohl fragile als auch stabile Staatlichkeit im Vergleich zum SFI.

Liefern aber der *State Fragility Index* und der *Fragile State Index* tatsächlich mit den Daten eine Beschreibung des Phänomens der Staatlichkeit? Oder „*overstretch (die Indizes) the notion of fragility by lumping a diffuse set of crisis indicators together in the same conceptual basket*“ (Lambach, Johais & Bayer 2015: 1300)? Dies ist ein immer wiederkehrender Kritikpunkt an solchen Messverfahren. Die Frage ob die Indikatoren die Ursache oder die Folge von Episoden fragiler Staatlichkeit muss berücksichtigt werden. Die Validität solche Daten hängt unmittelbar von dieser Frage und diesem Kritikpunkt ab. Es wird davon ausgegangen, dass solche Fragilitätsindizes einen hohen Grad an Reliabilität aufweisen können (vgl. Bethke 2012: 26f.). Die Validität-Problematik hängt dann intrinsisch damit zusammen, was man unter Staatlichkeit und fragiler Staatlichkeit versteht: „*Das Phänomen (fragiler) Staatlichkeit wird durch die mehr oder minder unterschiedlichen Spezifikationen in seine Bestandteile zerlegt. Das Ergebnis dieses Deduktionsprozesses sind die von den Projekten definierten Kerndimensionen von Staatlichkeit*“ (ebd.: 28). Wie es schon bei der Demokratiemessung erläutert wurde, ist dies ein grundlegendes Problem bei der Operationalisierung sozialwissenschaftlicher Begriffe und Konzepten. Für diese Arbeit entsprechen beide Indizes im größten Teil die Arbeitsdefinition von

³² Nach Messner et al. 2017: 4f.

Staatlichkeit und fragiler Staatlichkeit, die in den ersten Kapiteln ausführlich entwickelt wurde. Das Gewaltmonopol wird als elementarste Instanz angesprochen, die Rechtstaatlichkeit, der Staat als Einheit, der Staat als Leistungsstaat, u.a. vielen Aspekten werden von den Indizes berücksichtigt. Die Analyse beider Instanzen, auf der einen Seite die Demokratie-Indizes und auf der anderen die Indizes fragiler Staatlichkeit, werden in den folgenden Seiten einen interessanten empirischen Beitrag zur Erforschung der Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie liefern. In welcher Beziehung stehen Staatlichkeit und Demokratie zueinander? Eine kurze theoretische Auseinandersetzung soll die grundlegenden Merkmale dieser Beziehung erläutern, die dann letztendlich mittels einer empirischen Analyse bestätigt oder verworfen werden soll.

4.2. Die Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie: ein theoretischer Abriss

„Ohne die zur Selbstverständlichkeit gewordene ‚Rechtsbindung der Obrigkeit‘ wäre die Verfassungsbewegung des 18. und 19. Jahrhunderts gar nicht denkbar gewesen. Ohne die Lehre von der ‚res publica mixta‘ und ohne die Einübung des Satzes ‚rex regnat, sed non gubernat‘ seit dem 16. Jahrhundert wäre die Trennung von Regierung und Verwaltung und damit auch die moderne Gewalteinteilungsdoktrin nicht akzeptiert worden. Ohne die jahrhundertlange Einübung genossenschaftlicher Selbstverwaltung und ohne die Grundidee des Gesellschaftsvertrags gäbe es keine moderne Demokratie“ (Stolleis 1995: 153 in Schmidt 2008: 419).

Der moderne Staat ist in Rahmen seiner idealtypischen Elemente und seiner ideen- und realgeschichtlichen Entwicklung zu einem demokratischen Staat geworden. Der Leviathan wurde gezähmt – *„durch Menschenrechte und Vernunftrechte, durch Gesetzstaatlichkeit, Rechtstaatlichkeit und Verfassungsstaatlichkeit, durch Gerechtigkeit, Gewaltenteilung und Demokratie“* (Kersting 2000: 278 in Voigt 2015). Insofern gehört nicht nur Demokratie zur modernen Staatlichkeit, sondern vielmehr Staatlichkeit zur Demokratie.

Eine Hauptannahme dieser Arbeit ist, dass Demokratie nur in Rahmen einer bestimmten Staatlichkeit existieren kann. Staatlichkeit als soziale und politische Ordnung schafft die elementarste Bedingung für die Entwicklung und Aufrechterhaltung eines demokratischen Regimes als Herrschaftsordnung. Dadurch, dass die Beziehung zwischen modernen Staatlichkeit und Demokratie sich zu verflochten zeigt, vor allem in Europa und Nordamerika, ist die konzeptuelle Trennung von rein staatlichen oder rein demokratischen Elementen ein herausforderndes Gedankenexperiment. Die Entwicklung des (west-)europäischen modernen Staates ist ein *kontingentes* Phänomen gewesen, insofern ist eine Entkopplung der beiden Instanzen nach dem Motto: *Was wäre wenn?* eine rein spekulative Aufgabe.

Es gibt allerdings eine politikwissenschaftliche Spezialisierung, die sich genauso mit dieser Frage in einem unterschiedlichen Kontext beschäftigt, wo man weder von *moderner* Staatlichkeit noch von *konsolidierter* Demokratie sprechen kann und zwar die *Transitionsforschung*. Die Transitionsforschung beschreibt und analysiert Systemwechselprozessen, meistens im Rahmen von Demokratisierungsprozessen. Was ist wenn Staat A von einem autokratischen System zu einem demokratischen System wechseln will? Welche Bedingungen sind notwendig und wie macht man diese Demokratie nachhaltig? Mit solchen Fragestellungen wird die Transitionsforschung konfrontiert.

Eine Hauptannahme der Transitionsforschung lautet: *„Democracy is a form of governance of a state. Thus, no modern polity can become democratically consolidated unless there is first a state“* (Linz & Stepan 1998: 7). Diese Beziehung ist so elementar, selbstverständlich und logisch gewesen, dass sie

lange untererforscht geblieben ist (vgl. ebd.). Dabei handelt es sich allerdings um eine der wichtigsten Fragen und Bedingung jener Demokratisierung, vor allem im Zuge der „*dritten Demokratisierungswelle*“ als sowohl Demokratiedefizite als auch fragile Staatlichkeit als Probleme identifiziert wurden. Die Entwicklung des Staates und der Demokratie erfolgten in dieser Konstellation parallel, was die Erforschung von Demokratiebedingungen und -voraussetzungen bezüglich der staatlichen Ordnung des zu demokratisierenden Systems ermöglichte.

Man geht dann davon aus, dass „*dort wo eine demokratische Regierungsform nationalstaatlich gedacht und organisiert wird, setzt sie selbstverständlich ein Mindestmaß an Staatlichkeit voraus*“ (Bendel & Krennerich 2003: 11) oder „*[...] without a state, no modern democracy is possible.*“ (Linz & Stepan 1998: 17). Welche Voraussetzungen und Bedingungen muss ein Staat erfüllen, um in der Lage zu sein, eine Demokratie aufrecht zu erhalten?

„*In die Bewertung des Staates geht dabei eine Reihe von Annahmen über dessen wünschenswerte und tatsächliche Funktionen, Aufgaben und Leistungen ein. Dabei gilt: Je anspruchsvoller die Rolle des Staates definiert wird, desto leichter können dessen tatsächliche Bedeutung und seine Leistungsfähigkeit hinter der Erwartung zurückfallen*“ (Bendel & Krennerich 2003: 9)

Dasselbe gilt für die Betrachtung des Staates bezüglich der Kriterien einer Demokratiekonsolidierung.

Die Forschung identifiziert zumindest zwei Voraussetzungen der staatlichen Ordnung bezüglich der Entstehung und Aufrechterhaltung von einem demokratischen Regime: 1) „*die Gewährleistung der inneren Sicherheit*“ in unmittelbarer Beziehung zum Gewaltmonopol (vgl. ebd.) und 2) die Rechtsstaatlichkeit als grundlegendes Element jener staatlichen Ordnung (vgl. ebd.).

4.2.1. Die Gewährleistung der Sicherheit und das Gewaltmonopol als staatliche Voraussetzungen der Demokratie

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört zu den „*klassischen Grundfunktionen des Staates*“ (ebd.: 11): „*Trotz aller Internalisierungs-, Supranationalisierungs- und auch Privatisierungstendenzen im Sicherheitsbereich wird der Staat nicht der Pflicht erhoben, für die Sicherheit seiner Bürger Rechnung zu tragen und gesellschaftspolitische Konflikte einer friedlichen Regulierung oder Lösung zuzuführen*“ (ebd.). In unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit steht das Gewaltmonopol des Staates als grundlegendes Element seiner Herrschaft. Dabei ist der Verlust der Kompetenz des Staates sich als alleinige legitime Gewaltmonopolist durchzusetzen ein gravierendes Hindernis der Demokratie. Dort wo „*das staatliche Gewaltmonopol [...] von einer Vielzahl nicht-staatlicher Gewaltformen untergraben [wird], die den Staat bekämpfen, ersetzen, unterminieren, ignorieren und/oder ergänzen*“ (ebd.) kann eine Demokratie nicht auf Dauer aufrechterhalten werden. Dort wo Bürgerkriege herrschen, wo eine parastaatliche Gewalt die Kontrolle über weiten Teilen des Territoriums übernommen hat, dort wo Kriminalität und *mafïöse Gewalt* die Macht des Staates unterminiert und dort wo die Sicherheit privatisiert und kommerzialisiert wird, dort kann Demokratie als „*form of governance of a state*“ nicht gewährleistet werden (vgl. Bendel & Krennerich 2003: 12ff; Linz & Stepan 1998).

Dies hängt unmittelbar mit den Legitimitätsansprüchen des Staates zusammen. „*Entsprechende Sicherheitserwartungen der Bürger berühren auf empfindliche Weise die Legitimität der demokratischen Institutionen und Funktionsträger*“ (Bendel & Krennerich 2003: 14). Wie soll denn ein demokratisches Regime errichtet werden, wenn die Sicherheit in Rahmen einer staatlichen Ordnung

nicht gewährleistet werden kann und demzufolge dem Staat seinen wichtigsten Legitimitätsverankerung fehlt: „Die eingeschränkte Fähigkeit, Recht und Ordnung zu garantieren kann es den demokratischen Institutionen erheblich erschweren, überhaupt angemessen zu funktionieren und flächendeckend Geltungskraft zu entwickeln“ (ebd.). Der Schutz des Lebens und der Person ist „*letztlich eine Grundvoraussetzung dafür, dass [die Bürger] ihre Freiheits- und Partizipationsrechte angemessen wahrnehmen können. Diese Werte verlieren an Wert, wenn der Staat seine Bürger nicht zu schützen vermag*“ (ebd.).

Dabei gilt es allerdings paradoxerweise, dass „*das Fehlen eines staatlichen Gewaltmonopols nicht selten durch staatlichen Machtmissbrauch zu kompensiert versucht wird. So zeigt uns die vergleichende Gewaltforschung, dass gerade schwache Staaten keine harmlosen Staaten sind*“ (ebd.). In vielen Ländern haben sich solche Episoden ereignet, in denen der *entmachtete* und vor allem delegitimierte Staat, mit allen Mitteln und meistens durch Machtmissbrauch, die Errichtung eines Gewaltmonopols voranzutreiben versucht hat.

Im Rahmen der Transitionsdebatte geht es allerdings nicht letztendlich darum, ein staatliches Gewaltmonopol aufzubauen, sondern vielmehr um die Errichtung eines „*an rechtstaatlich eingefasster und demokratisch kontrollierbar staatlichen Gewalt, so wie es für liberale Demokratien kennzeichnend ist*“ (ebd.: 15). Dabei gilt, dass:

„*das Gewaltmonopol des Staates sich nach dem geltenden Verfassungsverständnis in liberalen Demokratien [...] nur rechtfertigen lässt, wenn der Staat seine Gewalt rechtmäßig und legitim ausübt.*“ (Eckert et al. 1990: 306 in ebd.: 15).

Eine Demokratie ist nur in Rahmen eines staatlichen Gewaltmonopols haltbar. Dabei handelt es sich nicht um ein bloßes unkontrollierbares Gewaltmonopol, sondern vielmehr und vor allem um ein nach Recht und Legitimität geordnetes Gewaltmonopol.

4.2.2. Konstitutionalismus und Rechtstaatlichkeit als Grundelemente der demokratischen Ordnung

Das Gewaltmonopol ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Konsolidierung einer demokratischen Ordnung. Dass ein Staat für sich alleine die Ausübung physischen Zwanges beanspruchen kann, sagt lange nicht, dass er eine Demokratie ist oder für eine vollständige Konsolidierung einer demokratischen Herrschaft vorbereitet sei. Dieses Gewaltmonopol muss in irgendeiner Form rechtlich befestigt sein, um die Legitimität und richtigen Gebrauch absichern zu können.

Der Staat verankert seinen Anspruch auf das Gewaltmonopol in Rahmen rechtstaatliche Verordnungen und Normen. Dabei handelt es sich um ein verfassungstheoretisches Konzept, „*das sich auf die Sicherung der Grundrechte und Begrenzung staatlicher Macht bezieht und somit für die verfassungsrechtliche und verfassungspraktische Ausgestaltung moderner Demokratien von großer Bedeutung ist*“ (ebd.: 16).

„*Ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit ist Voraussetzung und Bestandteil moderner liberaler Demokratie*“ (ebd.). Eine Demokratie kann ohne eine Absicherung der Grundrechte der Bürger und vor allem der rechtlichen Begrenzung der staatlichen Gewalt nicht aufrechterhalten werden. Die Frage wie diese Rechtsstaatlichkeit aussehen muss ist an dieser Stelle nicht so wichtig, denn es gilt: „*dass zumindest*

schwerwiegende rechtsstaatliche Defizite die Entwicklung eines Regimes hin zur Demokratie behindern oder gar verhindern können“ (ebd.: 16). Die Missachtung und Verletzung von grundlegenden Schutz- und Menschenrechten, „die ganz wesentliche Bestandteile des Rechtsstaatsprinzips sind“, unterbindet maßgeblich die Begründung und das Fortbestehen einer Demokratie.

„Denn die demokratische Regierungsform verlangt vom Staat eine klare Selbstbeschränkung durch rechtsstaatliche Prinzipien. Der Staat ist gefordert, die Herrschaftsausübung demokratischen Kontrollen und rechtsstaatlichen Begrenzungen zu unterwerfen und nicht [...] bürgerliche Freiheits- und politische Beteiligungsrechte zu unterdrücken und mittels Willkür und Repression in den Bereich seiner Staatsbürger hinein zu regieren“ (ebd.)

Die Errichtung eines Rechtsstaates verläuft parallel zur *„Etablierung und Vertiefung der Demokratie“* und kann insofern als eine *„untrennbare Einheit“* betrachtet werden (vgl. ebd.: 17). Dabei spielen unterschiedliche Teilbereiche, *„die für die Entwicklung und die Qualität der Demokratie von großer Bedeutung sind“* (ebd.) eine zentrale Rolle.

Die formale Verfassungsstaatlichkeit

Die Verfassung als *„pouvoir constitué“* ist die grundlegende Basis der politischen und rechtlichen Organisation eines Rechtsstaates. In der Transitionsforschung geht man davon aus, dass Verfassungen an sich *„kein nennenwertes Problem“* darstellen, denn *„die rechtlichen Grundlagen des politischen Gemeinwesens heutzutage allesamt in Verfassungen geregelt sind“* (ebd.). Es lassen sich allerdings zwei Problemen ableiten. Auf der einen Seite sind *„einige Verfassungen Legate der ehemaligen autoritären Regime“* und insofern ein *„Erblast“* mit denen junge Demokratien konfrontiert werden. Und auf der anderen Seite steht das Problem der Rechtswirklichkeit. Die Existenz einer Verfassung impliziert in vielen Fällen nicht, dass diese Verfassungsordnung zwangsläufig respektiert wird (vgl. ebd.).

Der Primat des Rechts

Die Verletzung des Primats des Rechts als eine Unabhängige und für alle gleich geltende Instanz ist insofern ein Hindernis der Demokratiekonsolidierung. Wenn Verfassungsorgane sich Kompetenzen und Funktionen zusprechen, die verfassungsrechtlich nicht so vorgesehen sind, besteht die Gefahr, *„dass der politische Prozess nicht in den verfassungsrechtlich vorgegebenen Bahnen verläuft“* (ebd.). Dazu zählt auch die *„selektive Anwendung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften“* als besondere Herausforderung für junge Demokratien (ebd.).

Die Geltung der Grundrechte

Die Wahrung der Grundrechte der Bürger ist ein zentrales Element demokratischer Ordnung: *„Von allergrößter Bedeutung für die Demokratie als politische Herrschaftsform sind zudem die Respektierung, der Schutz und die Gewährleistung bürgerlicher und politischer Menschenrechte“* (ebd.: 18). Dies kann nur dann erfolgen, wenn diese in Rahmen einer Verfassung gesichert sind und der Primat des Rechts nicht missbraucht wird. Damit sind aber nicht nur Sicherheits- und Freiheitsrechte gemeint, sondern eine umfassendere Reihe von politischen Rechten in Form von Partizipations- und Repräsentationsrechten. *„Demgemäß ist die Errichtung einer Demokratie in aller Regel mit einem Mindestmaß an Gewährleistung bürgerlicher Schutz-, Freiheits- und Mitwirkungsrechte verbunden“* (ebd.).

Wirksame Rechtsschutz, richterliche Unabhängigkeit und Gewaltbalance

Das Justizwesen so zu organisieren, „mit dem Ziel einen wirksamen Rechtsschutz zu erreichen und damit verbunden die richterliche Unabhängigkeit zu stärken“ (ebd.: 19) zeigt sich als eine besonders komplizierte Herausforderung junger Demokratien. Dabei ist nicht nur Korruption ein gravierendes Problem, sondern auch „die Bestrebungen mancher Regierung, sich politisch abzusichern und weiterhin Einfluss auf die Justiz zu nehmen“ (ebd.). Die Einführung einer wirklichen Gewaltenteilung, wo die Gewaltbalance aufrechterhalten werden kann ist „der rechtstaatlichen Demokratie eigen“ (ebd.: 19). Nur eine verfassungs- und rechtsstaatliche fundierte Gewaltenteilung kann die gemäßigte Ausübung von Macht seitens der verschiedenen *Verfassungsorgane* kontrollieren und gewährleisten.

Die Frage inwieweit diese Teilbereiche der Rechtstaatlichkeit als notwendige oder hinreichende Bedingung in Frage kommen bleibt an dieser Stelle offen. Es gilt allerdings, dass Rechtstaatlichkeit als Ganzes eine notwendige Bedingung für die Konsolidierung der Demokratie ist. Eine Demokratie kann sich nur in Rahmen einer rechtstaatlich organisierten Ordnung entfalten: „Wirksame verfassungsrechtliche Regelungen beschränken zwar den Handlungsspielraum des Demos und seiner Regierung, doch stabilisieren und festigen sie die Demokratie“ (Schmidt 2008: 419).

4.3. Staatlichkeit und Demokratie: Eine statistische Analyse

4.3.1. Deskriptive und statistische Analyse

Als empirischer Input dieser Arbeit wurde eine statistische Analyse durchgeführt, die die Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie veranschaulichen sollte. Unter Berücksichtigung standen nicht nur die theoretische Problematik Konzepte zu operationalisieren, sondern auch zentrale methodische Fragen in Hinsicht auf Eignung der Daten und Methoden, Durchführbarkeit der Analyse und interpretative Kraft der Ergebnisse. Diese statistische Analyse soll die theoretische Argumentation bezüglich eines Zusammenhangs zwischen einer gewissen staatlichen Ordnung als Basis und Voraussetzung einer demokratischen Herrschaft bekräftigen und empirisch plausibilisieren. Dabei wurde auf mögliche Verzerrungen und Ungenauigkeiten aufgepasst, die nicht nur die Ergebnisse, sondern das ganze statistische Modell infrage stellen könnte.

Analysiert wurden vier Indizes (Fragile State Index (*The Fund for Peace*), Freedom in the World (*Freedom House*), Polity IV Annual Time Series und Polity IV State Fragility Index (*Center for Systemic Peace*)) die theoretisch und empirisch eine Operationalisierung der Konzepte der Demokratie und der Staatlichkeit entsprachen. Eingesetzt wurden auch weitere Kontrollvariablen, mit dem Ziel mögliche Scheinkorrelationen und Fehlmessungen identifizieren zu können. Analysiert wurden insgesamt 178 Länder (N=178) aller Kontinente in der Zeitspanne 2003-2016³³. Diese Länder wurden nach der maximalen Datenverfügbarkeit gewählt. Insgesamt kamen dann 608 Variablen und 108 224 einzelne Items in Frage. Folgende Tabelle liefert eine Übersicht der verwendeten Indizes und Variablen. Für diese Arbeit kam allerdings als Querschnitt-Analyse nur das Jahr 2015 in Frage.

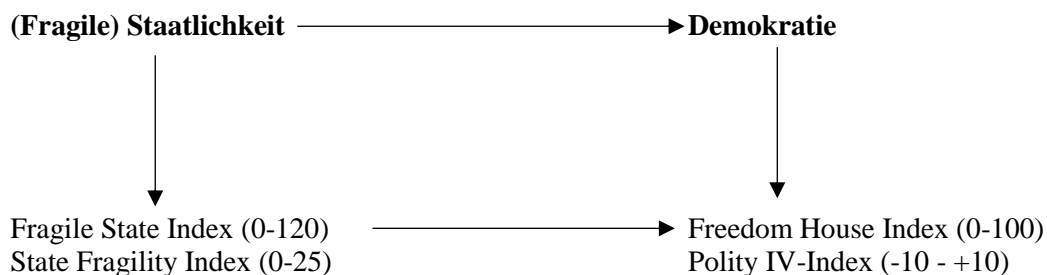
³³ Eine Liste der Länder (Beobachtungen) und ausgewählter Variablen wird tabellarisch im Anhang 1 vorgelegt. Für die Analyse kam hauptsächlich das Jahr 2015 in Frage (Überlappung der Daten und Verfügbarkeit).

Tabelle 11: Deskriptive Analyse: Indizes

	Freedom in the World	Fragile State Index	Polity IV – Annual Time Series	State Fragility Index
Quelle	Freedom House (https://freedomhouse.org/reporttypes/freedom-world)	The Fund for Peace (http://fundforpeace.org/fsi/analytics/)	Center for Systemic Peace (http://www.systemicpeace.org/inscrdata.html)	Center for Systemic Peace (http://www.systemicpeace.org/inscrdata.html)
Was wird gemessen?	Demokratie im Sinne eines Instrumentariums der politischen Rechte und Zivile Freiheiten.	Staatlichkeit im Sinne fragiler Staatlichkeit (Maximaldefinition)	Demokratie im Sinne der Existenz von bestimmten Bedingungen und Elemente (Demokratisch-autokratisch)	Staatlichkeit im Sinne fragiler Staatlichkeit (Minimaldefinition).
Wie?	Aggregated Score: 100= Democracy	0=Stabil; 120=Warnung/failed state	-10= Autocracy; +10= Full Democracy	0= keine Fragilität; 25=extreme Fragilität
N=	178	178	165	165

Gewählt wurden diese Indizes für bestimmte Gründe. Ausschlaggebend war an erster Stelle die Form und theoretische Basis der Operationalisierung, zweitens die Verfügbarkeit der Daten (im Sinne von frei verfügbaren Daten und Abdeckung) und drittens der Ruf im Sinne einer bekannt-*zuverlässigen* und plausiblen Arbeit. Die gewählten Indizes entsprachen auch im größten Teil die theoretische Argumentation und Basis der analysierten Konzepte, in diesem Fall *Demokratie* und *Staatlichkeit*.

Abbildung 2: Methodische und Theoretisch Konzeptualisierung



Eignung der Indizes und Korrelationen

Inwieweit messen die ausgewählten Indizes die Phänomene die wir analysieren wollen? Wie es schon in der theoretischen Beschreibung der jeweiligen Indizes ausführlich erklärt wurde, entsprechen die ausgewählten Indizes im größten Teil die zu messenden Phänomene.

Der *Fragile State Index* und der *State Fragility Index* operieren mit einer Definition von Staatlichkeit und fragiler Staatlichkeit, die sich sehr an unsere Annäherung ähnelt. An dieser Stelle sind die Unterschiede zwischen beiden Indizes von zentraler Bedeutung. Die eher minimalistische Definition von (fragiler) Staatlichkeit mit der der *State Fragility Index* nach *Effectiveness* und *Legitimacy* operiert und die eher maximalistische Definition des *Fragile State Index* ermöglichen eine vielfältige Betrachtung dieses Phänomens. Die Analyse wird sich dementsprechend hauptsächlich mit der Beziehung zwischen Gewaltmonopol und Rechtsstaatlichkeit auf der einen Seite und Demokratie auf der anderen beschäftigen. Es werden aber auch weitere Faktoren berücksichtigt.

Der *Freedom in the World Index* und der *Polity IV* Index operieren gleichermaßen mit einer deckungsgleichen Definition von Demokratie und ermöglichen auch die Analyse nach Subindikatoren. Die Tatsache, dass alle vier Indikatoren mit einem Punktevergabesystem arbeiten erlaubt diese vergleichende Vorgehensweise. Für folgenden Analysen werden die Werte des Jahres 2015³⁴ in Betracht genommen

Dürfen wir allerdings davon ausgehen, dass sowohl der *FSI* und der *SFI*, als auch der *Freedom in the World Index* und der *Polity IV* Index dasselbe, oder zumindest ähnliche Phänomene messen? Folgende Korrelationstabelle liefert eine positive und statistisch signifikante ($P < 0,005$) Antwort:

Tabelle 12: Korrelationskoeffizienten je nach Art der Variablen

Demokratie-Indizes (Abhängige Variable)			Staatlichkeit-Indizes (Unabhängige Variable)		
	FH (2015)	Polity IV (2015)		FSI (2015)	SFI (2015)
FH (2015)	1		FSI (2015)	1	
Polity IV (2015)	0.8649 (0.0000)	1	SFI (2015)	0.8961 (0.0000)	1

Für die statistische Analyse wurden folgende Hypothesen zur Prüfung gestellt:

H₁: Failed States können keine Demokratien sein.

H₂: Je stabiler die staatliche Lage eines Landes, desto demokratischer ist sein Regime.

Mit diesen Hypothesen wird den Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie explizit angesprochen. Zur Prüfung dieser Hypothesen wird dann den Zusammenhang zwischen den vier Indizes analysiert. Dabei sind die Demokratie-Indizes (*Freedom in the World* und *Polity IV*) die abhängige Variable und die (fragile) Staatlichkeit – Indizes die unabhängige Variable. Analysiert wurden die Werte des Jahres 2015 (maximale Verfügbarkeit und Aktualität).

Eine einfache Korrelation zeigt uns schon die Richtung der Analyse:

Tabelle 13: Korrelationskoeffizienten zwischen abhängiger und unabhängiger Variablen

	FH (2015)	FSI (2015)	SFI (2015)	Polity-IV (2015)
FH (2015)	1			
FSI (2015)	-0.7371 (0.0000)	1		
SFI (2015)	-0.7066 (0.0000)	0.8961 (0.0000)	1	
Polity-IV (2015)	0.8649 (0.0000)	-0.4295 (0.0000)	-0.4153 (0.0000)	1

Die Ergebnisse der Korrelationsanalyse zeigen, dass zwischen den *Freedom in the World*-Index und beide StaatlichkeitsIndizes (FSI und SFI) eine starke negative Korrelation herrscht. Bei *Polity-IV* ist

³⁴ Verwendet wurden die Jahrgänge, die das Jahr 2015 abbilden (Unterschieds zwischen Berichtsjahr und Abbildungsjahr), also FSI (2016), SFI (2015), *Freedom in the World* (2016) und *Polity IV* (2015) (vgl. Bethke (2012)). Dabei wurden die Daten umbenannt.

diese Korrelation im Gegensatz zum FH-Index nicht so stark, aber immerhin negativ. Es wird erwartet, dass die Zusammenhänge, die in Rahmen von linearen und logistischen Verfahren beschreiben werden, sich je nach abhängiger Variable in der Erklärungskraft oder Größe der Beziehung unterscheiden, wobei der Zusammenhang zwischen dem *Freedom in the World-Index* als abhängige und dem *Fragile State Index* als unabhängige Variable eine zentrale Rolle spielen wird. Zusammenfassend kann man an dieser Stelle davon ausgehen, dass die fragile Staatlichkeit die Demokratiewerte negativ beeinflusst. Aber Korrelation ist nicht gleich Kausalität, eine detaillierte Analyse ist für die Beschreibung dieses Zusammenhanges nötig.

Statistische Modelle

Für die statistische Analyse des Zusammenhanges zwischen Staatlichkeit und Demokratie wurden sechs statistische Modelle entwickelt, die eine detaillierte Betrachtung der Beziehung zwischen beiden Phänomenen ermöglichen.

Wenn es sich um Regressionsverfahren mit ordinalskalierten abhängigen Variablen handelt, wie in unserem Fall beide Demokratieindizes, ist eine lineare Regression strenggenommen kein geeignetes Verfahren für die Prüfung von Zusammenhängen. Allerdings zeigt die vergleichende politikwissenschaftliche Forschung, dass „Often OLS regressions [lineare Regressionsverfahren] are applied when Freedom House and Polity IV are used in this way [als abhängige Variablen]“ (Högström 2013: 209). Eigentlich bräuchte man für die Analyse ordinalskalierten Daten ein ordinales Verfahren. Der Einsatz von einem linearen Verfahren ist in Rahmen dieser Arbeit bezüglich der Demokratieindizes als abhängige Variable aus mehreren Gründen zulässig: 1) Die statistische Konfiguration der Daten und die Verteilung der Beobachtungen ermöglichen die Beschreibung von linearen Zusammenhängen; 2) Der Vergleich zwischen lineare und ordinale Regressionsverfahren (nach Högström 2013) zeigt, dass die Unterschiede bei der Analyse vom *Freedom House Index* und dem *Polity IV Index* als abhängige Variablen minimal sind und die Aussagekraft einer linearen Regression hoch ist: „The result of the comparison show that the differences in the unstandardized coefficients in OLS and the estimates in PLUM [Polytomous Universal Model: ordinales Regressionsverfahren] are small as far as size, direction and statistical significance as concerned. Thus I see it as justified to use OLS regressions in the study“ (ebd.: 210); 3) die Interpretation und Verständnis der Ergebnisse ist bei linearen Verfahren einfacher (vgl. ebd.). Besonders problematisch ist die Interpretation der Konstante β_0 , da in einigen Modellen sie größer ist als das zugelassene Maximum. Aus diesem Grund werde ich mich hauptsächlich mit der Steigung (β_1) und ihre Signifikanz beschäftigen und die Modelle auf diese Interpretation beschränken. Die Eignung des statistischen Verfahren soll dadurch nicht kompromittiert werden.

Tabelle 14: Modelle der einfachen linearen Regression

$$y_i = \beta_0 + \beta_1 x_i + \varepsilon_i$$

$$i = 1, \dots, n.$$

	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
Art des Verfahrens	Einfache lineare Regression	Einfache lineare Regression	Einfache lineare Regression	Einfache lineare Regression
A.V.:	FH (Aggr. Score; 2015)	Polity IV (2015)	FH (Aggr. Score; 2015)	Polity IV (2015)
U.V.:	FSI (Total; 2015)	SFI (2015)	SFI (2015)	FSI (Total; 2015)

Tabelle 15: Modelle der logistischen Regression

	Model 5	Model 6
Art des Verfahrens	Einf. Logistische Regression.	Einf. Logistische Regression.
A.V.:	FH (Liberal Democracy (0;1) 2015)	FH (Elect. Democracy (0;1) 2015)
U.V.:	FSI (Total; 2015)	FSI (Total; 2015)

4.3.2. Ergebnisse & Diskussion

Folgende Tabellen erläutern die Ergebnisse des einfachen linearen Verfahrens nach den Modellen³⁵.

Tabellen 16-19: Ergebnisse der Modellen 1-4

Model 1	Freedom in the World-Index (Aggr. Score; 2015)
Const	121.0*** (26.23)
Fragile State Index (Total; 2015)	-0.898*** (-14.47)
N	178
R-squared	0.543

Nach **Model 1** lässt sich formulieren, dass mit jedem zusätzlichen Punkt auf der Fragilitätsskala die Demokratieskala um fast einen Punkt (-0.9) sinkt und dies statistisch signifikant ist. Mit diesem Model lässt sich 54% der Varianz erklären.

Model 2	Polity IV (2015)
Const	7.660*** (10.29)
State Fragility Index (2015)	-0.434 (-5.70)
N	158
R-squared	0.172

Model 2 zeigt, dass mit jedem zusätzlichen Punkt auf der Fragilitätsskala (SFI; 2015) die Demokratieskala um -0.43 sinkt. Dies ist auch statistisch signifikant, allerdings wird damit nur 17% der Varianz erklärt.

Model 3	Freedom in the World-Index (Aggr. Score; 2015)
Const	83.36*** (31.06)
State Fragility Index (2015)	-3.335 (-12.75)
N	165
R-squared	0.499

Model 3 erklärt fast 50% der Varianz. Dabei sinkt die Demokratieskala um -3.34 Punkte pro zusätzlichen Punkt auf der Fragilitätsskala, dies ebenfalls statistisch signifikant.

Model 4	Polity IV (2015)
Const	12.01*** (8.73)
Fragile State Index (Total; 2015)	-0.111*** (-5.94)
N	158
R-squared	0.185

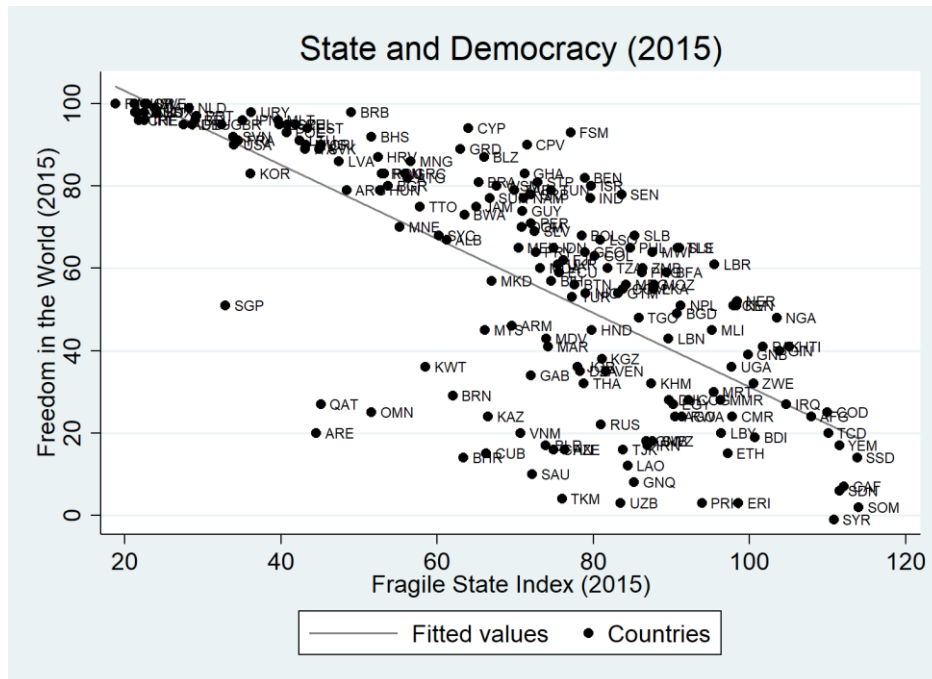
Model 4 beschreibt den Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie wie folgt: Mit jedem zusätzlichen Punkt auf der Fragilitätsskala sinkt die Demokratieskala um -0.11 Punkte. Diese Aussage ist statistisch signifikant, allerdings wird nur 19% der Varianz erklärt.

Der Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie ist nach diesen ersten vier Modellen eindeutig: Fragile bzw. instabile Staatlichkeit wirkt sich negativ auf Demokratie aus. Je höher die staatliche Instabilität einer Beobachtung, desto niedriger befindet sie sich auf der Demokratieskala. Umgekehrt lässt sich dennoch formulieren, dass eine stabile staatliche Ordnung sich bezüglich der

³⁵ Bei allen gilt: * p<0.05; ** p<0.01; *** p<0.001

demokratischen Qualität und Leistung eines jeweiligen Staates positiv auswirkt. Eine graphische Aufbereitung des Models 1 bestätigt diesen Trend und den Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie:

Abbildung 3: Staatlichkeit und Demokratie auf der Welt (2015)



Die Unterschiede zwischen den zwei abhängigen Variablen, auf der einen Seite der *Freedom in the World-Index* und auf der anderen der *Polity-IV Index* bezüglich der niedrigen Erklärungskraft der Varianz lässt sich insofern so erklären, dass trotz statistischer Signifikanz der Regression, die Verteilung der einzelnen Variablen in einer breiteren Fläche verstreut ist. Dies hängt unmittelbar auf der einen Seite mit der Art und Weise wie Polity IV die Demokratie auf einer -10/+10 Skala misst und auf der anderen mit der theoretischen Basis des Indizes. Die Erklärungskraft bei Polity-IV als abhängige Variable liegt immer unter 20% im Gegensatz zum FH-Index mit 50%. Andere Studien haben schon dieses Phänomen beschrieben: „[Independent variables] seem to be more statistically related and have a higher explanatory power with Freedom House as the dependent variable compared to Polity IV as the dependent variable” (ebd.: 218). Dies stellt sich als keine Überraschung dar, weil die Korrelationskoeffizienten bei Polity IV keinen starken Zusammenhang vorhergesagt haben. Dieses Phänomen kann erklärt werden, indem die Verteilung an sich zwischen beiden Indizes ähnlich ist, aber die Bewertung einzelner Länder variiert (vgl. ebd.).

An dieser Stelle ist es interessant zu betrachten inwiefern die Maximal- und Minimaldefinitionen zusammenhängen. Bei Model 3 ist es zu beachten, dass jeweils einen zusätzlichen Punkt auf der SFI-Skala zur Verringerung der Demokratieskala (FH-Index) um mehr als drei Punkte führt. *Effectiveness und Legitimacy* im Sinne des SFI scheinen dann schon in der Lage zu sein die Demokratie eines Regimes zu beeinflussen.

Bei den logistischen Modellen wurde der Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie wie folgt analysiert: Die abhängige Variable im Modell 5 entspricht das Konzept der *liberalen Demokratie* des Freedom House Indizes. Kodiert wurde sie als Dummy-Variablen wobei „1“ für alle *freie* (Freedom

House Status= free) und „0“ für alle *nicht freie* und *partiell freie* (Freedom House Status= Partially Free/Not free) Beobachtungen steht. Analog zum Model 5 wurde im Model 6 den Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und dem von Freedom House definierten Konzept der *electoral democracy*³⁶ untersucht. Dabei wurde die unabhängige Variable so kodiert, dass die Ausprägungen „1“ für eine *electoral democracy* und „0“ dementsprechend für keine *electoral democracy* stehen.

Tabellen 20 & 21: Ergebnisse der logistischen Regression (Modellen 5 und 6)

Model 5	Freedom House Liberal Democracy (2015) (Dummy Variable: 1= Liberal democracy) (Logits)	Freedom House Liberal Democracy (2015) (Dummy Variable: 1= Liberal democracy) (Odds ratio)
Fragile State Index (2015)	-0.112*** (-0.145; -0.08)	0.89*** (0.87; 0.92)
N	177	177

Model 6	Freedom House Electoral Democracy (2015) (Dummy Variable: 1= Electoral Democracy) (Logits)	Freedom House Electoral Democracy (2015) (Dummy Variable: 1= Electoral Democracy) (Odds ratio)
Fragile State Index (2015)	-0.06*** (-0.82; -0.041)	0.94*** (0.92; 0.96)
N	178	178

Die Ergebnisse sind eindeutig und statistisch signifikant. Je größer der Wert auf der Fragilitätsskala, desto unwahrscheinlich ist es, dass es sich um eine sowohl Wahldemokratie, als auch um eine liberale Demokratie handelt. Die Vorzeichen bei den logarithmierten Chancen können so interpretiert werden, dass der Zusammenhang zwischen fragiler Staatlichkeit und Demokratie negativ ist: Mit jedem zusätzlichen Punkt auf der Fragilitätsskala, sinkt die vorhergesagte logarithmierte Chance auf der einen Seite eine liberale Demokratie (um den Wert 0.11) und auf der anderen Seite eine Wahldemokratie (um den Wert 0.06) zu sein.

Es lässt sich bei den Odds Ratios erklären, dass die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, eine liberale oder eine Wahldemokratie zu sein (im Vergleich es nicht zu sein) um die jeweiligen Faktoren 0.89 und 0.94 sinkt, wenn sich der Wert auf der Fragilitätsskala um eine Einheit erhöht.

Die Wahrscheinlichkeiten je nach Wert auf der Fragilitätsskala lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Tabelle 22: Predicted Probabilities³⁷

Wert auf FSI (2015)	Margin (Liberal Democracy)	Margin (Electoral Democracy)
0	0.999***	0.993***
10	0.998***	0.988***
20	0.993***	0.98***
30	0.98***	0.96***
40	0.94***	0.92***

³⁶ „According to the methodology, an electoral democracy designation requires a score of 7 or better in the Electoral Process subcategory and an overall political rights score of 20 or better” (Freedom House 2016).

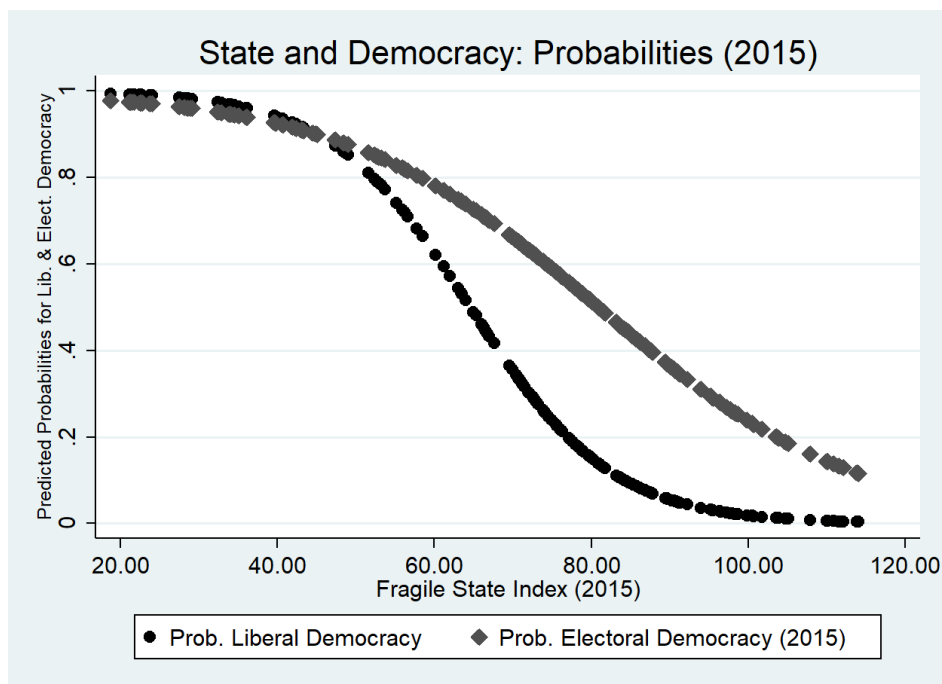
³⁷ Bei allen gilt: * p<0.05; ** p<0.01; *** p<0.001

50	0.84***	0.85***
60	0.63***	0.78***
70	0.35***	0.66***
80	0.15***	0.51***
90	0.06*	0.36***
100	0.02*	0.24***
110	0.006	0.14**
120	0.002	0.08*

Der Zusammenhang wird eindeutig. Die Wahrscheinlichkeit eine Demokratie zu sein sinkt mit jedem zusätzlichen Punkt auf der Fragilitätsskala. Dabei sinkt die Wahrscheinlichkeit einer liberalen Demokratie stärker als die Wahrscheinlichkeit einer Wahldemokratie zu sein. Dies hängt damit zusammen, dass die Kriterien für die liberale Demokratie viel strenger als die Bedingungen einer Wahldemokratie sind. Also ist für die Konsolidierung einer liberalen Demokratie ein höheres Maß an Stabilität erforderlich im Vergleich zur Wahldemokratie und insgesamt ein Mindestmaß an Staatlichkeit um überhaupt eine Demokratie zu sein.

Graphisch lässt sich diese Verteilung der Wahrscheinlichkeiten für jeweils die liberale und die Wahldemokratie wie folgt darstellen.

Abbildung 4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten eine *liberal* bzw. eine *electoral* Democracy nach dem Fragilitätsindex zu sein.



Die Ergebnisse der statischen Analyse bestätigen nicht nur die theoretischen Überlegungen bezüglich der Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie, sondern auch die Hypothesen. Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen stabilen und fragilen Staatlichkeit auf der einen Seite und der Qualität und Leistung der Demokratie auf der anderen. Dort, wo die staatliche Ordnung (wie sie von den jeweiligen Indizes gemessen wird) nicht gefährdet ist und eine relative Stabilität herrscht ist die Entwicklung, Konsolidierung und Aufrechterhaltung einer Demokratie wahrscheinlicher als in Staaten, wo eine staatliche Ordnung als Basis für die Entwicklung und Befestigung nicht gewährleistet werden kann. Die Frage ob es sich dabei um einen kausalen Zusammenhang handelt ist an dieser Stelle eine

heikle Frage. Die theoretischen Überlegungen, auf denen sich diese Arbeit basiert sind in der Lage die These einer kausalen Interpretation zu stützen. Die statistische Analyse hat einen deutlichen und maßgeblichen Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie nachgewiesen. Alternative Modelle mit Kontrollvariablen (Modelle 1a, 2a, 3a, 4a im Anhang 5) zeigen, dass nur die jeweiligen Fragilitätsindizes eine signifikante Rolle bei den Ergebnissen unter Kontrolle des *Human Development Indexes*, des Bruttoinlandproduktes pro Kopf und die Urbanisierungsraten spielen. Die Frage nach der Kausalität kann mit Berücksichtigung der Theorie und der Ergebnisse der statistischen Analyse insofern umformuliert werden. Eine stabile staatliche Ordnung (dies beinhaltet: staatliches Gewaltmonopol, Verfassungs- und Rechtstaatlichkeit als Minimalanforderungen) ermöglicht die Entwicklung und Konsolidierung einer Demokratie. Dabei gilt auch, dass das Phänomen der fragilen Staatlichkeit diese *Demokratisierung* nicht nur behindern, sondern sogar verhindern kann.

Somit lassen sich beide Hypothesen nach diesen theoretischen und empirisch-statistischen Modellen bestätigen. Bezüglich Hypothese 1 ist es deutlich geworden, dass es sich kein einziges Beispiel eines zerfallenen (FSI>90; SFI>20) und zugleich demokratischen Staates (FH Liberal Democracy =1) finden lässt. Wenn man Demokratie als eine Wahldemokratie definiert kommen nur 9 Beobachtungen in Frage (nur bei FSI>90; bei SFI>20 findet man keine Wahldemokratien). Hypothese 2 kann mit derselben Logik bestätigt werden. Sowohl die lineare als auch die logistische Verfahren zeigen, dass Staatlichkeit und Demokratie in einem deutlichen und maßgeblichen Zusammenhang stehen.

Für mich ein zentrales Anliegen im Rahmen dieser Arbeit als Folge der empirischen Befassung mit dem Thema ist die Wahrnehmung der krassen regionalen Verteilung, die sich aus der Betrachtung des Zusammenhanges zwischen Staatlichkeit und Demokratie identifizieren lässt³⁸. Folgende Tabellen sollen anhand der Extrampunkte dieses Phänomen erläutern³⁹:

Tabellen 23 & 24: Fragile Staatlichkeit und Demokratie nach Region und Organisation

Region	FSI < 30 (n=16)	FSI > 90 (n=38)	FH Liberal Dem.= 1 (n= 70)	FH Liberal Dem.= 0 (n=107)
Afrika (n=56)	0 (0%)	28 (73.68%)	10 (14.29%)	46 (42.99%)
Amerika (n=31)	1 (6.25%)	1 (2.63%)	19 (27.14%)	12 (11.24%)
Asien (n= 44)	0 (0%)	9 (23.68%)	5 (7.14%)	38 (35.51%)
Europa (n=40)	13 (81.25%)	0 (0%)	32 (45.71%)	8 (7.48%)
Australien und Ozeanien (n=7)	2 (12.5%)	0 (0%)	4 (5.71%)	3 (0.03%)

Region	FSI < 30 (n=16)	FSI > 90 (n=38)	FH Liberal Dem.= 1 (n= 70)	FH Liberal Dem.= 0 (n=107)
Lateinamerika (n=19)	0 (0%)	0 (0%)	8 (11.43%)	11 (10.28%)
Europäische Union (n=28)	10 (62.5%)	0 (0%)	28 (40%)	0 (0%)
Naher Osten (n=15)	0 (0%)	4 (10.52%)	1 (1.43%)	14 (13.08%)
OECD (n=35)	16 (100%)	0 (0%)	33 (47.14%)	2 (1.87%)

³⁸ Eine graphische Übersicht davon was mit krasser Verteilung gemeint ist befindet sich im Anhang 6.

³⁹ Der Prozentsatz in Klammern bezieht sich auf die Gesamtheit der Beobachtung bei den Phänomenen (Fragilität und Demokratie) und nicht auf die Anzahl der Länder in der jeweiligen Region.

Bei der regionalen Verteilung des Phänomens ist es beachtenswert, dass 73.68% aller Episoden zerfallener Staatlichkeit nach dem Fragile State Index sich im afrikanischen Kontinent 2015 ereigneten und 0% in Europa. Im Vergleich befinden sich 81.25% aller stabilen Staaten im europäischen Raum. Betrachtet man die Verteilung der liberalen Demokratien, entdeckt man, dass sich bei 43% aller nicht demokratischen Beobachtungen um afrikanischen Länder handelt im Vergleich zum 7,5% in Europa.

Die These, dass der Idealtypus des Staates sich als OECD-Staat beschreiben lässt wird bestätigt: 100% der nachhaltig stabilen Staaten sind OECD-Staaten. Zehn Mitglieder der Europäischen Union entsprechen 62.5% der Fälle nachhaltig stabile Staatlichkeit im Vergleich zu 10,5% der Länder im Nahen Osten. In diesen Ländern lässt sich ein besonders interessantes Phänomen identifizieren: Trotz einer relativ stabilen Staatlichkeit, sind die Demokratiewerte dieser Länder nicht dementsprechend hoch. Dieses Phänomen eröffnet eine Reihe von Folgefragen, die für zukünftige Auseinandersetzungen mit Staatlichkeit und Demokratie von zentraler Bedeutung sein könnte.

Staatlichkeit und Demokratie als Zusammenhang und Phänomen ist je nach Region und Kontinent unterschiedlich zu betrachten. Wenn man die Extremen dieses Kontinuums analysiert, entdeckt man, dass Europa die Mehrheit der nachhaltig-stabilen Ländern und Afrika die große Mehrheit der Episoden zerfallener Staatlichkeit konzentrieren.

Es gibt allerdings eine Region, auf der die Verteilung dieses Spektrums so verstreut ist wie keine andere. Diese Region scheint die ganze Verteilung der ganzen Welt in weniger als 20 Beobachtungen zu widerspiegeln. Lateinamerika zeigt sich an dieser Stelle, als ein besonderes Szenario für die Betrachtung und Verständnis des Zusammenhanges zwischen Staatlichkeit und Demokratie.

5. Staatlichkeit und Demokratie in Lateinamerika

5.1. Lateinamerika als Region der Ambivalenzen

Eine Auseinandersetzung mit Lateinamerika als Region kann sich aus mehreren Gründen als eine Herausforderung herausstellen. Mit Lateinamerika adressiert man auf der einen Seite eine Region, die sich durch eine Menge gemeinsamen geschichtlichen, demographischen, kulturellen und politischen Merkmale auszeichnet aber gleichzeitig und auf der anderen Seite von einer tiefen Heterogenität gekennzeichnet ist.

An erster Stelle ist davon auszugehen, dass Lateinamerika aus der politischen und kulturellen Perspektive, die uns interessiert „für die Kultur, die das romanisch sprechende katholische Europa auf die neue Welt projizierte steht“ (Werz 2005: 19). Die Gesamtheit der gegenwärtigen lateinamerikanischen Länder entspricht den früheren Kolonialgebieten, die unter Kontrolle der Spanischen und Portugiesischen Reichen zwischen 1492 („Entdeckung“ Amerikas) und 1908 (Unabhängigkeit der letzten Kolonien: Kuba und Puerto Rico) waren⁴⁰. Entscheidend für die Beschreibung der Region ist dann auf der einen Seite ihre (externe) Verschiedenheit zum Rest des Kontinentes (vor allem zu USA und Kanada) und auf der anderen Seite ihre angeblich interne Homogenität.

Die Frage nach der politischen und kulturellen Charakterisierung Lateinamerikas ist von einer besonderen Ambivalenz geprägt. Auf der einen Seite steht die Idee Lateinamerika als eine homogene Einheit. Gebildet wird diese Idee durch die vielen historischen, kulturellen und sozialen Gemeinsamkeiten der Region: „Sie zeigen sich in der Kolonialgeschichte (rund 300 Jahre), die mit der Ausnahme Brasiliens [...] eine gemeinsame Sprache und die Prägung durch den Katholizismus brachte [...]“. (ebd.: 26). Die Unabhängigkeitsbewegungen und die frühere Organisation politischer Herrschaft stellen sich als weitere verbindende Elemente dar (vgl. ebd.). Es entstehen aber auch „gemeinsame Entwicklungsprobleme: Analphabetismus, das Latifundium vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Marginalität und Informalität, Unterentwicklung bzw. Fehlentwicklung etc., schließlich die neueren Militärdiktaturen“ (ebd.: 26f.). Diese Phänomene wiederholen sich in unterschiedlichem Maße von Mexiko bis Feuerland. Die sog. *Entwicklungsproblemen* oder auch „*hausgemachte Krisenfaktoren*“ scheinen so eigenartig zu sein, dass sie sich als „*Morbus Latinus*“ diagnostizieren lassen (vgl. Hofmann 1999; Rinke & Stüwe 2008). Besonders interessant ist an dieser Stelle eine der wichtigsten Gemeinsamkeit, die alle Länder Lateinamerikas bis heute teilen: der Präsidentialismus. Auf der anderen Seite steht allerdings eine offensichtliche Heterogenität innerhalb der Region. Die Existenz einer solchen Instanz wie der *Morbus Latinus* als etwas nicht nur Lateinamerika-spezifisch, sondern vielmehr Lateinamerika-übergreifend wird in Frage gestellt. Trotz einer ähnlichen geschichtlichen Entwicklung, einer bestimmten kulturellen Nähe und analoger soziodemographischer Komposition,

⁴⁰ Diese Definition entspricht im übertragenen Sinne die spanische Bezeichnung *Iberoamérica*. Diese schließt die französischen Kolonien (Haiti und die französische Überseegebiete, aber im weitesten Sinne auch Quebec, New Brunswick, usw. in Kanada) aus. Für diese Arbeit kamen nach dieser Logik 19 Länder in Frage: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Cuba, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru Uruguay und Venezuela.

weisen die Länder der Region entscheidende Unterschiede auf, die für die Diagnose des Zustandes der Staatlichkeit und Demokratie von zentraler Bedeutung sind.

Diese Ambivalenz zwischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede, zwischen Einheit und Vielfalt prägt die politikwissenschaftliche Lateinamerikaforschung maßgeblich. Dieses Spannungsverhältnis zwischen was diese Staatenmenge verbindet (Sprache, Religion, Kolonialgeschichte, Unabhängigkeitskampf, Staatenbildungsprozessen, Präsidentialismus, *Caudillismo*, Militärdiktaturen, Demokratisierung, *Morbus Latinus*, etc.) und was sie dennoch unterscheidet muss berücksichtigt werden. Dabei ist dieses Spannungsverhältnis als solches wahrzunehmen: die Gemeinsamkeiten und Unterschiede bedienen sich gegenseitig und liefern das Bild einer ambivalenten Region, die als Basis dieses Kapitels verstanden werden soll (vgl. Rinke & Stüwe 2008; Werz 2005). Die Ambivalenz zwischen Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten prägt die Idee Lateinamerikas maßgeblich.

Die Kolonialzeit spielt an dieser Stelle eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung jener Form politischer Ordnung in Lateinamerika. Die Kolonien des Spanischen Reiches gelten als „*vielgestaltiger Herrschaftsraum*“ (Rinke & Stüwe 2008). Die Geographie der Region und die vorkolonialen sozialen und politischen Strukturen (wie die Inkas in Südamerika und die Azteken in Nordamerika) bestimmten diese Heterogenität vor (vgl. ebd.). Die politischen und administrativen Strukturen und Grenzen der Kolonialzeit Lateinamerikas sind entscheidende Faktoren für die Entwicklung des Staates als Konzept aber auch der einzelnen Staaten in der Region. Die Kolonialzeit ist insofern ein gutes Beispiel für diese Ambivalenz, denn sie schafft ein ambivalentes Verhältnis in Rahmen einer politischen und geschichtlichen Entwicklung: Auf der einen Seite fungiert sie als verbindende und identitätsstiftende Instanz (alle Länder Lateinamerikas sind Subjekte einer spanischen oder portugiesischen Kolonialherrschaft gewesen und deswegen verfügen sie über ein gemeinsames Spektrum von kulturellen und politischen Merkmalen) und auf der anderen Seite operiert sie als differenz- und heterogenitätsstiftende Instanz (die Ausprägungen in Form einer *Legacy* variieren in den einzelnen Ländern).

Es ist insofern nicht falsch über Lateinamerika als eine Region zu schreiben, wenn man diese Ambivalenzen berücksichtigt. Die vielen strukturellen Gemeinsamkeiten ermöglichen eine gemeinsame Analyse der Region, besonders in Fragen der Staatenbildung und Staatenentwicklung. Ziel ist auf der einen Seite die Identifizierung von charakteristischen Entwicklungsmustern in der Region (sowie Kaplan 1978, 1995; Werz 2005 etc.) und auf der anderen Seite die Beschreibung des lateinamerikanischen Staates in seiner Essenz um danach die unterschiedlichen Entwicklungen und Ausprägungen erklären zu können. „*Dafür muss, über alle Verschiedenheiten hinweg, eine unumgängliche Vereinfachung in Kauf genommen und Lateinamerika als Ganzes betrachtet werden*“ (Kaplan 1995: 1). Wie lässt sich die Beziehung zwischen Staatlichkeit und Demokratie anhand eines ganz spezifischen Spektrums von Merkmalen erklären?

5.2. „*El Leviatán criollo*“ (der kreolische Leviathan): Eigentümlichkeiten und Paradoxien lateinamerikanischer Staatlichkeit

5.2.1. Gleichzeitigkeiten und Herausforderungen lateinamerikanischer Staatenbildung: Die Erblasten der Kolonie, der *Morbus Latinus* und die Folgen der Unabhängigkeitskriege.

Die Entwicklung der Politik in Lateinamerika nach den Unabhängigkeitskriegen basierte auf die Idee eines Staates als gemäßigte Organisationsform politischer Gewalt. Ziel dieses Kapitels ist den lateinamerikanischen Staat, seine Herausforderungen und wichtigsten Merkmalen im Vergleich zum „Normalfall“ der westeuropäischen Staatenbildung zu präsentieren. An erster Stelle werden die Konturen der Staatenbildung als grundlegende Elemente des modernen lateinamerikanischen Staates vorgestellt. Nur durch Betrachtung der Genese dieser ganz bestimmten Form der Staatlichkeit lassen sich wichtige Phänomene und Entwicklungen in Rahmen der Etablierung von Staatlichkeit und Demokratie als Herrschaftsordnung in der Region identifizieren.

Eine erste zentrale Annahme der Analyse des Staates in Lateinamerika ist die tiefgreifende und fundamentale Differenz in Staatenbildungsprozessen zu den europäischen Staaten. Die ausführliche Beschreibung der Entwicklung zum modernen Staat, die im ersten Kapitel vorgestellt wurde weicht geschichtlich und theoretisch erheblich von der Entwicklung der Staatlichkeit in Lateinamerika ab. Diese Entwicklung wird demzufolge nicht nur als abweichend (und deswegen defizitär) sondern vielmehr als beschleunigt, gleichzeitig und paradox beschreiben (vgl. Kaplan 1995; Lechner 1977; Mols & Thesing 1995; Oszlak 1981; Werz 2005). Dabei gilt, dass „oft die Darstellung der lateinamerikanischen historischen Erfahrungen nichts anderes als eine Liste von Defiziten war, die vom ‚Normalfall‘ des angloamerikanischen Erfolgsmodell abwichen, was dann nicht selten zur Diagnose eines ‚Morbus Latinus‘ führte“ (Rinke & Stüwe 2008: 9). Und nicht nur im Vergleich zu den Nachbarn im Norden, sondern auch abweichend von der europäischen sozialen und geschichtlichen Entwicklung, die dazu geführt hat, dass Europa als Maßstab eines erfolgreichen Fortganges zum modernen Staat würde.

Staatenbildung im Allgemeinen kann an dieser Stelle als „*result of converging, although not univocal, process of the establishment of a nation and a system of domination*“ (Oszlak 1981: 6) definiert werden. Dieser Prozess setzt eine Reihe von sozial-kohäsiven, wirtschaftlichen und politischen Faktoren voraus, die in die Entwicklung einer staatlichen Gewalt münden (können).

Eine erste Schwierigkeit bei der Beschreibung von Staatenbildungsprozessen in Lateinamerika ist die Identifizierung des Ausgangspunkts dieses Prozesses. Intuitiv würde man davon ausgehen, dass die Unabhängigkeit der jeweiligen Territorien der Ausgangspunkt jenes Staatenbildungsprozesses ist: „*Certainly, the process of emancipation is a common starting point for the national experience in Latin America, but the rupture with the imperial power did not mean the automatic replacement of the colonial state by a national state*“ (ebd.: 17). Die ersten Jahre nach den Unabhängigkeitskriegen waren für die jungen *Selbstverwaltungen* chaotisch. Dies hängt davon ab, dass die Unabhängigkeitskämpfe nicht auf einer *nationalen* Ebene (weder als Territorium, noch als Idee) basierten, sondern vielmehr „*were municipal in character, generally limited to the localities in which colonial authorities resided*“ (ebd.). Der national- und staatlich-integrative Charakter dieser Bewegungen wuchs mit der Unterstützung und Befreiung anderer Gemeinden, die sich zu dieser jetzt *nationalen* Bewegung anschlossen: „*Identitätsbildung ergab sich durch den Kampf gegen das Mutterland und die sich nun vertiefende*

Abgrenzung, ja Abwendung von den Mütterländern“ (Rinke & Stüwe 2008: 15). Die Etablierung einer nationalen oder staatlichen Einheit stellte sich in den ersten Jahren als eine zentrale Herausforderung dar: *„Eine Einheit habe keine Chance gehabt. Die einzige Verbindung zwischen den entlegenen Vizekönigreichen der Neuen Welt sei Madrid gewesen. Als diese Klammer wegfiel, zerbrach alles“* (Schoepp 2012: 129). Dabei spielten die geographischen Grenzen (und nicht die politischen Grenzen der Kolonie) eine zentrale Rolle. Die neue postkoloniale Verwaltung musste zwangsläufig die politische Division der Region neudenken: *„the independence period was thus characterized by secessionist tendencies that dismembered the viceroyalties and drastically changed the political map of Latin America“* (Oszlak 1981: 17). Entscheidend für die Staatenbildung in Lateinamerika nach der Unabhängigkeitskriege und den ersten chaotischen Jahren war *„the degree of articulation achieved between the rural and urban interests, which in turn was related to the existing conditions for the economic integration of the territory“* (ebd.: 18). Also lässt sich die These formulieren, dass die Nation und der Staat in Lateinamerika praktisch gleichzeitig im Zuge eines sozialen und wirtschaftlichen Kohäsionsprozesses entstanden sind. Nur so ist es für die jungen postkolonialen Selbstverwaltungen möglich gewesen sich eine Zukunft als politische und soziale Einheiten vorstellen zu können. Der europäischen Nationalstaat baute, im Vergleich, auf schon bestehenden staatlichen Strukturen auf: *„A widespread opinion holds that the flowering of the European nations came after the formation of strong states“* (ebd.). Die Gleichzeitigkeit der Nation- und Staatenbildungsprozesse in Lateinamerika prägt die Fortentwicklung der Staatlichkeit in der Region maßgeblich.

„Die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Republiken wurde – mit Haiti als Ausnahme – nicht von geknechteten Arbeitern oder gar Sklaven [...] erkämpft, sondern von den Kolonialherren selbst: von den in Lateinamerika geborenen ‚Kreolen‘ genannten Nachkommen der spanischen Eroberer“ (Keppeler 2016: 10). Diese kreolische Eliten übernahmen die politische Kontrolle über den ehemaligen Kolonialgebieten nach dem Machtvakuum der Unabhängigkeitskriege. Dabei galten Staat und Eliten vielmehr als:

„Produzenten als Produkte, Hauptdarsteller bei der Strukturierung und dem Funktionieren der Wirtschaft, der Gesellschaft, des politischen Systems, sie sind Erfinder und Konstrukteure einer Nation, die sie vorgelebt haben. Sie schaffen und entwickeln sich selbst, mit ihrer eigenen Logik [...]. Die Gesellschaft ist selbst nicht in der Lage etwas zu produzieren oder sich selbst zu regulieren“ (Kaplan 1995: 4).

Der Staat entsteht nicht als Folge eines (sozialen und politischen) Determinismus, sondern wird vielmehr in Rahmen eines sozialen und politischen Konstruktionsprozesses aufgebaut. Dabei werden Kriterien und Bedingungen nicht nur antizipiert, sondern vorausgesetzt:

„Die öffentlichen Eliten der postkolonialen Zeit erben eine Gesellschaft ohne Kraft und Tradition, eine Mischung aus Zufälligkeiten und Erfolgen, aus Demokratie und Kapitalismus, aus Industrialisierung und pluralisierender Diversifizierung, eine Mischung, in der sich die Vorzeichen einer zivilen Gesellschaft andeuten. Sie kommen an die Macht, ohne Reformbewegungen oder Revolutionen, ohne strukturellen Veränderungen und ohne eine breite soziale Basis, ohne gültige Legitimation. Sie üben eine konstitutive, fiktive Macht aus, die ihnen von Verfassungen zugeschrieben wird, die für nicht existente oder larvierende Nationen gelten“ (ebd.: 3).

Zurück zum *„Morbus Latinus“*. Die Idee, dass die Misserfolge und Krisen Lateinamerikas als Region, als Erblast einer ganz bestimmten Form von Kolonialherrschaft beschrieben werden können hat sich als zentrale These in der politikwissenschaftliche Lateinamerikaforschung etabliert: *„In der Tat haben viele der sich mit der lateinamerikanischen Geschichte beschäftigenden Sozialwissenschaftler immer wieder*

argumentiert, dass die Probleme der Region zum Teil auf das Überleben traditioneller mit der Modernisierung inkompatibler soziokultureller Strukturen zurückzuführen waren“ (Rinke & Stüwe 2008: 12). Dabei handelt es sich meistens um „*hausgemachte Problemen*“ und Defizite, die angeblich nur für diese Region gelten:

„Die offensichtlichen Entwicklungsprobleme Lateinamerikas sind nicht Aspekte einer Übergangskrise, sondern Symptome einer über hundertjährigen chronischen Krise, die zu einem wesentlichen Teil hausgemacht ist. Für die selbst verursachte Fehlentwicklung wird der Begriff ‚Morbus Latinus‘ vorgeschlagen“ (Wöhlcke 13.05.1988)

Die These, dass die politischen Misserfolge der Region eine gewisse lateinamerikanische Mentalität (oder politische Kultur) verschuldet seien hat sich seit Alexis de Tocquevilles Zeiten etabliert. De Tocqueville stellte nun fest, dass es *„keine unglücklicheren Völker auf Erden als diejenigen Südamerikas“* existierten (Tocqueville 1976: 354 in Rinke & Stüwe 2008: 12). Gemeint sind defizitäre *„Prädispositionen und Mentalitäten oder eine bestimmte politische Kultur [...], die im Süden des Subkontinents zu Instabilität, Diktaturen und Bürgerkriegen geführt hatten“* (ebd.) im Vergleich zu nordamerikanischen Umständen. Dazu zählen nicht nur kolonialbedingte politische und soziale Instanzen, sondern auch Elemente, die im Zuge der Unabhängigkeitsbewegungen zustande gekommen sind und die Formation der staatlichen und politischen Ordnung maßgeblich geprägt haben. Argumentiert wird außerdem, dass:

„die lateinamerikanischen Länder nicht die entsprechenden Ausdrucksformen besaßen; um die Folgen der Renaissance und der Reformen, des Jahrhunderts der Aufklärung, des bürgerlichen Geistes und des kapitalistischen Vormarsches, der Säkularisierung, der zivilen Gesellschaft, der demokratischen Revolution, des Beginns des Bürgertums, des Rechtsstaates zu verarbeiten“ (Kaplan 1995: 3f.).

Dadurch, dass die Staaten in Lateinamerika, sich im Zuge einer vor allem plötzlichen und gesteuerten Staatenbildung etabliert und entwickelt haben, die anders als in Europa und Nordamerika, die geschichtliche, soziale und kulturelle Bedingungen für eine stabile, souveräne und legitime staatliche Ordnung mangelten, waren die lateinamerikanischen Staaten quasi vom Anfang zum Scheitern prädestiniert: *„Überspitzt gesagt sei Lateinamerika aufgrund seiner „schlechten Geschichte“ zur Wiederholung verdammt gewesen [...]“* (Rinke & Stüwe 2008). Dazu zählt die Tatsache, dass *„im Zuge der frühen Unabhängigkeit von Spanien und Portugal die lateinamerikanischen Länder Anfang des 19. Jahrhunderts laut den Verfassungen zu Demokratien wurden, obwohl sie gar keine Rechtsstaaten waren“* (Werz 2005: 262). Eine demokratische Herrschaftsordnung setzt die Etablierung eines Rechtsstaates voraus. Diese Gleichzeitigkeit und Paradoxien bei der Genese der staatlichen Ordnung in Lateinamerika sind in der Lage nicht nur die unmittelbare Entwicklung im 19. Jahrhundert (Caudillismus und die Etablierung einer traditionellen autokratischen Herrschaft) zu erklären, sondern vielmehr fungieren als Basis der Beschreibung des lateinamerikanischen Staates als Krisenstaat im Laufe des 20. Jahrhunderts.

Zusammenfassend lässt sich allerdings festhalten, dass sowohl die Kolonialzeit als auch die ersten Erfahrungen nach den Unabhängigkeitskämpfen die (alternative, abweichende, gleichzeitige und paradoxe) Staaten- und Nationsbildungsprozesse in Lateinamerika grundlegend Form gegeben haben. Das Erbe der Kolonie und die Erfahrungen als Neubegründete Selbsterfahrungen prägen dennoch die Entwicklung der politischen und sozialen Ordnung der Region bis zu unseren Zeiten. Der Staat in Lateinamerika und anders als in Europa wird in einer Konstellation von präexistente Ideen und Entwicklung, vorausgesetzte Kriterien und Bedingungen geboren, an denen sich nicht nur der Staat als

konstruiertes Phänomen gefälligst anpassen muss, sondern eine Gesellschaft mit einer ganz anderen Realität als solche wahrzunehmen hat.

5.2.2. Der Caudillismus, der Präsidialismus und die autokratische Tradition einer Region

Es scheint, dass die Konfiguration politischer Gewalt in der Kolonie und ihre (defizitäre) Re-Konfigurierung in der Zeit unmittelbar nach den Unabhängigkeitskriegen praktisch das politische Schicksal der Region besiegelten: *„Diese Merkmale und Tendenzen der politischen Regimen und des Staates bedingen, integrieren und verstärken ihrerseits die Zentralisierung der Macht, ihrer Kumulierung und Personifizierung, ihre autoritären und vertikalen Ausdrucksformen“* (Kaplan 1995: 6). Dabei spielen die kreolischen Eliten, die die Kontrolle über die befreiten Gebieten übernommen haben die zentrale Rolle. Sie fungieren als Selbstersteller ihrer politischen Macht und legitimieren dadurch ihre Machtpositionen:

„Die öffentlichen Eliten schaffen selbst und mit wechselndem Einvernehmen mit den Oligarchien den Staat. Sie versehen ihn mit einer politisch-militärischen Ordnung und einem institutionellen und rechtskräftigen Apparat. Sie bestimmen und garantieren somit das Macht und Gewaltmonopol, die hegemonische Lösung, die Art der Wirtschaft und der Gesellschaft, die Anpassungsprozesse des nationalen Systems an die Erfordernisse der Entwicklung und der internationalen Einbindung“ (ebd.: 4)

Aus dieser Konfiguration der Macht entsteht eine spezifische Regierungsweise, die die Entwicklung der Politik in der Region bis zum heutigen Tag stark beeinflusst und die für die politische Instabilität gerne beschuldigt wird. Gemeint ist nicht nur der Präsidialismus als politisches System, oder der *Caudillismo* als „Morbus Latinus“ im Hinblick auf autoritäre Herrschaften, sondern vielmehr die soziokulturellen und rechtlichen Grundlagen, auf denen beide Phänomene basieren.

Als die jungen Staaten gegründet wurden, war die US-amerikanische Verfassung ein wahres Vorbild (vgl. (Cheibub, Elkins & Tom 2011; Rinke & Stüwe 2008). Zu dieser Zeit war nicht nur die US-amerikanische *„die erste Verfassung eines unabhängigen Staates auf dem amerikanischen Kontinent, sondern das erste einheitliche, schriftlich fixierte Verfassungsdokument der Welt überhaupt“* (Rinke & Stüwe 2008: 17). Die Konzepte der Volkssouveränität, der Gewaltenteilung und der politischen Repräsentation der US-amerikanischen Verfassung waren für die neulich befreiten Selbstverwaltungen besonders attraktiv. Die Verfassung der USA wurde allerdings nicht einfach so übernommen: im Gegensatz zur US-amerikanischen Verfassung, basierten die ersten Verfassungen des lateinamerikanischen Halbkontinents auf der einen Seite auf einen starken Zentralismus (im Vergleich zum essentiellen Föderalismus im Norden) und auf der anderen Seite auf ein selektiv-restriktives Wahlrecht, das *„vom Besitz und von der Lese- und Schreibfähigkeit abhing“* (vgl. ebd.: 20f.). Dies erfolgte als Versuch der oligarchischen kreolischen Eliten ihre Machtpositionen zu behalten (vgl. Kaplan 1995; Rinke & Stüwe 2008). Dabei *„zeigte sich der Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit schon frühzeitig, denn die unabhängig gewordene Staaten gaben sich modernen Verfassungen, die sich an den fortgeschrittensten Vorbildern orientierten“* (Werz 2005: 276). Werz identifiziert zwei Faktoren, die die Wirkungskraft der neuen Verfassungen stark begrenzten: *„Erstens waren die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen [...] nicht vorhanden. Als weiteren Manko erwies sich, dass der Mehrheit der Bevölkerung eine abstrakte Vorstellung vom Staat fehlte, was u.a. dazu beitrug, dass sich [...] caudillos anschlossen“* (ebd.: 277). Das Fehlen einer Nation als grundlegende sozial-kohäsive Kraft trug noch als zweites Faktor dazu bei, dass diese

Verfassungen und insgesamt das ganze 19. Jahrhundert sich nicht durch eine politische oder soziale Stabilität in der Region kennzeichnen (vgl. ebd.: 277f.).

Die (verfassungsrechtliche, soziale und politische) Konfiguration der staatlichen Gewalt unmittelbar nach der Unabhängigkeit der Kolonien mündete in das Zeitalter des sog. *klassischen Caudillismus*. Unter Caudillismus ist eine durch starke Informalität gekennzeichnete ausschließlich personalistische politische Führung, die sich als solche in Lateinamerika in den 19. Jahrhundert etabliert hat (vgl. Borja 2012: 141). Nach dem Motto „*Der Staat braucht starke Männer*“ entwickelte sich diese Führungsform im 19. Jahrhundert, die im Teil durch die verfassungsrechtlichen Rahmen (des Präsidialismus) abgedeckt war (vgl. ebd.). Der Zentralismus der lateinamerikanischen Staaten trug maßgeblich zu der Etablierung einer solchen Führungsform bei. Die „*drakonischen Sonderrechte der Exekutive*“ (Rinke & Stüwe 2008: 22) auf der einen Seite und die informelle und vor allem personalistische Basis der Machtpositionen machten diese bestimmte Führungsform zum „*traditionellen Staatsstruktur*“ bis weit in das 20. Jahrhundert (vgl. Werz 2005). Dabei bestimmen der Elitismus und der Oligarchismus die Richtung der politischen Entwicklung der Region weiter.

Die *politische Kultur* der Region, ausgezeichnet durch Caudillismus, Elitismus und Oligarchismus schaffte allerdings auch die Bedingungen für die Entstehung eines weiteren politischen Phänomens, das gerne als *typisch lateinamerikanisch* betrachtet wird: der Populismus. Im Zuge der sowohl endogenen als auch exogenen Entwicklung im 20. Jh. verschmelzen beide Instanzen, auf der einen Seite der traditionelle Caudillismus und auf der anderen Seite der Populismus, in einer instabilen politischen Lage der Region, gekennzeichnet durch ständige Brüche der demokratischen und konstitutionellen Ordnung der jeweiligen Länder (vgl. Rinke & Stüwe 2008).

Im Gegensatz zu dieser Position steht die prinzipiell demokratische Basis der lateinamerikanischen Verfassungen im 19. Jahrhundert (vgl. Werz 2005: 262). Die wichtigsten demokratischen Elemente stammen jedoch aus der US-amerikanischen Verfassung, wurden aber in Rahmen dieses Elitismus und Oligarchismus (und spätere Caudillismus) zugunsten der regierenden Eliten verarbeitet (vgl. Rinke & Stüwe 2008: 22f; Werz 2005: 263ff). Eine tiefe Restrukturierung dieser Umstände erfolgte im Zuge einer Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sowohl in der Region als auch außerhalb erst in den 1920er Jahren.

5.2.3. „Orden y Progreso“: Modernisierung und Entwicklung als Motoren der staatlichen Ordnung zwischen Autoritarismus und Demokratie

Das 20. war bezüglich politischer und sozialer Stabilität ähnlich zum 19. Jh. Die Konfliktlinien, die nach der Staatenbildung entstanden sind, wurden im Zuge neuer „*Cleavages*“ verstärkt. Dabei war am Ende des 19. Jh. und bis zu den 1920er Jahren der Kampf zwischen Konservativen und Liberalen von zentraler Bedeutung. Die politischen Spaltungen, die aus dieser Auseinandersetzung entstanden sind prägen die gegenwärtige Politik der Region wie kein anderes Phänomen (vgl. Oszlak 1981; Rinke & Stüwe 2008; Werz 2005). Nicht nur die Konfiguration der Parteiensysteme der jeweiligen Länder, sondern auch die Struktur des Staates und die lateinamerikanische Politik als solche sind Ergebnisse des Kampfes zwischen Konservativen und Liberalen in der Region. Diese Konfliktlinie prägt die politischen Entwicklungen und Diskursen bis zum heutigen Tag.

„*Orden y Progreso*“, Ordnung und Entwicklung (vielmehr Fortschritt) gelten für die politische Geschichte der Region als die wichtigsten Motoren der politischen und staatlichen Gewalt seit der Organisation einer staatlichen Ordnung in den jeweiligen Ländern (vgl. Kaplan 1995; Rinke & Stüwe 2008; Werz 2005). Exemplarisch dafür steht die Aufschrift auf der Brasilianischen Flagge „*Ordem e progresso*“ als Nationalmotto des Brasilianischen Staates. Der Staat in Lateinamerika ist nun für diese zwei Instanzen verantwortlich: auf der einen Seite muss er für (soziale, politische und wirtschaftliche) Ordnung sorgen und auf der anderen Seite muss der Staat für den Stand der Entwicklung des jeweiligen Landes verantworten.

Nach dem „*oligarchischen Staat*“ im 19. Jh. und im Zuge der Entwicklung der Konfliktlinie zwischen Liberalen und Konservativen wurden die Ansprüche an den lateinamerikanischen Staat verstärkt. Der Staat hat „*im Laufe des 20. Jhs. in den politischen Programmen eine wachsende Rolle eingenommen*“ (Wertz 2005: 264). Die Programme der Agroeliten im 19. Jh., die sich unter dem Titel „*Wachstum nach außen*“ definieren lassen wurden in der 1920er Jahren durch die industrialisierungsbedingte Form des „*Entwicklung nach innen*“ ersetzt. Dabei gilt: „*In den Programmen der nationalistischen und antiimperialistischen Parteien wurde seit den 1920er Jahren dem Staat eine wichtige Rolle zugewiesen. Er sollte sich als Entwicklungsstaat konstituieren und auch die Interessen der einheimischen Bürger und der Ärmeren gegenüber dem Ausland vertreten*“ (ebd.: 265).

Dabei werden „Entwicklung“ und „Fortschritt“ zu Kampfrufe einer ganzen Generation von *Populisten* (wie Juan Doming Perón in Argentinien) (vgl. ebd.). Der Staat rückte dabei immer weiter zum „*Entwicklungsstaat*“ oder „*estado desarrollista*“, wobei er die „*Rolle als Motor und Akteur im Entwicklungsprozess*“ alleine spielte (ebd.). Die politische Konfiguration des Staates wird im Zuge dieser fortschritts- und entwicklungsgerichteten Politik modifiziert, die Rolle der Exekutive wird verfassungsrechtliche begrenzt (*no-reelección*) und die jeweiligen Parlamente werden in Rahmen dieser präsidentiellen Atmosphäre gestärkt. Dies wird von einem relativ starken Wirtschaftswachstum in der Region unterstützt (vgl. Oszlak 1981; Rinke & Stüwe 2008; Werz 2005). Es ist ein erster Versuch einer Distanzierung vom traditionellen Zentralismus des Staates in Sicht: „*Der Staat versucht die Entwicklung voranzutreiben und greift deswegen in die Wirtschaft ein, gleichzeitig schafft er mit dem Ziel einer Modernisierung neue dezentrale Einrichtungen, statt die alte Verwaltung zu reformieren*“ (Wertz 2005: 266).

Die Etablierung von Militärdiktaturen in der Region erfolgte nach demselben Motto „Ordnung und Fortschritt“. Die Rolle des Militärs in der Verfassung spielte dabei eine zentrale Rolle: „*Darüber hinaus bliebe die verfassungsmäßige Rolle des Militärs im 20. Jh problematisch, denn dieses hatte in vielen Fällen weiterhin die Aufgabe eines Hüters der Verfassung und der inneren Ordnung inne*“ (Rinke & Stüwe 2008: 24). Die traditionelle Legitimation (militärisch) autokratische Gewalt, trotz erhebliche Unterschiede zum traditionellen Caudillismus im 19. Jh. ist an dieser Stelle entscheidend gewesen. Zu dieser Zeit wurde eine stark neoliberale Politik getrieben, indem die Privatisierung von früheren staatlichen Funktionen und Dienstleistungen für diese Epoche maßgeblich steht. Der Staat wird zum Paradoxon des Zentralismus (Machtzentralisierung in einer *Junta* oder sogar einer einzigen Person) und eine stark wirtschaftliche Deszentralisierung in Form einer neoliberalen Politik (vgl. Rinke & Stüwe 2008; Werz 2005). Wichtig an dieser Stelle ist die Rolle der Förderung der Naturressourcen (Erdöl,

Gold, Silver, Kupfer, etc.) für die wirtschaftliche aber vor allem für die politische und soziale Entwicklung der Region. Diese Debatte ist heutzutage aktueller denn je.

Nach großem intra- und internationalem Druck fanden in der Region zwischen Ende der 1970er und Anfang der 1990er Jahre Demokratisierungsprozessen statt. Viele Verfassungen wurden nach der Diktaturzeit vollständig neugeschrieben (Ausnahme: die gegenwärtige chilenische Verfassung (1980) darf verfassungskonform nie ersetzt werden) und Wahlen wurden organisiert. Von der Etablierung einer vollständigen (*liberalen*) Demokratie ist allerdings in den meisten Fällen nicht die Rede: „*Die Demokratie ist in Lateinamerika sicher mehr als eine Fassade. Ein gefestigtes Gebäude wurde sie aber noch nicht*“ (Mols & Thesing 1995: X). Die 1990er Jahre gelten auch als Jahre grundlegender Diskussionen „*um Staats- und Verfassungsreformen und um veränderte ordnungspolitische Leitbilder, die das Zuordnungsverhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neu zu definieren versuchte*“ (ebd.). Für viele Staaten gelten aber auch die 1990er Jahre als „*das verlorene Jahrzehnt*“: die politische und soziale Instabilität, verstärkt von wirtschaftlichen Krisen in der Region (z.B.: Ecuador 1999/2000; Argentinien 2000) prägten die politischen Entwicklungen vor und während der Jahrtausendwende maßgeblich.

Die jüngeren Entwicklungen der letzten 17 Jahren lassen sich nicht unter einer Kategorie einordnen. Es entstehen unterschiedliche Fronten und Konfliktlinien, die die Region als Ganzes und die einzelnen Länder unterschiedlich prägen. Es lassen sich allerdings ein paar Trends identifizieren: Auf der einen Seite gibt es verstärkt Versuche eine regionale Integration in Gang zu bringen (UNASUR mit der EU als Vorbild, ALBA und der Pazifische Allianz als konkurrierende Wirtschaftsblöcke, die MERCOSUR-Erweiterung, etc.). Es stellt sich allerdings auf Grund der sehr heterogenen politischen Konfiguration der Region als eine schwierige Herausforderung heraus. Auf der anderen Seite steht der sog. „*Linksrutsch*“ Lateinamerikas mit der Wahl von linksorientierten Präsidenten in Venezuela (Hugo Chávez), Bolivien (Evo Morales), Ecuador (Rafael Correa) als prominenteste Beispiele. Die Entwicklungen in den drei genannten Ländern, vor allem in Venezuela seit Chávez' Tod, lassen sich nicht eindeutig einordnen, was eine Analyse stark erschwert.

Folgende Tabelle fasst die Entwicklung zum gegenwärtigen lateinamerikanischen Staat kurz zusammen.

Tabelle 25: Entwicklungsstufen zum gegenwärtigen lateinamerikanischen Staat⁴¹

Phase	Wichtige Merkmale	Argumente für Fehlentwicklung
Kolonialzeit (1492 – ung. 1820)	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Wurzeln staatlicher Gewalt • Grenzziehung • Etablierung der kreolischen Eliten 	<ul style="list-style-type: none"> • Willkürliche Grenzziehung • „<i>Iberische Tradition</i>“ im Vergleich zum Angelsächsischen Tradition
Formative Phase (1820 – 1870)	<ul style="list-style-type: none"> • Unabhängigkeit und Machübernahme der kreolischen Eliten • Gleichzeitigkeit bei der Etablierung einer staatlichen Ordnung und einer nationalen Identität • Verabschiedung von Verfassungen nach US-amerikanischen Vorbild (mit eigentümlichen Merkmalen) • Episoden des <i>Staatszerfalls</i> (Bsp. Gran Colombia 1830) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kluft zwischen Verfassung und sozialer Wirklichkeit • Lateinamerikanische politische Kultur + Präsidialismus = autokratische Tradition • Der Staat als politische Idee basiert auf inkompatiblen Bedingungen • Keine sozial-kohäsive Kraft in der Gesellschaft

⁴¹ Vgl. De la Torre (2013); Lechner (1977); Mols und Thesing (1995); Oszlak (1981); Rinke und Stüwe (2008); Werz (2005) u.a.

	<ul style="list-style-type: none"> • Etablierung einer autokratischen Tradition (Caudillismus, Populismus) • Elitismus und Oligarchismus 	<ul style="list-style-type: none"> • Unvollständige rechtstaatlichen Strukturierung • Starker Personalismus
Phase der Strukturierung (1870 – 1920)	<ul style="list-style-type: none"> • Fortgang des traditionellen Caudillismus • Ordnung und Entwicklung (nach außen) • Wichtigste Konfliktlinie: Liberalen vs. Konservativen 	<ul style="list-style-type: none"> • Späte Industrialisierung
Der <i>desarrollistische</i> und populistische Staat (1920 – 1950)	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung nach innen • Modernisierung und Fortschritt • Modifizierung der politischen Basis • Populismus (populistische Verstaatlichungskonzept) • Wirtschaftsentwicklung in der Region 	<ul style="list-style-type: none"> • Unvollständige und inkompatible Anpassungsprozessen
Zeit der Militärdiktaturen (1950 – 1980)	<ul style="list-style-type: none"> • Entdemokratisierung einer ganzen Region durch Militärdiktaturen • Starke und blutige Repression im Süden (Chile, Argentinien, Brasilien und Uruguay) • Neoliberalisierung der Wirtschaft, Privatisierung • Starke Förderung der Naturressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> • Effekte des <i>traditionellen Caudillismus</i> • Deutlicher Rückschritt im Hinblick auf die Entwicklung der Demokratie in der Region. • Sozial-inkompatibler Neoliberalismus
Demokratisierung Der Reformstaat (1980 – 2000)	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratisierungsprozessen • Keine eigentliche politische Stabilität • 1990: „<i>das verlorene Jahrzehnt</i>“ • Tiefgreifende Reformen der staatlichen Ordnung angestrebt 	<ul style="list-style-type: none"> • Fassade-Demokratien? Defekte Demokratien? Unvollständige Demokratisierungsprozessen? • Frage nach der Rolle des Militärs
Neue Rolle der Region 2000 - Gegenwart	<ul style="list-style-type: none"> • Effekte der Globalisierung • Frage nach der neuen Rolle der Region in einer multipolaren Welt • „<i>Linksrutsch</i>“ (Venezuela, Bolivien, Ecuador) • Neue regionale Konfiguration (ALBA, MERCOSUR, Pazifische Allianz, etc.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Starke regionale Fragmentierung trotz Integrationsprozessen

Der Staat in Lateinamerika ist eine interessante, von Konflikten geprägte und vor allem eine komprimierte geschichtliche Entwicklung durchgelaufen. Die Kolonialzeit und insbesondere die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit prägten diese Entwicklung maßgeblich. Diese gilt im Vergleich zum westeuropäischen Idealtypus des Staates nicht nur als abweichend, sondern dadurch auch als paradox, gleichzeitig und defizitär. Im lateinamerikanischen Staat verschmelzen die National-, Rechts-, und Verfassungsstaatlichkeit in kürzer Zeit zusammen. Viele soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Bedingung der Staatenbildung sind entweder nicht vorhanden oder kommen erst nach der Entstehung der staatlichen Gewalt zustande. Die 200-jährige Geschichte des lateinamerikanischen Staates wurde von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schlägen und Stößen geprägt, die letztendlich dazu beigetragen haben, sie als Fehlentwicklung zu präsentieren. Dazu zählen auch Elemente des sog. „*Morbus Latinus*“ als hausgemachte (aber auch international verstärkte und unterstützte) Defizite bei der Etablierung einer richtig-funktionierenden Staatlichkeit und Demokratie, wie die autokratische Führungstradition (im Präsidentialismus befestigt), der Caudillismus und der Populismus als *typisch lateinamerikanische* Probleme. Der Morbus Latinus in Form des Populismus

und die Disposition und Favorisierung stark personalistische Herrschaften gilt allerdings nach den jüngeren Entwicklungen in Europa, USA und Anatolien allerdings als ansteckend.

Mehr als eine Entwicklung zum modernen Staat, ist die Geschichte des lateinamerikanischen Staates eine Fehlentwicklung zum gegenwärtigen lateinamerikanischen Staat. Denn modern ist er nicht: „*Zu den Paradoxien des Staates in Lateinamerika gehört die Tatsache, dass er sich im Laufe des 20. Jahrhundert zum Motor des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels entwickelte, gleichzeitig aber nicht in der Lage war, sich grundlegend zu modernisieren*“ (Werz 2005: 262). Von einem Kolonialgebiet, zum freien aber oligarchischen und elitären Staat, danach zum populistischen und später zum *desarrollistischen Staat*, der Staat in Lateinamerika scheint sich viel geändert zu haben. Tatsache ist, dass die ursprüngliche Entfernung zwischen einer ideal-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit und die eigentliche soziale, politische und Rechtswirklichkeit diese (Fehl-)Entwicklung stark geprägt hat, was sich heutzutage in den Defiziten und Problemen der Staatlichkeit und der Demokratie in der Region widerspiegelt. Wie es sich diagnostizieren lässt wird Thema im letzten Kapitel dieser Arbeit thematisiert.

5.2.4. (Fragile) Staatlichkeit und (defekte) Demokratie in Lateinamerika im 21. Jahrhundert: Eine Diagnose

Folgende Tabelle fasst die wichtigsten Merkmale lateinamerikanischer Staatlichkeit zusammen:

Tabelle 26: Der Lateinamerikanische Staat⁴²

Verfassung	<ul style="list-style-type: none"> • US-amerikanische Verfassung als Vorbild (Starker Präzidentialismus) • Kurzlebigkeit. • Tendenz, die Verfassung nicht als Rechtsgrundlage, sondern als Machtinstrument zu betrachten. • Begrenzte Grundrechtsanerkennung (im 19. Jh.) • Lange Texte und hochfliegende Rhetorik • Kluft zwischen fortschrittlichen Texten und einer rückständigen sozialen Wirklichkeit. • Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit (politische Praxis) • Konstitutionelle vs. weite nicht-konstitutionelle Bereich der Politik
Rechtstaatlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Spezifische Ausprägung der Rechtskultur • Informalität und Klientelismus • Vorherrschaft ungeschriebener Verträge • Oberhand: persönliche Beziehungssysteme und personalistische Politik • Nationalstaat vor Rechtsstaat • „Zweifel, ob der Rechtsstaat und die liberale Demokratie aufgrund der gesellschaftlichen Voraussetzungen überhaupt realisiert werden können“ (Werz 2005)
Gewaltmonopol und Staatsgebiet	<ul style="list-style-type: none"> • Späte und unvollständige Etablierung • Weite Teile des Territoriums unter parastaatlichen Kontrolle (20. Jh.) • Drogenproblem
Staatsvolk und Nation	<ul style="list-style-type: none"> • Staat und Nation gleichzeitig entstanden (als Staatsvolk erst im 20. Jh.) • Mangel an einer sozial-kohäsiven Kraft während der Staatenbildung • Heterogene Gesellschaften
Staatsgewalt	<ul style="list-style-type: none"> • Starker Zentralismus • Keine klaren Grenzen der Gewaltenteilung • Caudillismus und Populismus als traditionelle politische Phänomene
Präzidentialismus	<ul style="list-style-type: none"> • Autokratische Führungstradition (Caudillismo)

⁴² Vgl. Werz (2005); Kaplan (1995); Mols und Thesing (1995); Oszlak (1981a); Rinke und Stüwe (2008)

	<ul style="list-style-type: none"> • Prinzip der absoluten Nicht-Wiederwahl (Lockerung im 20. Jahrhundert) • Präsident durch Zentralismus verstärkt. • Legislative Macht des Präsidenten (<i>decretos ley</i>) • Schwaches Parlament
--	--

Die paradoxe (vgl. ebd.). Entwicklung der staatlichen Strukturen und der demokratischen Ordnung in Lateinamerika prägt die Politik des *Halbkontinents* bis in die Gegenwart. Entscheidend bei der Entwicklung und Etablierung des Staates und der Demokratie als grundlegende Elemente der politischen Ordnung der Region ist die Tatsache, dass diese Entwicklung sich maßgeblich vom Fortgang des Staates und der Demokratie in (West-)Europa unterscheidet. Wir sind im ersten Kapitel dieser Arbeit davon ausgegangen, dass die geschichtliche Entwicklung der politischen Herrschaft in Europa den Staat als zentrale Instanz und Bühne der Politik voraussetzte, diese Tradition war insofern etatistisch (vgl. ebd.). Die Demokratie baute auf existierenden staatlichen Strukturen auf und befestigte nicht nur diese staatliche Ordnung, sondern machte die Konsolidierung einer demokratischen Herrschaft in Zusammenhang mit einem Rechtsstaat und einem Gewaltmonopol möglich. In Lateinamerika erfolgte die Etablierung einer staatlichen Ordnung nicht nur gleichzeitig, sondern sogar umgekehrt. Bei der Betrachtung dieser Entwicklung in einem lateinamerikanischen Kontext, geht man davon aus, dass „*im Zuge der frühen Unabhängigkeit von Spanien und Portugal die lateinamerikanischen Länder Anfang des 19. Jahrhunderts laut den Verfassungen zu Demokratien wurden, obwohl sie gar keine Rechtsstaaten waren*“ (ebd.). Diese Gleichzeitigkeit und umgekehrte Entwicklung ermöglichen die Betrachtung des Zusammenhanges zwischen Staatlichkeit und Demokratie aus einer alternativen Perspektive.

Betrachtet man eine Auswahl der fundamentalen Merkmale des Staates innerhalb eines lateinamerikanischen Kontextes wie in der Tabelle am Anfang des Kapitels, lassen sich grundlegende Unterschiede feststellen. Beginnen wir mit der Souveränität: Es wird davon ausgegangen, dass die Souveränität der lateinamerikanischen Staaten „*durch ausländische Interventionen [auch] im Bereich der Wirtschaft*“ (ebd.; 262f.) stark eingeschränkt wird. Die Länder Lateinamerikas, so die sog. *Dependencia*-Ansätze, verfügen über eine begrenzte Souveränität. Zum Beispiel: „*die Kleinstaaten Zentralamerikas, deren Wohlstand von den Preisen eines einzigen oder einiger weniger Exportprodukte abhängt*“ (ebd.). Die Souveränität zurückzuerobern ist ein relativ mächtiger politischer Diskurs, der sich in Wahlversprechen und Praxen, der jüngeren politischen Entwicklung der Region widerspiegelt.

Das Gewaltmonopol als zweites konstitutives Element jener staatlichen Ordnung hat sich in Lateinamerika „*erst sehr spät und dann nur teilweise etablieren können. Bis ins 20. Jahrhundert hatten in einigen Staaten lokale und regionale Führer eine erheblich Macht inne*“ (ebd.: 263). Dazu zählen die zahlreichen Episoden eines unkontrollierbaren Teilterritорияs bzw. die Etablierung von parastaatlichen Ordnungen in der Region: „*Am auffälligsten ist in diesem Zusammenhang das Drogenproblem [...]. In Kolumbien beherrschte die Guerilla, zum Teil unterstützt durch die Drogenbarone, ein Gebiet von der Größe der Schweiz*“ (ebd.: 264), sowie auch die jüngeren Entwicklungen im Norden Mexikos.

Die Beschreibung der Lateinamerikanischen Realität nach den Drei-Elementen-Lehre deutet auf unterschiedliche Umstände im Vergleich zum europäischen Modell hin. Bezüglich des Staatsvolkes lässt sich davon ausgehen, dass „*die jeweilige Bevölkerung, in der Vergangenheit gerne mit dem Begriff ‚pueblo‘ (Volk) angesprochen, hat sich erst im 20. Jahrhundert als Staatsvolk konstituiert*“ (ebd.). Auf der einen Seite die immense ethnische und demografische Vielfalt innerhalb der jeweiligen Staaten,

sowie die „*fehlende rechtsstaatliche Regelung für die die Mehrheit der Bevölkerung*“ haben sich als Hindernisse dieses Prozesses herausgestellt. Das Staatsgebiet ist ein besonders problematisches Thema. Man geht davon aus, dass „*das Staatsgebiet später und ungleichzeitig erschlossen wurde*“ (ebd.). Die politischen Entitäten, die nach den Unabhängigkeitskämpfen im 19. bis frühen 20. Jahrhundert entstanden sind entsprachen die politische Division der Kolonie. Streitigkeiten über territoriale Grenze und territoriale Ansprüche (e.g.: Ecuador vs. Peru (1941; 1995), Chile vs. Argentinien, Chile vs. Bolivien, Chile vs. Peru Venezuela vs. Guyana) zwischen den lateinamerikanischen Staaten (als Produkt der Willkür) waren im 20. Jahrhundert Grund für kriegerische Maßnahmen und sind bis dato Grund für politische und diplomatische Auseinandersetzungen. Für die Staatsgewalt und die Staatsverfassung ist der Kluft einerseits zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit und andererseits zwischen Verfassung und soziale Realität charakteristisch. Die Entwicklung einer zuerst elitistisch-oligarchischen Herrschaftsform und danach eines autoritär-populistischen Caudillismus prägen die politische Tradition der Region maßgeblich. Der Personalismus und die Informalität dieser ersten Entwicklungen geben der politischen (Un-)Ordnung der Region ihre Form, was sich in der Fehlentwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der Region konstatieren lässt.

„Das Rechtsstaatsprinzip gilt formal als konstitutives Element aller Demokratien in den Amerikas. Alle Staaten der Region besitzen schriftliche Verfassungen mit Grundrechtskatalogen sowie ein ausgebautes Gerichtswesen. Allerdings kann man in kaum einem lateinamerikanischen Staat von einem funktionstüchtigen Rechtsstaat und einem uneingeschränkten Herrschaftsmonopol in den Händen demokratischer Herrschaftsträger sprechen“ ((Rinke & Stüwe 2008: 41)

Eine solche durchaus sehr seriöse Aussage wird auch von anderen Autoren behauptet (vgl. (Hirschmann 2016; Oszlak 1981; Werz 2005). Dabei wird manchmal die Rede von einer „*Rechtskultur spezifische Ausprägung, [die] nicht im Widerspruch zu der Tradition legalistischen Denkens in Lateinamerika steht, welches durch Idealismus, Paternalismus, Formalismus, aber auch den Mangel an einer wirklichen Ausbreitung des Rechts gekennzeichnet war*“ (Wertz 2005: 278). Beschuldigt für die Fehlentwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der Region wird außerdem auch den politischen Stil des Klientelismus und Populismus (vgl. ebd.). Für die personalistische Ausübung der Macht im Zuge des Elitismus und Oligarchismus im 19. aber auch im 20. Jh. „*war die verfassungsgemäße Rechtsordnung [...] nicht ausschlaggebend*“ (ebd.). Die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz und vor allem das Primat des Rechts werden massiv beeinträchtigt.

Eine zentrale Aufgabe des *Reformstaates* in der Demokratisierungsphase am Ende des 20. Jhs. ist die Reorganisation und Neustrukturierung der staatlichen Ordnung in den jeweiligen Ländern. Es wurden tiefgreifende Rechtsreformen angestrebt: „*Dazu zählen die Einrichtung einer konzentrierten und spezialisierten Verfassungsgerichtsbarkeit, die Schaffung von Menschenrechtsbeauftragten und Richterräten, [...], die Anerkennung der Staatshaftung*“ u.a. (ebd.). Ob diese Reformen stattgefunden haben und welche direkte Implikationen diese auf die demokratische Leistung der Länder haben ist eine Frage der individuellen Beobachtung. Zentral ist allerdings, dass „*das Bewusstsein der Bevölkerung in die Erkenntnis der eigenen Möglichkeiten in diesem Bereich jedoch in erheblichen Maße gestiegen sind*“ (ebd.: 280).

Die Re-Demokratisierungsphase in der Region am Ende des letzten Jahrhunderts eröffnete nun eine tiefgreifende Diskussion, nicht nur um den Staat und seine Rolle in der Politik und Gesellschaft der Region, sondern auch um die Demokratie als Zweck und Mittel der Politik (vgl. ebd.: 316). Die

Demokratie hat sich (seit der Entstehung dieser Staaten) als „*vorherrschende politische Ordnungsform auf dem ganzen amerikanischen Doppelkontinent ausgebreitet*“ (Rinke & Stüwe 2008: 51). Dabei gilt, dass „*im Zuge der frühen Unabhängigkeit [...] die lateinamerikanischen Länder Anfang des 19. Jhs. laut den Verfassungen zu Demokratien wurden, obwohl sie gar keine Rechtsstaaten waren*“ (Werz 2005: 262). Wahlen spielten in Laufe der politischen Geschichte eine zentrale Rolle und werden „*heute überall in den Amerikas praktiziert*“ (Rinke & Stüwe 2008: 51).

Das frühe Demokratieverständnis in der Region entwickelte sich schon im 19. Jahrhundert (vgl. Rinke & Stüwe 2008: 53; Werz 2005: 317). Dieses Demokratieverständnis entstand im Rahmen eines tiefen „*Widerspruches zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, denn im Gegenteil zu den liberalen Konstitutionen dominierten autokratische Regime*“ (Wertz 2005: 317). Zentral für dieses Verständnis der Demokratie war, so Carlos Forment (2003) seine „*horizontale Ausrichtung [...], d.h. die Bürger vertrauten nicht den staatlichen Institutionen, sondern den Vereinen und Vereinigungen, die sie in der Sphäre der Zivilgesellschaft selbst erfanden*“ (vgl. Forment 2003 in Rinke & Stüwe 2008: 53). Diese Instanz des demokratischen Handelns überlebte „*die Herausforderung der Armut, des Caudillismus, der Diktaturen, des bürokratischen Autoritarismus und der staatlichen Korruption*“ (ebd.).

Die Frage nach der Demokratie in der Region, ihre Vereinbarkeit, die Bedingungen und Kriterien, ihre Basis haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen: „*Die Demokratie in Lateinamerika ist sicher mehr als eine Fassade. Ein gefestigtes Gebäude wurde sie aber noch nicht*“ (Mols & Thesing 1995: X). Dabei spielt die starke Heterogenität bezüglich der demokratischen Entwicklung in der Region eine bedeutende Rolle. Es wurde in den letzten Jahren viel darüber diskutiert, warum einzelne Länder eine relativ hohe Qualität demokratischer Prozesse und Institutionen aufweisen, während andere in einer tiefen staatlichen und demokratischen Krise stecken. Argumente und Kriterien für eine positive Entwicklung der demokratischen Institutionen in den einzelnen Ländern der Region sind z.B. eher kleinere Fläche bzw. Bevölkerung (bspw. Costa Rica), eine möglichst frühe Etablierung demokratische Prozesse und Institutionen (bspw. Chiles Parlamentarische Republik (1891-1924)), fortgeschrittene und frühe Deszentralisierung (bspw. Chile), relative regionale Homogenität (Costa Rica & Chile), u.a. (Oszlak 1981: 18; Rinke & Stüwe 2008: 51ff; Werz 2005).

Betrachtet man die Leistung der jeweiligen Staaten aus dem Jahre 2015 in den verschiedenen Indizes, die für die Analyse in Frage gekommen sind, erkennt man eine deutliche Heterogenität zwischen der Qualität der staatlichen Ordnung und der demokratischen Praxis. Dabei wird den Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie nochmal deutlich. Lateinamerikanische Staaten, die eine gewisse staatliche Stabilität aufweisen, sind in der Regel demokratischer (siehe Tabelle 25).

Tabelle 27: Staatlichkeit und Demokratie in Lateinamerika

Land	FSI (2015)	SFI (2015)	Polity IV (2015)	FH (Aggr. Score; 2015)	FH Electoral Democracy (2015)	FH Status (2015)
Argentinien	48,4	2	9	79	X	Free
Bolivien	78,5	10	7	68	X	Partially Free
Brazill	65,3	5	8	81	X	Free
Chile	41,9	2	10	95	X	Free
Kolumbien	80,2	10	7	63	X	Partially Free

Costa Rica	45,1	1	10	90	X	Free
Cuba	66,3	5	-7	15		Not free
Dominican Republic	70,8	4	8	70	X	Partially Free
Ecuador	75,6	8	5	59	X	Partially Free
El Salvador	72,5	4	8	69	X	Free
Guatemala	83,2	7	8	54	X	Partially Free
Honduras	79,8	7	7	45		Partially Free
Mexico	70,4	5	8	65	X	Partially Free
Nicaragua	79	8	9	54		Partially Free
Panama	53,2	3	9	83	X	Free
Paraguay	72,6	9	9	64	X	Partially Free
Peru	72	6	9	71	X	Free
Uruguay	36,2	2	10	98	X	Free
Venezuela	81,6	11	4	35		Partially Free

Argentinien, Chile, Costa Rica und Uruguay zählen zu den stabilsten und am meisten demokratischen Ländern der Region im Vergleich zu bspw. Ländern wie Venezuela, Ecuador, Kolumbien oder Guatemala, wo es sich deutliche Defizite identifizieren lassen. Eine klare Ausnahme ist in diesem Falle aus offensichtlichen Gründen Kuba: Kubas Staatssozialismus und dessen Verständnis von „Demokratie“ kann mit dem Freedom House Index oder dem Polity IV nur schlecht bewertet werden (einziges „nicht-freies“ Land nach Freedom House).

Die Frage nach Gründen oder Erklärungsansätze eines solchen Phänomens (gemeint ist die Heterogenität der Demokratie- und Staatlichkeitsentwicklung in Lateinamerika) hat die vergleichende Politikwissenschaft lange beschäftigt (vgl. Rinke & Stüwe 2008; Werz 2005). Die einzige Gemeinsamkeit, die sich aus dieser Menge von Erklärungsansätzen identifizieren lässt ist nun, dass die Fehlentwicklung (Erblast der Kolonie, oligarchische Elitenherrschaft, Personalismus, Caudillismus, autokratische Führungstradition, Populismus, Kluft zwischen Verfassung als rechtliche Erwartung und sozialer Wirklichkeit oder Verfassungswirklichkeit, usw.) die Etablierung einer Staatlichkeit auf der Basis einer rechtstaatlichen Ordnung und eines legitimen Gewaltmonopols stark beeinträchtigt haben (vgl. u.a. Hirschmann 2016; Rinke & Stüwe 2008). Ohne den Staat als Basis jener politischen und sozialen Ordnung, ist nun die Entwicklung und Aufrechterhaltung eines funktionierenden demokratischen Systems nicht möglich.

Bezüglich fragiler oder stabiler Staatlichkeit gilt Lateinamerika immer noch als *Problemregion* (Hirschmann 2016). Fälen wie Kolumbien oder Mexiko stehen exemplarisch für eine fragile Staatlichkeit, die aufgrund von „politischen Fehlentwicklung“ entsteht (vgl. ebd.: 188ff.). Diese Fehlentwicklungen, vor allem in Hinsicht auf die Etablierung einer funktionierenden Rechtsstaatlichkeit, machen die Entstehung einer „Unsicherheit als Alltagserfahrung“ (Waldmann 1980 in Werz 2005: 284) möglich.

„Die Geschichte Kolumbiens ist seit seiner Staatsgründung aufgrund innerstaatliche Konflikte ein in seiner Intensität schwankender, aber dennoch kontinuierlichen Kriegszustand. Die damit verbundene chronische Schwäche des staatlichen Gewaltmonopols stellt ein klassisches Phänomen

der lateinamerikanischen Staatenbildung dar, da das Gewaltmonopol dort von Beginn an nie ganz in staatliche Hand abgegeben wurde“ (Hirschmann 2016: 195).

Dabei steht der Fall Kolumbiens exemplarisch für die Entwicklung der ganzen Region. Charakteristisch für die Region ist dann nicht nur ein mangelndes Gewaltmonopol oder eine instabile Rechtsstaatlichkeit, sondern auch auf der einen Seite der informelle Charakter der Politik und auf der anderen Seite die Ausübung von Gewalt als politisches Mittel. Die fragile oder abweichende staatliche Ordnung kann demzufolge ursächlich nicht nur einem Faktor zugeordnet werden. Sie ist multikausal und multidimensional und im Falle Lateinamerikas die Folge einer Geschichte gekennzeichnet durch Brüche, Trennung und Diskontinuität.

Das Panorama der Region bezüglich der Entwicklung einer stabilen staatlichen Ordnung und demzufolge der Etablierung der Demokratie als Mittel der politischen Herrschaft bleibt allerdings instabil und schwer prognostizierbar. Es lassen sich sehr positive Entwicklungen identifizieren, wie das Ende des bewaffneten Kampfes und die Etablierung eines staatlichen Gewaltmonopols in Kolumbien. Die Lage in Venezuela zeigt sich an dieser Stelle problematisch und vor allem aus mehreren Gründen schwer nachvollziehbar. Positiv ist allerdings vor allem, wie im Text schon erwähnt wurden, die wachsende Bewusstwerdung der Demokratie in der Region und die Etablierung von klaren Kriterien und Bedingungen für die Machtausübung in den jeweiligen Ländern.

6. Schlussfolgerungen, Fazit und Ausblick

Warum sollte sich man Gedanken darüber machen wie die staatliche Ordnung eines Landes die Qualität der demokratischen Herrschaft beeinflusst? Diese Beziehung ist ja einerseits logisch, denn die Entwicklung und Aufrechterhaltung einer Demokratie eine Reihe von prozeduralen, institutionellen und normativen Kriterien voraussetzt, die nur in Rahmen eines Staates denkbar sind. Natürlich kann Demokratie nur in Rahmen eines Staates institutionalisiert werden. Die eiserne Logik dieser Schlussfolgerung hat unmittelbar damit zu tun, dass der Staat sich als universelles und universalistisches Phänomen der Politik gesetzt hat. Diese Beziehung kann logisch empfunden und intuitiv entwickelt werden, ist aber andererseits nicht selbstverständlich. Dadurch dass dieser Zusammenhang als logisch und natürlich vorausgesetzt wurde, wurden wiederum zentrale Elemente und Instanzen der Etablierung und Konsolidierung einer demokratischen Herrschaft übersehen, die diese Konsolidierung nicht nur beeinflussen können, sondern vielmehr sie aktiv schaffen und unterstützen. Es soll insofern keine Überraschung sein, dass Staaten mit fehlendem oder defizitärem Gewaltmonopol oder Rechtsstaatlichkeit die hohen Ansprüche der Demokratie einfach nicht erfüllen können. Denn wie es im Rahmen dieser Arbeit erläutert wurde setzt Demokratie ein Mindestmaß an Staatlichkeit voraus. Damit ist nicht nur ein Staat als die Kombination von Staatsvolk, Staatsgebiet oder Staatsgewalt gemeint, sondern vielmehr die Entwicklung und Aufrechterhaltung eines legitimen Gewaltmonopols und die Etablierung einer rechts- und verfassungsstaatlichen Ordnung als elementar notwendige Bedingungen für die Konsolidierung demokratischer Prozesse und Institutionen.

Staatlichkeit schafft die Mindestvoraussetzung der Entwicklung und Etablierung der Demokratie als Herrschaftsform. Eine Demokratie kann jenseits staatlicher Elemente wie der souveräne Anspruch des legitimen Gewaltmonopols oder das Primat des Rechts und eine Gewaltenteilung nicht gewährleistet werden können. Diese Behauptung, logisch wie sie scheint aber nicht selbstverständlich genug, wurde

in Rahmen dieser Arbeit nicht nur theoretisch plausibilisiert, sondern auch empirisch geprüft. Fragile Staatlichkeit zeigt sich demzufolge als ein Hindernis für die Konsolidierung einer nachhaltigen Demokratie. Den Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie kann insofern bestätigt werden.

Nach den Ergebnissen und gewonnen Erkenntnissen dieser Arbeit ist die Beantwortung der zentralen Forschungsfragen möglich. Zwischen Staatlichkeit und Demokratie besteht eine intrinsische Beziehung. Demokratie kann sich nur in Rahmen stabiler Staatlichkeit entfalten. Dabei zeigt sich das Phänomen der fragilen Staatlichkeit in Funktion der Entfernung zum Idealtypus als beeinträchtigende Elemente für die Etablierung und Konsolidierung der Demokratie. Es lassen sich keine Beispiele zerfallener Staatlichkeit und stabile Demokratie finden. Dabei wird ein klarer Zusammenhang in Form einer Notwendigkeitsbeziehung zwischen Demokratie und Elemente der Staatlichkeit sichtbar. Dies kann sowohl theoretisch als auch empirisch bestätigt werden. Dabei spielen die Etablierung eines legitimen Gewaltmonopols und die Entwicklung einer rechtsstaatlichen Ordnung zu den grundlegendsten Elementen staatlicher Organisation eine zentrale Rolle bei der Entfaltung der Demokratie als Herrschaftsform.

Was ich mit dieser Arbeit betonen will ist die logische aber nicht selbstverständliche Beziehung zwischen der Etablierung einer staatlichen Ordnung und die Entwicklung von demokratischen Institutionen und Prozessen. Vor allem in einer Region wie Lateinamerika, wo die Fehlentwicklung der Staaten in Laufe der Geschichte der Region, die Etablierung der Demokratie als Herrschaftsform bis zum heutigen Tag prägt und meistens beeinträchtigt. Die Konsolidierung eines wahren demokratischen Systems hängt intrinsisch mit staatlichen Strukturen ab. Die Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika kann insofern nicht vollzogen werden, weil die soziale, kulturelle, politische und vor allem staatliche Bedingungen der Region es nicht vollständig erlauben. Der Fokus der Diskussion um die Entwicklung einer demokratischen Organisation der Politik in der Region muss insofern sich nicht mehr an die Demokratie als solche und ihre exklusiven Elemente richten, sondern vielmehr an die staatlichen Bedingungen, die eine solche Konsolidierung ermöglichen oder in diesem Falle beeinträchtigen. Um demokratische Systeme aufzubauen braucht man ein Mindestmaß an richtig funktionierenden staatlichen Strukturen und Elementen, vor allem eine Rechtsstaatlichkeit, die die Beziehung zwischen Regierenden und Macht kontrolliert. Die Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika ist insofern keine eigentliche Frage der Demokratie, sondern vielmehr der staatlichen Voraussetzungen dieser.

Die Analyse des Zusammenhanges zwischen Staatlichkeit und Demokratie zeigte sich als eine herausfordernde aber zugleich notwendige und erfreuliche Leistung, die zur Überwindung von Selbstverständlichkeiten maßgeblich beigetragen hat. Die neuesten Entwicklungen sowohl in Lateinamerika als auch in anderen Regionen, wie in Europa selbst, zeigen sich im Rahmen einer solchen Auseinandersetzung als herausfordernde Betrachtungs- und Analyseoptionen dieses Zusammenhanges. Die Selbstverständlichkeit des Staates muss in Hinsicht auf die Analyse des Zusammenhanges zwischen staatlichen Prozessen und Strukturen und Demokratie überwunden werden. Nur durch die detaillierte Analyse dieser Beziehung ist eine Annäherung an die evtl. problematische Durchsetzung demokratischer Werte und Institutionen möglich. Fragile Staatlichkeit ist und bleibt eine durchaus

konzeptuelle und drängende Problematik. Dabei spielt die Heterogenität des Phänomens und die Rolle des Staates in der politischen globalen Konstellation eine zentrale Rolle.

Nur durch die Konsolidierung einer staatlichen Ordnung, die zugleich in unmittelbarem Zusammenhang mit demokratischen Prozessen, Strukturen und Institutionen steht, ist die Entfaltung einer nachhaltigen Demokratie überhaupt denkbar. Eine solche Aussage ist in Zeiten einer Globalisierung, gekennzeichnet durch den Bedeutungsverlust solcher ausschließlich staatlichen Strukturen, provokativ und zugleich eine schwierige Frage für die Politikwissenschaft. Der Staat aber auch die Demokratie entwickeln sich in dieser Konstellation weiter. Es entstehen immer mehr Fronten der Auseinandersetzung im Hinblick auf Fragen über Staat, Demokratie und Gesellschaft, und vor allem was und wie diese Instanzen verbinden. Diese Arbeit hat einen Blick auf die Beziehung zwischen Staaten und Demokratie im Laufe einer Jahrhunderte langen Geschichte. Diese Arbeit hat insofern gezeigt, wie sich diese Beziehung in Laufe dieser Geschichte entwickelt, umgeformt und angepasst hat. Die Thesen, dass es einen starken Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Demokratie herrscht und, dass Demokratie Staatlichkeit voraussetzt wurden in Rahmen dieser Arbeit bestätigt. In Zeiten, in denen „*die globale Ordnung der Dinge*“ (Bauman 2004: 316) die Konstellation der politischen Entwicklung herrscht ist die Erforschung solcher Zusammenhängen ein entscheidender erster Schritt in Richtung auf die Erklärung unserer sozialen und politischen (Un-)Ordnung.

7. Literaturverzeichnis

- Anter, Andreas (2005): Max Weber (1864-1920). In: Bleek, Wilhelm; Lietzmann, Hans J. (Hg.) *Klassiker der Politikwissenschaft. Von Aristoteles bis David Easton*. München: Beck, S. 123 – 136.
- Anter, Andreas; Bleek, Wilhelm (2013): *Staatskonzepte. Die Theorien der bundesdeutschen Politikwissenschaft*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Balke, Friedrich (2009): *Figuren der Souveränität*. München: Fink.
- Bastiat, Frédéric (1848): L'État. http://bastiat.org/fr/l_etat.html (Zugriff: 24.04.2017).
- Bauman, Zygmunt (2004): Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft. In: Beck, Ulrich (Hg.) *Kinder der Freiheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 315 – 332.
- Beck, Colin J. (2017): why i resigned from the political instability task force. <https://scatter.wordpress.com/2017/01/20/why-i-resigned-from-the-political-instability-task-force/> (Zugriff: 03.06.2017).
- Beck, Ulrich (Hg.) (2004): *Kinder der Freiheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Michael; Lauth, Hans-Joachim; Pickel, Gert (2001): *Rechtsstaat und Demokratie. Theoretische und empirische Studien zum Recht in der Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beisheim, Marianne; Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) (2007): *Staatszerfall und Governance*. Baden-Baden: Nomos.
- Bendel, Petra; Krennerich, Michael (2003): Einleitung: Staat und Rechtsstaat in jungen Demokratien - eine Problemskizze. In: Croissant, Aurel; Bendel, Petra; Rüb, Friedbert (Hg.) *Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps*. Opladen: Leske + Budrich, S. 9 – 34.
- Benz, Arthur (2007): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verl.
- Benz, Arthur (2008a): *Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse. 2. Auflage*. [S.l.]: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.
- Benz, Arthur (2008b): Der Staat als politisches Projekt - eine theoretische Skizze. In: Bröckler, Stephan; Biermann, Brigitte (Hg.) *Politikwissenschaftliche Perspektiven. 1. Auflage*. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., S. 71 – 92.
- Bernauer, Thomas; Jahn, Detlef; Kuhn, Patrick (2009): *Einführung in die Politikwissenschaft*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Bethke, Felix S. (2012): Zuverlässig invalide – Indizes zur Messung fragiler Staatlichkeit. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6 (S1), S. 19–37.
- Blatter, Joachim; Janning, Frank; Wagemann, Claudius (2007): *Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden. 1. Auflage*. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Bleek, Wilhelm; Lietzmann, Hans J. (Hg.) (2005): *Klassiker der Politikwissenschaft. Von Aristoteles bis David Easton*. München: Beck.
- Bodin, Jean; Niedhart, Gottfried (2005): *Über den Staat*. Stuttgart: Reclam.
- Borja, Rodrigo (2012): *Enciclopedia de la política*. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica.
- Borja Cevallos, Rodrigo (2007): *Sociedad, cultura y derecho. 1. Auflage*. Quito: Ed. Planeta del Ecuador.

- Bröchler, Stephan; Biermann, Brigitte (Hg.) (2008): *Politikwissenschaftliche Perspektiven. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Brozus, Lars (30.09.2010): Wie man in Krisenländern Staatlichkeit schafft. *Zeit Online*. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-09/staatsaufbau-afghanistan/komplettansicht> (Zugriff: 05.04.2017).
- Bukovac, Matthew (2011): *Failed states. Unstable countries in the 21st century. 1. Auflage.* New York: Rosen Publ.
- Bussmann, Claus; Uehlein, Friedrich A. (Hg.) (1999): *Mythische Provokationen in Philosophie, Theologie, Kunst und Politik.* Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun; Lösch, Bettina (2011): *Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus, extreme Rechte, Migration im Fokus der Debatte : [Christoph Butterwegge zu seinem 60. Geburtstag gewidmet]. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Calaminus, Emily (2007): Die Vermessung der Demokratie. Entwicklungen und Beispiele aus Lateinamerika. *KAS-Auslandsinformationen* (7), S. 85–104.
- Campbell, David F.J.; Barth, Thorsten D. (2009): Wie können Demokratie und Demokratiequalität gelesen werden? Modelle, Demokratie-Indizes und Länderbeispiele im globalen Vergleich. *SWS-Rundschau* 49 (2), S. 209–233.
- Carlsen, Lars; Bruggemann, Rainer (2014): The ‘Failed State Index’ Offers More than Just a Simple Ranking. *Social Indicators Research* 115 (1), S. 525–530.
- Centeno, Miguel Ángel (2009): El Estado en América Latina. *Revista CIBOB D’Affers Internacionais* (85–86), S. 11–31.
- Cheibub, José Antonio; Elkins, Zachary; Tom, Ginsburg (2011): Latin American Presidentialism in Comparative and Historical Perspective. *Texas Law Review* 89 (7).
- Chomsky, Noam (2007): *Der gescheiterte Staat.* München: Kunstmann.
- Coppedge, Michael; Gerring, John; Altman, David; Bernhard, Michael; Fish, Steven; Hicken, Allen; Kroenig, Matthew; Lindberg, Staffan I.; McMann, Kelly; Paxton, Pamela; Semetko, Holli A.; Skaaning, Svend-Erik; Staton, Jeffrey; Teorell, Jan (2011): Conceptualizing and Measuring Democracy. A New Approach. *Perspectives on Politics* 9 (02), S. 247–267.
- Cortés, Martín (2012): El Leviatán Criollo. Elementos para el análisis de la especificidad del Estado en América Latina. In: Thwaites Rey, M. (Hg.) *El Estado en América Latina. Continuidades y rupturas.* Santiago de Chile, Buenos Aires: Editorial ARCIS; CLACSO, S. 93 – 115.
- Croissant, Aurel; Bendel, Petra; Rüb, Friedbert (Hg.) (2003): *Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps.* Opladen: Leske + Budrich.
- Dahl, Robert Alan (2007 [1971]): *Polyarchy. Participation and opposition.* New Haven [u.a.]: Yale Univ. Press.
- De la Torre, Carlos (2013): *Populismus in Lateinamerika. Zwischen Demokratisierung und Autoritarismus.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- D’Entreves, Alexander Passerin (1967): *The Notion of the State. An Introduction to Political Theory.* London: Oxford University Press.
- Depenheuer, Otto (2011): *Erzählungen vom Staat. Ideen als Grundlage von Staatlichkeit.* Wiesbaden: VS-Verlag.

- Dettling, Daniel (2008): *Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: Festschrift für Warnfried Dettling*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Diaz-Bone, Rainer; Weischer, Christoph; Beer, Bettina (2015): *Methoden-Lexikon für die Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: Springer.
- Doornbos, MARTin; Woodward, Susan; Roque, Silvia (2006): *Failing States or Failed States? The Role of Development Models. Collected Works. 2. Auflage*. Madrid: Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior (FRIDE).
- Eaton, Kent (2012): The State of the State in Latin America. Challenges, challengers, responses and deficits. *Revista de Ciencias Políticas* 32 (3), S. 643–657.
- Ehrenreich Brooks, Rosa (2005): Failed States, or the State as Failure? *The University of Chicago Law Review* 72 (4), S. 1159–1196.
- Erdmann, Gero (2003): Apokalyptische Trias. Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall - Strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika. In: Croissant, Aurel; Bendel, Petra; Rüb, Friedbert (Hg.) *Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps*. Opladen: Leske + Budrich, S. 267 – 292.
- Euchner, Walter (1997): John Locke: Two Treatises of Government (1689). In: Stammen, Theo; Riescher, Gisela; Hofmann, Wilhelm (Hg.) *Hauptwerke der politischen Theorie*. Stuttgart: Kröner, S. 259 – 262.
- Fishlow, Albert (1990): The Latin American State. *Journal of Economic Perspectives* 4 (3), S. 61–74.
- Freedom House (2016): Methodology: Freedom in the World 2016. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world-2016/methodology> (Zugriff: 31.05.2017).
- Freedom House (2017): *Freedom in the World*. <https://freedomhouse.org/reporttypes/>.
- Fund for Peace (2017): *Fragile State Index* (Zugriff: <http://fundforpeace.org/fsi/analytics/>).
- Fund for Peace (2017): *Fragile State Index and CAST Framework Methodology*. <http://fundforpeace.org/fsi/methodology/> (Zugriff: 20.05.2017).
- Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (2007): *Staatsformen. Von der Antike bis zur Gegenwart. 2. Auflage*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Garner, Robert; Ferdinand, Peter; Lawson, Stephanie (2012): *Introduction to politics. 2. Auflage*. Oxford: Oxford University Press.
- Gaus, Gerald F.; Kukathas, Chandran (Hg.) (2009): *Handbook of political theory*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Grimm, Dieter (2009): *Souveränität. Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs. 1. Auflage*. Berlin: Berlin University Press.
- Grimm, Dieter; Hagenah, Evelyn (Hg.) (1994): *Staatsaufgaben. 1. Auflage*. Baden-Baden: Nomos.
- Häberle, Peter; Kilian, Michael; Wolff, Heinrich (Hg.) (2015): *Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. Deutschland-Österreich-Schweiz*. Berlin, Germany: De Gruyter.
- Hashi, Mohammed Omar (2015): The Failed-State Paradigm and Implications for Politics and Practices of International Security. *Bildhaan: An International Journal of Somali Studies* 14, S. 78–94.

- Hellbrück, Reiner P. (2016): *Angewandte Statistik mit R. Eine Einführung für Ökonomen und Sozialwissenschaftler. 3. Auflage.* Wiesbaden: Springer Gabler.
- Helman, Gerald B.; Ratner, Steven R. (1992): Saving Failed States. *Foreign Policy* (89), S. 3–20.
- Herbst, Jeffrey (1996): Responding to State Failure in Africa. *International Security* 21 (3), S. 120–144.
- Hildebrandt, Achim; Jäckle, Sebastian; Wolf, Frieder; Heindl, Andreas (2015): *Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft.* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Hintze, Otto (1970): *Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte. 3. Auflage.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hirschmann, Kai (2016): *Wie Staaten schwach werden. Fragilität von Staaten als internationale Herausforderung.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hobbes, Thomas; Fetscher, Iring (2011): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. 15. Auflage.* [Frankfurt am Main]: Suhrkamp.
- Hobbes, Thomas; Waas, Lothar R. (2009): *Leviathan. Oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. 1. Auflage.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hofmann, Gerhard (1999): Die Zeche zahlen die Armen. Am Beispiel Lateinamerika: Weltwirtschaftssystem am Ende. In: Bussmann, Claus; Uehlein, Friedrich A. (Hg.) *Mythische Provokationen in Philosophie, Theologie, Kunst und Politik.* Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 136 – 162.
- Högström, John (2013): Does the Choice of Democracy Measure Matter? Comparisons between the Two Leading Democracy Indices, Freedom House and Polity IV. *Government and Opposition* 48 (2), S. 201–221.
- Holtmann, Everhard (Hg.) (op. 1991): *Politik-Lexikon.* München, Wien: R. Oldenbourg.
- Holzinger, Markus (2006): *Der Raum des Politischen. Politische Theorie im Zeichen der Kontingenz.* München: Wilhelm Fink.
- Jäger, Thomas (2007): *Die Tragödie Kolumbiens. Staatszerfall, Gewaltmärkte und Drogenökonomie. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage, Wiesbaden.
- Jäger, Thomas (2009): *Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Jellinek, Georg (1914): *Allgemeine Staatslehre. 3. Auflage.* Berlin: Verlag von O. Häring.
- Kaesler, Dirk (1997): Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft (1922). In: Stammen, Theo; Riescher, Gisela; Hofmann, Wilhelm (Hg.) *Hauptwerke der politischen Theorie.* Stuttgart: Kröner, S. 489 – 493.
- Kailitz, Steffen (Hg.) (2007): *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Kaplan, Marcos (1978): El Leviatán criollo. Estatismo y sociedad en la América Latina contemporánea. *Revista Mexicana de Sociología* 40 (3), S. 795–829.
- Kaplan, Marcos (1995): Theorie und Wirklichkeit des Staates in Lateinamerika. In: Mols, Manfred; Thesing, Josef (Hg.) *Der Staat in Lateinamerika.* Mainz: v. Hase & Koehler, S. 1 – 51.

- Kaufmann, Franz-Xaver (1991): Diskurse über Staatsaufgaben. -Gastvortrag-. *MPIFG Discussion Paper* 91 (5), S. 1–35.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1994): Diskurse über Staatsaufgaben. In: Grimm, Dieter; Hagenah, Evelyn (Hg.) *Staatsaufgaben. 1. Auflage*. Baden-Baden: Nomos, S. 15 – 42.
- Keppeler, Toni (2016): Nur Populismus? Politische Kultur in Lateinamerika und das Erbe der linken Ikonen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66 (39), S. 10–14.
- Kersten, Jens (2015): Georg Jellinek (1851-1911). In: Häberle, Peter; Kilian, Michael; Wolff, Heinrich (Hg.) *Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. Deutschland-Österreich-Schweiz*. Berlin, Germany: De Gruyter, S. 59 – 70.
- Köbler, Gerhard (1991): *Deutsches Etymologisches Rechtswörterbuch*. Tübingen: Mohr.
- Kohler, Ulrich; Kreuter, Frauke (2017): *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung. 5. Auflage*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Küpeli, Ismail (2010): Die Rede vom "gescheiterten Staat". Legitimierung neoliberaler Weltordnung und militärischer Interventionen. *IMI-Studie* (5), S. 1–11.
- Lambach, Daniel (2012): Fragile Staatlichkeit: Begriffe, Theorien und politische Diskurse. In: Meyer, Günter (Hg.) *Staatlichkeit in der Dritten Welt. Fragile und gescheiterte Staaten als Entwicklungsproblem*. Mainz: Interdisziplinärer Arbeitskreis Dritte Welt, S. 33 – 61.
- Lambach, Daniel; Bethke, Felix S. (2012): *Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit: Eine Übersicht über den Forschungsstand*. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität.
- Lambach, Daniel; Johais, Eva; Bayer, Markus (2015): Conceptualising state collapse. An institutionalist approach. *Third World Quarterly* 36 (7), S. 1299–1315.
- Lambach, Daniel; Johais, Eva; Bayer, Markus (2016): *Warum Staaten zusammenbrechen. Eine vergleichende Untersuchung der Ursachen von Staatskollaps*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lauth, Hans-Joachim (2004): *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich. 2. Auflage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lechner, Norbert (1977): La crisis del Estado en América Latina. *Revista Mexicana de Sociología* 39 (2), 389-426.
- Lijphart, Arend (2012): *Patterns of democracy. Government forms and performance in thirty-six countries. 2. Auflage*. New Haven: Yale University Press.
- Linz, Juan J.; Stepan, Alfred (1998): *Problems of democratic transition and consolidation. Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. Baltimore [u.a.]: Johns Hopkins Univ. Press.
- Locke, John; Euchner, Walter; Hoffmann, Hans Jörn (2010): *Zwei Abhandlungen über die Regierung. 1. Auflage*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lora, Eduardo (Hg.) (2007): *El estado de las reformas del estado en América Latina. 1. Auflage*. Bogotá: Banco Interamericano de desarrollo y Mayol Ediciones.
- Machiavelli, Niccolò (1842 [1513]): *Der Fürst [Il Principe]*. Stuttgart, Tübingen: J.G. Cotta.
- Machiavelli, Niccolò (2011 [1532]): *Buch vom Fürsten (Il Principe)*. Leipzig: Verlag von Philipp Reclam jun.
- Machiavelli, Niccolò; Zorn, Rudolf (1978): *Der Fürst. 6. Auflage*. Stuttgart: Kröner.

- Machiavelli, Niccolò; Zorn, Rudolf (2007): *Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung*. 3. Auflage. Stuttgart: Kröner.
- Mackert, Jürgen (2006): *Ohnmächtiger Staat? Über die sozialen Mechanismen staatlichen Handelns*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Mann, Michael (2012-2013): *The sources of social power. Volume 2. The Rise of Classes and Nation-States, 1760–1914*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Marshall, Monty G.; Cole, Benjamin R. (2014): *Global Report 2014. Conflict, Governance and State Fragility*. Vienna, VA USA: Center for Systemic Peace.
- Marshall, Monty G.; Elzinga-Marshall, Gabrielle (2015): State Fragility Index and Matrix 2015.
- Marshall, Monty G.; Elzinga-Marshall, Gabrielle (2015): *State Fragility Index*. <http://www.systemicpeace.org/inscrdata.html>.
- Marshall, Monty G.; Gurr, Ted Robert; Jagers, Keith (2016a): Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transitions. In: *Center for Systemic Peace*.
- Marshall, Monty G.; Gurr, Ted Robert; Jagers, Keith (2016b): *Polity IV Project: Dataset User's Manual*. Center for Systemic Peace.
- Meier, Christian (2011): *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. 6. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Messner, J. J.; Haken, Nate; Taft, Patricia; Blyth, Hannah; Maglo, Marcel; Murphy, Christina; Quinn, Amanda; Brisard, Laura; Cuthbert, Logan; Fitzgerald, Daniel; Nanyongo Effange, Hepsibah; Fidler, Charles; Fiertz, Charler; Hanlon, McKenzie; Hoyer, Kelly; Kelly, Alexandra; Resenberg, Leo; Shelton, Cathryn; Silverman, Sarah; Syed, Mazhar; Vemulapalli, Tanmai; Young, Alexander (2017): *Fragile State Index 2017 - Annual Report*. <http://fundforpeace.org/fsi/2017/05/14/fragile-states-index-2017-annual-report/>.
- Meyer, Günter (Hg.) (2012): *Staatlichkeit in der Dritten Welt. Fragile und gescheiterte Staaten als Entwicklungsproblem*. Mainz: Interdisziplinärer Arbeitskreis Dritte Welt.
- Möller, Hauke (2004): *Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes und die Schranken der Verfassungsrevision. Eine Untersuchung zu Art. 79 Abs. 3 GG und zur verfassungsgebenden Gewalt nach dem Grundgesetz*. Berlin: dissertation.de - Verl. im Internet.
- Mols, Manfred; Thesing, Josef (Hg.) (1995): *Der Staat in Lateinamerika*. Mainz: v. Hase & Koehler.
- Moncayo C., Víctor Manuel (2012): ¿Cómo aproximarnos al Estado en América Latina? In: Thwaites Rey, M. (Hg.) *El Estado en América Latina. Continuidades y rupturas*. Santiago de Chile, Buenos Aires: Editorial ARCIS; CLACSO, S. 19 – 49.
- Morris, Christopher W. (2009): The Modern State. In: Gaus, Gerald F.; Kukathas, Chandran (Hg.) *Handbook of political theory*. Thousand Oaks, CA: Sage, S. 195 – 209.
- Munck, Gerardo L.; Verkuilen, Jay (2002): Conceptualizing and Measuring Democracy. Evaluating Alternative Indices. *Comparative Political Studies* 35 (1), S. 5–34.
- Münkler, Herfried (2005): Niccolò Machiavelli (1469-1527). In: Bleek, Wilhelm; Lietzmann, Hans J. (Hg.) *Klassiker der Politikwissenschaft. Von Aristoteles bis David Easton*. München: Beck, S. 51 – 64.
- Nitschke, Peter (1997): Niccolò Machiavelli: Il Principe. In: Stammen, Theo; Riescher, Gisela; Hofmann, Wilhelm (Hg.) *Hauptwerke der politischen Theorie*. Stuttgart: Kröner, S. 297 – 300.

- Nusser, Karl Heinz (1997): Immanuel Kant: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1793). In: Stammen, Theo; Riescher, Gisela; Hofmann, Wilhelm (Hg.) *Hauptwerke der politischen Theorie*. Stuttgart: Kröner.
- OECD: *The State's Legitimacy in Fragile Situations*. Paris: OECD Publishing.
- Oszlak, Oscar (1981): The Historical Formation of the State in Latin America. Some Theoretical and Methodological Guidelines for its Study. *Latin American Research Review* 16 (2), S. 3–32.
- Pannes, Anna-Tina (2015): *Informalität. Theoretische und empirische Dimensionen informeller Entscheidungsprozesse in Regierungsformationen: Ein Analyseansatz*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pethö, Sándor (2010): The Birth of the Modern State and Its Function Changes. *International Relations Quarterly* 1 (4), S. 1–9.
- Pickel, Gert (2006): Unausweichlichkeit der Demokratisierung oder 'Democracy Bias? Kulturelle Rahmenbedingungen und Faktoren der Stabilität und Instabilität politischer Regime. *Totalitarismus und Demokratie* 6 (2), S. 293–322.
- Pierson, Christopher (2004): *The modern state. 2. Auflage*. London, New York: Routledge.
- Rao, Sameera Shahid (2014): How to prevent 'Failed' States. *IOSR Journal of Humanities and Social Science (IOSR-JHSS)* 19 (4), S. 49–52.
- Reid, Michael (2009): *Forgotten continent. The battle for Latin America's soul*. New Haven, Conn: Yale University Press.
- Reinhard, Wolfgang (2002): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. 3. Auflage*. München: Beck.
- Rinke, Stefan; Stüwe, Klaus (2008): Politische Systeme Amerikas: Ein Vergleich. In: Stüwe, Klaus; Rinke, Stefan (Hg.) *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. 1. Auflage*. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, S. 9 – 59.
- Risse, Thomas; Lehmkuhl, Ursula (2007): Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (20-21), S. 3–9.
- Rivas, José Antonio; Araque Calderón, José Argenis (2003): El Estado en América Latina. Crisis y Reformas. *Espacio Abierto* 12 (3), S. 417–435.
- Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans. 1. Auflage*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rotberg, Robert I. (Hg.) (2003): *State failure and state weakness in a time of terror*. Cambridge, Mass.: World Peace Foundation.
- Rotberg, Robert I. (2004): *When states fail. Causes and consequences*. Princeton N.J.: Princeton University Press.
- Rousseau, Jean-Jacques; Meier, Heinrich (2008): *Diskurs über die Ungleichheit. Kritische Ausgabe des integralen Textes. 6. Auflage*. Paderborn: F. Schöningh.
- Rousseau, Jean-Jacques; Schmidts, Ludwig (1977): *Abhandlung über die Politische Ökonomie. Discours sur l'économie politique*. Paderborn, Paderborn: Schöningh.
- Sadik-Zada, Elkhani Richard (2016): *Oil Abundance and Economic Growth*. Berlin: Logos Verlag.
- Sauer, Dieter (1978): *Staat und Staatsapparat. Ein theoretischer Ansatz*. Frankfurt am Main: Campus.

- Schiller, Theo (2008): *Perspektiven der politischen Soziologie im Wandel von Gesellschaft und Staatlichkeit. Festschrift für Theo Schiller. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Schmelzle, Cord (2015): *Politische Legitimität und zerfallene Staatlichkeit.* [Frankfurt am Main]: Campus Frankfurt / New York.
- Schmidt, Manfred G. (2008): *Demokratietheorien. Eine Einführung. 4. Auflage.* Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Schmitt, Carl (1991 [1932]): *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. 1963. Auflage.* Berlin: Duncker & Humblot.
- Schneckener, Ulrich (Hg.) (2004): *States at risk: fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem.* Berlin: SWP.
- Schneckener, Ulrich (2007): Fragile Staatlichkeit und State-building. Begriffe, Konzepte und Analyserahmen. In: Beisheim, Marianne; Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) *Staatszerfall und Governance.* Baden-Baden: Nomos, S. 98 – 121.
- Schoepp, Sebastian (2012): *Das Ende der Einsamkeit. Was die Welt von Lateinamerika lernen kann.* Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Schubert, Klaus; Klein, Martina (2016): *Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 6. Auflage.* Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Schuppert, Gunnar Folke (2010): *Staat als Prozess. Eine staatstheoretische Skizze in sieben Aufzügen.* Frankfurt, New York: Campus.
- Schwaabe, Christian (2010a): *Politische Theorie 1. 2. Auflage.* Stuttgart: Wilhelm Fink.
- Schwaabe, Christian (2010b): *Politische Theorie 2. 2. Auflage.* Stuttgart: Wilhelm Fink.
- Senghaas, Dieter (2008): Der Leviathan in diesen Zeiten. *Transtate working papers* (75). <http://hdl.handle.net/10419/27907>.
- Stammen, Theo; Riescher, Gisela; Hofmann, Wilhelm (Hg.) (1997): *Hauptwerke der politischen Theorie.* Stuttgart: Kröner.
- StataCorp. 2015. *Stata Statistical Software: Release 14.* College Station, TX: StataCorp LP.
- Straßner, Alexander (Hg.) (2007): *Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Stüwe, Klaus; Rinke, Stefan (Hg.) (2008): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Thiele, Ulrich (2014): *Die politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart. 2. Auflage.* Wiesbaden, Wiesbaden: Marix-Verl.
- Thiessen, Beth (2015): Conceptualizing the 'Failed State': The Construction of the Failed State Discourse. *University of Saskatchewan Undergraduate Research Journal* 1 (2), S. 129–139.
- Thöndl, Michael (2007): Hermann Heller, Staatslehre, in der Bearbeitung von Gerhart Niemeyer, Leiden 1934. In: Kailitz, Steffen (Hg.) *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 165 – 169.
- Thwaites Rey, M. (Hg.) (2012): *El Estado en América Latina. Continuidades y rupturas.* Santiago de Chile, Buenos Aires: Editorial ARCIS; CLACSO.

- Voigt, Rüdiger (2009): *Den Staat denken. Der Leviathan im Zeichen der Krise. 2. Auflage.* Baden-Baden: Nomos.
- Voigt, Rüdiger (2015): *Der moderne Staat. Zur Genese des heutigen Staatsverständnisses. 2015. Auflage.* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Volkman, Ute (2006): *Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom "sozialdemokratischen Konsensus" zum "Neoliberalismus".* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Weber, Max (1972 [1919]): *Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe. 5. Auflage.* Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Weber, Max; Dahrendorf, Ralf (2012): *Politik als Beruf.* Stuttgart: Reclam.
- Weiss, Stefani (2007): *Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Weiss, Ulrich (1997a): Thomas Hobbes: Leviathan. In: Stammen, Theo; Riescher, Gisela; Hofmann, Wilhelm (Hg.) *Hauptwerke der politischen Theorie.* Stuttgart: Kröner, S. 205 – 211.
- Weiss, Ulrich (1997b): Thomas Hobbes: Elementorum Philosophiae sectio tertia, De Cive. In: Stammen, Theo; Riescher, Gisela; Hofmann, Wilhelm (Hg.) *Hauptwerke der politischen Theorie.* Stuttgart: Kröner, S. 179 – 182.
- Werz, Nikolaus (2005): *Lateinamerika. Eine Einführung.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Wöhlcke, Manfred (13.05.1988): Die selbstverschuldete Krankheit. *Die Zeit* (20). <http://www.zeit.de/1988/20/die-selbstverschuldete-krankheit/komplettansicht> (Zugriff: 05.06.2017).
- Wolff, Stefan (2011): The regional dimensions of state failure. *Review of International Studies* 37 (03), S. 951–972.
- Yoo, John (2011): Fixing Failed States. *California Law Review* 99 (1), S. 95–150.
- www.paintmaps.com

8. Anhang

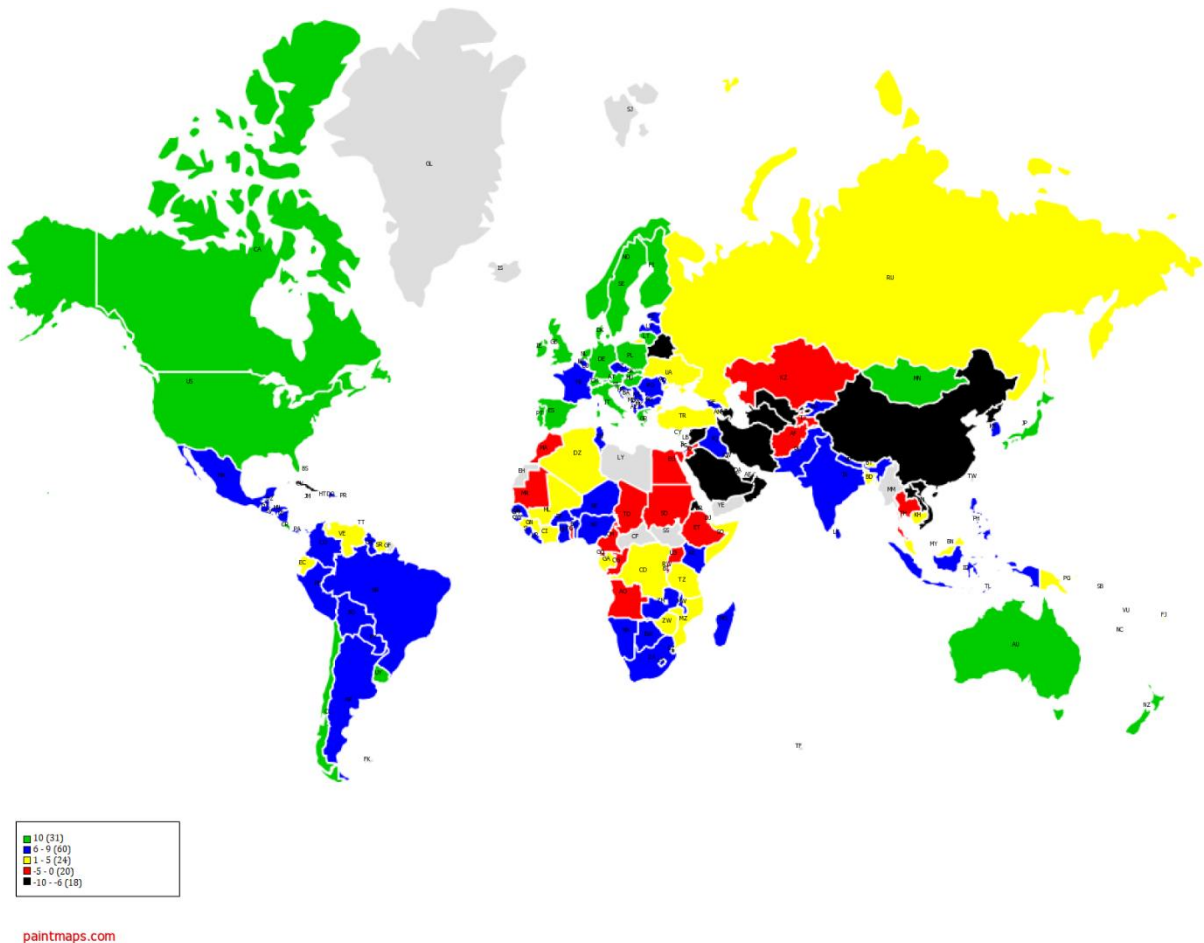
Anhang 1: Polity-IV Indikatoren (Auswahl)

Indikator	Was wird gemessen?	Operationalisierung (Nach (Marshall, Gurr & Jaggers 2016b))
Polity (POLITY)	Messung des Regimecharakters	Combined Polity Score: The Polity score is computed by subtracting the AUTOCRACY score from the DEMOCRACY score; the resulting unified polity scale ranges from +10 (strongly democratic) to -10 (strongly autocratic)
Democracy (DEMOC)	Institutionalisierte Demokratie (institutionalized democracy). Entsteht aus drei essentiellen und voneinander abhängigen Elementen: 1) „ <i>The presence of institutions and procedures through which citizens can express effective preferences about alternative policies and leaders</i> ”; 2) “ <i>The existence of institutionalized constraints on the exercise of power by the executive</i> ” 3) “ <i>The guarantee of civil liberties to all citizens in their daily lives and in acts of political participation</i> ” (ebd.: 14)	Additive eleven-point scale (0-10). <ul style="list-style-type: none"> • Competitiveness of Executive Recruitment (XRCOMP) <ul style="list-style-type: none"> ○ Election: +2 ○ Transitional: +1 • Openness of Executive Recruitment (XROPEN) <ul style="list-style-type: none"> ○ Dual/election: +1 ○ Election: +1 • Constraint on Chief Executive (XCONST) <ul style="list-style-type: none"> ○ Executive parity or subordination: +4 ○ Interm. Category: +3 ○ Substantial limitations +2 ○ Interm. Category +1 • Competitiveness of Political Participation (PARCOMP) <ul style="list-style-type: none"> ○ Competitive: +3 ○ Transitional: +2 ○ Factional: +1
Autocracy (AUTOC)	Institutionalized Autocracy: Analog zum Verständnis von institutionalisierten Demokratie (s. oben).	Additive eleven-point scale (0-10). <ul style="list-style-type: none"> • Competitiveness of Executive Recruitment (XRCOMP) <ul style="list-style-type: none"> ○ Selection: +2 • Openness of Executive Recruitment (XROPEN) <ul style="list-style-type: none"> ○ Closed: +1 ○ Dual/designation: +1 • Constraint on Chief Executive (XCONST) <ul style="list-style-type: none"> ○ Unlimited authority: +3 ○ Interm. Category: +2 ○ Slight to moderate limitations +1 • Regulation of Participation <ul style="list-style-type: none"> ○ Restricted: +2 ○ Sectarian: +1 • Competitiveness of Political Participation (PARCOMP) <ul style="list-style-type: none"> ○ Repressed: +2 ○ Suppressed: +1
Regime Durability (DURABLE)		Number of years since the most recent regime change.

Executive recruitment (EXREC)	<i>“Executive recruitment involves the ways in which superordinates come to occupy their positions” (ebd.: 20).</i>	XRREG+XRCOMP+XROPEN
Regulation of Chief Executive Recruitment (XRREG)	<i>“Are there any stablish modes at all by which chief executives are selected?” (vgl. ebd.).</i>	1) Unregulated, 2) Designational/Transitional 3) Regulated
Competitiveness of Executive Recruitment (XRCOMP)	<i>“Extent that prevailing modes of advancement give subordinates equal opportunities to become superordinates” (ebd.: 21).</i>	1) Selection: Determined by hereditary succession or designation. 2) Dual/Transitional: Dual executives in which one is chosen by hereditary succession, the other by competitive election. 3) Election: Chosen through competitive elections
Openness of Executive Recruitment (XROPEN)	<i>“Recruitment of the chief executive is ‘open’ to the extent that all the politically active population has an opportunity, in principle, to attain the position through a regularized process” (ebd.: 22).</i>	1) Closed: Hereditary succession. 2) Dual Executive-Designation: Hereditary succession plus court or executive selection of an effective chief minister. 3) Dual Executive-Election: Hereditary succession plus electoral selection of an effective chief minister. 4) Open: Chief executives are chosen by elite designation, competitive election or transitional arrangements.
Executive Constraints (Decision rules) (XCONST)	<i>“Institutionalized constraints on the decision-making powers of chief executives” (ebd.: 24).</i>	1) Unlimited authority: No regular limitations on the executive actions 2) Intermediate category 3) Slight to moderate limitation on executive authority: Some, but limited restraints. 4) Intermediate category 5) Substantial limitations on executive authority: The executive has more effective authority [...] but is subject to substantial constraint. 6) Intermediate category 7) Executive parity or subordination: Accountability groups have effective authority equal to or greater than the executive.
Regulation of participation (PARREG)	<i>“Participation is regulated to the extent that there are binding rules on when, whether, and how political preferences are expressed” (ebd.: 25).</i>	1) Unregulated: Political participation is fluid, there are no enduring national political organizations and no systematic regime controls 2) Multiple identity: Relatively stable and enduring political groups which compete for political influence 3) Sectarian: Political demands characterized by incompatible interests and intransigent posturing among multiple identity groups. 4) Restricted: Significant types of conventional participation is excluded from the political process 5) Regulated: Stable and enduring political groups compete for political influence and positions with little use of coercion.

Competitiveness of participation (PARCOMP)	<i>"Extent to which alternative preferences for policy and leadership can be pursued in the political arena"</i> (ebd.: 26)	0) Not applicable 1) Repressed: no significant oppositional activity is permitted outside the ranks of the regime and ruling party. 2) Suppressed: Regime systematically limits the form of political competition occurring outside government. 3) Factional: Politics with parochial or ethnic-based political factions compete for political influence 4) Transitional: Any transitional arrangement from restricted, suppressed or factional patterns to fully competitive patterns or vice versa. 5) Competitive: Stable and enduring, secular political groups which regularly compete for political influence
--	---	--

Polity-IV (2015) Weltweit



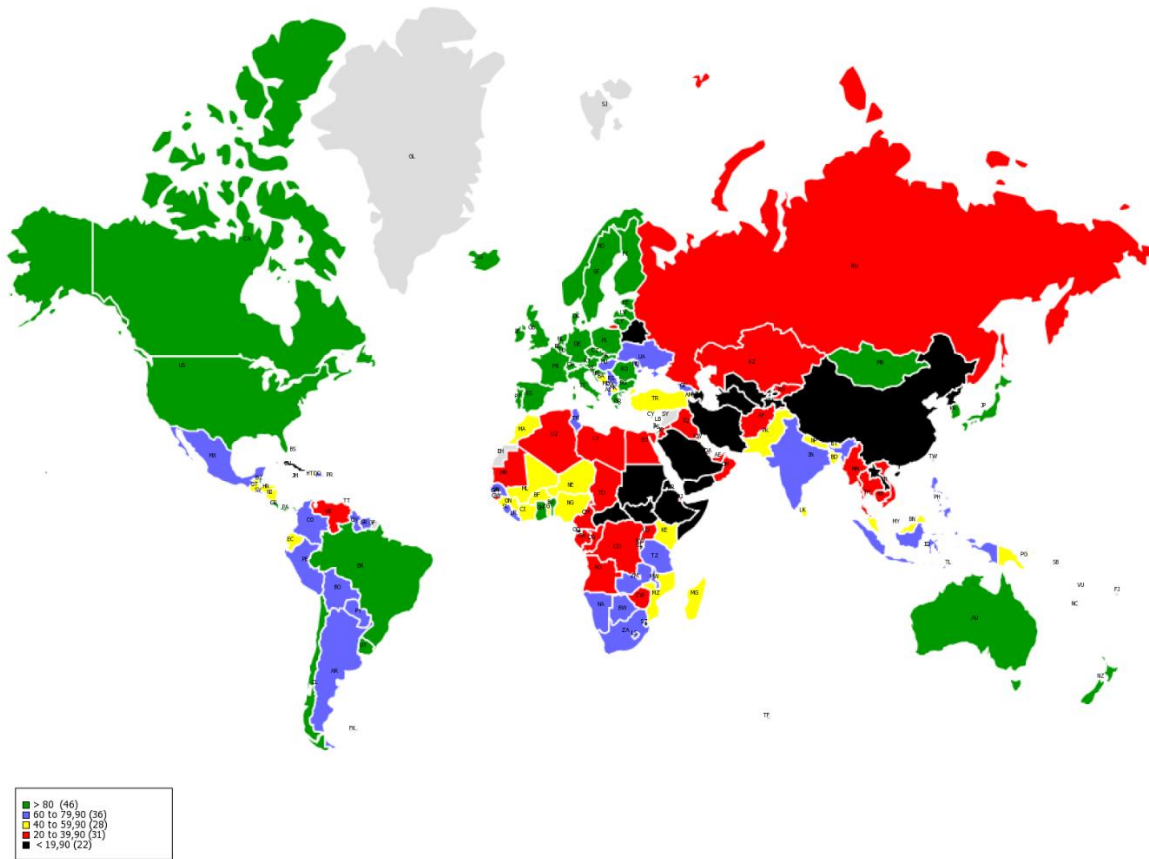
Anhang 2: Freedom House Kategorien und Leitfragen⁴³

Political Rights (up to 40 points)	
Electoral Process (0-12 points)	Is the head of government or other chief national authority elected through free and fair elections?
	Are the national legislative representatives elected through free and fair elections?
	Are the electoral laws and framework fair?
Political Pluralism and Participation (0-16 points)	Do the people have the right to organize in different political parties or other competitive political groupings of their choice, and is the system open to the rise and fall of these competing parties or groupings?
	Is there a significant opposition vote and a realistic opportunity for the opposition to increase its support or gain power through elections?
	Are the people's political choices free from domination by the military, foreign powers, totalitarian parties, religious hierarchies, economic oligarchies, or any powerful group?
	Du cultural, ethnic, religious, or other minority groups have full political rights and electoral opportunities?
Functioning of Government (0-12 points)	Do the freely elected head of government and national legislative representatives determine the policies of the government?
	Is the government free from persuasive corruption?
	Is the government accountable to the electorate between elections, and does it operate with openness and transparency?
Discretionary PR Questions	For traditional monarchies that have no parties or electoral process, does the system provide for genuine, meaningful consultation with the people, encourage public discussion of policy choices, and allow the right to petition the ruler? (0-4 points)
	Is the government or occupying power deliberately changing the ethnic composition of a country or territory so as to destroy a culture or tip the political balance in favor of another group? (-4 – 0 points)
Civil Liberties (up to 60 points)	
Freedom of Expression and Belief (0-16 points)	Are there free and independent media and other forms of cultural expression?
	Are religious institutions and communities free to practice their faith and express themselves in public and private?
	Is there academic freedom, and is the educational system free of extensive political indoctrination?
	Is there open and free private discussion?
Associational and Organizational Rights (0-12 points)	Is there freedom of assembly, demonstration, and open public discussion?
	Is there freedom for non-governmental organizations?
	Are there free trade unions and peasant organizations or equivalents, and is there effective collective bargaining? Are there free professional and other private organizations?

⁴³ Aus Freedom House (2016)

Rule of Law (0-16 points)	Is there an independent judiciary?
	Does the rule of law prevail in civil and criminal matters? Are police under direct civilian control?
	Is there protection from political terror, unjustified imprisonment, exile or torture, whether by groups that support or oppose the system? Is there freedom from war and insurgencies?
	Do laws, policies, and practices guarantee equal treatment of various segments of the population?
Personal Autonomy (0-16)	Do individuals enjoy freedom of travel or choice of residence, employment, or institutions of higher education?
	Do individuals have the right to own property and establish private business? Is private business activity unduly influenced by government officials, the security forces, political parties/organizations, or organized crime?
	Are there personal social freedoms, including gender equality, choice of marriage partners, and size family?
	Is there equality of opportunity and the absence of economic exploitation?

Freedom in the World (2015) weltweit



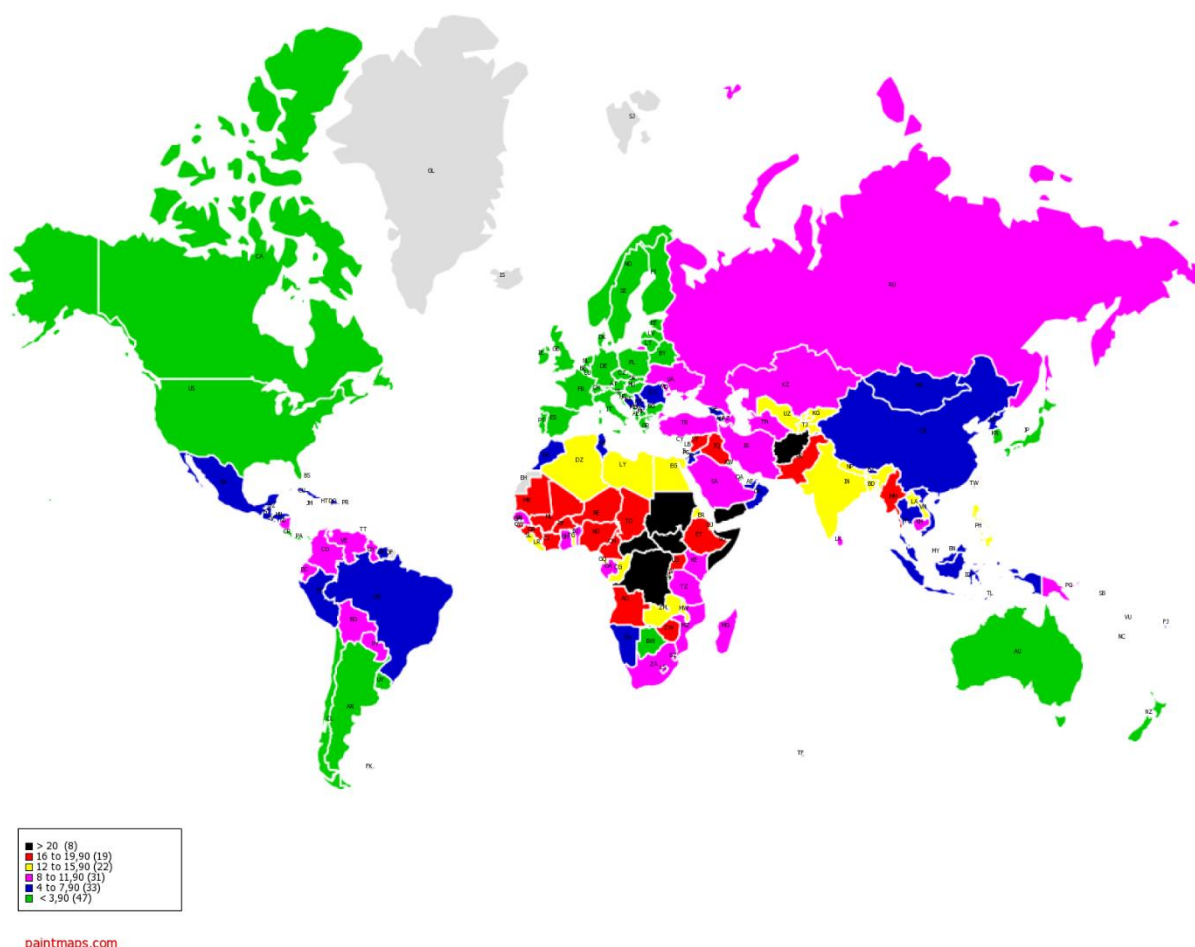
paintmaps.com

Anhang3: State Fragility Index⁴⁴

Dimension	Indicators
Security Indicators	Security Effectiveness (seceff): Total Residual War as a measure of general security and vulnerability to political violence (0-3)
	Security Legitimacy (secleg): State Repression. 1= „no repression – 5= „systemic, collective repression”
Political Indicators	Political Effectiveness (poleff): Regime/Governance Stability. Regime Durability (< 10 years = 1); Current Leader’s years in office (> 12 years = 1); Total number of Coup events. (1-2 = 1)
	Political Legitimacy (polleg): Regime/Governance Inclusion. Factionalism; Ethnic Group Political Discrimination; Political Salience of Elite Ethnicity; Polity Fragmentation (0-3)
Economic Indicators	Economic Effectiveness (ecoeff): GDP per capita: <500 USD= 4; 500 USD – 1199.99 USD= 3; 1200 USD-2999.99 USD= 2; 3000 USD – 7499.99 USD= 1; >7500USD= 0
	Economic Legitimacy (ecoleg): Share of Export Trade in Manufactured Goods. Relation between the export of manufactured goods and primary commodities. ≤ 10= 3; ≥ 10 ≤ 25= 2; ≥ 25 ≤ 40= 1; > 40= 0.
Social Indicators	Social Effectiveness (soceff): HDI. ≤ 0.400= 3; ≥ 0.400 ≤ 0.600= 2; ≥ 0.600 ≤ 0.7000= 1; > 0.7000= 1
	Social Legitimacy (socleg): Human Capital Care based on Infant Mortality Rates. > 75.00=3; ≤ 75.00 ≥ 45.00= 2; ≤ 45.00 ≥ 20.00; < 20.00= 0

⁴⁴ Aus Marshall und Elzinga-Marshall (2015)

State Fragility Index (2015) weltweit



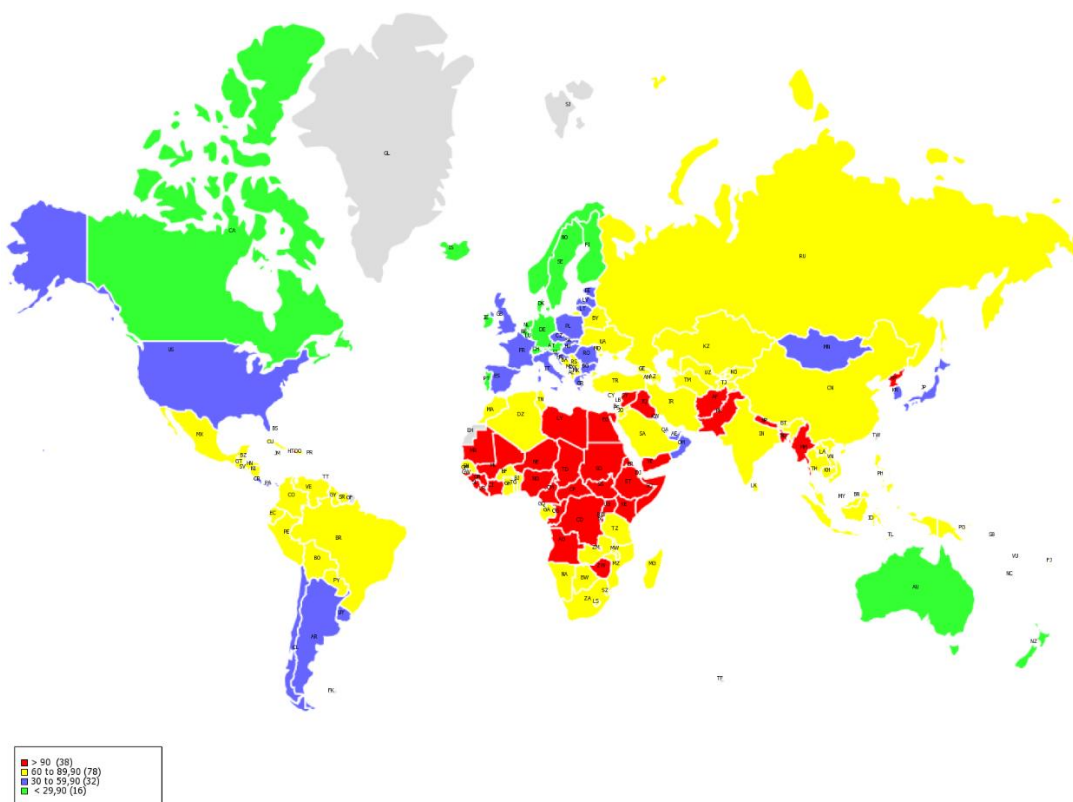
Anhang 4: Fragile State Index Dimensionen und Indikatoren

Subindikatoren	Beschreibung	Fragen
Cohesion Indicators		
C1: Security Apparatus	Considers security threats to the state. Takes into account criminal factors and perceived trust in domestic security.	Monopoly on the use of the force, Relationship between security and citizenry, Force, Arms.
C2: Factionalized Elites	Fragmentation of the state institutions along ethnic, class, clan, racial or religious lines. Nationalistic political rhetoric use by political elites.	Representative leadership, identity, resource distribution, equality and equity.
C3: Group Grievance	Social or political divisions and schisms between groups in the society and their role in access to services or ressources and inclusion in the political process.	Post-conflict response, equality, divisions, communal violence.
Economic Indicators		
E1: Economic Decline and Poverty	Per capita income, GNP, unemployment rates, inflation, productivity, debts, poverty levels, business failures, devaluation of	Public finances, economic conditions, economic climate, economic diversification.

	currency, austerity programs. Formal economy but also illicit trade, capital flight, corruption, etc.	
E2: Uneven Development	Inequality within the economy (irrespective of the actual performance of the economy). Structural inequality and basis (groups, education, region, etc.). Perception of inequality. Opportunities to improve.	Economic equality, Economic opportunity, socio-economic dynamics
E3: Human Flight and Brain Drain	Economic impact of human displacement and consequences in the country's development. Voluntary migration and force displacement of professionals and intellectuals	Retention of technical and intellectual capital, economics, diaspora.
Political Indicators		
P1: State Legitimacy	Representativeness and openness of government and relation to the citizenry. Level of confidence in state institutions and processes. The state legitimacy indicator doesn't necessarily make a judgement on democratic governance it does consider the integrity of election where they take place and the nature of political transition. Openness of government to transparency, accountability and political representation. Ability to exercise basic functions that infers a population's confidence in its government such as the ability to collect taxes.	Confidence in the political process, political opposition, transparency, openness and fairness of the political process, political violence.
P2: Public Services	Presence of basic state functions that serve the people. Essential services: health, education, water sanitation, transport, electricity, internet and connectivity. State ability to protect its citizens through effective policing. Also to whom serves the state (elites or the general population). Level of maintenance of general infrastructure.	General provision of public services, health, education shelter, infrastructure.
P3: Human Rights and Rule of Law	Human rights and rule of law. Protection of fundamental rights and freedoms. Abuse of legal, political or social rights of individuals, groups or institutions. Outbreaks of politically inspired violence. Authoritarian, dictatorial or military rule in which constitutional and democratic institutions and processes are suspended or manipulated.	Civil and political rights, civil and political freedoms, violation of the rights, openness, justice, equality.

Social Indicators		
S1: Demographic Pressures	Pressures upon the state deriving from the population itself or the environment around it (e.g.: access to safe water, food supply, health, but also natural hazards or disasters).	Population, public health, food and nutrition, environment, resources
S2: Refugees and IDPs	Pressure caused by forced displacement of large communities are result of social, political or environmental causes. Inflows and outflows are considered within the context of the state's population.	Refugees, IDPs, response to displacement
Cross-Cutting Indicator		
External Intervention	Influence and impact of external actors in the functioning of a state (security and economic). Security aspects of engagement of external actors and economic engagement. Humanitarian interventions.	Political intervention, force intervention, economic intervention.

Fragile State Index (2015) weltweit



paintmaps.com

Anhang 5: Modellen 1-4 mit Kontrollvariablen

Model 1a	Freedom in the World-Index (Aggr. Score; 2015)
Const	205.7*** (22.38)
Fragile State Index (Total; 2015)	-1.44*** (0.14)
HDI (2015)	-49.44* (21.04)
GDP (2015)	-0.0004** (0.0001)
Urban Population	-0.120 (0.09)
N	168
R-squared	0.58

Model 2a	Polity IV (2015)
Const	21.09*** (5.58)
State Fragility Index (2015)	-0.76*** (0.16)
HDI (2015)	-13.32 (7.32)
GDP (2015)	0.00002 (0.00003)
Urban Population	-0.0292 (0.3)
N	149
R-squared	0.207

Model 3a	Freedom in the World-Index (Aggr. Score; 2015)
Const	141.9*** (19.95)
State Fragility Index (2015)	-4.3996*** (0.55)
HDI (2015)	-69.85** (26.1)
GDP (2015)	0.0004*** (0.0001)
Urban Population	-0.0903 (0.11)
N	155
R-squared	0.54

Model 4a	Polity IV (2015)
Const	28.94*** (6.64)
Fragile State Index (Total; 2015)	-0.224*** (0.04)
HDI (2015)	-9 (6.41)
GDP (2015)	-0.0001* (0.00004)
Urban Population	-0.03 (0.03)
N	149
R-squared	0.223

Anhang 6: Absolute und relative Häufigkeit

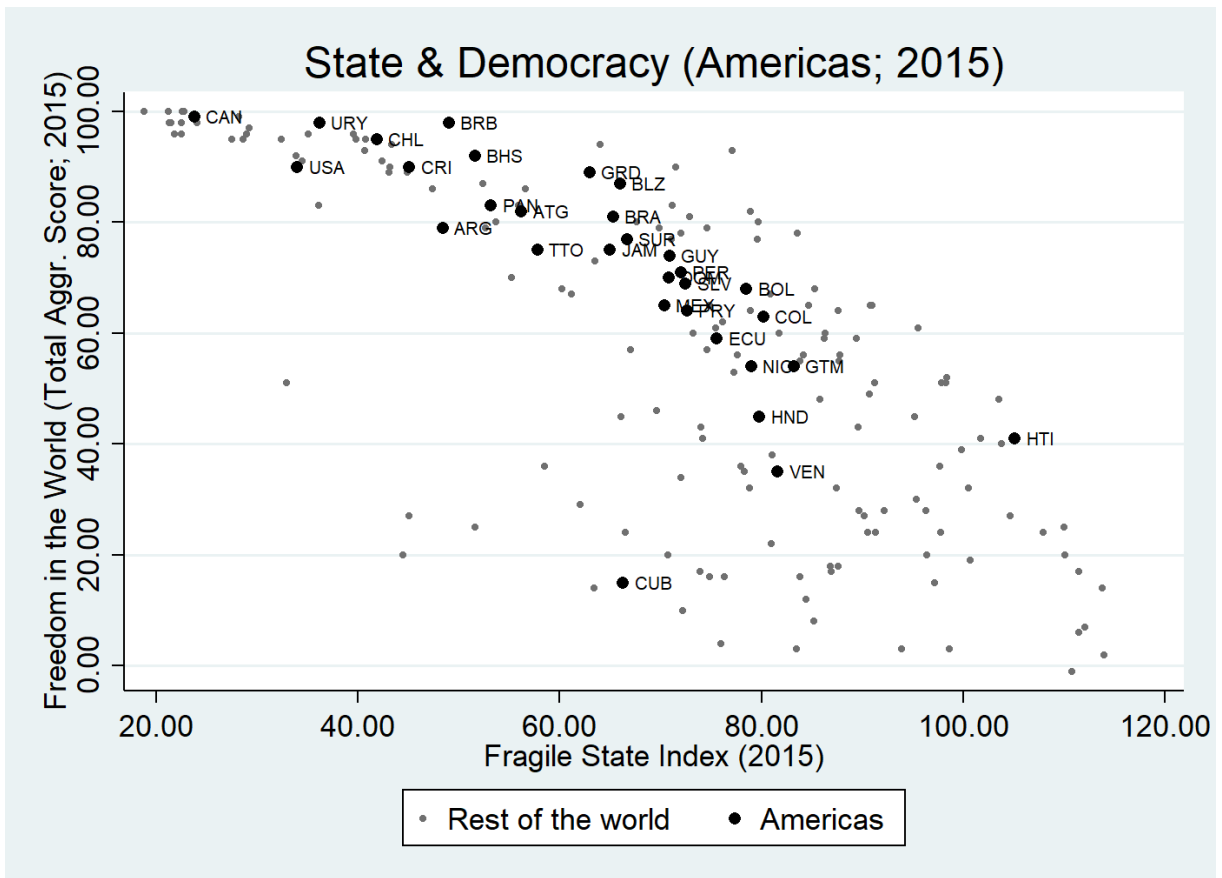
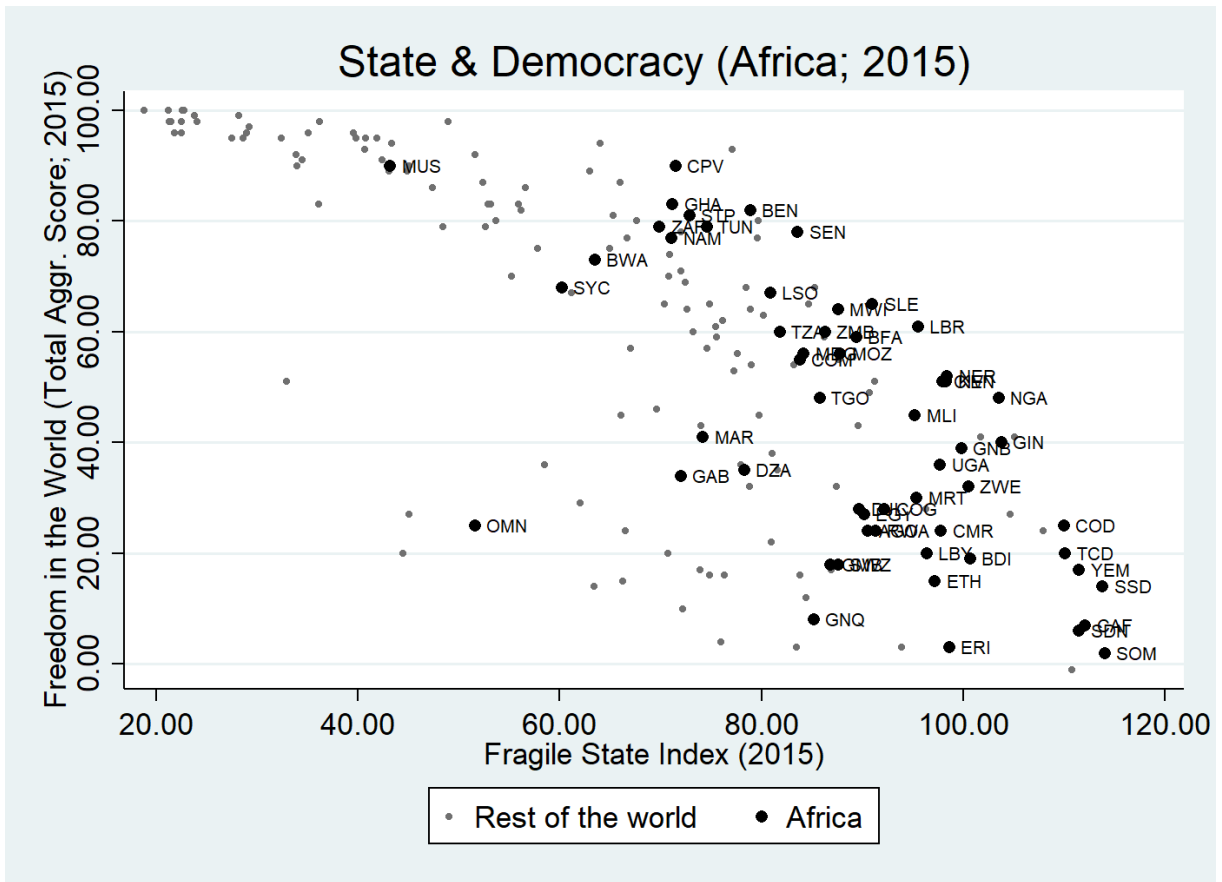
FH (Liberal Democracy)	Frequency	Percent
0	107	60.45
1	70	39.55

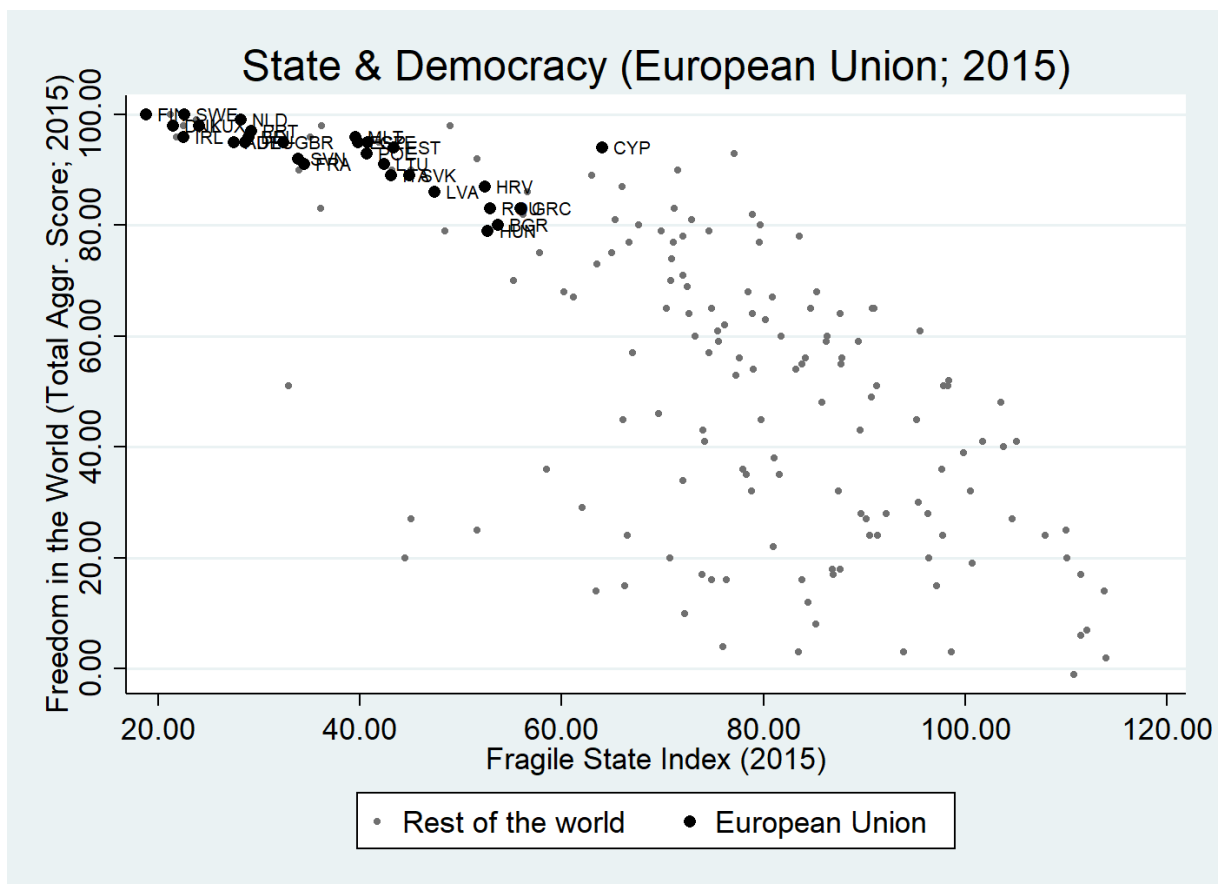
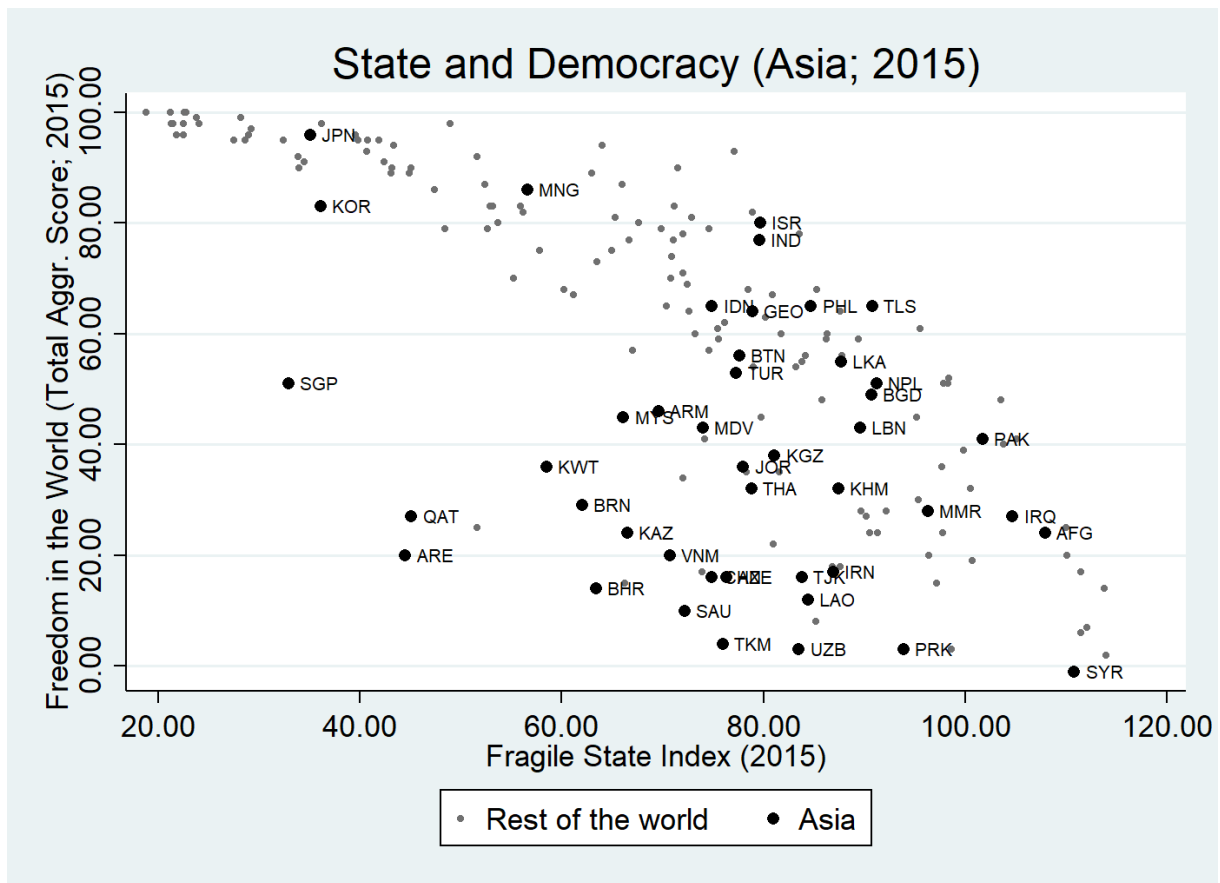
FH (Electoral Democracy)	Frequency	Percent
0	71	39.89
1	107	60.11

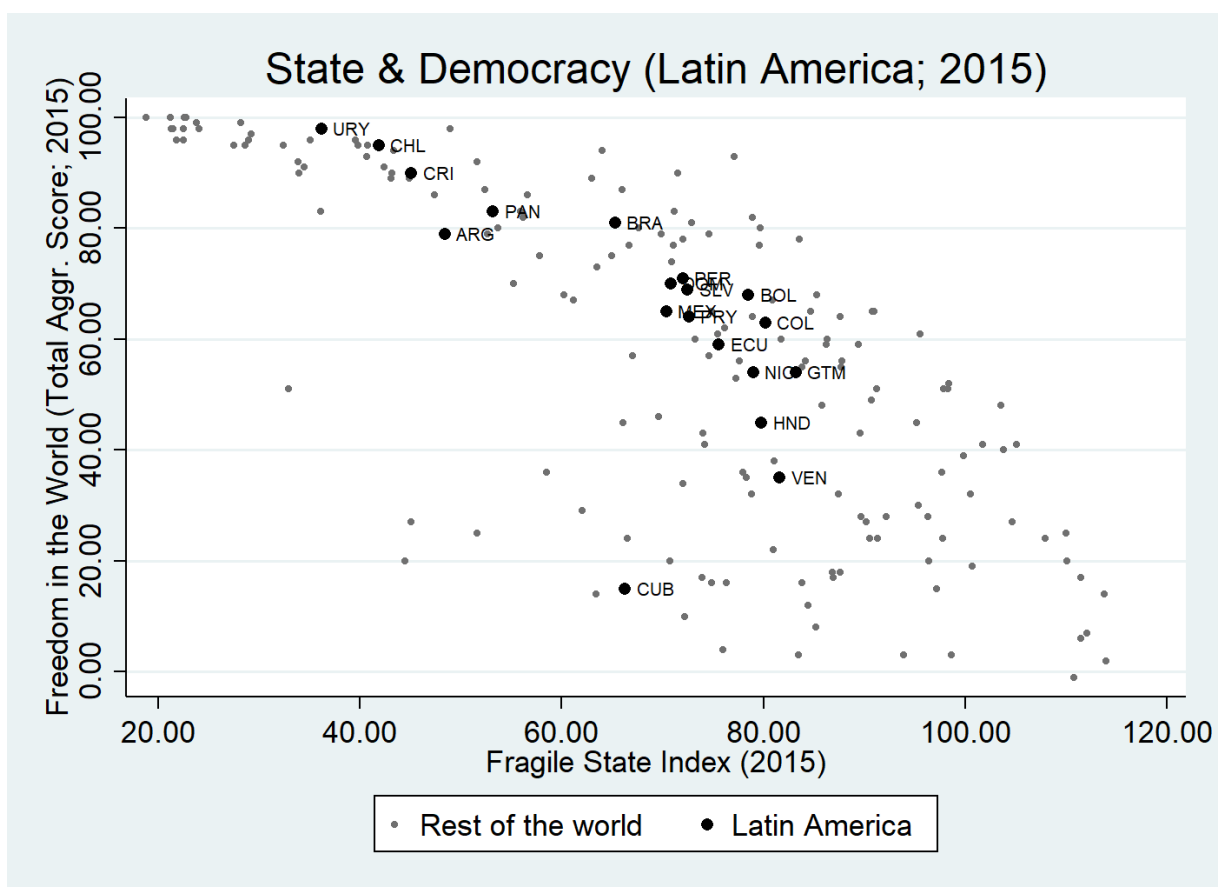
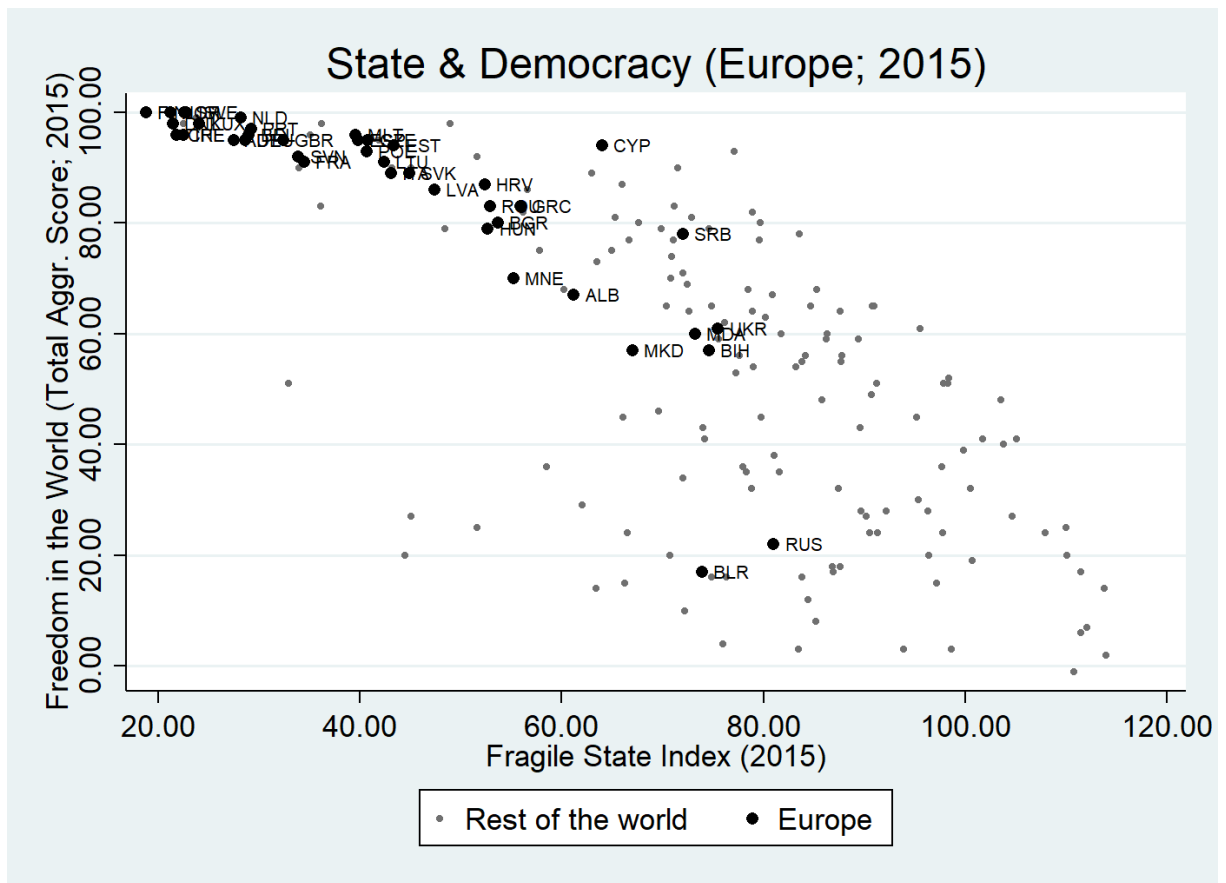
FSI (Fragile State) (>60)	Frequency	Percent
0	125	70.22
1	53	29.78

FSI (Failed State) (>90)	Frequency	Percent
0	71	39.89
1	107	60.11

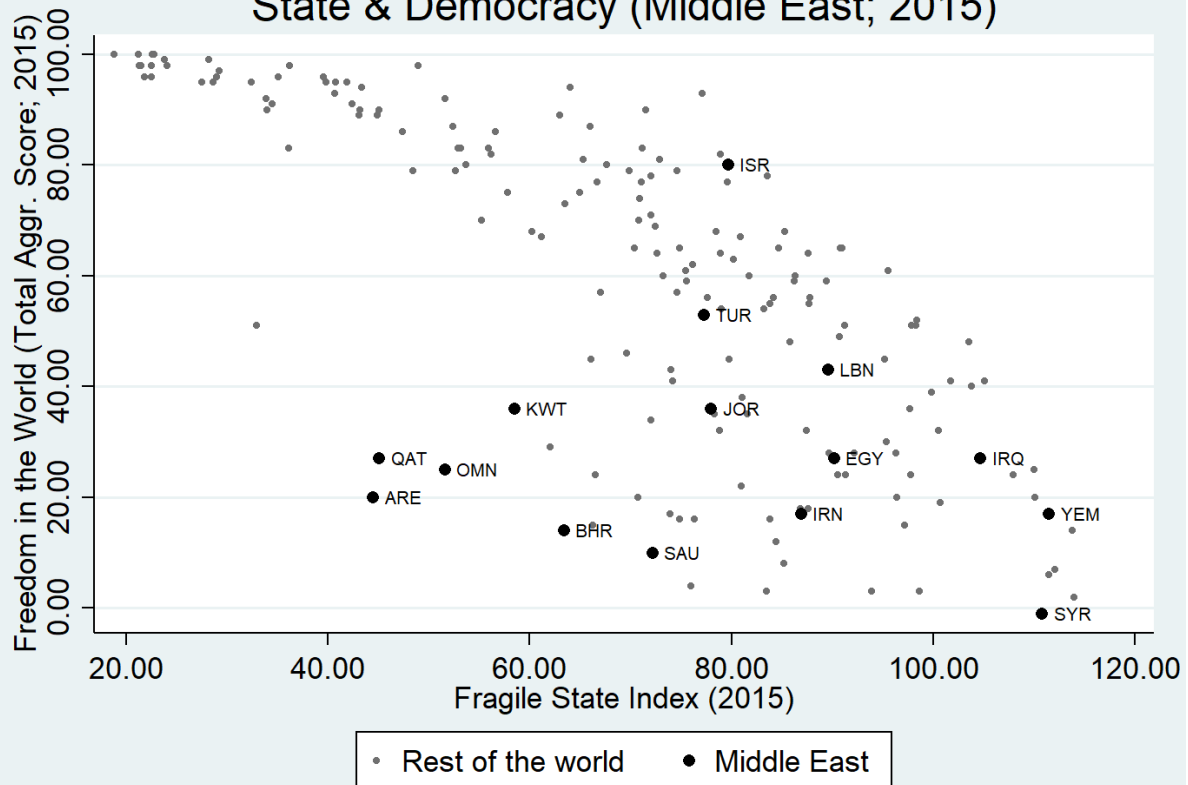
Anhang 6: Staatlichkeit und Demokratie weltweit



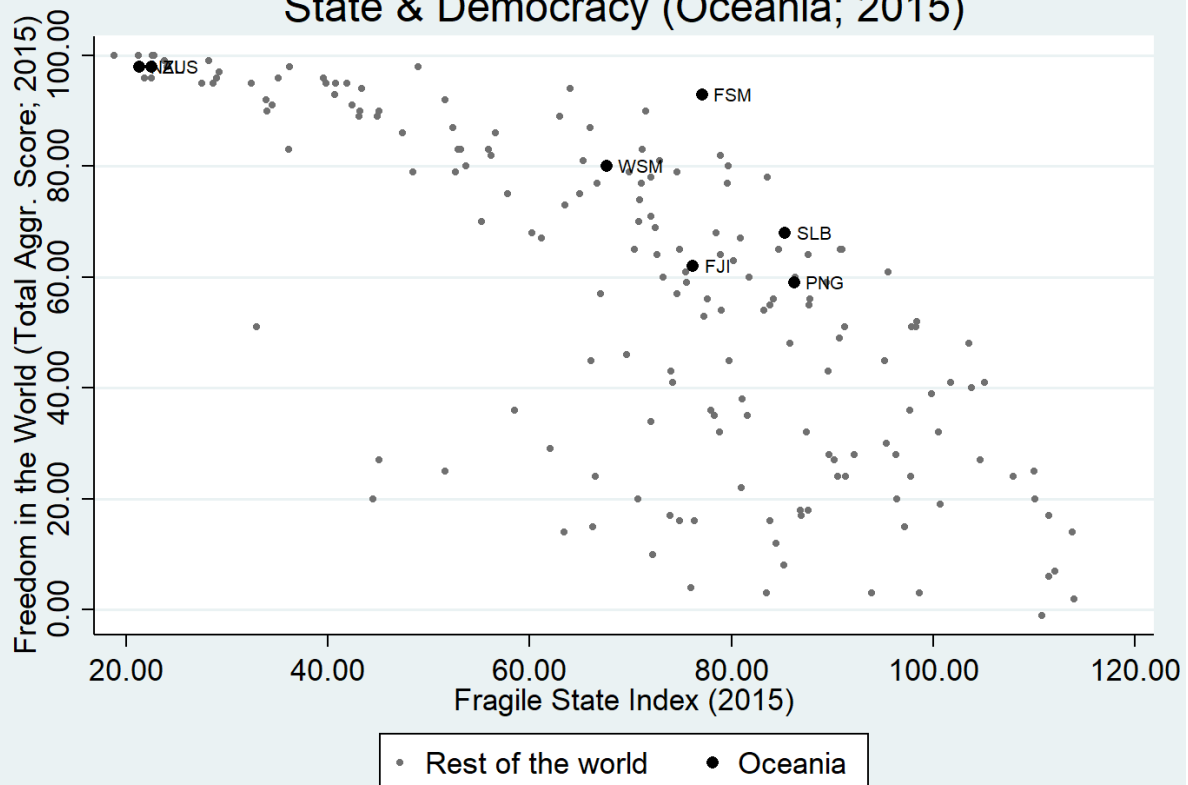


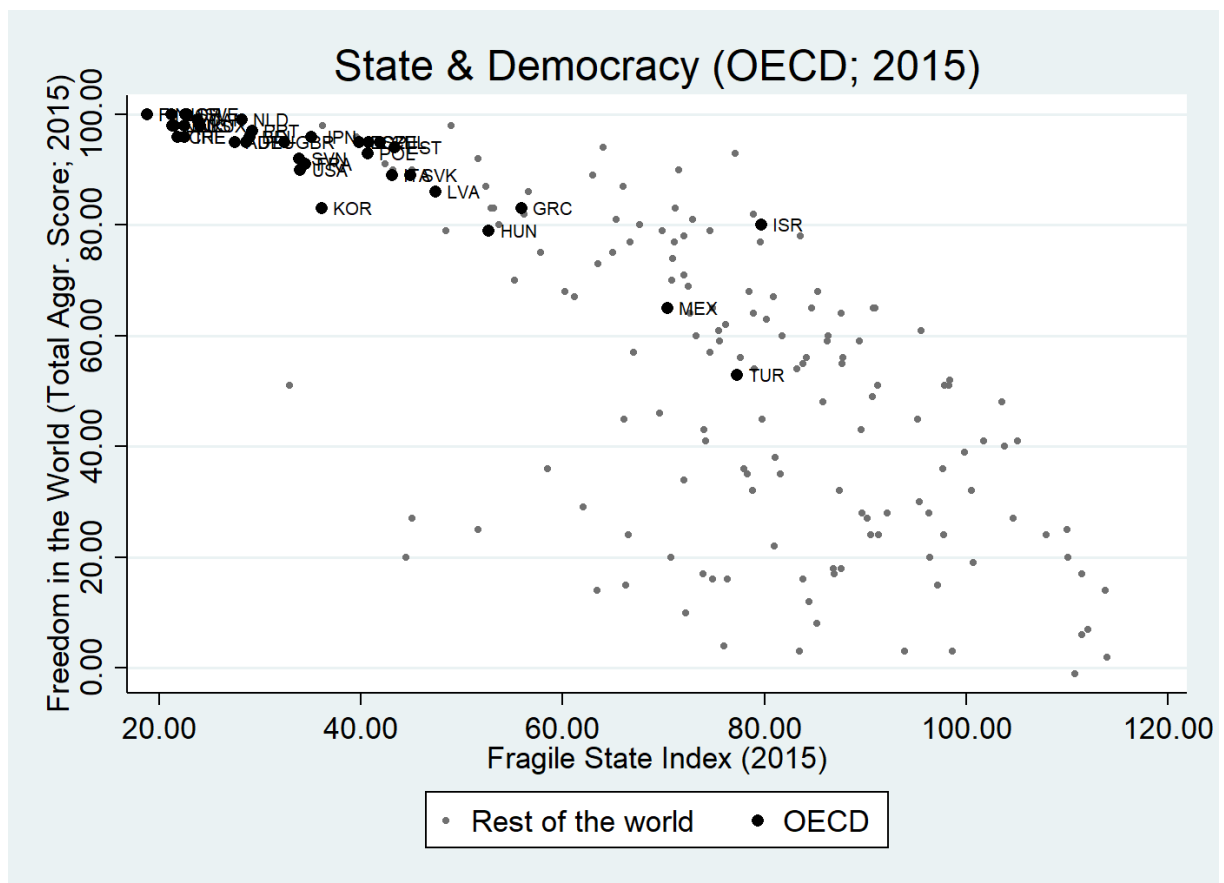


State & Democracy (Middle East; 2015)



State & Democracy (Oceania; 2015)





Anhang 7: Länderliste

COUNTRY	Code	FSI (2015)	FH Total Aggr. (2015)	Polity-IV (2015)	SFI (2015)
Afghanistan	AFG	107,90	24,00	-1,00	21,00
Albania	ALB	61,20	67,00	9,00	2,00
Algeria	DZA	78,30	35,00	2,00	12,00
Angola	AGO	90,50	24,00	-2,00	16,00
Antigua and Barbuda	ATG	56,20	82,00		
Argentina	ARG	48,40	79,00	9,00	2,00
Armenia	ARM	69,60	46,00	5,00	6,00
Australia	AUS	22,50	98,00	10,00	2,00
Austria	AUT	27,50	95,00	10,00	0,00
Azerbaijan	AZE	76,30	16,00	-7,00	10,00
Bahamas	BHS	51,60	92,00		
Bahrain	BHR	63,40	14,00	-10,00	9,00
Bangladesh	BGD	90,70	49,00	1,00	12,00
Barbados	BRB	49,00	98,00		
Belarus	BLR	73,90	17,00	-7,00	3,00
Belgium	BEL	29,00	96,00	8,00	2,00
Belize	BLZ	66,00	87,00		
Benin	BEN	78,90	82,00	7,00	10,00
Bhutan	BTN	77,60	56,00	5,00	7,00
Bolivia	BOL	78,50	68,00	7,00	10,00

Bosnia	BIH	74,60	57,00		4,00
Botswana	BWA	63,50	73,00	8,00	3,00
Brazil	BRA	65,30	81,00	8,00	5,00
Brunei	BRN	62,00	29,00		
Bulgaria	BGR	53,70	80,00	9,00	2,00
Burkina Faso	BFA	89,40	59,00	6,00	16,00
Burundi	BDI	100,70	19,00	-1,00	21,00
Cambodia	KHM	87,40	32,00	2,00	11,00
Cameroon	CMR	97,80	24,00	-4,00	16,00
Canada	CAN	23,80	99,00	10,00	0,00
Cape Verde	CPV	71,50	90,00	10,00	5,00
Central African Republic	CAF	112,10	7,00		24,00
Chad	TCD	110,10	20,00	-2,00	19,00
Chile	CHL	41,90	95,00	10,00	2,00
China	CHN	74,90	16,00	-7,00	6,00
Colombia	COL	80,20	63,00	7,00	10,00
Comoros	COM	83,80	55,00	9,00	12,00
Congo (D. R.)	COD	110,00	25,00	5,00	23,00
Congo (Republic)	COG	92,20	28,00	-4,00	13,00
Costa Rica	CRI	45,10	90,00	10,00	1,00
Cote d'Ivoire	CIV	97,90	51,00	4,00	17,00
Croatia	HRV	52,40	87,00	9,00	2,00
Cuba	CUB	66,30	15,00	-7,00	5,00
Cyprus	CYP	64,00	94,00	10,00	3,00
Czechia	CZE	40,80	95,00	9,00	0,00
Denmark	DNK	21,50	98,00	10,00	0,00
Djibouti	DJI	89,70	28,00	4,00	13,00
Dominican Republic	DOM	70,80	70,00	8,00	4,00
Ecuador	ECU	75,60	59,00	5,00	8,00
Egypt	EGY	90,20	27,00	-4,00	12,00
El Salvador	SLV	72,50	69,00	8,00	4,00
Equatorial Guinea	GNQ	85,20	8,00	-6,00	12,00
Eritrea	ERI	98,60	3,00	-7,00	15,00
Estonia	EST	43,40	94,00	9,00	0,00
Ethiopia	ETH	97,20	15,00	-3,00	19,00
Fiji	FJI	76,20	62,00	2,00	6,00
Finland	FIN	18,80	100,00	10,00	0,00
France	FRA	34,50	91,00	9,00	0,00
Gabon	GAB	72,00	34,00	3,00	10,00
Gambia	GMB	86,80	18,00	-5,00	15,00
Georgia	GEO	78,90	64,00	7,00	6,00
Germany	DEU	28,60	95,00	10,00	0,00
Ghana	GHA	71,20	83,00	8,00	11,00
Greece	GRC	55,90	83,00	10,00	2,00
Grenada	GRD	63,00	89,00		

Guatemala	GTM	83,20	54,00	8,00	7,00
Guinea	GIN	103,80	40,00	4,00	18,00
Guinea Bissau	GNB	99,80	39,00	6,00	17,00
Guyana	GUY	70,90	74,00	7,00	9,00
Haiti	HTI	105,10	41,00		15,00
Honduras	HND	79,80	45,00	7,00	7,00
Hungary	HUN	52,70	79,00	10,00	0,00
Iceland	ISL	22,80	100,00		
India	IND	79,60	77,00	9,00	12,00
Indonesia	IDN	74,90	65,00	9,00	7,00
Iran	IRN	86,90	17,00	-7,00	9,00
Iraq	IRQ	104,70	27,00	6,00	18,00
Ireland	IRL	22,50	96,00	10,00	0,00
Israel (and West Bank)	ISR	79,70	80,00	6,00	7,00
Italy	ITA	43,10	89,00	10,00	0,00
Jamaica	JAM	65,00	75,00	9,00	3,00
Japan	JPN	35,10	96,00	10,00	0,00
Jordan	JOR	78,00	36,00	-3,00	6,00
Kazakhstan	KAZ	66,50	24,00	-6,00	9,00
Kenya	KEN	98,30	51,00	9,00	10,00
Kuwait	KWT	58,50	36,00	-7,00	3,00
Kyrgyzstan	KGZ	81,10	38,00	7,00	12,00
Laos	LAO	84,40	12,00	-7,00	12,00
Latvia	LVA	47,40	86,00	8,00	0,00
Lebanon	LBN	89,60	43,00	6,00	5,00
Lesotho	LSO	80,90	67,00	8,00	9,00
Liberia	LBR	95,50	61,00	6,00	15,00
Libya	LBY	96,40	20,00		13,00
Lithuania	LTU	42,40	91,00	10,00	1,00
Luxembourg	LUX	24,10	98,00	10,00	0,00
Macedonia	MKD	67,00	57,00	9,00	2,00
Madagascar	MDG	84,20	56,00	6,00	11,00
Malawi	MWI	87,60	64,00	6,00	14,00
Malaysia	MYS	66,10	45,00	5,00	5,00
Maldives	MDV	74,00	43,00		
Mali	MLI	95,20	45,00	5,00	16,00
Malta	MLT	39,60	96,00		
Mauritania	MRT	95,40	30,00	-2,00	16,00
Mauritius	MUS	43,20	90,00	10,00	1,00
Mexico	MEX	70,40	65,00	8,00	5,00
Micronesia	FSM	77,10	93,00		
Moldova	MDA	73,20	60,00	9,00	8,00
Mongolia	MNG	56,60	86,00	10,00	7,00
Montenegro	MNE	55,20	70,00	9,00	3,00
Morocco	MAR	74,20	41,00	-4,00	6,00

Mozambique	MOZ	87,80	56,00	5,00	11,00
Myanmar	MMR	96,30	28,00		18,00
Namibia	NAM	71,10	77,00	6,00	5,00
Nepal	NPL	91,20	51,00	6,00	12,00
Netherlands	NLD	28,20	99,00	10,00	0,00
New Zealand	NZL	21,30	98,00	10,00	2,00
Nicaragua	NIC	79,00	54,00	9,00	8,00
Niger	NER	98,40	52,00	6,00	18,00
Nigeria	NGA	103,50	48,00	7,00	18,00
North Korea	PRK	93,90	3,00	-10,00	7,00
Norway	NOR	21,20	100,00	10,00	2,00
Oman	OMN	51,60	25,00	-8,00	5,00
Pakistan	PAK	101,70	41,00	7,00	16,00
Panama	PAN	53,20	83,00	9,00	3,00
Papua New Guinea	PNG	86,20	59,00	5,00	11,00
Paraguay	PRY	72,60	64,00	9,00	9,00
Peru	PER	72,00	71,00	9,00	6,00
Philippines	PHL	84,70	65,00	8,00	12,00
Poland	POL	40,70	93,00	10,00	0,00
Portugal	PRT	29,20	97,00	10,00	0,00
Qatar	QAT	45,10	27,00	-10,00	3,00
Romania	ROU	52,90	83,00	9,00	4,00
Russia	RUS	81,00	22,00	4,00	9,00
Rwanda	RWA	91,30	24,00	-3,00	16,00
Samoa	WSM	67,60	80,00		
Sao Tome	STP	72,90	81,00		
Saudi Arabia	SAU	72,20	10,00	-10,00	8,00
Senegal	SEN	83,60	78,00	7,00	10,00
Serbia	SRB	72,00	78,00	8,00	4,00
Seychelles	SYC	60,20	68,00		
Sierra Leone	SLE	91,00	65,00	7,00	14,00
Singapore	SGP	32,90	51,00	-2,00	2,00
Slovakia	SVK	44,90	89,00	10,00	1,00
Slovenia	SVN	33,90	92,00	10,00	0,00
Solomon Islands	SLB	85,30	68,00	8,00	9,00
Somalia	SOM	114,00	2,00	5,00	20,00
South Africa	ZAF	69,90	79,00	9,00	8,00
South Korea	KOR	36,10	83,00	8,00	1,00
South Sudan	SSD	113,80	14,00		22,00
Spain	ESP	39,80	95,00	10,00	0,00
Sri Lanka	LKA	87,70	55,00	6,00	11,00
Sudan	SDN	111,50	6,00	-4,00	22,00
Suriname	SUR	66,70	77,00	5,00	6,00
Swaziland	SWZ	87,60	18,00	-9,00	9,00
Sweden	SWE	22,60	100,00	10,00	0,00

Switzerland	CHE	21,80	96,00	10,00	1,00
Syria	SYR	110,80	-1,00	-9,00	16,00
Tajikistan	TJK	83,80	16,00	-3,00	12,00
Tanzania	TZA	81,80	60,00	3,00	11,00
Thailand	THA	78,80	32,00	-3,00	5,00
TimorLeste	TLS	90,80	65,00	8,00	7,00
Togo	TGO	85,80	48,00	-2,00	13,00
Trinidad	TTO	57,80	75,00	10,00	4,00
Tunisia	TUN	74,60	79,00	7,00	4,00
Turkey	TUR	77,30	53,00	3,00	9,00
Turkmenistan	TKM	76,00	4,00	-8,00	9,00
Uganda	UGA	97,70	36,00	-1,00	17,00
Ukraine	UKR	75,50	61,00	4,00	9,00
United Arab Emirates	ARE	44,50	20,00	-8,00	4,00
United Kingdom	GBR	32,40	95,00	10,00	0,00
United States	USA	34,00	90,00	10,00	3,00
Uruguay	URY	36,20	98,00	10,00	2,00
Uzbekistan	UZB	83,50	3,00	-9,00	12,00
Venezuela	VEN	81,60	35,00	4,00	11,00
Vietnam	VNM	70,70	20,00	-7,00	7,00
Yemen	YEM	111,50	17,00		21,00
Zambia	ZMB	86,30	60,00	7,00	12,00
Zimbabwe	ZWE	100,50	32,00	4,00	17,00

9. Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere hiermit, dass ich die vorgelegte Masterarbeit eigen- und selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Masterarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs und/oder Studiengang als Studien- oder Prüfungsleistung vorgelegt worden. Hiermit stimme ich zu, dass die vorliegende Arbeit von der Prüferin/dem Prüfer in elektronischer Form mit entsprechender Software überprüft wird.

Ort, Datum

Fausto A.P. Ignatov Vinueza, M.A.